

VERWALTUNGSBERICHT DES STAATSRATES



KANTON WALLIS

1998





Der Staatsrat des Kantons Wallis an den Grossen Rat

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Wir beehren uns, Ihnen gemäss Artikel 54 der Kantonsverfassung den Verwaltungsbericht des Staatsrates für das Jahr 1998 zu unterbreiten.

Wir benützen diesen Anlass, um Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Versicherung unserer ehrerbietigen Hochachtung zu erneuern und Sie samt uns dem Machtschutz Gottes zu empfehlen.

Sitten, im März 1999.

Der Präsident des Staatsrates:
Serge Sierro

Der Staatskanzler:
Henri v. Roten

KANTON WALLIS

VERWALTUNGSBERICHT DES STAATSRATES

Herausgegeben von der
STAATSKANZLEI

SITTEN, März 1999

INHALTSVERZEICHNIS	SEITE
PRÄSIDIUM	7
FINANZ- UND VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT	15
DEPARTEMENT FÜR GESUNDHEIT, SOZIALWESEN UND ENERGIE	43
DEPARTEMENT FÜR ERZIEHUNG, KULTUR UND SPORT	65
DEPARTEMENT FÜR SICHERHEIT UND INSTITUTIONEN	109
DEPARTEMENT FÜR VERKEHR, BAU UND UMWELT	133

STAATSRAT

PRÄSIDIUM

Staatskanzlei

Ständiges Sekretariat
des Grossen Rates

Information

Finanzinspektorat

Zentrum für
Verwaltungsmanagement

EINLEITUNG DES PRÄSIDENTEN DES STAATSRATES

Die Schweiz kränkelt zurzeit sehr. Schon seit bald einem Jahrzehnt unter schwindendem Ergebnis leidend, glaubte man, dass diese Krankheit durch einen Konjunkturaufschwung geheilt werden könne, wie etwa ein auffrischender Wind gelegentliche Regenwolken in kurzer Zeit vertreiben kann. Die heutige Zeit beweist jedoch, dass dem nicht so ist: das Land gerät langsam in einen Erschöpfungszustand, der zwar nicht unmittelbar feststellbar ist, sich jedoch unaufhaltsam fortsetzt. Wird man sich dessen erst heute bewusst?

Es bestehe – so wird gelegentlich behauptet – ein Zusammenhang zwischen der demographischen Entwicklung und dem wirtschaftlichen Wachstum. Diese Behauptung ist sicher verwegen, jedoch in Bezug auf die entwickelten Länder nicht von der Hand zu weisen. So ist in unserem Land die Geburtenzahl auf einen unglaublich niedrigen Stand gesunken; er beträgt heute weniger als 1.5, was als verheerend bezeichnet werden muss. Hätten wir nicht einen Zustrom von Einwanderern, so würde die Bevölkerungszahl einen Rückgang erleiden, dessen Folgen unvorstellbar sind.

Will das heissen, dass wir das Selbstvertrauen angesichts unserer gegenwärtigen Herausforderungen verloren hätten? Dafür spricht leider das Verhalten von gewissen Wirtschaftskreisen, die sich entschlossen haben, ihre Tätigkeiten ausserhalb unseres Landes zu verlegen. Seit Anfang dieses Jahrzehnts sind die inländischen Investitionen um rund 8 % gesunken, während die ausländischen Anlagen 1997 eine Steigerung von 200 Milliarden Franken erreichten.

Diese Entwicklung hat die erwarteten Folgen gezeigt: das globale Arbeitsvolumen hat sich von Jahr zu Jahr vermindert. Den industriellen Sektor trifft es besonders hart: innert 7 Jahren sind 150'000 Arbeitsplätze abgebaut worden. Dabei war es gerade dieser handwerkliche Bereich, auf dem die Schweiz ihren langjährigen Wohlstand aufgebaut hat.

Die Ursachen dieses Missstandes, in welchem wir uns zurzeit befinden, sind zahlreich und vielfältig. Es wäre jedoch höchst leichtsin-

nig, dies auf die leichte Schulter zu nehmen. Eine Tatsache darf allerdings nicht verschwiegen werden: Wenn unsere Wirtschaftstätigkeit einen Rückgang verzeichnet, dann darum, weil sie den Marktbedingungen schlecht angepasst ist. Ein Land mit hohen Produktionskosten kann nicht darauf hoffen, ihr Heil ausschliesslich im Bereich der Spitzentechnologie zu finden; dazu zählen die Informatik, die Elektronik, die Telekommunikation, die Entwicklung neuer Materialien, die Biotechnologie, die medizinische Technologie und die Nanotechnologie. In diesen Bereichen ist unsere Präsenz sehr bescheiden.

Was in diesem Zusammenhang für die Schweiz Gültigkeit hat, gilt erst recht auch für das Wallis, das seinen gewünschten wirtschaftlichen Anschluss noch nicht verwirklichen konnte. Dabei könnte sich gerade unser Kanton, der immer mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, bei der Bewältigung dieser Probleme als weniger verwundbar oder wenigstens zäher als die anderen erweisen. Hoffnung dazu besteht: das relativ niedrige Durchschnittsalter der Bevölkerung, der Willen zur Weiterbildung, das ausgesprochen innige Verhältnis zur Heimat und die Bereitschaft, neue Herausforderungen anzunehmen.

Eine sorgfältige Verwaltung hat es der Mehrheit der öffentlichen Gemeinschaften erlaubt, eine zu hohe Verschuldung zu verhindern und eine antizyklische Politik zu betreiben. Die gegenwärtig anlaufenden grossen Strassen- und Bahnbauprojekte werden der Konjunktur Auftrieb verleihen. Schliesslich könnte auch die Zusprache der Olympischen Winterspiele 2006 dem Kanton einen willkommenen Aufschwung bringen.

Die Ziele sind hoch gesteckt. Unser Bestreben muss es sein, sie zu erreichen.

Der Präsident des Staatsrates
Serge Sierro

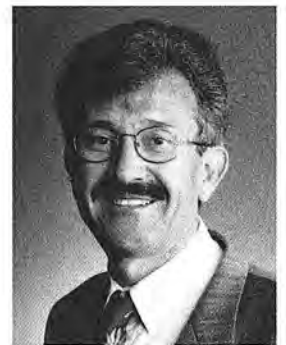


VERWALTUNGSBERICHT DES PRÄSIDIUMS

FÜR DAS JAHR 1998



Staatsratspräsident
Serge Sierro



Staatskanzler
Henri v. Roten

STAATSKANZLEI

ALLGEMEINE VERWALTUNG

PRÄSIDIUM

Organisation und Personal

Dienststelle	Anzahl Etablierungen
Staatskanzlei	15.80
Ständiges Sekretariat des Grossen Rates	2.80
Information	3.00
Finanzinspektorat	15.00
Zentrum für Verwaltungsmanagement	7.00
TOTAL	43.60

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN BUND UND KANTON

Im Laufe des Jahres hat der Staatsrat 44 mal in verschiedenen Vernehmlassungsverfahren des Bundes Stellung genommen; diese Antworten werden an unsere Vertreter in den eidgenössischen Räten übermittelt und können bei der Staatskanzlei eingesehen werden (die entsprechende Liste wird regelmässig im Amtsblatt veröffentlicht). Der Staatsrat hat ebenfalls mehrmals beim Bundesrat zugunsten der Walliser Wirtschaft interveniert.



Empfang von Herrn Jacques Santer, Präsident der europäischen Kommission.

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEM WALLIS UND DEN ÜBRIGEN KANTONEN

Der Staatsrat nahm unter anderem an folgenden Arbeitssitzungen teil:

- Konferenz der Kantonsregierungen;
- Kontaktgremium Bund-Kantone;
- Konferenz der Westschweizer Kantonsregierungen;
- Konferenz der Alpenkantone;
- Arbeitsgruppe der an Frankreich grenzenden Kantone;



Empfang von S. E. M. Bernard Fautrier, Botschafter des Fürstentums von Monaco in der Schweiz.

- Konferenz der Wirtschaftsraum-Mittelland-Kantone;
- Arbeitsgruppe der westlichen Alpenländer;
- mit der Regierung des Kantons Waadt.

PROTOKOLL

Im Laufe des Jahres hat der Staatsrat in den staatlichen Empfangsräumen, auf Schloss Majorie, Schloss von St. Maurice und Schloss Mercier und in verschiedenen staatlichen Einrichtungen namhafte Persönlichkeiten empfangen, u.a.:

- den japanischen Generalkonsul, Herrn Yoshiki Mine;
- die Botschafterin der Vereinigten Staaten, Frau May Kunin;
- den Botschafter von Japan, Herrn Mitsuhei Murata;
- den Botschafter von Frankreich, Herrn André Gadaud;
- den Präsidenten der Europäischen Kommission, Herrn Jacques Santer;
- den Botschafter des Fürstentums Liechtenstein, Herrn Bernard Fautrier;
- Herrn Joseph S. Blatter, Präsident der FIFA;
- die Mitglieder der Regierung des Kantons Freiburg.

In diesem Jahr hat sich der Staatsrat zu einem offiziellen Besuch in den Kanton Solothurn begeben, wo er von der Regierung empfangen wurde.

Er war ebenfalls an der Organisation des Empfangs für Herrn Bundesrat Pascal Couchepin, am 19. März 1998, in Martinach und des Empfangs vom 16. November 1998 für Frau Bundesrichterin Elisabeth Escher in Brig beteiligt.

VERSCHIEDENES

- Der Staatsrat hat im Rahmen von zwei Feierlichkeiten, die in den Monaten Mai und November im Saal Supersaxo stattgefunden haben, die Vereidigung von 246 Neubürgerinnen und Neubürgern vorgenommen. Ausserdem hat er 11 neue Notare vereidigt.
- Viermal hat er sich mit den Walliser Bundesparlamentariern in Bern getroffen.
- Er hat Hrn. Jean-Claude Pont, in Siders, mit dem Preis der Stiftung Divisionär F. K. Rünzi geehrt.
- Er ist mit der Direktion der Alusuisse-Lonza Holding AG zusammengekommen.
- Im Laufe des Jahres hatte unsere Regierung die Ehre, sieben Personen zu ihrem hundertsten Geburtstag ein Geschenk überreichen zu dürfen:

- Frau Jeanne Vézy, St-Maurice
- Frau Louise Martin-Rithner, Monthey
- Frau Marie Guntern, Naters
- Frau Maria Zuber, Veyras
- Frau Joséphine Bruttin, Grône
- Frau Frida Gilliéron, St-Maurice
- Frau Olga Bellwald-Clausen, Fiesch

- Der Staatskanzler führte den Vorsitz der Koordinatorenkonferenz, die viermal stattgefunden hat und deren Sekretariatsarbeiten von der Staatskanzlei wahrgenommen werden.
- Die Staatskanzlei war für die Organisation der Sitzung der Dienstchefs vom 16. November 1998 zuständig.
- Der Weibeldienst hat über 110'000 km zurückgelegt. Zudem ist er mit der Verteilung der Postsendungen an die verschiedenen Dienststellen des Staates Wallis betraut.
- Bei der Telefonzentrale gehen pro Tag durchschnittlich 400 bis 450 Anrufe ein, die entsprechend weitergeleitet werden müssen.

VERWALTUNGS- UND RECHTSANGELEGENHEITEN

SEKRETARIAT

Im Laufe des Jahres 1998 wurde die Staatskanzlei insbesondere mit folgenden Aufgaben betraut:

- Weiterleitung und Behandlung von 3076 an den Staatsrat gerichteten Schreiben;
- Vorbereitung von 52 Staatsratssitzungen;
- Abfassung des Protokolls der Staatsratssitzungen, was insgesamt 5957 Seiten oder 16 Bände der StRE ausmachte;
- Zirkulation von 170 Dossiers unter den Mitgliedern des Staatsrates;
- Beglaubigung von 1553 Dokumenten;
- 1384 Rechtskraftbescheinigungen von verschiedenen Verfügungen, sowie die immer problematischer werdende Rechnungsführung;
- Vorbereitung und Druck des Verwaltungsberichts;
- Neuauflage des internen Telefonbuchs.

VERÖFFENTLICHUNG KANTONALER ERLASSE

Die Ende 1998 in Kraft getretenen Gesetzgebungen (EGZGB, ZPO, Kosten und Entschädigungen, Strassengesetz – vgl. Amtsblatt Nr. 52 S. 2586) haben derart viel Zeit für die Veröffentlichung hinsichtlich des Referendums und die Separatdrucke in Anspruch genommen, dass die jährliche Gesetzessammlung erst im August geliefert werden konnte, was wiederum die Nachführung der systematischen Gesetzessammlung verzögerte. Wie bereits letztes Jahr umfasste die Ende Dezember 1998 gelieferte Nachführung die bis Ende Juni 1998 in Kraft getretene Gesetzgebung. Da die Richtlinien von 1986 über die Gesetzgebungstechniken allgemein bekannt sind, bedarf es auch weniger Interventionen seitens der Staatskanzlei. Dieses Jahr wird besonderes Gewicht auf die Veröffentlichung der Texte in elektronischer Form und den Ausbau der Rubrik «kantonale Gesetzgebung» der Internet-Site des Staates Wallis gelegt.

VERSCHIEDENE AUFGABEN

Die Dienststelle hat sich mit Verfahren im Zusammenhang mit der Disziplinarkommission (sieben Fälle) befasst. Sie hat sich zudem an den Arbeiten zur Veröffentlichung der Zuschläge im öffentlichen Beschaffungswesen ab Anfang 1998 (108 Vergabeentscheide oder rund 6 pro Woche), an Untersuchungen über die Vertretung des Kantons in den AG, an der Erfassung der allgemeinen internen Weisungen und an der Information der kantonalen Dienststellen über die Auswirkungen des Tarifgesetzes beteiligt.

VERWALTUNGSBESCHWERDEN

Die Statistik der Beschwerden zeigt eine weitere Zunahme bei den eingereichten Beschwerden; gleichzeitig ist aber auch eine Stabilisierung bei den erledigten Fällen zu beobachten. Die Informatik ist in diesem Jahr voll zum Tragen gekommen und so konnten mit der gleichen Anzahl von Juristen wie vor 15 Jahren bedeutend mehr Dossiers erledigt werden. Bei ihrer Arbeit wurden die Juristen der Staatskanzlei im Laufe des Jahres nacheinander von vier Rechtspraktikanten und während dreier Monate von einer Hilfskraft unterstützt. Da die Staatskanzlei auch noch mit weiteren zentralen Arbeiten betraut war, kann das Arbeitspensum erneut als beträchtlich bezeichnet werden.

Aufteilung der Beschwerden nach Sachgebiet im Jahre 1998

Inстанz	Übertrag 1997	Eingänge 1998	Total	Erledigt durch (StrE)	Klassiert	Erledigt Total	Übertrag für 1999
FVD	37	27	64	19	8	27	37
DSI	140	252	392	156	95	251	141
DGSE	11	45	56	4	3	7	49
DEKS	7	15	22	6	1	7	15
DVBU	38	29	67	12	9	21	46
KBK	111	81	192	50	30	80	112
KKStAD	39	60	99	4	60	64	35
TOTAL 1998 (Total1997)	383 (400)	509 (490)	892 (890)	251 (258)	206 (208)	457 (466)	435 (383)

Beschwerden vor den Gerichten 1997: KG 59 Eingänge, BG 9 Eingänge
1998: KG 68 Eingänge, BG 10 Eingänge

STÄNDIGES SEKRETARIAT DES GROSSEN RATES

Einberufung des Grossen Rates

Die Damen und Herren Grossräte wurden einberufen zu:

- 6 ordentlichen Sessionen;
- verlängerten Session;
- konstituierenden Session;
- ausserordentlichen Session.

Vorbereitungsarbeiten

Es wurden gesammelt und versandt in beiden Sprachen:

- 62 Botschaften, Abänderungsentwürfe der Verfassung, Entwürfe von Gesetzen, Dekreten, Entscheiden, Reglementen und Beschlüssen für die ordentlichen Sessionen;
- 0 Botschaften, Abänderungsentwürfe der Verfassung, Entwürfe von Gesetzen, Dekreten, Entscheiden, Reglementen und Beschlüssen für die verlängerte Session, die ausserordentliche Session und die konstituierende Session;
- 10 Botschaften des Staatsrates und Berichte der Finanzkommission, Geschäftsprüfungskommission und der Justizkommission betreffend den Voranschlag, die Rechnungen und die Zusatzkredite usw.

Eine gewisse Anzahl von Botschaften wurde durch das Sekretariat abgefasst:

- 10 Begnadigungsgesuche;
- 106 Einbürgerungsgesuche.

Für den Massenversand wurden 10'290 Kuverts benötigt.

Sitzungen des Büros, der Fraktionspräsidenten und der parlamentarischen Kommissionen

Das Sekretariat organisierte und/oder lud ein:

- 14 Arbeitssitzungen für die Mitglieder des Grossratsbüros mit Abfassung der Protokolle;
- 6 Arbeitssitzungen für die Fraktionspräsidenten mit Abfassung der Protokolle;

alle Arbeitssitzungen der Ad-hoc-Kommissionen und eine Anzahl Arbeitssitzungen der ständigen Kommissionen (Redaktions- und Zensurkommission, Finanz- und Geschäftsprüfungs- und Justizkommission).

Die Einberufung der Ad-hoc-Kommissionen stellen sich wie folgt zusammen:

- | | | | |
|---|-----------|-----|------------------------|
| - | Februar | 65 | |
| - | März | 39 | |
| - | Mai | 52 | |
| - | Juni | 104 | |
| - | September | 117 | |
| - | November | 182 | gesamthaft 559 Briefe. |

Sitzungen des Grossen Rates

- 30 Vormittagssitzungen;
- 11 Nachmittagssitzungen.

Motionen, Postulate, Interpellationen, Resolutionen und einfache Anfragen

Hinterlegt:

- 41 Motionen;
- 63 Postulate;
- 150 Interpellationen;
- 24 Resolutionen;
- 33 Einfache Anfragen;
- 62 Fragen für die Fragestunde;
- 1 Anfrage.

Entwickelt:

- 18 Motionen;
- 35 Postulate;
- 97 Interpellationen;
- 14 Resolutionen.

Behandelt oder gestrichen:

- 12 Motionen;
- 24 Postulate;
- 34 Interpellationen;
- 15 Resolutionen;
- 62 Fragen für die Fragestunde.

Wurden bis Ende Dezember 1998 hinterlegt und bleiben hängig:

- 24 Motionen;
- 38 Postulate;
- 44 Interpellationen;
- 2 Resolutionen.

Simultanübersetzung und Grossratsaal

Die technischen Einrichtungen und die Simultanübersetzung wurden jeweils für die Sitzungen des Grossen Rates benützt und mehrmals Drittpersonen zur Verfügung gestellt. Die Gemeindeverwaltung Sitten ihrerseits hat den Grossratsaal und den «Saal der Verlorenen Schritte» für zahlreiche Anlässe zur Verfügung gestellt oder vermietet.

Bulletins der Grossratssessionen (Memorial)

Es wurden 6 Sitzungsbulletins abgefasst und verteilt:

- November 1997 am 18. Februar 1998;
- Februar 1998 am 23. April 1998;
- März 1997 am 10. Juni 1998;
- Mai 1997 am 25. Juli 1998;
- Juni 1998 am 26. September 1998;
- September 1998 am 5. Dezember 1998.

Es befinden sich in Ausarbeitung:

- November 1998.

Verschiedenes

Die Akten der Sessionen wurden in beiden Sprachen inventarisiert und eingebunden:

- 17 Gesetze, 14 Beschlüsse, 6 Verordnungen, 1 Verfassungsänderung und 9 Dekrete wurden der Staatskanzlei übermittelt zur Inkraftsetzung und zur Veröffentlichung im Amtsblatt. Reglemente und Konzessionen gab es keine.
- die in Artikel 66 und 67 des Reglementes des Grossen Rates vom 18. November 1996 vorgeschriebenen Register sind nachgeführt.

Unter anderem, wurden folgende Anlässe organisiert:

- das 27. Parlamentarische Skirennen, am 24. Januar 1998 in Vercorin
- das jährliche Treffen der ehemaligen Grossratspräsidenten, am 11. September 1998, im Goms, unter der Führung der HH. Albert Inсанд und Herbert Volken, alt Grossratspräsidenten
- Frau Marie-Paule Zufferey-Ravaz sowie die HH. Yves-Gérard Rebord und Daniel Perruchoud, haben an der 24. Session der APF vom 6. bis 8. Juli 1998 in Abidjan teilgenommen
- die HH. Daniel Perruchoud und Yves-Gérard Rebord haben an der APF-Versammlung «Région Europe» vom 15. bis 18. September 1998, in Bukarest teilgenommen
- das Büro des Grossen Rates organisierte am 10. Oktober 1998 das 35. Treffen der Büro der Romandie von Bern und Tessin. Dieses Treffen fand in Sitten und Martigny statt
- am 11. November 1998 empfing das Büro des Grossen Rates das Büro des Grossen Rates des Kantons Zürich

INFORMATION

Information der Medien

1998 hat der Informationschef die nötigen Vorkehrungen getroffen, um den neu geschaffenen Informationsdienst so zu entwickeln, dass eine mediengerechte Information der Bevölkerung sichergestellt werden kann. So wurden im vergangenen Jahr etwa 140 Medienmitteilungen und verschiedene andere Informationen mit einem Gesamtumfang von zirka 140 A4-Seiten auf Deutsch und Französisch an rund 100 Redaktionen oder Journalisten im Wallis und der übrigen Schweiz verbreitet. Daneben wurden an die vierzig Medienkonferenzen oder Medienorientierungen organisiert, um die Bevölkerung über die Aktivitäten des Staatsrates und seiner Departemente zu orientieren. Zudem wurden für die Journalisten zahlreiche Kontakte und Interviews mit den Mitgliedern der Regierung und der Verwaltung vermittelt. Wie bisher, erhielten die Medienvertreter Auskunft auf ihre fast täglichen Anfragen. Je nach spezifischer Art der jeweiligen Medien fanden diese Auskünfte ein breites Echo bei der Information der Bevölkerung.

Schliesslich wurde im März, im Rahmen der Verhandlungen der Strafsache Staatsanwaltschaft/Jean Dorsaz und Konsorten vor dem Kreisgericht II, im Justizgebäude in Sitten, dem Gericht eine logistische Unterstützung gewährt, die es erlaubte, den zahlreichen Medienvertretern der Schweiz, welche den Verhandlungen beiwohnten, günstige Arbeitsbedingungen zu schaffen und sicherzustellen.

Information der Bevölkerung – Internet Website des Staates

Auf Grund der Bedürfnisse, sowohl der Bevölkerung als auch der Medien, auf dem Internet Auskünfte und offizielle Informationen über das Wallis abrufen zu können, wurde gegen Mitte des Jahres die Website des Staates Wallis in Betrieb genommen, nachdem diese zuerst intern getestet worden war. Dieses moderne Kommunikationsmittel basierte zunächst auf den Grundinformationen, welche zum Teil im ehemaligen Walliser Staatskalender enthalten waren. Es wurde in Zusammenarbeit mit den Dienststellen der Verwaltung verwirklicht, wird laufend aktualisiert und im Rahmen der Möglichkeiten ausgebaut. Diese Website enthält zahlreiche Informationen namentlich über die Walliser Behörden, die sozioökonomischen Regionen, die Bezirke und die Gemeinden sowie die Medienmitteilungen des Informationschefs und Berichte oder andere offizielle Dokumente im Originalformat. Ein System der Volltextsuche durch die ganze Website erleichtert das Auffinden von Informationen.

Interne Information

Im Bereich der internen Information begann die Publikation der viermal jährlich erscheinenden Zeitschrift der Walliser Kantonsverwaltung «Rhône-Info-Rotten». Sie wird zweisprachig in 6'000 Exemplaren gedruckt und dem gesamten Staatspersonal an die Privatadresse sowie an die Mitglieder des Grossen Rates, an die Gemeinden, verschiedene Schulzentren und andere interessierte Kreise verteilt.

In Erwartung der Inbetriebnahme eines Intranet, welches es erlauben wird, Informationen und Auskünfte, die für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung von Bedeutung sein könnten, rasch auszutauschen, wurden Informationen punktuell als elektronische Post oder über den internen Kurier den Mitgliedern der Verwaltung oder an die Kader verteilt, um diese über Beschlüsse, welche sie betreffen, auf dem Laufenden zu halten.

Andere Tätigkeiten

Neben der Teilnahme an den Sitzungen des Staatsrates und an zahlreichen anderen Anlässen und Treffen gilt es noch, verschiedene Aktivitäten im Bereich der Beratung betreffend Kommunikation oder Information für die Regierung, die Verwaltung, die Gremien des Grossen Rates und der Justiz zu erwähnen.

ZENTRUM FÜR VERWALTUNGSMANAGEMENT

1. Mission

Das ZVM arbeitet im Auftrag der Regierung. Es hat die Aufgabe als wissenschaftliches Fachorgan Konzeptvorschläge zur Entwicklung und Umsetzung der Staats- und Verwaltungsreform zu erarbeiten und den Reformprozess im Kanton operationell zu unterstützen, zu begleiten und zu koordinieren. Die strategische Führung des ZVM obliegt der Staatsratsdelegation «Reformen 2000».

2. Betriebsvorgaben, Produkte- und Leistungsstruktur und Ressourceneinsatz

Aufgrund dieses Auftrages hat das ZVM seine Betriebsvorgaben, seinen Leistungs- und Ressourceneinsatz und seine Organisation wie folgt definiert:

Betriebsvorgaben (BV)	Produktgruppen (PG) und Produkte (P)	Ressourcenzuteilung 1997	1998
<p>BV 0: Sicherstellen der internen Geschäftsführung und Betriebsleistung sowie der internen und externen Information und Kommunikation:</p> <ul style="list-style-type: none"> ◆ Aufbau und Entwicklung der internen Geschäftsführung nach «Neuem Modell»; ◆ Sicherstellen der externen Information und Kommunikation. 	<p>PG01: Interne Geschäftsleistungen</p> <p>P010: Ferien / Militär / Krankheit P011: Führungs- u. Vw.-leistungen P012: Aus- und Weiterbildung P013: Dokumentation und Archiv</p> <p>PG02: ext. Information/ Kommunikation</p> <p>P021: Vorträge / Artikel / Seminare P022: Information und Kommunikation</p>	1.1 Mannjahre	1.6 Mannjahre
<p>BV 1: Steuern und Sicherstellen des Reformprozesses bei den 6 Piloteinheiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> ◆ animieren und steuern des Reformprozesses im Sinne eines proaktiven Experimentes bei den Piloteinheiten sowie bei den direkt beteiligten Kontraktpartnern. 	<p>PG11: Steuerung und Unterstützung der Kontraktumsetzung</p> <p>P111: Evaluation und Optimierung des Kontraktmanagementsystems P112: 3-stufiges Kontraktcontrolling P113: Unterstützungsmassnahmen zu Gunsten der 6 Piloteinheiten</p>	2.2 Mannjahre	0.9 Mannjahre
<p>BV 2: Unterstützen und Koordinieren der Reformprojekte 2000 sowie der Teilprojekte A2000:</p> <ul style="list-style-type: none"> ◆ Einbinden der Regierung und Delegation in die Experimentierphase; Aufbau des Regierungcontrolling; ◆ Unterstützung des Parlamentes in der aktiven Beteiligung am Reformprozess der Verwaltung (Parlamentscontrolling) sowie bei seinen Ueberlegungen betreffend die Reform des Parlamentsbetriebes und der Parlamentsorganisation; ◆ Konzeptionelle Steuerung und logistische Unterstützung der Projekte R2000; ◆ Führen des TP2: sicherstellen der Steuerung über Leistungskontrakte; Konzeptionelle und logistische Mitarbeit im TP 3 und 4. 	<p>PG21: Leistungen an die Regierung und Delegation</p> <p>P211: Reformevaluation</p> <p>PG22: Leistungen zH. des Parlamentes</p> <p>P221: Kommission R2000 P222: übrige Kommissionen P223: Büro des Grossen Rates</p> <p>PG23: Leistungen an R2000 Projekte</p> <p>P231: Leistungen für E2000 P232: Leistungen für J2000 P233: Leistungen für I2000 P234: Leistungen für B2000 P235: Leistungen für G2000</p> <p>PG24: Leistungen an Teilprojekte A2000</p> <p>P241: operationelle Leitung P242: Direktion TP2 P243: Leistungen an TP3 P244: Leistungen an TP4</p>	0.1 Mannjahre 1.3 Mannjahre	0.1 Mannjahre 0.7 Mannjahre
<p>BV 3: Ausführen von Mandaten gemäss Spezialauftrag der Regierung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ◆ qualitäts- und kostenbewusste Ausführung der übertragenen Mandate. 	<p>PG31: Leistungen für Spezialmandate</p> <p>P311: Projekt: «HBS und tertiäres Bildungswesen» P312: Projekt: «Wirtschaftsförderung» P313: Projekt: «Tourismusplattform» P314: Projekt: «4-Jahresplanung» P315: Projekt: «Qualitätsmanagement» P316: Projekt: «Informatikkonzept» P317: Projekt: «RRK-Leukerbad»</p>	0.3 Mannjahre	2.8 Mannjahre
TOTAL Mannjahre		7 Mannjahre	6.7 Mannjahre

3. Arbeitseinsatz im Betriebsjahr 1998

Der oben stehenden Übersicht kann entnommen werden, dass der Arbeitseinsatz des ZVM im Betriebsjahr 1998 im Vergleich zum Vorjahr sich stark in Richtung «Spezialaufträge der Regierung» verlagert hat. Das ZVM leistete dabei einen bedeutenden Beitrag an die konzeptionelle Ausarbeitung und die Projektbegleitung die zwei Reformprojekte «Wirtschaftsförderung» und «Fachhochschule Wallis». Diese zeitaufwendigen Arbeiten gingen auf Kosten der Projektbegleitung der A2000-Projekte und einer stark reduzierten Unterstützung der sechs Piloteinheiten. Zudem übernahm ein Mitarbeiter des ZVM seit Herbst 1998 im Rahmen eines Projektauftrages die Leitung der HWV in Visp sowie die Koordination der FHS-Ausbildung und des TT im Sektor Wirtschaft auf kantonaler Ebene.

Im Verlauf des Jahres 1999 muss das ZVM seinen Arbeitseinsatz wieder vermehrt auf eine gezielte Unterstützung der Piloteinheiten sowie der übrigen Kontraktpartner ausrichten. Wir denken dabei insbesondere an die systematische Verbesserung der Leistungskontrakte und deren zentralen Schlüsselemente, des internen und externen Kontraktcontrollings sowie der neuen Führungs- und Kontrollinstrumente. Diese Unterstützungsarbeit kam im Verlauf des Jahres 1998 eindeutig zu kurz.

Diese Feststellung gilt auch bezüglich des Projektauftrages des für die Staats- und Verwaltungsreform zentralen Teilprojektes 4. Die im Jahre 1997 erfreulich vorangetriebene Entwicklung in der Betriebszertifizierung (ISO 9001) bei drei Piloteinheiten ist in Richtung Qualitätsmanagement und Qualitätsentwicklung gezielt weiterzuentwickeln.

Die Unterstützung des ZVM zur Parlamentsreform sowie des Parlamentscontrolling muss auch 1999 sichergestellt werden. Die anstehenden Arbeiten in diesem Sektor werden von den Mitarbeitern des ZVM für das Jahr 1999 voraussichtlich eine zeitliche Mehrbelastung abverlangen.

Das ZVM wird im Verlauf des Jahres zusammen mit 9 weiteren Kantonen ein vergleichendes Audit der laufenden Reformprojekte bei den beteiligten Kantonen durchführen. Die entsprechenden Arbeiten wurden im Verlauf des Jahres 1998 vorbereitet und eingeleitet; dieses Reformaudit wird von externen Experten begleitet und überwacht werden. Gegenstand der Untersuchung werden sein: Reformkonzept, Reformprozess, die neuen Führungs- und Kontrollinstrumente sowie der Integrationsgrad der Reformbeteiligten. Die Resultate dieser Vergleichsstudie werden auf Jahresende publiziert werden.



FINANZ- UND VOLKSWIRTSCHAFTS- DEPARTEMENT

FÜR DAS JAHR 1998



**DEPARTEMENTSVORSTEHER: WILHELM SCHNYDER
STELLVERTRETER: JEAN-RENÉ FOURNIER**

FINANZEN UND VOLKSWIRTSCHAFT

Finanzverwaltung

Steuerverwaltung

Dienststelle für Personal und
Organisation

Dienststelle für
Datenverarbeitung

Rechtsdienst

Dienststelle für Aussenange-
legenheiten und Wirtschaftsrecht

Dienststelle für Industrie,
Handel und Arbeit

Dienststelle für Tourismus- und
Wirtschaftsförderung

Dienststelle für
Landwirtschaft

EINLEITUNG

Erstmals seit zwölf Jahren ist die Arbeitslosenquote im Wallis während den Sommermonaten unter den schweizerischen Durchschnitt gesunken. Sie lag im Juni 1998 bei 3,0 Prozent. Der kräftige Rückgang der Arbeitslosigkeit kann insbesondere auf eine Zunahme der Beschäftigung, einen erneuten Rückgang der ausländischen Arbeitskräfte sowie die Aktivierung der Stellensuchenden durch die regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) zurückgeführt werden. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit war zudem von einem Rückgang der Stellensuchenden begleitet.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Förderung des Wirtschaftswachstums nehmen in den Regierungsrichtlinien und im Finanzplan 1998 - 2001 erste Priorität ein. Im vergangenen Jahr konnten die 1997 eingeleiteten verwaltungsinternen Arbeiten für eine "Wiederbelebung und Neuausrichtung der Walliser Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik" vorangetrieben und im Rahmen prioritärer Projekte umgesetzt werden. Die Vorarbeiten für eine Neuausrichtung und Reorganisation der Walliser Wirtschaftsförderung und die Schaffung eines neuen Wirtschaftsförderungsgesetzes sind abgeschlossen.

Bei der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wallis kommt der Verbesserung der Rahmenbedingungen eine vorrangige Bedeutung zu. In diesem Sinn hat der Staatsrat 1998 einer ausserparlamentarischen Kommission einen Entwurf für eine Revision des kantonalen Steuergesetzes mit Entlastungen zu Gunsten der Familien, der natürlichen Personen, der Wirtschaft und der Landwirtschaft sowie eine teilweise Korrektur der Auswirkungen der kalten Progression unterbreitet.

Einige Massnahmen zu Gunsten der Landwirtschaft wurden bereits auf den 1.01.1999 in Kraft gesetzt. Damit erhalten die Walliser Landwirte die Möglichkeit, Rückstellungen für die Abwertung von landwirtschaftlichen Grundstücken zu bilden. Zusätzlich zu den steuerlichen Massnahmen hat der Grosse Rat im Voranschlag 1999 fünf Millionen Franken zu Gunsten der Landwirtschaft beschlossen. Diese Mittel werden zur Förderung des Marketings für Walliser Landwirtschaftsprodukte, zur finanziellen und strukturellen Sanierung der Betriebe sowie zur Schaffung eines Ausgleichsbeckens für die überschüssige Weinproduktion eingesetzt.

Im Bereich des Tourismus ist auf die erfreuliche Entwicklung der touristischen Nachfrage hinzuweisen, nachdem sich der Schweizerfranken normalisiert hat und die Konsumenten Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft zurückgewonnen haben. In Zusammenarbeit mit einem externen Beratungsbüro und der Schweizer Tourismusfachschule Siders wurde eine Studie über die Wertschöpfung des Walliser Tourismus in Auftrag gegeben.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik hat der Kanton Wallis 1998 zudem die kantonale Gesetzgebung über das öffentliche Beschaffungswesen erlassen und damit einen wichtigen Bereich des schweizerischen Binnenmarktgesetzes umgesetzt. Die 1998 erlassenen gesetzlichen Bestimmungen über den Betrieb von Spielautomaten ermöglichen dem Kanton eine Abschöpfung der Gewinne des Spielkasinos in Saxon von bis zu siebenzig Prozent, was ab 1999 jährliche Mehreinnahmen von rund 15 Millionen Franken ergibt.

Dank den 1993 eingeleiteten Reformen der kantonalen Verwaltung (Administration 2000), gezielten Massnahmen zur Flexibilisierung der Personal- und Lohnpolitik sowie zusätzlichen Mitteln aus der Gewinnausschüttung der Nationalbank konnten die Kantonsfinanzen saniert werden. Zudem konnten die ausstehenden Verpflich-

tungen des Kantons gegenüber den Gemeinden abgebaut werden. Im Übrigen schreiten die Reformprojekte in der Verwaltung (Führung der Piloteneinheiten über Leistungsvereinbarungen und Globalbudgets, Einführung von SAP als Grundlage für die betriebswirtschaftliche Kosten-Leistungsrechnung, Einführung der computergestützten Veranlagung in der Steuerverwaltung) zügig voran.

Mit der Einführung einer Ausgaben- und Schuldenbremse auf der Verfassungs- und Gesetzesstufe wollen wir die notwendigen Regeln aufstellen, damit die Zielsetzung eines ausgeglichenen Kantons Haushaltes nachhaltig abgesichert werden kann.

Auf eidgenössischer Ebene hat sich der Kanton Wallis aktiv an den Projektarbeiten für den Neuen Finanzausgleich engagiert. Dieses für den wirtschafts- und finanzschwachen Kanton Wallis mit besonderen Lasten auf Grund seiner topografischen Situation besonders wichtige Projekt wird im Frühjahr 1999 in die Vernehmlassung gegeben. Gemäss Staatsrechnung 1997 stammen 858 Millionen Franken oder rund 45 Prozent der gesamten Einnahmen aus Bundesquellen.

Im Juni 1998 hat das Stabilisierungsprogramm 98 zur Sanierung des Bundeshaushaltes bis zum Jahr 2001 die parlamentarische Hürde des Nationalrates erfolgreich genommen. Die Zeichen stehen gut, dass auch der Ständerat im März 1999 diesem grössten Sparpaket aller Zeiten des Bundes zustimmen wird. Der Beitrag der Kantone beträgt 500 Millionen Franken, was einem Viertel des gesamten Einsparvolumens entspricht. Für die Reform des bundesstaatlichen Finanzausgleichs bilden gesunde Bundesfinanzen eine wichtige Grundlage, damit der Bund in Zukunft eine aktive Ausgleichspolitik zu Gunsten der finanzschwächeren Kantone führen und die dazu notwendigen Mittel bereitgestellt werden können.

Ein besonderes Engagement des Kantons Wallis gilt der raschen Einführung einer Energieabgabe auf den nichterneuerbaren Energieträgern Kohle, Erdöl, Gas und Uran sowie die Verwendung des Ertrages während einer Übergangszeit zur Förderung der erneuerbaren Energien, zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Erhaltung und Erneuerung bestehender Wasserkraftwerke. Mit dieser Abgabe wollen wir insbesondere die umwelt-, energie- und regionalpolitischen Errungenschaften der Schweiz sicherstellen. Für die Gebirgskantone stellt diese ökologische Energieabgabe den Eintrittspreis für eine rasche und breite Strommarktliberalisierung dar. Gegen den Vorschlag aus dem eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement, die Wasserzinse abzuschaffen und durch eine Bundessubvention zu ersetzen, haben sich die Gebirgskantone energisch zur Wehr gesetzt.

Der Vorsteher des Finanz- und Volkswirtschaftsdepartementes

Wilhelm Schnyder

ALLGEMEINE VERWALTUNG

PERSONAL

Dienststelle	Anzahl Etatstellen
Finanzverwaltung	43.50
Steuerverwaltung	116.50
Dienststelle für Personal und Organisation	8.00
Dienststelle für Datenverarbeitung	17.00
Rechtsdienst	5.50
Dienststelle für Aussenangelegenheiten und Wirtschaftsrecht	6.50
Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit	16.50
Dienststelle für Tourismus- und Wirtschaftsförderung	16.50
Dienststelle für Landwirtschaft	112.20
Total	342.20

GESETZGEBUNGSARBEITEN

- 1.019 Postulat von Hrn. Grossrat Richard Kalbermatter und Konsorten betreffend SAP (Software-Anwendungs-Programm) (15.05.97)

Über die Kosten und die durch SAP ersetzten Applikationen wurde informiert. Die Einführung des Systems geht ohne besondere Schwierigkeiten vor sich. Es werden noch Massnahmen hinsichtlich der Sicherheit und des problemlosen Übergangs zum Jahr 2000 ergriffen (24.03.98)

- 1.021 Postulat von Hrn. Grossrat Albert Arlettaz und Frau Grossrätin Denyse Pot (Suppl.) betreffend die finanziellen Auswirkungen jedes neuen Gesetzes (16.05.97)

Der Rechtfertigung der Kosten wird in den Dossiers, die dem Grossen Rat unterbreitet werden, besondere Beachtung geschenkt. Zudem wird durch die am 24. September 1997 ernannte paritätische Kommission, die mit der Prüfung der Beziehungen Kanton-Gemeinden betraut ist, eine bessere Transparenz und eine vernünftige Aufteilung der Aufgaben und Lasten ermöglicht (24.03.98)

- 1.022 Motion der radikalen Gruppe des Bezirkes Siders, durch Hrn. Grossrat Dominique Germann, betreffend Abzug für Krankenversicherungsprämien (Steuergesetz Art. 28g) (16.05.97)

Der Staatsrat ist dazu bereit, diese Motion in Form eines Postulats anzunehmen und den Vorschlag im Rahmen des Möglichen zu berücksichtigen, indem er anlässlich der nächsten Revision des Steuergesetzes ein umfassende Analyse vornimmt (24.03.98)

- 1.028 Postulat der HH. Grossräte André Fagioli und Vincent Bonvin betreffend öffentliche Verträge (16.06.97)

Diesem Postulat wird im Rahmen des Gesetzesentwurfs über das öffentliche Beschaffungswesen weitere Folge gegeben. Die Verordnung wird diesen Bedenken weitgehend Rechnung tragen (23.03.98)

- 1.037 Postulat der HH. Grossräte Johnny Roduit, Jacques Vuignier und Konsorten betreffend Leistungen für Verdienstausschlag der Arbeitslosen (18.06.97)

Der Staatsrat meldet zwar gewisse Vorbehalte an, ist jedoch der Ansicht, dass es einer gründlicheren Studie zu diesem Thema bedarf (23.03.98)

- 1.038 Postulat der HH. Grossräte Grégoire Luyet, Raymond Pernet und Konsorten betreffend eine bessere Transparenz des Voranschlags und der Rechnung (18.06.97)

Mit dem gegenwärtigen Informatiksystem ist es uns nicht möglich, Zwischenrechnungen im Laufe des Jahres zu erstellen. Wir sind aber dennoch in der Lage, relativ zuverlässige Standortbestimmungen vorzunehmen. SAP wird uns die Erstellung solcher Rechnungen ermöglichen (23.03.98)

- 1.030 Motion der christlich-demokratischen Gruppe des Untervallis, durch Hrn. Grossrat Maurice Tornay, betreffend Ermittlung der Potenzialitäten, welche in Sachen administrativer Dereglementierung und Erleichterung zugunsten der KMU und der Bürger weiterbestehen (16.06.97)

Auch der Staatsrat strebt eine Vereinfachung der Verfahren an und hat dies den Verwaltungen und allen betroffenen Akteuren in seinem Vorgehen zur Wiederbelebung der Walliser Wirtschaftsförderungspolitik auch klar gemacht. Die Zielsetzungen werden in Form eines Postulats angenommen (15.05.98)

- 1.035 Postulat der HH. Grossräte Albert Arlettaz, Alex Gex-Collet, Frau Grossrätin Fabienne Schmidely-Cusani, Laurent Trombert (Suppl.), Germain Niggely, Daniel Crittin und Claude Oreiller betreffend Steuerentlastungen für Unternehmen, die Lehrstellen anbieten (17.06.97)

Der Staatsrat nimmt das Postulat in Form einer Motion an (15.05.98)

- 1.040 Motion der sozialistischen Gruppe, durch die HH. Grossräte Jean-Marc Zufferey und Yves Ecoeur, betreffend die Förderung der Anstellung in subventionierten Anstalten und Institutionen (18.06.97)

Der Staatsrat kann sich mit den Vorschlägen nicht einverstanden erklären. Die Massnahmen des Walliser Handwerkerverbandes und der Gewerkschaften gehen bereits in die richtige Richtung. Der Staatsrat seinerseits hat verschiedene Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergriffen (15.05.98)

- 1.046 Motion der radikalen Gruppe, durch Hrn. Grossrat Claude Oreiller, betreffend die Revision des Steuergesetzes aus dem Jahre 1976 (22.09.97)

Mit der Annahme dieser Motion gibt der Staatsrat grünes Licht für die Schaffung einer ausserparlamentarischen Kommission, die mit der Prüfung und Unterbreitung von Vorschlägen hinsichtlich sämtlicher in bereits angenommenen Motionen oder Postulaten geforderten Massnahmen betraut wird (15.05.98)

- 1.050 Motion der DC-Gruppe des Mittelwallis, durch Frau Grossrätin Jeanine Zufferey, die HH. Grossräte Grégoire Luyet und Paul-André Roux (Suppl.), betreffend die Totalrevision des Walliser Steuergesetzes vom 10. März 1976 (24.09.97)
- Die Motion wird angenommen (15.05.98)*
- 1.086 Postulat von Hrn. Grossrat Fredy Huber und Konsorten betreffend Kostenabwälzung an die Gemeinden (24.09.97)
- Die, nicht erschöpfende, Aufzählung der neuen Gesetzgebungen und ihrer finanziellen Auswirkungen zeigt deutlich, dass diese den Kanton im Allgemeinen zumindest gleich stark wenn nicht sogar stärker als die Gemeinden belasten (15.05.98)*
- 1.097 Dringliche Motion der landwirtschaftlichen Gruppe des Grossen Rates, durch seinen Präsidenten Alexandre Antonin, betreffend Massnahmen zur steuerlichen Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwertung des landwirtschaftlichen Bodens (11.05.98)
- Der Staatsrat erklärt sich namentlich aufgrund der wirtschaftlichen Entwertung dazu bereit, auf die Forderung der landwirtschaftlichen Gruppe einzutreten und steuerliche Anpassungen vorzunehmen. Die Motion wird also angenommen (15.05.98)*
- 1.061 Motion von Hrn. Grossrat Beat Jost betreffend die Schaffung eines unabhängigen Verwaltungsinspektorates (10.11.97)
- Die Mitglieder des Grossen Rates lehnen die Motion mit 46 gegen 43 Stimmen und 6 Enthaltungen ab (26.06.98)*
- 1.062 Motion von Frau Grossrätin Esther Waeber-Kalbermatten betreffend Ausrichtung eines kantonalen Investitionsbonus für energetische Sanierungen (10.11.97)
- Der Staatsrat schlägt vor, die Entscheide über die Interpellation von Nationalrat Sutter, der eine Erhöhung des Bundeskredites um 66 Millionen fordert und über den Bundesbeschluss über eine ökologische Energieabgabe abzuwarten. Die Motion wird in Form eines Postulats angenommen (26.06.98)*
- 1.069 Motion der HH. Grossräte Benno Tscherrig, Thomas Gsponer und Konsorten betreffend Revision des Gesetzes vom 24. Juni 1980 über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle (13.11.97)
- Der Staatsrat schlägt vor, das Ende der laufenden Experimentierphase hinsichtlich der Pilotprojekte abzuwarten und die eventuell nötigen rechtlichen Schritte aufgrund der Lehren und Schlüsse aus dieser Übergangsphase zu unternehmen (26.05.98)*
- 1.057 Postulat von Herrn Grossrat Stéphane Rossini und Konsorten betreffend militärische Schiessen und Tourismus (14.10.97)
- Das Postulat wird aus verschiedenen Gründen, die namentlich wirtschaftlicher Natur sind, abgelehnt (16.09.98)*
- 1.076 Postulat der christlich-demokratischen Gruppe des Unterwallis, durch Hrn. Grossrat Stéphane Marquis, betreffend "Reform 1997 der Unternehmensbesteuerung" und ihre Anwendung auf kantonaler Ebene (10.02.98)
- Die hauptsächlichen Forderungen der Postulanten werden im Entwurf der Teilrevision des Steuergesetzes unter den Wirtschaftsförderungs-massnahmen zu finden sein (16.09.98)*
- 1.077 Postulat von Hrn. Grossrat Stéphane Rossini und Konsorten betreffend der Fiskus und die Fort- und Weiterbildung (10.02.98)
- Aufgrund des Kinderabzuges, der bereits einen Teil der Lasten umfasst und des Abzuges auf dem Einkommen der Lehrlinge und Studenten kann der vorgeschlagene Abzug der Weiterbildungskosten nicht angenommen werden (16.09.98)*
- 1.078 Postulat von Hrn. Grossrat André Fagioli betreffend das gesetzliche Grundpfandrecht von Artikel 174 Steuergesetz (11.02.98)
- Aufgrund des enormen Verwaltungsaufwands und der Kosten, die sich für Kanton und Gemeinden ergeben würden, sind wir gegen eine allgemeine Eintragungspflicht. Die Eintragungspflicht für die öffentlichen Hand nach Ablauf einer noch zu bestimmenden Frist nachdem der Entscheid definitiven Charakter erlangt hat ist hingegen sinnvoll (16.09.98)*
- 1.089 Postulat der CVPO-Fraktion, durch die HH. Grossräte Josef Escher und Charly Zurbruggen, betreffend die Besteuerung landwirtschaftlicher Klein- und Nebenerwerbsbetriebe (23.03.98)
- Um die besondere Situation unserer landwirtschaftlichen Klein- und Nebenwerbsbetriebe noch besser berücksichtigen zu können, prüft die Steuerverwaltung die Möglichkeit, den Abzug für den Sachaufwand in Prozenten der Bruttoeinnahmen durch einen Abzug pro Einheit (Tier) zu ersetzen (16.09.98)*
- 1.090 Postulat von Hrn. Grossrat Bernhard Brigger und Konsorten betreffend Gebühren für staatliches Handeln (23.03.98)
- Der Staatsrat ist der Meinung, dass es im Augenblick keiner allgemeinen Überprüfung der heutigen Praxis bei der Erhebung von Gebühren für Auskunfts- und Fristerstreckungsgesuche bedarf. Er schlägt daher die Ablehnung des Postulats vor (16.09.98)*
- 1067 Motion von Herrn Grossrat Jacques Dubuis und Konsorten betreffend der Bedeutung der Ferienwohnungen (13.11.97)
- Der Motion konnte dahingehend Folge geleistet werden, dass die wirtschaftliche Bedeutung der Ferienwohnungen in die laufenden Untersuchungen integriert wird, sowie durch die Bereitstellung von Mitteln, die eine vermehrte Nutzung bringen soll. Hingegen konnte der angebotenen steuerlichen Entlastung (aus Gründen der Gleichbehandlung) nicht entsprochen werden.*
- 1068 Motion der FDPO-Fraktion, durch Hrn. Grossrat (Suppleant) Ambros Bumann, betreffend Änderung des Artikels 21, Absatz 3 des Gesetzes über den Tourismus (13.11.97)
- Aufgrund der abgegebenen Erklärungen durch die Dienststelle des Finanz- und Volkswirtschaftsdepartementes wurde die Motion gegenstandslos.*

- 1.073 Motion der CVPO-Fraktion, durch Frau Grossrätin Edith Nanzer-Hutter und Hrn. Grossrat Andreas Schmid, betreffend Abänderung des Gesetzes vom 17. Februar 1995 über das Gastgewerbe und dem Handel mit alkoholischen Getränken (GGG) (09.02.98)

Der Staatsrat ist aufgrund einer ersten Einschätzung und der vorgebrachten Gründe der Ansicht, dass es einer gründlicheren Prüfung der aufgeworfenen Fragen bedarf. Er nimmt die vorliegende Motion in Form eines Postulats an (11.11.98)

- 1075 Dringliche Motion der Tourismusgruppe des Grossen Rates durch Hrn. Grossrat Jean-Marie Luyet und Konsorten betreffend den IHG-Krediten (9.2.98)

Um dem Anliegen der Motion zu genügen, wurden die noch verfügbaren Mittel des allgemeinen Infrastrukturfonds zu Gunsten der Wiederankurbelung der Wirtschaft und des Tourismus verwendet.

- 1,099 Postulat der gewählten Liberalen, durch Hrn. Grossrat Pierre-Christian de Roten, betreffend Steuerausgleich (11.05.98)

Eine Abänderung der Regeln der interkommunalen Aufteilung scheint wenig sinnvoll. Dieses Postulat wird jedoch im Rahmen von künftigen Revisionen des Steuergesetzes geprüft (11.11.98)

- 1.100 Postulat der landwirtschaftlichen Gruppe des Grossen Rates, durch ihren Präsidenten Alexandre Antonin, betreffend gründliche Studien zur besseren Bekämpfung der Auswirkungen des Frühjahrfrostes beim Obst- und Weinbau (11.05.98)

Die Arbeiten an einem von der Ingenieurschule in Sitten entwickelten Wärmeabstrahlungssystem könnten 1999 beginnen und die ersten Tests im Frühjahr dieses Jahres durchgeführt werden. Sobald die Kosten des Projekts bekannt sind, wird der Staatsrat seine Beteiligung festlegen (11.11.98)

- 1.104 Motion von Hrn. Grossrat Fredy Huber und Konsorten betreffend Neuorientierung der Walliser Wirtschaftsförderung (14.05.98)

Der Staatsrat legt namentlich drei prioritäre Achsen für die Wirtschaftsentwicklung des Kantons fest. Ziel für 1998 ist die schrittweise Einführung des neuen Wirtschaftsförderungskonzepts und die Erarbeitung eines Entwurfs für die Revision des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft. Die Motion wird also angenommen (11.11.98)

- 1.105 Postulat der CSPO-Fraktion, durch Frau Grossrätin (Suppl.) Edith Inderkummen-Kuonen, betreffend Steuerbelastung der Walliser Familie/Erhöhung der Kinderabzüge (15.05.98)

Im Rahmen der künftigen Teilrevision des Steuergesetzes ist namentlich vorgesehen, die erlaubten jährlichen Kinderabzüge deutlich anzuheben. Das Postulat wird also angenommen (11.11.98)

FINANZVERWALTUNG

Die Vorbereitungsarbeiten für die Inbetriebnahme der verschiedenen Module mit SAP R/3 sind 1998 fortgesetzt worden.

Mit Beschluss vom 21. Januar 1999 hat der Staatsrat eine Informatik-Koordinations-Kommission (IKK) eingesetzt, die durch den Dienstchef der Kantonalen Finanzverwaltung präsiert wird. Diese Kommission hat das Mandat erhalten, den aktuellen Zustand der Situation im Informatikbereich des Staates Wallis festzustellen und mit Hilfe eines spezialisierten Unternehmens eine Informatikstrategie zu erarbeiten sowie die Koordination der wichtigsten laufenden und kommenden Informatikprojekte des Staates Wallis sicher zu stellen. Für diese Aufgabe und auf Vorschlag der IKK wurden verschiedene Mandate erteilt. Die IKK beschäftigt sich gleichzeitig mit den Problemen im Zusammenhang mit dem Jahr 2000. Hierzu hat die IKK in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Informatik im Juli 1998 ad hoc Richtlinien herausgegeben und den Dienststellen und Anstalten zugestellt.

Im Rahmen der Umsetzung der neuen Verwaltungsführung hat die Finanzverwaltung und das Zentrum für Verwaltungsmanagement verschiedene Präsentationsmodelle für die Verwaltungsrechnung 1998 der Piloteinheiten erarbeitet, ebenso wurden einzelne praktische Übungen mit konkreten Daten und mit zwei Piloteinheiten durchgespielt (Verträge, Leistungskriterien, Controlling, usw.).

Die Vorbereitungsarbeiten für den Finanzplan 1998-2001, welcher im Grossen Rat debattiert wurde, begannen 1997 und wurden 1998 fortgesetzt.

Neben der Aufgabe als Koordinator des Finanz- und Volkswirtschaftsdepartementes vertritt der Dienstchef den Staatsrat in der Generaldirektion der Olympischen Winterspiele 2006 und ist Verantwortlicher des Departementes "Finanzen" des Kandidaturkomitees von Sion 2006.

HAUPTBUCHHALTUNG

Bei den während des Jahres 1998 wahrgenommenen allgemeinen Aufgaben ist vor allem auf die Erstellung der Staatsrechnung 1998 sowie des Budgets 1999 hinzuweisen.

Verwaltung der Tresorie

Auf dem Kontokorrent des Kantons sind im Jahr 1998 Transaktionen im Gesamtwert von 7,84 Mia. Franken getätigt worden.

Verwaltung der Verwaltungsschuld

72 kurzfristige Anleihen sind zu einem mittleren Satz von 1,4360 % und für einen Gesamtbetrag von rund 1,72 Mia. Franken abgeschlossen worden. Während des Jahres wurden 72 kurzfristige Anleihen zurückbezahlt, dies für einen Betrag von total 1,655 Mia. Franken und zu einem mittleren Satz von 1,4709 %. Die Verwaltungsschuld hat zugenommen und am 31.12.1998 betrug diese 555 Mio. Franken, im Vergleich zu 490 Mio. Franken am 31.12.1997.

Die Zinsen für das Jahr 1998 machen den Betrag von 3,382 Mio. Franken aus, was einem mittleren Satz von 1,4255 % entspricht.

Verwaltung der konsolidierten Schuld

Im Verlauf des Jahres 1998 sind 9 Festgeldanleihen mit einem Gesamtwert von 250 Mio. Franken abgeschlossen worden. Diese neuen Anleihen sind für die Dauer von 4 bis 10 Jahren und zu einem mittleren Zinssatz von 3,38 % abgeschlossen worden. Im

abgelaufenen Jahr wurden ebenfalls 6 Anleihen für einen Gesamtbetrag von 202 Mio. Franken zurückbezahlt. Die vertraglich festgelegten Amortisationen betragen 0,85 Mio. Franken.

Mit der Zunahme von Fr. 1'178'800'000.– auf Fr. 1'225'950'000.– hat die konsolidierte Schuld eine Erhöhung erfahren, was eine Zinsbelastung von 56,566 Mio. Franken zu einem mittleren Satz von 4,8207 % bewirkt.

Verwaltung der Schuld der Spitäler

Die Verwaltung umfasst die Anleihen für Investitionen, die vor dem 31.12.1989 bewilligt wurden und für welche der Kanton im Sinne des Gesetzes vom 17.11.1988 über die Subventionierung der Spitäler die jährlichen Zins- und Amortisationskosten übernimmt.

Am 31.12.1998 beläuft sich der Gesamtbetrag dieser Schuld -nach Berücksichtigung der Zinsen von 12,3 Mio. Franken und der Amortisation von 8,3 Mio. Franken für das Jahr 1998- auf 248,35 Mio. Franken.

Aufgrund der für den Kanton günstigen Konditionen hat der Kanton weiterhin Anleihen abgeschlossen, die zur Finanzierung der an die Spitäler gewährten Darlehen bestimmt sind. Diese belaufen sich auf 213,8 Mio. Franken, was 86,1 % der vom Kanton verwalteten Schuld der Spitäler entspricht.

Walliser Elektrizitätsgesellschaft AG

Auf Gesuch des Verwaltungsrates der Gesellschaft ist am 23. Juli 1998 der Saldo des Aktienkapitals von 110 Mio. Franken liberiert worden. Diese Aktion erforderte seitens des Kantons eine Vorauszahlung in Form eines Darlehens des Finanzierungsfonds der WEG für den gesamten vorerwähnten Betrag.

AMT FÜR STATISTIK

Im Verlauf des Jahres 1998 hat das Amt für Statistik mehrere Dokumentationen publiziert, so die quartalsweise erscheinenden *Statistischen Berichte* und die *Walliser Konjunktur* sowie das *Wallis in Zahlen*. Das Jahr war ebenfalls geprägt durch die Publikation des Statistischen Jahrbuchs, welches alle zwei Jahre erscheint.

Die Erarbeitung von Statistiken zur Bevölkerungsentwicklung mit *ESPOP*, die Baustatistik sowie der Bericht der kantonalen Kommission zu den öffentlichen und privaten Bauvorhaben zu Händen des Staatsrates waren die Schwerpunktbereiche im vergangenen Jahr. Das Amt hat ausserdem aktiv teilgenommen an der Eidgenössischen Betriebszählung 1998, welche durch das Bundesamt für Statistik organisiert wurde. Die Vorbereitungsarbeiten zusammen mit den Gemeinden für die Volkszählung 2000 haben ebenfalls begonnen. In Zusammenarbeit mit anderen statistischen Ämtern der Schweiz sind mehrere zukunftsgerichtete Projekte behandelt worden, welche diese Ämter betrifft, so die Errichtung eines neuen Netzes Intranet/Internet.

Das Amt wird von der kantonalen Verwaltung oft um Dienste ersucht, ebenso von Banken und Versicherungen sowie von Studenten, welche vielfach besondere Auskünfte über Daten, Tabellen, Graphiken und Karten verlangen. Das Amt beteiligt sich an verschiedenen Konsultativ-Kommissionen. Es nimmt auch an Sitzungen von Arbeitsgruppen teil, wie jenen des Bundesamtes für Statistik (BFS), dem Verband Schweizerischer Statistischer Ämter (VSSA) und der Gruppe der statistischen Ämter der Romandie und des Tessins (GORT). Zusammen mit der Walliser Handelskammer beteiligt sich das Amt für Statistik an den Sitzungen des Centre romand d'observation et d'information sur la situation économique (CROISE).

GEMEINDEFINANZEN

Interkommunaler Finanzausgleich

Der ordentliche interkommunale Finanzausgleichsfonds für 1998, dem zweiten Jahr der Fiskalperiode, beträgt 15 Mio. Franken. 62 Gemeinden kommen in den Genuss dieses Fonds. Demgegenüber ist der Spezialfonds bestimmt für die Hilfe zu Gunsten von Gemeinden mit einer sehr prekären Finanzlage. Hier geschieht die Aufteilung der 3 Mio. Franken an 57 Gemeinden.

Es ist daran zu erinnern, dass der Grosse Rat am 15. Februar 1995 beschlossen hat, die Äufnung des Finanzausgleichsfonds durch den Kanton und die Gemeinden für die Jahre 1995-1998 auf 18 Mio. Franken zu begrenzen.

Gemeinderechnungen

Die Erfassung der einzelnen Verwaltungsrechnungen 1997 der Gemeinden erlaubt die Erstellung einer Finanzanalyse nach Gemeinden, nach sozio-ökonomischen Regionen, nach Gemeindegrösse und nach der Gesamtheit aller Walliser Gemeinden. Diese Finanzanalyse ermittelt mit rund dreissig Kennziffern die finanzielle Lage der Gemeinden und antwortet somit auf eidgenössische und kantonale Anforderungen in diesem Bereich.

Abgestufte Subventionen

Die neuen Ansätze für 1998 der abgestuften Subventionierung sind nach dem Reglement vom 3. Mai 1978 für die Subventionierung der Investitionen berechnet worden. Für die Subventionierung der laufenden Verwaltungsausgaben gelten die gleichen Ansätze wie 1997.

IHG-Darlehen und Anleihen

Rund 120 Dossiers von öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder Privatunternehmungen sind im Sinne von Art. 34 des Finanzhaushaltsgesetzes zu Händen des Vorstehers des Finanz- und Volkswirtschaftsdepartementes analysiert worden. Weiter wurden zu rund 60 Gesuchen von Gemeinden oder Bürgergemeinden für Anleihen, Bürgschaften, Garantieleistungen oder Darlehen unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Lage die Vormeinung zu Händen des Staatsrates abgegeben.

SEKTION FINANZPLANUNG UND VERPFLICHTUNGSKREDITE

Im Sinne von Art. 34 des Gesetzes über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons wurden mehr als 1'200 Dossiers (Gesetze, Dekrete, Beschlüsse, Reglemente und andere dem Grosse Rat und dem Staatsrat unterbreitete Projekte) geprüft und die Vormeinung abgegeben.

Die überprüften Dossiers verteilen sich wie folgt :

	1997	1998
– Behörden und Staatskanzlei	25	31
– Finanz- und Volkswirtschaftsdepartement	183	233
– Departement für Gesundheit, Soziales und Energie	68	51
– Departement für Erziehung, Kultur und Sport	167	195
– Departement für Sicherheit und Institutionen	82	81
– Departement für Verkehr, Bau und Umwelt	749	619
Total	1'274	1'210

SEKTION IMMOBILIENVERWALTUNG, VERSICHERUNGEN UND ÖKONOMAT

Immobilienverwaltung

Mieteinnahmen

Die Einnahmen blieben auf dem Niveau von 1997. Der Landesindex der Konsumentenpreise, der massgebend ist für die Berechnung der Mieten, hat sich quasi nicht verändert und erlaubte keine Anpassungen der Mietverträge.

Es ist zu erwähnen, dass die Wohnungsmieten und Mieten anderweitiger Lokalitäten, welche durch die Sektion vermietet werden, im Fall einer Hypothekarzinserhöhung keine Mieterhöhung nach sich ziehen. Im Gegensatz wird die Miete auch nicht reduziert, wenn die Zinssätze fallen, dies gemäss Artikel 13 der Verordnung über Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen vom 9. Mai 1990.

Miete von Büros

Aufgrund verschiedener organisatorischer Massnahmen musste der Staat Wallis folgende **Mietverträge anpassen**:

- ◆ Kündigung und Abschluss eines neuen Mietvertrages für die Büros der Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Dienstverhältnisse (in Kraft seit 1999),
- ◆ Miete von Ausbildungslokalitäten für die Dienststelle für Informatik und die Dienststelle für Personal und Organisation (in Kraft seit 1999),
- ◆ Abschluss eines neuen Mietvertrages für verschiedene Büros für das Departement für Sicherheit und Institutionen, namentlich für die Dienststelle für Vermessung, welche bis anhin provisorisch in einem Holzpavillon südlich des Bahnhofs Sitten installiert waren (in Kraft seit 1999),
- ◆ Abschluss eines neuen Mietvertrages für Büros in Sitten, welche der Kantonalen Steuerverwaltung dienen (in Kraft seit 1999),
- ◆ Miete von zusätzlichen Depots für den Bedarf des Kantonalen Archivs,
- ◆ Kündigung des Mietvertrages per 31.12.1998 von Lokalitäten der Denkmalpflege,
- ◆ Kündigung des Mietvertrages per 31.12.1999 von Lokalitäten, die durch die Kantonspolizei Châble belegt waren.

Diese Anpassungen bringen zusammen eine Erhöhung der Mietausgaben von rund Fr. 21'000.-- pro Jahr.

Abschreibungen des Finanzvermögens

Die Immobilien des Finanzvermögens sind 1997 erstmals abgeschrieben worden.

Diese neue Ausgabe beläuft sich auf rund Fr. 927'334.05 und beträgt 5% des Buchwertes der Immobilien.

Immobilienverkäufe des Finanzvermögens

Der alte Polizeiposten in Gondo, der im Finanzvermögen des Kantons verbucht ist, steht zum Verkauf. Es ist noch kein Käufer gefunden worden.

Immobilieninventar und Kostenberechnung

Alle im Eigentum des Kantons befindenden Immobilien sind inventarisiert und werden regelmässig aktualisiert.

Die Gesamtheit der Kosten, welche durch die Sektion bezahlt werden wie Elektrizität, Heizung, Abwärtsdienste, Sanierungen, Mieten und Versicherungen wurden bisher Ende Jahr mittels internen Verrechnungen auf die verschiedenen Dienststellen des Staates aufgeteilt, dies wird von nun an monatlich mit SAP R/3 gemacht.

Die Prüfung verschiedener Varianten der Immobilienverwaltung, welche mit dem Staatsratsbeschluss vom 16.04.1997 gefordert wurde, war per Ende Dezember 1998 noch nicht fertig erarbeitet. Ein definitiver Bericht dürfte anfangs Jahr 1999 präsentiert werden.

Verwaltung der Versicherungen

Die Aufteilung des Portefeuille zwischen den verschiedenen Versicherungsarten zeigt sich wie folgt:



Der durch den Staat bezahlte Gesamtbetrag für Versicherungen beträgt Fr. 8'146'730.70.

Werte der Feuerversicherung

Die technischen Schätzungen im Verlauf des Jahres 1998 durch den Schätzungsdienst des Hochbauamtes hatte die Anpassung der Werte der Feuerversicherung verschiedener Immobilien des Staates zur Folge. Die Versicherungswerte der Mobilien wurden angepasst.

Die Vorgaben im Jahr 1998 waren die Optimierung der Deckung der Versicherung "Schaden". Eine Modifikation der abgeschlossenen Policen für Wasserschaden, Diebstahl und Glasbruch ist vorgesehen, dadurch sollte der Fonds der Eigenversicherung, welcher für diese Risikokategorien geschaffen wurde, aufgehoben werden.

Schaden-, Unfallversicherung und diverses

Eine vergleichende Studie ist zur Zeit in Erarbeitung, dies für die Portefeuille "Maschinenbruch" und "Technische Installationen".

Ökonomat

Neues Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen

Das neue Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen sowie die dazugehörige Verordnung sind am 1. Juli 1998 in Kraft getreten.

Die neuen Gesetzesbestimmungen sind anzuwenden, wenn der geschätzte Wert der öffentlichen Beschaffung folgende Beträge erreicht:

- Fr. 100'000.-- für Warenlieferungen,
- Fr. 200'000.-- für Dienstleistungen,
- Fr. 500'000.-- für Bauten.

Die Ausschreibungen gemäss den neuen Gesetzesbestimmungen sind im Amtsblatt des Kantons veröffentlicht worden, insbesondere für die Lieferung von Papier für Fotokopien, Tonerlieferungen für die Drucker, Kuverts und die Lieferung von Kopiermaschinen.

Die diesbezüglichen Entscheidungen sind Gegenstand einer Veröffentlichung.

Die Vorgaben werden jährlich erneuert.

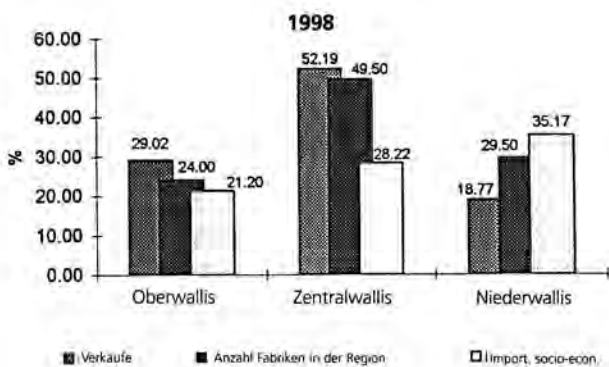
Druckaufträge

Die Vergabe von Druckaufträgen und die Aufteilung innerhalb dem Kanton ziehen besondere Aufmerksamkeit nach sich.

Der Staatsrat verlangte eine Studie, welche die Unternehmungen erfasst, um die Möglichkeiten einer wirtschaftlicheren und transparenteren Zuteilung der Druckaufträge des Staates zu prüfen, dies unter gleichzeitiger Berücksichtigung der neuen Bestimmungen über das öffentliche Beschaffungswesen. Diese Studie ist noch nicht beendet.

Es ist jedoch festzuhalten, dass nicht alle Druckkosten beim kantonalen Ökonomat zentralisiert sind und so ist es schwierig eine vergleichende Aufteilung dieser Arbeiten zu erhalten.

Die geographische Aufteilung der 1998 durch das Ökonomat vergebenen Druckaufträge präsentiert sich wie folgt:



Diese Graphik berücksichtigt die Auftragsvergaben von anderen Dienststellen des Staates wie zum Beispiel dem APFD (Broschüre "Résonance") und der IHB (Piloteneinheit) nicht, ebenso nicht die Aufträge der Gerichte und des Grossen Rat.

In der Graphik auch nicht enthalten ist der Druckauftrag für das Amtsblatt des Kantons, welcher sich auf mehr beläuft als Fr. 250'000.--.

Die Inbetriebnahme der Finanzbuchhaltung mit SAP ab dem 1. Januar 1999 dürfte eine bessere Gesamtübersicht dieser Kosten erbringen. Eine gleichmässige Aufteilung kann jedoch nicht immer gewährleistet werden, weil sich die effektiven Einkäufe unterscheiden.

ABTEILUNG GEHÄLTER

Der Indexstand Ende Dezember 1997, welcher für die Festsetzung der Teuerungszulage gültig ist, betrug 104.0 Punkte, was einer Teuerung von 0.4% entsprach. In seiner Sitzung vom 03. September 1997 entschied der Staatsrat, für das Jahr 1998, keinen Teuerungsausgleich zu überweisen.

Die Sparmassnahmen im Lohnsektor von 1997 wurden auch 1998 weitergeführt und zwar über die Anwendung eines Koeffizienten von 0.8% auf die Erhöhung der Erfahrungsanteile.

Bezüglich der vorzeitigen Pensionierung wurde die jährliche Kapitalabfindung von Fr. 26'000.-- auf Fr. 35'000.-- erhöht. 47 Personen machten von dieser Möglichkeit Gebrauch, was einem Betrag von Fr. 1'981'242.-- entspricht.

Das Jahr 1998 wurde geprägt durch die Anstellung mehrerer Mitarbeiter zur Entwicklung des Moduls HR und im speziellen für unsere Abteilung, dem Lohnbuchhaltungsprogramm (SAP). Um die Fortführung der bis anhin geleisteten Arbeiten im Lohnbereich zu gewährleisten und die weitere Überweisung der Löhne 1998 sicher zu stellen, wurden Hilfskräfte eingestellt und zahlreiche Überstunden geleistet.

Im verflossenen Jahr 1998 hat die Abteilung Gehälter Löhne an 9'997 Personen ausbezahlt.

STEUERVERWALTUNG

DIREKTION

Die Direktion der kantonalen Steuerverwaltung bereitete die Stellungnahmen des Staatsrates zu den Vernehmlassungsverfahren der Volksinitiative «Wohneigentum für alle», des Vorentwurfs zum «Bundesgesetz über die Fusion, die Teilung und die Umwandlung von Rechtsträgern», der parlamentarischen Initiativen «Schmiergelder» und «Berücksichtigung ausserordentlicher Aufwendungen beim Wechsel der zeitlichen Bemessung» beim Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer sowie der «Besteuerung von Dienstleistungsgesellschaften» vor.

Sie hat ebenfalls die Botschaft und den Dekretsentwurf betreffend die Bildung von Rückstellungen bei Wertverminderungen landwirtschaftlichen Bodens ausgearbeitet und bereitete die Vorschläge zur Beantwortung parlamentarischer Vorstösse vor.

PERSONAL

Die kantonale Steuerverwaltung hat ein Effektiv von 119,5 Einheiten (1997 deren 116,5).

Ferner wurden 17 Personen als Aushilfen beschäftigt, was 5 Vollzeitstellen entspricht.

Zwei Stellenumwandlungen wurden durchgeführt.

KATASTERSCHATZUNGEN

Die Katasterschätzungen haben wie folgt zugenommen:

Bebaute Liegenschaften (ohne die öffentlichen Bauten)

	1996	1997	1998
Oberwallis	294'074'760.-- (42,26 %)	282'709'600.-- (45,05 %)	188'064'800.-- (31,83 %)
Unterwallis	401'915'900.-- (57,74 %)	344'972'800.-- (54,95 %)	402'605'600.-- (68,17 %)
Total	695'990'660.--	627'682'400.--	590'670'400.--

Industrielle Gebäude und Anlagen

	1996	1997	1998
Oberwallis	111'938'300.-- (26,45 %)	77'951'200.-- (44,46 %)	112'308'002.-- (34,89 %)
Unterwallis	311'401'800.-- (73,55 %)	97'366'300.-- (55,54 %)	209'539'919.-- (65,11 %)
Total	423'340'100.--	175'317'500.--	321'847'921.--

SEKTION EINSCHÄTZUNG DER NATÜRLICHEN PERSONEN

Im Vergleich zur Vorperiode nahmen die Steuerpflichtigen um 6'000 zu.

Für die Steuerperiode 1997/1998 wurden die Einschätzungsarbeiten Ende Ferienzeit abgeschlossen.

Der Rückstand erklärt sich wie folgt:

- Mehraufwand der Aufgaben (Unterhaltskosten für Immobilien, Steurrückzahlungen, Projekt CUV);
- Zunahme der Anzahl Steuerpflichtigen.

SEKTION EINSCHÄTZUNG DER JURISTISCHEN PERSONEN

Diese Sektion überprüfte die Steuerakten von rund 10'000 juristischen Personen, davon 6'000 Aktiengesellschaften.

Die Zahl der juristischen Personen nahm um rund 600 zu (1997 waren es deren 400). Es handelt sich dabei um Neugründungen und um Umwandlungen von Einzelfirmen in Aktiengesellschaften.

SEKTION SPEZIALSTEUERN

Die Zahl der Saisonangestellten, der Jahresaufenthalter und der Grenzgänger nahm nochmals ab, und zwar von 10'782 (1997) auf 10'122 (1998).

Bei der Grundstückgewinnsteuer wurden 11'505 Immobilientransaktionen überprüft mit einer totalen Verkaufssumme von 2,1 Mrd. Franken (1997: 1,7 Mrd. Franken). 660 Veranlagungen wurden eröffnet mit Einnahmen von total 2,8 Mio. Franken.

Bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer wurden 480 Veranlagungen eröffnet, d.h. 335 für die Erbschaftssteuer und 145 für die Schenkungssteuer.

SEKTION VERRECHNUNGSSTEUER

Im Laufe des Jahres überprüfte diese Sektion 3'385 Wertschrittenverzeichnisse. Sie leitete 429 Untersuchungen zu Steuerhinterziehungsfällen ein. 237 Bussen wurden eröffnet, 98 Verwarnungen ausgesprochen und 94 Dossiers konnten klassiert werden.

Die Steuerbussen beziffern sich auf:

● direkte Bundessteuer	2,43	Mio. Franken
● Kanton	4,45	Mio. Franken
● Gemeinden	3,92	Mio. Franken

Sie hat 3'060 Titelbewertungen von nicht kotierten Walliser Aktiengesellschaften vorgenommen.

STEUERINSPEKTORAT

Das Steuerinspektorat führte 261 Buchprüfungen und Stichprobenkontrollen durch. Die vorgenommenen Aufrechnungen beziffern sich auf 46 Mio. Franken beim Einkommen und auf 30 Mio. Franken beim Vermögen.

RECHTSDIENST

Der Rechtsdienst erstellte 138 Vormeinungen zuhanden der Beschwerdeinstanzen (kantonale Steuerrekurskommission, Kantonsgericht, Bundesgericht).

SEKTION STEUERINKASSO

Die Zahl der Betreibungsbegehren nahm ungefähr um 10 % ab (1997: 21'233 gegenüber 1998: 19'613).

Die Verluste (verlorene Werte, Bussen, Verlustscheine) sind bei den natürlichen Personen stabil geblieben (7,9 Mio. Franken 1997 gegenüber 7,6 Mio. Franken 1998). Bei den juristischen Personen haben sie ein wenig zugenommen (1,1 Mio. Franken 1997 gegenüber 2,1 Mio. Franken 1998).

DIENSTSTELLE FÜR PERSONAL UND ORGANISATION

Nebst den allgemeinen Aufgaben im Bereiche der Personalverwaltung und Organisation, war das Jahr 1998 für die Dienststelle für Personal und Organisation durch folgenden Schwerpunkte gekennzeichnet:

- Umsetzung der neudefinierten Personalpolitik
- Mitarbeit im Rahmen der übrigen Teilprojekte der Verwaltungsreform 2000
- Arbeitsmarktliche Massnahmen
- Beschäftigungspolitik

Nachfolgend werden wir kurz auf die wichtigsten Schwerpunkte eingehen:

UMSETZUNG DER NEUDEFINIERTEN PERSONALPOLITIK

Im Rahmen des Teilprojektes 4 der Verwaltungsreform (Personal, Organisation und Unternehmenskultur) konnte bereits einiges zum Ausbau und zur Weiterentwicklung der zukünftigen Personalarbeit erreicht werden.

Im folgenden soll der Stand der Arbeiten einiger Unterprojekte aufgezeigt werden:

Mitarbeiterbefragung

Den grossen Stellenwert, den die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Bedürfnissen, ihren Anliegen und ihrer Arbeitszufriedenheit beimessen, widerspiegelte sich in der hohen Rücklaufquote des im Herbst 1997 verteilten Fragebogens.

Aufgrund der Untersuchungsergebnisse erarbeiteten verschiedene Arbeitsgruppen in den Bereichen Arbeitszeitflexibilisierung, Aus- und Weiterbildung, Frauenförderung in der kantonalen Verwaltung, Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzgestaltung, Arbeitsplatzwechsel und Beförderung konkrete Aktionspläne, welche bereits im Jahr 1999 durch eine erste Serie von Massnahmen realisiert werden.

Einführung von SAP

Im Rahmen der Einführung von SAP als integriertes und modulares Informatiksystem zur Finanz- und Geschäftsführung des Kantons Wallis war die Dienststelle für Personal und Organisation sowie die kantonale Finanzverwaltung (Sektion Gehälter) damit beauftragt, Module des Bereiches der Personalwirtschaft unter SAP einzuführen.

Die folgenden bestehenden Applikationen zur Unterstützung der Personalverwaltung wurden durch SAP abgelöst: Lohnabrechnung, Organisationsmanagement, Zeitwirtschaft, (sowie die Personalstammdatenbewirtschaftung).

Die Dienststelle für Personal und Organisation wurde 1998 durch dieses Projekt, welches von grosser Wichtigkeit für die zukünftige Personalführung und -verwaltung ist, stark belastet, arbeiteten doch mehrere Mitarbeiter der Dienststelle mit.

Die Terminvorgaben konnten dank grossem Einsatz des Projektteams eingehalten werden. Dies machte möglich, dass seit dem 1. Oktober 1998 die ersten Dienststellen über ein neues Zeitwirtschaftssystem verfügen. Weitere Dienststellen werden nun gestaffelt auf das neue Zeitwirtschaftssystem unter SAP umgestellt. Die Lohnabrechnung sowie das Organisationsmanagement funktionieren ab dem 1. Januar 1999 unter SAP.

Die Grundlage für ein effizientes Personalinformations und -führungssystem ist dank der Einführung von SAP nun vorhanden.

Funktionsbewertung

Das Ziel der Funktionsbewertung liegt in der Sicherstellung der internen Ausgewogenheit und Gerechtigkeit in der Besoldung innerhalb der kantonalen Verwaltung, der Schaffung einer soliden Grundlage, auf der das neue Besoldungssystem aufbauen kann und der optimalen Funktionseinreihung, um dadurch eine Harmonisierung der Besoldungsstruktur und eine Behandlung der hängigen Lohngesuche sicherzustellen.

Eine sehr ausgedehnte Information wurde sowohl bei den Dienstchefs, bei allen Beamten als auch bei der Klassifizierungskommission durchgeführt.

Die vom Personalamt eingesetzte Arbeitsgruppe, leitete die erarbeiteten Zwischenresultate an die Vorsteher der Departemente zur Stellungnahme und Prüfung weiter. Diese komplexe und anspruchsvolle Funktionsbewertung wird 1999 weitergeführt werden.

Neues Mitarbeiterbeurteilungssystem

Das Gesetz betreffend die Besoldung der Beamten und Angestellten des Staates Wallis erforderte eine Anpassung in Form der Verordnung vom 10. Juli 1997. Darin werden die Anlaufstufen, die

Individuelle Erhöhung aufgrund der Leistung und die Leistungsprämie behandelt.

Die Beurteilung von Leistung und Verhalten ist ein wichtiges Instrument der Personalführung. Sie zielt vorwiegend darauf ab:

- den Umfang der realisierten Aufgaben zu bestimmen,
- das Potential, die Bedürfnisse im Bereich der Bildung und Weiterbildung, sowie die Möglichkeiten der Laufbahnplanung zu ermitteln,
- die Verantwortung auf allen Stufen zu fördern,
- und die Effizienz des Personals durch eine Erhöhung der Kompetenzen und eine Förderung der Motivation zu steigern,

Eine besondere Anstrengung wurde unternommen im Bereich der Information der Dienstchefs, der Personen, welche mit der Mitarbeiterbeurteilung betraut wurden und mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, welche daran interessiert waren. Aber auch im Bereich der Ausbildung wurden Kurse im Bereich der Leistungsbeurteilung und der Zielvereinbarung und in der Führung eines Mitarbeitergesprächs durchgeführt.

Aus- und Weiterbildung

1998 wurden 141 Kurse organisiert; davon 102 in französischer Sprache (72%) und 39 in deutscher Sprache (28%), welche von rund 1400 Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmern besucht wurden. Die Zahl der Kurse stieg dabei im Vergleich zum Vorjahr um 48 % (46 Kurse).

Diese Kurse wurden in Bereichen wie, Arbeitstechnik, Menschliche Beziehungen und Managementtechnik (69), spezifische Informatikkurse (67), Sprachen (2) und generelle Kurse (Lehrlinge, Pensionäre Kenntnisse der Verwaltung) (3), organisiert.

Mit dem Kurs „Le manager public vecteur de changement“ wurde es dem Kader ermöglicht, seine Manager-Kompetenzen in Veränderungsphasen zu entwickeln. Dieser, in Zusammenarbeit mit den französisch- und italienisch-sprechenden Kantonen organisierte Kurs, wird auch im Jahre 1999 dem Kader zur Verfügung stehen.

Qualität in der Rekrutierung

Die Dienststelle für Personal und Organisation hat durch eine standardisierte Methode verschiedenen Dienststellen ein Instrument zur Verfügung gestellt, welches die Qualität in der Rekrutierung erhöht.

Sozialberatung

Durch die Sozialberatung wird das Wohlergehen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verbessert, ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung und Förderung des Betriebsklimas geleistet, Spannungen vorgebeugt, Konflikte verarbeitet, das Vertrauen gefördert und persönliche Ressourcen aktiviert, um schwierige Situationen zu meistern und zu überstehen. Die Sozialberatung bildet einen integrierenden Teil der Personalpolitik.

In der Sitzung vom 22. Dezember 1998 hat der Staatsrat das Konzept der Sozialberatung angenommen, welche im Verlaufe des Jahres 1999 den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung stehen wird.

Klassifizierungskommission

Die Kommission hat alle unbehandelten Lohnbegehren vergangener Jahre geprüft und Ihre Vormeinung zu Händen des Staatsrates abgegeben. In diesem Zusammenhang hat sie die wichtigsten Fälle zur Gewährleistung der internen Lohngerechtigkeit behandelt.

Das Resultat dieser Untersuchung belief sich auf 132 individuelle und kollektive Begehren.

MITARBEIT IM RAHMEN DER ÜBRIGEN TEILPROJEKTE DER VERWALTUNGSREFORM 2000

Die Dienststelle für Personal und Organisation ist auch in den übrigen Teilprojekten in verschiedenen Bereichen zur Umsetzung der neuen Verwaltungskultur tätig (Qualitätszirkel, etc.).

ARBEITSMARKTLICHE MASSNAHMEN (VGL. AUCH BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK)

Im Rahmen dieser Massnahmen konnten zahlreiche Personen beschäftigt werden:

- Anstellung 48 neuer Lehrlinge bei verschiedenen Dienststellen und Institutionen, 10 Praktikanten der kaufmännischen Berufsmaturität sowie weitere Praktikanten.
- in Zusammenarbeit mit den RAV's wurden rund 100 arbeitslose Personen in der kantonalen Verwaltung durch zeitlich limitierte Arbeitsstellen, durch Praktikumsplätze und durch berufliche Eingliederungsverträge beschäftigt.

Infolge einer Reorganisation werden diese Massnahmen ab dem Jahr 1999 von der kantonalen Arbeitslosenkasse durchgeführt.

BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

Am 3. September 1997 hat der Staatsrat entschieden, den Gegenwert der nicht ausbezahlten Teuerung (ca. 3,2 Millionen Franken) zur Förderung der aktiven Massnahmen im Rahmen der Beschäftigungspolitik des Staates Wallis zu benützen, namentlich durch:

- die Anstellung von Personen für dringende Aufgaben, spezifische Projekte und für neue Bedürfnisse.
- Die Erhöhung der Kapitalabfindung für die vorzeitigen Pensionierungen.
- Die Beschäftigung von Praktikanten oder Personen in Ausbildung (KBM; Praktikanten, etc)
- Die Finanzierung der Sozialberatung zu Gunsten der öffentlich Bediensteten.

Bei der Dienststelle für Personal und Organisation wurde eine Rubrik „Beschäftigungspolitik“ geschaffen, in welcher folgender Betrag vorgesehen ist:

In der Novembersession 1997 hat der Grosse Rat diese Rubrik um 500'000.-- auf 2,7 Millionen Franken reduziert. Nachdem dieser Betrag für die Sozialberatung, für die Erhöhung der Kapitalabfindung und für die Beschäftigung von Praktikanten oder Personen in Ausbildung verwendet wurde, blieb ein Rest von 1,7 Millionen Franken, welcher für die Anstellung von rund Dreissig Hilfskräften benutzt wurde.

DIENSTSTELLE FÜR DATENVERARBEITUNG

Die Vorschläge einer internen Arbeitsgruppe „Informatik-Strategie“ betreffend die Modernisierung der Informatik wurden von der Koordinationskommission genehmigt. Diese sind im wesentlichen: ORACLE für die Datenbankverwaltung, Power-AMC und Power-Builder als Entwicklungswerkzeuge für Client-Server Applikationen sowie Windows NT von Micro-Soft als Betriebssoftware (Der erste Server wurde im Dezember 1998 installiert). Die Ausbildung sowie die Definition von Standards wurden Ende Jahr im Rahmen eines Pilotprojekts in Angriff genommen. Dies umfasst die Verwaltung der Asylantragesuche und wird in Zusammenarbeit mit dem Kanton Neuenburg realisiert.

Die Firma RPW hat im Auftrag des Finanzinspektorates ein Audit durchgeführt, das im wesentlichen mehr Sicherheit sowie vor allem die Realisierung eines EDV-Leitbildes forderte. Einige Sicherheitsmassnahmen wurden bereits in die Wege geleitet. So wurde ein Mandat betreffend die physische Sicherheit an die spezialisierte Firma OLOR vergeben, deren Bericht auf Anfang 1999 erwartet wird. Was das EDV-Leitbild betrifft, hat der Staatsrat mit seinem Entscheid vom 25. November 1998 die Firma Arthur Andersen beauftragt, dieses im ersten Quartal 1999 zu realisieren. Bis dieser Schlussbericht vorliegt, wird die Staatsratsdelegation keine grösseren EDV-Projekte lancieren.

Die höchste Priorität der Dienststelle betraf die Kontrolle und die Anpassung der strategisch wichtigen Applikationen in bezug auf die Jahr 2000 Problematik. Mit der Direktive vom 8. Juli 1998 hat der Staatsrat die Applikationen auf dem Zentralcomputer als strategisch erklärt und deren Verantwortung unserer Dienststelle übertragen. Die übrigen Dienststellen tragen die diesbezügliche Verantwortung für die lokalen Client-Server Applikationen sowie die übrigen unabhängigen Applikationen und jene im Zusammenhang mit der Bundesverwaltung und der Büroautomation.

Der Beteiligung unserer Dienststelle am Projekt SAP / R3 hat kontinuierlich zugenommen. Insbesondere bei der Entwicklung im Zusammenhang mit dem Modul HR (Personal) und bei der Vorbereitung beim Modul SD (Fakturierung) haben wir unsere Ressourcen zur Verfügung gestellt. Die Tests beim neuen Zeitwirtschaftssystem waren sehr aufschlussreich. Teilweise wurde das Material bereits installiert. Die vollständige Migration erfolgt 1999 und sollte vor dem Jahrtausendwechsel realisiert sein. Im weiteren garantiert die Dienststelle den Betrieb der SAP / R3 Server.

Mit der Verbindung über das Netz VsNet können alle PC Benutzer, die an einem lokalen Netzwerk angeschlossen sind, vom INTERNET-Anschluss profitieren, sofern sie von ihrem Dienst- und Departementsvorsteher ermächtigt wurden. Der Staat verfügt künftig über eine eigene INTERNET-Adresse (WWW.VS.CH), wo vor allem die Informationen des Jahrbuches zu finden sind. Dieser Server wird kontinuierlich mit statischen und dynamischen Daten ausgebaut.

Die Dienststelle für Datenverarbeitung hat ferner an der Pilotapplikation CAPITASTRA mitgearbeitet, die im Rahmen der Verwaltung des eidgenössischen Grundbuchregisters in Martinach vorgesehen wird.

Die Aktivitäten der einzelnen Sektionen können wie folgt zusammengefasst werden:

1. SEKTION ENTWICKLUNG

Jahr 2000: Erstellen eines Inventars der Programme, Sicherstellen einer Kontrolle der Anpassungsarbeiten, Eliminieren der Jahr 2000 Problematik.

Projekte: SAP, Integration der TAO (AS400) an den Zentralcomputer (C80), Weiterführung der Arbeiten im Zusammenhang mit den neuen Plattformen (NPF), Erstellung eines Pflichtenheftes für eine neue Applikation bei der Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt.

Neuentwicklungen: Verwalten der Benutzerrechte bei der Applikation für Strassenverkehr und Schifffahrt, Verwalten der Qualifikationen bei der Dienststelle für Personal und Organisation, Verwalten der Baubewilligungsdossier, Verwalten der Dossier bei der Dienststelle für Jugendhilfe.

Programmwartung: Anpassung der Programme an neue Reglemente und Direktiven, Anpassen der Druckprogramme an die neuen Drucker.

2. MIKRO-INFORMATIK

Installation von 419 Personalcomputern (+ 73%), 108 Druckern (+ 8%) und 2 Netzwerkservern in der kantonalen Verwaltung. Die hohe Zahl von Installationen ist mit der Migration auf Windows 95 zu erklären. Schrittweise Installation der Switch-Technologie (Erhöhung der Benutzerbandbreite) auf den lokalen Netzwerken (Phase 2), Erstellen einer Internet Linie (Server Abfragen).

Die Jahr 2000 Problematik hat 1998 viel Zeit beansprucht: 50% der Server wurden hard- und softwaremässig gewartet, die Betriebssysteme der Rauter wurden überprüft, alle Personalcomputer mit 486^{er} oder kleineren Prozessoren wurden ersetzt. Der Wechsel auf das Jahr 2000 wird auch 1999 eine Hauptbeschäftigung bleiben.

Wie in den früheren Jahren konnte der mit der kontinuierlich steigenden Anzahl von Computern wachsende Arbeitsanfall an Installationen, Konfigurationen und Pannen teils mit Mitarbeitern des Beschäftigungsprogrammes aufgefangen werden.

Wie bereits in früheren Verwaltungsberichten erwähnt, nimmt aufgrund der ungenügenden Personalressourcen die Verfügbarkeit der Spezialisten je länger, je mehr ab. Nebst der mangelnden Unterstützung beklagen die Benutzer Ausbildungslücken. Auf diese Art und Weise kann die Sicherheit der Netzwerke und der Verbindungen nicht mehr vollumfänglich gewährleistet werden.

3. RECHENZENTRUM UND SYSTEM

Im Zusammenhang mit dem Jahr 2000 mussten verschiedene Massnahmen getroffen werden: Ausbau der Zentraleinheit zu einer virtuellen Maschine, die es erlaubt, Daten nach dem 31. Dezember 1999 zu simulieren, Aufbau von Schattendatenbanken, die es erlauben, die Produktion wahrheitsgetreu abzubilden, Installation von Jahr 2000 kompatiblen Systemkomponenten (Betriebssystem, Transaktionsmonitor, COBOL, SESAM usw.). Zusätzliche, neue Systemsoftware eröffnen neue Bearbeitungsmöglichkeiten wie Emulationen via Internet sowie Zugriff von externen Datenbanken. Einer der beiden Schnelldrucker wurde durch eine Einheit ersetzt, die sowohl den Druck vom Zentralsystem wie auch von lokalen Netzwerken erlaubt. Mit dem Ziel, die Sicherheit zu erhöhen, wurden die Panzerschränke aus dem Jahre 1974 einer Renovation unterzogen und mit einer neuen Einheit im Rechenzentrum ergänzt.

Im Rechenzentrum wurden im Verlaufe des Jahres 7'000'000 Seiten gedruckt, wovon 2'000'000 gefaltet und kuvertiert wurden.

Erwähnenswert sei noch die Inbetriebnahme des Datenaustausches der Steuerstammdaten zwischen dem AS400 und dem Zentralcomputer mit der Transfertechnik CPI-C.

RECHTSDIENST

Die Tätigkeit des Rechtsdienstes gliedert sich in drei Hauptgebiete, nämlich den eigentlichen Rechtsdienst des Departementes, das Sekretariat der kantonalen Steuer-rekurskommissionen und die Inkasso- und Eintreibungsaufgaben.

RECHTSDIENST DES DEPARTEMENTES

Der Rechtsdienst ist beauftragt, die allgemeinen Aufgaben und Rechtsprobleme zu behandeln, sich an der Gesetzgebungsarbeit zu beteiligen, schriftliche und mündliche Gutachten zu erstellen, Rechtsauskünfte zu erteilen, die vom Departement anzuwendende Gesetzgebung zu studieren und auszulegen, den Staat mit oder ohne Beizug von Anwälten vor Gericht zu vertreten usw. Dabei arbeitet der Rechtsdienst insbesondere mit der Dienststelle für Personal und Organisation sowie mit der kantonalen Finanzverwaltung zusammen.

Die Schwerpunkte des Verwaltungsjahres 1998 können wie folgt zusammengefasst werden:

Walliser Kantonalbank

Im Bereich der Gesetzgebung wurde im Verwaltungsjahr 1998 das Dekret vom 26. Juni 1998 zur Änderung des Kantonalbankgesetzes verabschiedet. Die einstimmig angenommenen Bestimmungen wurden am 23. Oktober 1998 für eine Dauer von drei Jahren in Kraft gesetzt. Die Änderungen erfolgten auf Verlangen der Eidgenössischen Bankenkommission und tragen auch den Neuerungen des Bundesgesetzes über die Börsen und den Effektenhandel Rechnung. In den neuen Bestimmungen geht es vor allem um Fragen der Organisation und um die Festlegung der jeweiligen Kompetenzen der einzelnen Organe.

Gleichzeitig mit der Annahme dieser provisorischen Gesetzgebung wurden die Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf die ordentliche Revision des Kantonalbankgesetzes an die Hand genommen, mit welcher auf die verschiedenen parlamentarischen Interventionen eingegangen wird. Zudem wird sich die Revision mit grundsätzlichen Fragen wie dem Auftrag der WKB, der Zusammenarbeit mit anderen Bankinstituten und der Staatsgarantie befassen. Diese ordentliche Revision sollte innerhalb der Gültigkeitsdauer des Dekretes von drei Jahren abgeschlossen werden.

In Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei befasste sich die Dienststelle im Übrigen mit dem Strafverfahren in der Affäre frühere WKB/Dorsaz.

Staatspersonal

Im Rahmen von Arbeitsgruppen hat die Dienststelle an folgenden Arbeiten sehr eng mitgewirkt:

- Leitbild "Sozialberatung": diese Leitlinien sehen die Schaffung einer internen Sozialberatung durch den Staat Wallis vor. Das Leitbild wurde vom Staatsrat am 22. Dezember 1998 angenommen und wird im Verlaufe des Jahres 1999 umgesetzt.
- Entwurf des Leitbilds "Sexuelle Belästigung - Psychologische Belästigung (Mobbing)", das dem Staatsrat anfangs 1999 unterbreitet wird.

Berufliche Vorsorge der Magistraten

Am 27. Mai 1998 verabschiedete der Staatsrat die Botschaft und den Gesetzesentwurf über die berufliche Vorsorge der Magistraten der Exekutive, der Justiz und der Staatsanwaltschaft. Der Entwurf sieht im wesentlichen für alle künftigen Magistraten - mit Aus-

nahme der Mitglieder des Staatsrates - die Einführung des ordentlichen Systems der beruflichen Vorsorge vor, indem diese Magistraten der Vorsorgekasse für das Personal des Staates Wallis (VPSW) angeschlossen werden. Für die amtierenden Magistraten und die künftigen Staatsräte wird das heutige Vorsorgeregime beibehalten, wobei einzelne Anpassungen erfolgen.

Der Grosse Rat hat die Vorlage in der Septembersession 1998 behandelt und in bezug auf die künftigen Magistraten mit Befriedigung aufgenommen. Hingegen beurteilte er die Übergangslösung für die amtierenden Magistraten als unbefriedigend, weshalb er den Entwurf zur Abklärung dieser Frage zurück an die erste parlamentarische Kommission überwies.

Auf Antrag der parlamentarischen Kommission verabschiedete der Grosse Rat am 13. November 1998 ein Dekret zur beruflichen Vorsorge des Staatskanzlers sowie der Magistraten der Justiz und der Staatsanwaltschaft, das mit seiner Publikation im Amtsblatt vom 11. Dezember 1998 in Kraft getreten ist und bis zum 31. Dezember 1999 in Kraft steht. Dieses Dekret sieht vor, dass die künftigen Magistraten - mit Ausnahme der Staatsräte - der VPSW angeschlossen werden. Damit wollte man die Situation der künftigen Magistraten unverzüglich und bis zum Abschluss des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens zum Gesetz über die berufliche Vorsorge regeln.

Im Rahmen dieses Gesetzgebungsverfahrens verlangte die parlamentarische Kommission ein Rechtsgutachten sowie eine Studie zu den finanziellen Auswirkungen. Die Behandlung des Gesetzesentwurfes durch den Grosse Rat in erster Lesung ist für die Mai-session 1999 vorgesehen.

Affäre Leukerbad

Die Dienststelle hat in Zusammenarbeit mit anderen Rechtsdiensten des Staates verschiedene Fragen näher geprüft, insbesondere bezüglich der Aufsicht über die Gemeinden.

SEKRETARIAT DER KANTONALEN STEUERREKURSKOMMISSIONEN

Der Dienststelle obliegt die Führung des Sekretariates der kantonalen Steuerrekurskommission (KRK) für die Kantons- und Gemeindesteuern (Artikel 219 Absatz 6 des Steuergesetzes vom 10. März 1976) sowie des Sekretariates der kantonalen Rekurskommission für die direkte Bundessteuer. Die Zuständigkeit dieser erstinstanzlichen Beschwerdeinstanz erstreckt sich überdies auf die Belange der Militärflichtersatzabgaben und der eidgenössischen Verrechnungssteuer.

In den aufgeführten Bereichen ist es die Aufgabe des Rechtsdienstes, die Kanzleiarbeiten zu verrichten, an der Instruktion der Beschwerdefälle mitzuarbeiten, die Gerichtsentscheide zu redigieren und zuzustellen sowie die kantonalen Steuerrekurskommissionen vor den zuständigen Beschwerdeinstanzen (Kantonsgesicht oder Bundesgericht) zu vertreten.

Stand der Tätigkeiten der kantonalen Steuerrekurskommission:

- hängige Rekurse am 31.12.1997	149
- 1998 hinterlegte Rekurse	120
- 1998 erledigte Beschwerden	111
- hängige Rekurse am 31.12.1998	158

Mit Beschluss vom 28. Oktober 1998, der am 1. Januar 1999 in Kraft getreten ist, hat der Staatsrat zudem die Entschädigungen der Mitglieder dieser Kommissionen angepasst.

INKASSO

Die Dienststelle tätigt die Rechnungstellung sowie die Fortsetzung des Inkassos für die Gerichtskosten, die den Gerichten nicht bezahlt wurden, sowie der Kosten der kantonalen Steuerrekurskommission.

Die nachfolgende Statistik ergibt einen Überblick über die ausgeführten Inkassoarbeiten:

Art der Rechnungen	Anzahl	Betrag
Eintreibung von Gerichtskosten	1'812	1'071'894,70
Kantonale Steuerrekurskommission	78	41'3710,30

FORDERUNGSEINTREIBUNG

Im Rahmen der Forderungseintreibung hat die Dienststelle die Aufgabe, die Betreibungen für alle staatlichen Forderungen durchzuführen, mit Ausnahme der Steuerforderungen sowie der Forderungen im Bereich der Militärflichtersatzabgabe und der Alimentenbevorschussung.

Die nachfolgende Statistik gibt einen detaillierten Überblick über den Umfang der behandelten Fälle:

Art der Intervention	Anzahl
Betreibungsdokumente	20'230
Dossiers zur Einleitung einer Betreibung	9'039

Betreibungsverfahren	Anzahl	Betrag
Betreibungsbegehren	8'852	2'942'587
Rechtsöffnungsbegehren	929	411'851
Fortsetzungsbegehren	5'050	2'180'714
Verwertungsbegehren	203	697'887

Ein Vergleich dieser Zahlen mit jenen des Vorjahres zeigt einen starken Anstieg der anfallenden Arbeit, wie dies in der Anzahl Betreibungsbegehren in spektakulärer Weise zum Ausdruck kommt. Diese Betreibungsbegehren haben sich von 4'373 im Jahre 1997 auf 8'852 im Jahre 1998 mehr als verdoppelt.

Dieser Anstieg brachte für das Personal eine bedeutende Mehrbelastung mit sich. Eine solche Situation ist längerfristig nicht tragbar. Sollte sich die 1998 festgestellte Erhöhung im Jahre 1999 bestätigen, so wird eine Erhöhung des Personalbestandes notwendig sein.

DER DELEGIERTE FÜR WIRTSCHAFTSFRAGEN

Der Delegierte für Wirtschaftsfragen berät den Vorsteher des Finanz- und Volkswirtschaftsdepartementes in diesem Bereiche und verfolgt zu diesem Zwecke die kantonale und nationale Wirtschaftsentwicklung.

Unter diesem Gesichtspunkt war das Jahr 1998 geprägt durch die Arbeiten im Zusammenhang mit der „Wiederbelebung und Neuausrichtung der Walliser Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik“. Der Delegierte hat in der Unterstützungseinheit des Staatsrates als Mitglied teilgenommen und das Departement im Rahmen der zuständigen parlamentarischen Kommission vertreten.

Nach sieben Jahren wirtschaftlicher Stagnation und infolge namentlich der aktuellsten Unterstützungsprogrammen des Bundes

und der Kantone zuhanden der Wirtschaft hat das letzte Jahr eine beachtenswerte konjunkturelle Verbesserung erfahren, dies lässt sich nicht zuletzt am Spiegelbild der Entwicklung des Arbeitsmarktes in unserem Kanton aufzeigen. Die Unterstützung von Projekten zur Gründung, Ausbau oder Restrukturierung von Unternehmen bildete den zweiten Schwerpunkt der Aktivitäten des Delegierten.

Diese Unterstützung zeigt sich ebenfalls in der Einleitung einer exogenen Wirtschaftsförderungsaktion bezogen auf Deutschland und in der Begleitung der Risikokapitalgesellschaft Valcréation in dem ersten Tätigkeitsjahr als Beobachter des Staates im Rahmen seines Verwaltungsrates.

Der Delegierte hat ebenfalls an der Erarbeitung der Regierungsrichtlinien und des Finanzplanes für die Jahre 1998-2001 teilgenommen und als Berater für die Erarbeitung von diversen strategischen Studien (BAK/Konjunktur; Ecoplan/NLFA; Statistikamt/Beschäftigung) mitgewirkt. Er hat u.a. die Antworten des Staatsrates auf diverse parlamentarische Anfragen, Bundesvernehmlassungen vorbereitet und punktuelle Beziehungen zu den Medien sichergestellt.

Er hat das Departement in verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen vertreten, namentlich in:

- dem Komitee der Vereinigung CIMTEC-Wallis für die Förderung der Innovation und Fabrikationstechnologie;
- der Kommunikationsgruppe des Espace Mittelland;
- der Kommission „ganzjährliche Aufteilung von Arbeiten im Bau-sektor“;
- der Arbeitsgruppe „Olympische Spiele 2006“.

DIENSTSTELLE FÜR AUSSENANGELEGENHEITEN UND WIRTSCHAFTSRECHT

Gesetzestätigkeit

Die Dienststelle erarbeitete das Gesetz vom 23. Juni 1998 und die Verordnung vom 26. Juni 1998 über das öffentliche Beschaffungswesen, welche am 1. Juli 1998 in Kraft getreten sind.

Die Dienststelle bereitete ebenfalls die Änderung des Handelspolizeigesetzes vom 16. September 1998 vor, welche am 31. Dezember 1998 in Kraft getreten ist.

Die Dienststelle erstellte das Reglement vom 6. Mai 1998 über die Erhebung und Verarbeitung von Daten der Weinproduktion und des Weinhandels (Weinstatistik), welches am 15. Januar 1999 in Kraft getreten ist.

Anwendung des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht

Im Jahre 1998 sind 2046 Gesuche (1997 waren es 1941 Fälle, 1996 waren es 2104 Fälle, 1995 waren es 1974 Fälle) in Form von Bewilligungen oder Feststellungsverfügungen im Sinne von Art. 83 und 84 BGGB behandelt worden. Regional verteilen sich die behandelten Fälle in 902 Entscheide auf das Oberwallis (808 Fälle in 1997, 900 Fälle in 1996, 744 Fälle in 1995) und 1144 Entscheide auf das Unterwallis (1133 Fälle in 1997, 1204 Fälle in 1996, 1230 Fälle in 1995). Es kann festgehalten werden, dass die Anzahl der Dossiers von Jahr zu Jahr nur ganz minimalen Schwankungen ausgesetzt ist und die Anzahl der zu behandelnden Dossiers bei 2000 im Jahr liegt.

Rechts- und Beschwerdeinstanz

Die Dienststelle hat 1998 64 Staatsratsentscheide instruiert, diverse Homologationsentscheide und Verfügungen vorbereitet. Als Rechtsdienst für Wirtschaftsfragen hat die Dienststelle eine Vielzahl von Stellungnahmen zu Beschwerden erarbeitet und die andere Dienststellen bei besonders schwierigen Einzelfällen in den Anwendung der sie betreffenden Gesetze unterstützt.

Interkantonale Wirtschaftszusammenarbeit

Die Dienststelle bildete 1998 die Verbindungsstelle zum interkantonalen Wirtschaftsraum „Espace Mittelland“ und sicherte in dieser Funktion die Wirtschaftszusammenarbeit mit den Kantonen Bern, Solothurn, Neuenburg, Freiburg, Waadt und Jura.

Die Dienststelle ist ebenfalls die Kontaktstelle der Bundesbehörden für die Umsetzung nationaler Wirtschaftsabkommen wie das Gesetz und Konkordat über das Inverkehrbringen von Bauprodukten, die Interkantonale Vereinbarung zum Abbau technischer Handelshemmnisse oder für die Umsetzung internationaler Wirtschaftsabkommen wie das WTO-Abkommen, und vertritt den Kanton im interkantonalen Forum für öffentliches Beschaffungswesen.

Gemeinschaftliche Initiative „Interreg II“

Die dem französisch-schweizerischen Programm des Gebietes Rhône-Alpes zugeteilte Bundesquote ist ausgeschöpft, nachdem 26 Projekte während des Jahres 1998 bewilligt wurden. Sieben Projekte betreffen das Walliser Gebiet in den Bereichen Umwelt, Tourismus (Region des Chablais), Wirtschaft und Verwaltung unseres Landes.

Die dem italienisch-schweizerischen Programm reservierten Bundesquote ist zu 79% ausgeschöpft. Die Gesamtheit der bewilligten Projekte in diesem Gebiet betreffen die Bereiche Tourismus, Raumplanung und Wertschöpfung unseres Landes.

Grenzüberschreitende institutionelle Beziehungen

Die Dienststelle hat die Unterstützung der Tätigkeiten der diversen grenzüberschreitenden Institutionen wie die der Versammlung der Regionen Europas, der Arbeitsgemeinschaft westlicher Alpen (COTRAO), des Genferseerates, des Rates Wallis-Aosta und der Konferenz Espace Mont-Blanc sichergestellt.

Das Wallis hat sich besonders um das Zusammentreffen von Jugendlichen bemüht, indem die Zusammenkunft der „interjeunes-COTRAO“ in Siders zum Thema Comics sowie in Monthey die Genfersee-Chöre organisiert wurden, an denen mehr als 800 Jugendliche mit ihren Eltern teilnahmen.

Bezüglich den neuen Publikationen hat der Genferseerat den Führer „Léman, livre à livre“ publiziert, in welchem 615 Beiträge zu verschiedenen Sachthemen des Genferseerates behandelt werden. Um über statistische Angaben zu verfügen, hat der Genferseerat die Publikation „Les chiffres clefs de l'Espace lémanique“ mit einer dreimaligen jährlichen Erscheinung unterstützt.

DIENSTSTELLE FÜR INDUSTRIE, HANDEL UND ARBEIT (DIHA)

QUALITÄTSMANAGEMENT

Die Dienststelle hat 1998 das "Management by objectives" eingeführt. Die Zielerreichung wird halbjährlich kontrolliert.

Die Ausbildung PEP "Propre Entreprise Performante" hat dazu beigetragen, den Kunden vermehrt ins Zentrum unserer Tätigkeiten zu stellen. Diese Änderungen in der Unternehmenskultur wurden auf Direktionsebene eingeführt und tragen bereits Früchte in der Dienststelle.

Eine gründliche Analyse des Qualität-Standards der Sektion LAM wurde durchgeführt und Mängel behoben.

Auf Grundlage des Staatsratsbeschlusses vom 25. März 1998 betreffend die Einführung eines Qualitätssicherungssystems haben wir unsere Tätigkeiten im Bereich Qualität mit dem Zentrum für das Qualitätsmanagement (ZVM) koordiniert. Die Dienststelle ist in den Sitzungen der Leiter der Qualitätszirkel vertreten. Die Methode der Qualitätszirkel wurde bei den Projekten "Ablagesystem für Informatikdokumente", "Standardisierung der Dokumente" und "Charta der LAM, 10 goldene Regeln" angewandt und erfolgreich eingeführt.

INFORMATION - DOKUMENTATION

Die Dienststelle hat Strukturen im Bereich der Kommunikation aufgebaut. Am Anfang jedes Monats wird eine Pressemitteilung über die Entwicklung des Arbeitsmarktes herausgegeben. Diese findet ein breites Echo in den verschiedenen Medien unseres Kantons. Sie ist seit Juni auf der Internet-Site des Kantons Wallis (www.vs.ch) zu finden.

Vier Nummern des "Infobulletins" der Dienststelle wurden 1998 herausgegeben. Das Ziel dieser Bulletins ist es, die Partner der Dienststelle in den Bereichen Arbeitsmarkt, ausländische Arbeitskräfte, Handelspolizei und Patente besser zu informieren.

Der erste Jahresbericht über die Verwaltung der Arbeitslosigkeit im Wallis ist im Frühling erschienen. Dieser Bericht widerspiegelt die Vielfalt der Aktivitäten, die mit der Arbeitslosigkeit im Wallis verknüpft sind und gibt auch eine Grössenordnung der dafür eingesetzten Mittel.

HANDEL UND PATENTE

Handel

Im Rahmen der Revision der kantonalen gesetzlichen Grundlagen im Bereich der Spielbanken war die Sektion Handel und Patente vordringlich mit der Ausarbeitung der Grundlagen sowie der Unterstützung der parlamentarischen Kommissionen beauftragt. Nachdem die Änderung des Gesetzes über die Handelspolizei durch den Grossen Rat beschlossen worden ist, hat die Sektion unter Konsultation der interessierten Kreise das Reglement über den Spielbetrieb von Geldspielautomaten in den Spielbanken ausgearbeitet. Sowohl die Änderung des Handelspolizeigesetzes als auch das Reglement traten am 1. Januar 1999 in Kraft.

Auf eidgenössischer Ebene haben die Räte das Bundesgesetz über Glücksspiele und Spielbanken am 18. Dezember 1998 verabschiedet. Dieses Gesetz wird frühestens am 1. Januar 2000 in Kraft treten.

Im Verlaufe des Jahres 1998 hat das Sekretariat der Handelspolizei 2'926 Patente für automatische Apparate, 28 Bewilligungen für den Betrieb eines Spielsalons sowie 800 Patente für die wandernde Tätigkeit ausgestellt. Zudem wurden 211 Tombolaveranstaltungen bewilligt.

Patente

Im Verlaufe des Jahres 1998 war die Sektion primär mit der Nachführung und Kontrolle der erfolgten Anpassungen im Bereiche des Gastwirtschaftswesens beauftragt. Diese Anpassungen drängten sich infolge des neuen Gesetzes über das Gastgewerbe und den Handel mit alkoholischen Getränken auf, zumal neue und abgeänderte Kategorien von Patenten und Bewilligungen per 1. Januar 1997 eingeführt, sowie bestehende Kategorien aufgehoben worden sind. Zudem wurden die jährlichen Abgaben für das Jahr 1998 erhoben. Infolge der neuen Kompetenzverteilung wurde die Sektion mit der neuen Aufgabenverteilung im Bereiche des Gastwirtschaftswesens konfrontiert.

Trotz vermindertem Personalbestand unterstützte die Sektion Handel und Patente zudem die kommunalen Organe vor Ort und war überdies in beratender Weise zugunsten der Gemeinden tätig. Die Ausarbeitung von entsprechenden Weisungen zuhanden der Gemeinden wurde, gestützt auf vorgenanntem Umstand, auf das Jahr 1999 verschoben.

Im Frühjahr 1998 wurde der zweite Wirtekurs in neuer Form durchgeführt. Der erste Hotelierkurs fand im Verlaufe des Herbstes statt und wurde im Monat Dezember 1998 abgeschlossen. Ebenfalls wurde zum ersten Mal ein Camping-Management Kurs angeboten und erfolgreich durchgeführt.

Mit Beiträgen aus dem kantonalen Gastgewerbefonds konnten das Institut für Höhere Berufsbildung des Wallis (Kursorganisator) sowie das kantonale Ausbildungsprogramm der Hotelpfangsassistentin unterstützt werden.

Schlichtungskommission für Mietverhältnisse

Aufgrund der gesetzlichen Aufgaben wird die kantonale Schlichtungskommission für Mietverhältnisse in reger Weise angerufen, um eine Einigung in streitbaren Verhältnissen zwischen Mietern und Vermietern herbeizuführen.

Obwohl die Anzahl Dossiers im Jahre 1998 um ca. 8% zunahm, ist sowohl das Sekretariat als auch die Schlichtungskommission für Mietverhältnisse in der Lage, die einzelnen Fälle innert angemessener Frist zu behandeln.

Im Jahre 1998 behandelte die Kantonale Schlichtungskommission 440 Dossiers, wovon 358 wie folgt erledigt werden konnten: In 183 Fällen (51%) konnte eine Einigung erzielt werden, in 73 Fällen (20%) musste eine Nichteinigung festgestellt werden. In 39 Fällen (11%) hatte die Kantonale Schlichtungskommission einen Entscheid zu fällen. 63 Fälle (18%) konnten anderweitig erledigt werden.

Durch die Einführung von Informatikmitteln anlässlich der Schlichtungssitzung konnte der Arbeitsablauf der Schlichtungskommission verbessert werden.

ARBEITSMARKT

Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit ist 1998 gegenüber den Vorjahren zurückgegangen. Die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen betrug 5'710 gegenüber 8'436 im Jahre 1997, was einer Abnahme von 2'726 Arbeitslosen entspricht. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote betrug 1998 4,7% gegenüber 6,9% im Vorjahr, was einer Ab-

nahme von 2,2 Prozentpunkten entspricht. Die niedrigste Arbeitslosenquote wurde im August mit 3% erreicht. 1997 betrug die niedrigste Quote 5,8% von Juli bis Oktober. Die durchschnittliche Zahl der Stellensuchenden ist 1998 um 1'479 Personen gesunken.

Gesamtschweizerisch betrug die Arbeitslosenquote 3,9% gegenüber 5,2% im Vorjahr. Der Unterschied zwischen dem schweizerischen und dem kantonalen Durchschnitt, der 1997 1,7 Prozentpunkte betrug, hat sich 1998 auf 0,8 Prozentpunkte reduziert. Die durchschnittliche kantonale Arbeitslosenquote lag während dreier Monate (Juli, August, September) unter dem schweizerischen Durchschnitt. Zum ersten Mal seit 1986 lag das Wallis unter dem schweizerischen Mittel.

Die Situation auf dem Walliser Arbeitsmarkt ist seit 1992 nie mehr so gut gewesen. Damals betrug die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen 4'347 für eine Arbeitslosenquote von 3,6%.

Diese Verbesserung ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen :

- Verbesserung der Konjunktur und Erholung des Beschäftigungsmarktes: 1998 hat sich die Tendenz im Wallis gegenüber 1997 umgekehrt und die Zahl der Arbeitsplätze ist in allen Quartalen gestiegen. Diese Steigerung war im Wallis stärker als gesamtschweizerisch ;
- Abnahme der Bestände der erwerbstätigen ausländischen Arbeitskräfte um 800;
- Wichtige Rolle der RAV bei der Aktivierung der Arbeitslosen so wie bei der Zuweisung zu Arbeitsplätzen, Programmen zur vorübergehenden Beschäftigung oder zu anderen arbeitsmarktlichen Massnahmen.

Die Verstärkung der saisonalen Schwankungen war das herausragende Kennzeichen der Arbeitslosigkeit im Jahre 1998. Die Zunahme der Zahl der Arbeitslosen (+743 Personen zwischen November und Dezember 1997) hat sich verdoppelt und erreichte zwischen November und Dezember 1998 +1'479 Arbeitslose. Die saisonalen Schwankungen sind besonders ausgeprägt im Baugewerbe, wo hauptsächlich die Unternehmungen des Mittelwallis bis Ende Dezember 500 Personen mehr als im Vorjahr entliessen. Bis Ende Dezember 1998 wurden ausserdem in der Landwirtschaft 50 Personen mehr entlassen als im Vorjahr. Zusätzlich war die Wiederaufnahme der Tätigkeit im Gastgewerbe am Ende des Jahres weniger ausgeprägt als im Vorjahr.

Diese starken saisonalen Schwankungen lassen sich auch durch die Verhärtung der Bundespolitik in Sachen Kurzarbeit wegen saisonaler Faktoren erklären. Immer mehr Unternehmen, besonders im Baugewerbe, werden gezwungen, ihr Personal während des Winters zu entlassen, wenn die wirtschaftliche Tätigkeit des Sektors abnimmt.

Trotz dieser Zunahme der saisonalen Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt sind die Perspektiven für 1999 eher optimistisch. Obwohl im Januar 1999 die Arbeitslosigkeit erwartungsgemäss steigen wird, wird es ab Februar eine Wiederaufnahme der Beschäftigung geben. Diese wird bis zum Herbst anhalten.

Arbeitslosenversicherung

Die Anzahl Gesuche für Kurzarbeitsentschädigung hat merklich abgenommen. Im Vergleich zu 1997 ist die Anzahl Ausfallstunden, die über diese Entschädigungsart abgerechnet wurde, um 36% zurückgegangen. Hierzu zwei Erklärungen: die restriktive Politik des BWA in dieser Sache und die Kosten, die vom Arbeitgeber getragen werden müssen. Im Gegensatz dazu hat die Anzahl der Gesuche für Schlechtwetterentschädigung ganz leicht zugenommen (454 Gesuche 1998; 444 im Jahre 1997).

Die Sektion Arbeitslosenversicherung wurde stark von den RAV und den Arbeitslosenkassen in Anspruch genommen. Im Jahre 1997 wurde ihr von diesen Institutionen 283 Fälle zum Entscheid unterbreitet, in diesem Jahr mussten nicht weniger als 444 Fälle behan-

delt werden. Diese Steigerung von fast 60% ist auf die bessere Betreuung der Arbeitslosen durch die RAV-Personalberater und deren verbesserte Berufskennnisse zurückzuführen. Im Jahre 1997 hatten wir es mit einigen wenigen Anfragen zu tun, im Jahre 1998 wurden uns hingegen von den RAV 156 Fälle zur Abklärung eingereicht.

Die Sektion Arbeitslosenversicherung hat, seit Oktober 1997, die bis anhin ihr obliegende Sanktionskompetenz den RAV übertragen. Ihre Aufgabe im Jahre 1998 bestand somit darin, die Grundausbildung der Personalberater zu vollenden und diese in ihrer Arbeitsanwendung zu unterstützen. Das Ziel für 1999 wird sein, in diesem Sinne weiterzumachen und zu versuchen, eine einheitliche Anwendungspraxis in der Arbeitsausübung der RAV zu gewährleisten.

Öffentliche Arbeitsvermittlung und Beratung

Die RAV-Personalberater haben 1998 fast alle im Wallis wohnhaften Stellensuchenden betreut. Zwischen 9'700 und 14'600 Personen konnten während des Jahres von der Beratung und Unterstützung bei der Stellensuche und von Massnahmen, die die Wiedereingliederung fördern, profitieren.

Die systematische Beratung und Betreuung aller Stellensuchenden wurde durch zwei Bedingungen ermöglicht :

- Das Soll an Mitarbeiter wurde bereits Anfangs Jahr erreicht ; die Grundausbildung von 30 Beratern hat den Betrieb der RAV behindert ;
- Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden hat sich weiterhin positiv entwickelt. Dies trotz des Systemwechsels von der wöchentlichen Stempelpflicht zu einem System der Selbstdeklaration der Versicherten, das eine administrative Unterstützung der Gemeinde nach sich zieht.

Die regelmässigen Tätigkeiten

Die Informationstage für die neu eingeschriebenen Arbeitslosen wurden in den RAV durchgeführt. Für Arbeitnehmer aus dem Bau-, Gastgewerbe und der Landwirtschaft wurden angepasste Informationstage durchgeführt. Sie bieten den Vorteil, auf die saisonalen Bedürfnisse des Arbeitsmarktes reagieren zu können und eine rasche Vermittlung sicherzustellen. Im Weiteren erlaubt diese Organisation, den Ansturm in den RAV während der Zwischensaison besser aufzufangen.

Die Beratungs- und Kontrolltätigkeit ist beträchtlich ausgebaut worden. Die Personalberater haben 60'250 Beratungsgespräche durchgeführt. Dies entspricht einer Zunahme von 47% und widerspiegelt die Bestrebungen, die Stellensuchenden bei ihrer Suche nach einer beruflichen Lösung und Arbeitsplätzen stärker und besser zu begleiten.

Die Intensivierung der Kontakte mit den Unternehmen wurde durch die Information über die Dienstleistungen der RAV sowie die Akquisition und Vermittlung von offenen Stellen erreicht. Diese Aktivitäten, in Form von direkten Kontakten (Telefonate, Besuche, Sitzungen) scheint Früchte zu tragen. Die durch das RAV registrierten vakanten Plätze sind von 6'875 im Jahr 1997 auf 9'498 im Jahr 1998 gestiegen und führten zu 13'378 Zuweisungen (Platzierungsvorschlag mit dem Auftrag, sich bei den Unternehmen vorzustellen).

Es gibt keinen Zweifel, dass die obgenannten Elemente, Zunahme der Beratungsgespräche und der Anzahl der Zuweisungen, zusammen mit einer günstigen Entwicklung in einzelnen Sektoren, zur Verbesserung der Arbeitslosigkeit im Wallis beigetragen haben. Zusätzlich zu den festen Platzierungen haben die RAV auch zur raschen Besetzung temporärer oder saisonaler Stellen angeregt: Dies zeigt sich durch eine Erhöhung der Anzahl der Personen im Zwischenverdienst, der länger als einen Monat dauert. Die Zahl der Personen im Zwischenverdienst weist je nach Saison eine Schwan-

kung zwischen 24 und 40% zum Total der Stellensuchenden auf. Die Schwankung im Jahr 1997 lag zwischen 15 bis 28%.

Der Kampf gegen den Missbrauch ist im Jahr 1998 ebenfalls verstärkt worden. Dies zeigt sich auch in den 2'200 Sanktionen, welche 19'797 Einstelltage zur Folge hatten. Die Zahl im Kanton Wallis liegt unterhalb des schweizerischen Durchschnitts. Die meisten Sanktionen werden wegen ungenügender Anstrengungen bei der Stellensuche, Ablehnung einer geeigneten Arbeit oder bei der Nicht-Einhaltung der Vorschriften gesprochen.

Neue Herausforderungen

Wenn wir heute feststellen können, dass, nach mehreren Jahren Verschlechterung, der Arbeitsmarkt sich 1998 zum ersten Mal für ansässige Arbeitskräfte verbessert hat, nimmt die Unsicherheit zu.

Die Personalberater stellen eine Veränderung ihrer Rolle fest, obwohl die RAV erst seit drei Jahren tätig sind. Sie werden immer mehr mit zwei Situationen konfrontiert:

- Qualifizierte Stellensuchende, welche schnell eine neue Stelle finden, wenn sie flexibel sind (das heisst geographische Mobilität bereit sich weiter zu bilden) Fähigkeit sich auf neue Situation einzustellen);
- Unqualifizierte Personen, deren Situation immer komplexer wird, aufgrund der wachsenden Anforderungen am Arbeitsplatz, aufgrund von finanziellen, persönlichen sowie sozialen Problemen, und die mit dem Problem konfrontiert werden, eine neue Rahmenfrist zu eröffnen.

Einerseits fordert diese Situation von unserem Personal immer mehr spezifische Kompetenzen, um die Stellensuchenden in die geeigneten Massnahmen zur Wiedereingliederung zuzuweisen. Andererseits ist unter einer sozialen Hilfe nicht allein die Regelung von finanziellen Problemen zu verstehen. Daher wird eine enge Zusammenarbeit mit der Berufsbildung, Berufsberatung und der Sozialhilfe gepflegt.

Vereinbarungen zur Zusammenarbeit sind im Jahr 1998 mit den Sozialmedizinischen Regionalzentren (SMRZ) und der Walliser Liga gegen die Suchtgefahren (LVT) abgeschlossen worden. Die mit diesen Organisationen vereinbarten Tätigkeiten konnten im bescheidenen Ausmass aufgenommen werden. Die interinstitutionelle Zusammenarbeit mit den SMRZ und der LVT sowie mit den Berufsinformationszentren (BIZ) und der Logistik arbeitsmarktlicher Massnahmen (LAM) nimmt einen breiteren Rahmen ein und wird immer bedeutsamer, um den Ausschluss vom Arbeitsmarkt sowie die Zuweisung zur Sozialhilfe zu vermeiden.

In diesem Sinn muss sich die fortlaufende Ausbildung unseres Personals darauf orientieren, Wiedereingliederungsstrategien zu erarbeiten, die eine dauerhafte Lösung anstreben. Dies veranlasste uns, mit dem sozialpädagogischen Ausbildungszentrum, eine Reihe von Kursen in diese Richtung zu organisieren. Die Weiterbildung muss auch verstärkt werden durch die Entwicklung eines Dienstleistungskonzepts, das die Qualität der erbrachten Leistungen für die Stellensuchenden und Unternehmen fördert.

Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih

Die Tätigkeit dieser Büros ist in vollem Aufschwung begriffen. Die Zahlen der Vermittlungen, aber vor allem die Anzahl fakturierter Stunden zeigen klar, dass der Personalverleih für die Unternehmungen in Berücksichtigung der angespannten Personalpolitik als Lösung dient, ihren Bedürfnisschwankungen Rechnung zu tragen.

Die Sektion ausländische Arbeitskräfte hat in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Dienstverhältnisse bei 10 dieser Büros vorsorgliche Kontrollen vorgenommen. Es wurde festgestellt, dass die ausgerichtete Entlohnung im Prinzip den in Kraft stehenden orts- und branchenüblichen Ansätzen entspricht.

Eingesehen die konstante Entwicklung des Personalverleihs ist es unerlässlich, diese Kontrollen weiterzuführen.

Jahr	Arbeitsvermittlungsbüros	Vermittlungen	Personalverleihbüros	Verleih	Stunden
1994	36	3'029	28	3'930	1'209'499
1995	40	3'275	30	3'410	1'439'339
1996	39	2'536	27	3'345	1'674'428
1997	40	2'321	30	3'985	1'960'404
1998	38	stehen noch nicht zur Verfügung	28	stehen noch nicht zur Verfügung	stehen noch nicht zur Verfügung

Logistik arbeitsmarktlicher Massnahmen LAM

Wenn 1997 das Jahr des Aufbaus der LAM gewesen ist, so war 1998 ein produktives Jahr in allen Bereichen.

Verstärkung der Strukturen - Arbeitsmarktbeobachtung

Die im letzten Jahr aufgebauten Strukturen wurden durch die Anstellung von neuen Mitarbeitern verstärkt. Des Weiteren wurden die benötigten Führungsinstrumente entwickelt und der Informationsaustausch mit unseren Partnern intensiviert.

Arbeitsmarktliche Massnahmen (LAM)

Massnahme	realisiert 1997 in Jahresplätzen*	Budget 1998 in Jahresplätzen*	realisiert 1998 in Jahresplätzen*
Kurse	401	461	423
Einarbeitungszuschüsse	65	100	106
Ausbildungszuschüsse	9	23	15
Beschäftigungsprogramme	938	966	913
Betriebspraktika	67	108	78
Förderung der selbständigen Erwerbstätigkeit	25	24	36

* ein Jahresplatz entspricht 220 Tage Teilnahme an einem Programm

Durch die Schaffung einer Gruppe zur Bedarfsermittlung will die LAM die Bedürfnisse der Wirtschaft und der Arbeitslosen noch besser bei der Bereitstellung der AM berücksichtigen. Die Beschaffung von aussagekräftigen Informationen über die Entwicklung des Arbeitsmarktes veranlasste die LAM zur Bildung einer Gruppe, die sich dieser Fragen annimmt. Die Arbeit wird von einer Begleitgruppe, bestehend aus Vertretern der Berufsbildung, der Wirtschaftsförderung und der Dienststelle begleitet. Ebenfalls wird eine enge Zusammenarbeit auf der Ebene Westschweiz und Schweiz gepflegt.

Das Angebot an arbeitsmarktlichen Massnahmen wurde 1998 weiter gestrafft und den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und der Stellensuchenden angepasst. Mit sämtlichen Anbietern von AM wurde die Zusammenarbeit diskutiert und neu ausgehandelt. Mit einigen musste die Zusammenarbeit aufgrund von qualitativen Mängeln aufgehoben werden. Eine Öffnung fand auch darin statt, dass 1998 erstmals für AM Offerten eingeholt wurden.

Das Angebot an AM im Bereich Bildung wurde wie folgt gestaltet:

Massnahme	Produktpalette	Anzahl Kursanbieter kantonal	Teilnehmer 1998
Basisprogramm	18	4	2'165
Andere persönlichkeitsorientierte Kurse	4	4	99
Erwerb von Grundqualifikationen	2	2	121
Sprachkurse	29	12	1'015
Informatik	47	13	1'178
Kaufm. Weiterbildung und Verkauf	12	10	159
Handwerkliche und technische Kurse	8	4	243
Gastgewerbe, Hauswirtschaft, Raumpflege	2	2	74
Gesundheits- und Sozialbereich	3	1	62
Selbständige Erwerbstätigkeit	3	2	210

Beschäftigungsmassnahmen

1998 nahmen mehr als 2'000 Stellensuchende an Beschäftigungsprogrammen teil. Zahlreiche neue Projekte für vorübergehende Beschäftigungsprogramme sind angelaufen; es handelte sich zum Teil um originelle Projekte: Evolène-Alpes, Jokers. Sie sind besonders interessant, da sie doch das kulturelle und touristische Potential unseres Kantons in den Vordergrund stellen.

Bei den Programmen zur vorübergehenden Beschäftigung (vB) wurde das Schwergewicht vermehrt auf die Verbesserung der Vermittelbarkeit und die Stellensuche gelegt. Die Organisatoren wurden angehalten, gemischte Programme (Arbeit + Bildung) zu organisieren. Mindestens 20% der Zeit der Stellensuchenden muss in den Bereich Bildung und Betreuungsgespräche investiert werden.

Die LAM hat 1998 mehr als 2'000 Einsatzplätze in enger Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden und den Gewerkschaften geprüft, um die Konkurrenzierung von Arbeitsplätzen und der Privatwirtschaft auszuschliessen.

Eine selten benutzte arbeitsmarktliche Massnahme, ein betriebliches Arbeitsmarktzentrum (BAZ), wurde 1998 im Wallis zum ersten Mal eingesetzt. Dadurch konnte die kollektive Entlassung von mehr als 20 Arbeitnehmern vermieden werden. Dieses Ergebnis wurde durch die gute Zusammenarbeit zwischen den Partnern des Pro-

Bildungsmassnahmen

Neue Kurse wurden erarbeitet in: Bewerbungstechnik, Persönlichkeitsentwicklungskurse, sowie Kurse in den Bereichen Landwirtschaft, Baugewerbe und Tourismus. Ein Verfahren für die Offerteinholung von verschiedenen Kursen (zB. Bewerbungsbüro, Förderung der selbständigen Erwerbstätigkeit) ist erarbeitet und für neue Produkte angewendet worden.

jektes (Arbeitgeber, Gewerkschaften, Arbeitsmarktbehörden) und die Schnelligkeit der Entscheidungen erreicht.

Eine starke Zunahme konnte bei den Massnahmen, die direkt mit der Integration in den Unternehmen verbunden sind, festgestellt werden. Vor allem bei den Einarbeitungszuschüssen konnte eine Verdoppelung erzielt werden.

Ergänzende kantonale Massnahmen

Für Arbeitslose, die während der Rahmenfrist keine geeignete Lösung finden konnten und ausgesteuert werden, hat der Kanton ergänzende Massnahmen bereitgestellt. Die Beanspruchung dieser Massnahmen hat sich in den letzten Jahren, aufgrund von Änderungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, stark entwickelt.

Massnahmen	Verfügungen	
	1997	1998
Kantonale Eingliederungsverträge	173	345
Kantonale Einarbeitungszuschüsse	13	28
Kantonale Pendlerkosten- und Wochenaufenthalterbeiträge	0	4

Diese Entwicklung wird sich im Jahre 1999 noch verstärken.

AUSLÄNDISCHE ARBEITSKRÄFTE

Bestand der erwerbstätigen Ausländer

Die Bestände der erwerbstätigen Ausländer haben in allen Kategorien abgenommen, jedoch weniger ausgeprägt als in den vorangegangenen Jahren. Die sinkende Tendenz wurde lediglich bei den Saisoniers der Hotellerie unterbrochen (+32 auf 2'184).

	1996	1997	1998	Differenz 96 / 97	%	Differenz 97 / 98	%
Niedergelassene C	16'137	15'841	15'713	- 296	- 2 %	- 128	- 1 %
Jahresaufenthalter B	6'273	6'145	5'603	- 128	- 2 %	- 542	- 9 %
Saisoniers A	4'765	3'300	3'177	- 1465	- 31 %	- 123	- 4 %
Grenzgänger G	1'821	1'633	1'572	- 188	- 10 %	- 61	- 4 %
TOTAL	28'996	26'919	26'065	- 2'077	- 7 %	- 854	- 3 %

Jahresaufenthalter aus dem kantonalen Kontingent

Die erteilte Anzahl Bewilligungen hat sich leicht auf 194 Einheiten erhöht (+7) verharrt aber auf einen tiefen Stand.

Die Nachfrage nach dieser Art Bewilligungen war praktisch in allen Branchen gleichbleibend. Es wurde aber eine gewisse Zunahme festgestellt bei Anfragen von Europäern aus den Ländern der europäischen Gemeinschaft, selbständig Erwerbende, Handels- und Finanzleute, die durch die politische und wirtschaftliche Stabilität unseres Landes, sowie die Anreize die unser Kanton, vor allem die Stationen wie Crans-Montana, Verbier und Zermatt bieten, angezogen werden.

Saisonbewilligungen

In den Sektoren Landwirtschaft und Baugewerbe haben die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die fortgesetzte restriktive Bewilligungspraxis zu einer merklichen Verminderung der Anzahl erteilter Bewilligungen geführt. Wir möchten aber festhalten, dass in diesen zwei Beschäftigungsbranchen die Arbeitgeber, während der beschäftigungsintensiven Saison, den grössten Teil der Personen über Zwischenverdienst beschäftigt haben. Die von den regionalen Arbeitsvermittlungszentren entfaltete Vermittlungstätigkeit übte vor allem in der Landwirtschaft einen grossen Einfluss aus, wo es ab dem Monat Juni bereits praktisch nicht mehr möglich war, noch verfügbare einheimische Arbeitskräfte zu rekrutieren.

Die Branche Hotellerie / Gastgewerbe, die ein gutes Geschäftsjahr verzeichnete, benötigte seit 1988 zum ersten Mal wieder eine höhere Zahl von Saisonbewilligungen im Vergleich zum Vorjahr (4'831 + 43).

Saisonniers	Hotellerie / Gastgewerbe	Baubranche	Landwirtschaft
1996	5'858	997	1'019
1997	4'788	371	775
1998	4'831	229	702

Cabaret-Tänzerinnen

Die Eidgenössischen Weisungen von 1997 verlangten unter anderem eine Herabsetzung der Anzahl Artisten und einen besseren Schutz dieser Kategorie von Arbeitnehmerinnen. Die zur Verfügung gestellten Unterkünfte und die verlangte Miete mussten einer speziellen Kontrolle unterzogen werden, weil auf Kantonsebene zahlreiche Missbräuche festgestellt wurden.

In unserem Kanton wurden alle Unterkünfte besichtigt und die Miet- und Nebenkosten überprüft. An diesen Besichtigungen haben ein Immobilienexperte der kantonalen Schlichtungsstelle für Mietwesen, ein Schatzungsbeamter der Gemeinde, ein Inspektor der Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Dienstverhältnisse, der Verantwortliche des Gemeindearbeitsamtes und ein Mitarbeiter der Sektion Fremdarbeiter des Kantons teilgenommen.

In einigen wenigen Fällen wurde festgestellt, dass die Unterkünfte den Mindestanforderungen nicht entsprachen und überrassene Mietpreise verlangt wurden. Sanierungen, Renovations- und Erneuerungsarbeiten wurden verlangt. Es kann festgehalten werden, dass die Arbeitgeber die nötigen Änderungen vorgenommen und die Mietpreise angepasst haben.

Zusammenarbeit mit den RAV und den Gemeinden

Die Einsetzung der RAV verlangte eine Anpassung der bisherigen Praxis betreffend Erteilung der Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung sowie eine vermehrte Zusammenarbeit zwischen den RAV-Personalberatern, den Verantwortlichen der Gemeinde, der Kantonalen Fremdenkontrolle und unserer Sektion. Im Jahre 1998 organisierten unsere Mitarbeiter in Zusammenarbeit mit einem Vertreter der kantonalen Fremdenkontrolle, gegen dreissig individuelle Arbeits-

sitzungen mit den Gemeindeverantwortlichen sowie zwei Sitzungen mit jedem RAV.

Es hat sich herausgestellt, dass diese regelmässigen Kontakte unentbehrlich sind und noch verstärkt werden müssen mit dem Ziel, die festgelegten Vorhaben in Sachen ausländische Arbeitskräfte zu realisieren und um eine bessere Unterstützung und Instruktion unserer Partner bei den Gemeinden und den RAV zu gewährleisten.

Eine vermehrte Zusammenarbeit mit den betroffenen Instanzen betreffend die Erteilung der Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung ist unumgänglich, um den vermehrten Anforderungen gerecht zu werden. In der jetzigen wirtschaftlichen Situation ist das Verhandeln mit gewissen Arbeitgebern wie auch Arbeitnehmern erschwert und heikel.

Allgemeine Bemerkungen

Das Prinzip des Vorrangs der einheimischen Arbeitskräfte (Schweizer, Permis C und B) bei der Erteilung von Arbeitsbewilligungen an ausländische Arbeitskräfte wurde weiterhin konsequent beibehalten. Gesuche für ersteinreisende Saisonangestellte wurden systematisch dem zuständigen RAV unterbreitet.

DIENSTSTELLE FÜR TOURISMUS- UND WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

TOURISMUS

Allgemeines zum Walliser Tourismus

Die im Herbst 1997 festgestellte Besserung in der Branche hat sich im Jahr 1998 markant bestätigt und brachte eine Zunahme der Hotel-Logiernächte von rund 6%. Die Marke von 4 Millionen Übernachtungen wurde erneut übertraffen; dies vor allem Dank einer starken Steigerung der Nachfrage aus dem Ausland. Die Zahlen für die Parahotellerie liegen noch nicht vor.

Die Zunahme der Logiernächte kam einerseits deshalb zustande, weil sich die allgemeine Wirtschaftslage verbessert hat, aber andererseits auch, weil die Werbeanstrengungen auf allen Ebenen verstärkt wurden. Trotz der allgemeinen Zufriedenheit bei den Leistungsanbietern des Tourismus sind Probleme im Raum, namentlich in den Bereichen der Beherbergung und Bahnanlagen. Die immer selektiveren Geschäftspraktiken der Banken sind für die betroffenen Kreise alles andere als beruhigend.

Tourismuspolitik

Gemeinsam mit Wallis Tourismus und der Tourismusgruppe des Grossen Rates hat die Dienststelle einen Entwurf zu einer neuen Tourismuspolitik erarbeitet. Diese beruht auf vier Pfeilern (Einheimische, Gast, Umwelt, Wachstum) und definiert die Hauptziele dieser Politik und die wichtigsten Massnahmen zur Erreichung dieser Ziele.

Dieses Dokument war Gegenstand einer breiten Konsultation und wird noch ergänzt werden durch einen detaillierten Massnahmen- und Mittelkatalog, sowie einer Kostenschätzung.

Die Grundsätze dieser Politik flossen in die Regierungspolitik für die Jahre 1998-2001 ein.

Wertschöpfungsstudie

Aus Kreisen des Tourismus und der Politik wurde verschiedentlich eine Wertschöpfungsstudie über den Walliser Tourismus gefordert. Ein entsprechender Auftrag wurde dem in diesem Bereich führenden Büro "Rütter & Partner" in Rüschlikon übertragen. Die Studie wird in enger Zusammenarbeit mit der schweizerischen Tourismusfachschule in Siders, mit Wallis Tourismus, der Tourismusgruppe des Grossen Rates und der Dienststelle durchgeführt. Zudem wurde eine Begleitgruppe, in der die betroffenen Kreise vertreten sind, eingesetzt.

Aufgrund der gleichzeitig bei Gästen und Unternehmen der Tourismusbranche durchgeführten Befragungen soll die Studie die Bedeutung des Tourismus für die Wirtschaft des Wallis messen und darlegen. Die Ergebnisse werden Grundlage sein für die zukünftige Tourismuspolitik.

Die Zwischenresultate werden für Ende 1999 erwartet und die Schlussresultate sollen im Herbst 2000 veröffentlicht werden.

Tourismustaxen

Mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes über den Tourismus wurde das kantonale Finanzinspektorat als Kontrollorgan für das Inkasso und die Verwendung der Tourismustaxen eingesetzt. Es hat in der Zwischenzeit seine Arbeit aufgenommen. Die ersten Kontrollen haben gezeigt, dass bei den Erhebungsorganen und den Beherbergern noch Lücken vorhanden sind. Um diese zu schliessen und um das Vorgehen klar darzulegen, hat die Dienststelle dementsprechend Direktiven erarbeitet. Diese werden im Verlaufe des Jahres 1999 verteilt werden.

Zahlreiche Gemeinden interessieren sich für die Tourismusförderungstaxe, weil sie die Werbemittel für ihren Ferienort steigern möchten. Die entsprechenden Gemeindefestsetzungen werden aufgrund der Vorgaben der Rechtsfakultät der Universität Bern und unter Mitwirkung des Departements erarbeitet.

Die Dienststelle steht den Verkehrsvereinen bei der Statutenanpassung an die neue Gesetzgebung, bei. Dasselbe gilt auch für das Verfahren bei den amtlichen Einschätzungen und beim Ausfällen von Bussen durch die Gemeinden.

Inventar des Walliser Tourismus

Die Dienststelle veröffentlichte 1998 ein neues Inventar über den Walliser Tourismus. Die Zahlen beruhen auf den Angaben der Verkehrsvereine und der Gemeinden und sind erstmals nach sozioökonomischen Regionen aufgeschlüsselt.

Bergführer- und Skilehrerwesen

Die neue Bergführer- und Skilehrerkommission nahm im Verlaufe des Jahres ihre Arbeit auf. Sie befasste sich hauptsächlich mit der Grundausbildung, der Fortbildung und der Aufsicht über die Berufsausübung.

Die Ausbildung der Skilehrer und der Bergführer erfolgt heute in der ganzen Schweiz nach einheitlichen Grundsätzen. Das war als erster Schritt notwendig in Richtung Anerkennung der Ausbildung durch die Europäische Union.

Wanderbegleiter

Der Staatsrat akzeptierte den Bericht der Expertengruppe, welche den Auftrag hatte, abzuklären, ob sich eine besondere Ausbildung für Wanderbegleiter aufdränge und wie diese erfolgen könnte. In Zusammenarbeit mit den Dienststellen des Departements für Erziehung, Kultur und Sport wird die Dienststelle die Vorarbeiten für eine Änderung der Gesetzgebung und die Finanzierung dieser Ausbildung fortsetzen.

EXPO.01

Die Zusammenarbeit mit den Organen der EXPO.01 und den anderen Kantonen war intensiv. Drei Bereiche sind dabei besonders hervorzuheben:

- Die Beteiligung des Wallis mit rund Fr. 900'000.-- am Solidaritätsfonds von Fr. 30 Mio. Franken.
- Die Zusammenarbeit mit den Kantonen Basel-Land, Basel-Stadt, Genf, Jura, Neunburg, Tessin und Zürich bei der Erarbeitung des Projektes "Grenzen (er)leben".
- Die Vorbereitung des Walliser Tages vom 8. September 2001.

Nachhaltige Entwicklung

Die Dienststelle beteiligt sich an den Arbeiten für eine Nachhaltige Entwicklung, besonders im Rahmen der Abteilung "Nachhaltige Entwicklung" von den Olympischen Winterspielen Sitten 2006.

Ländlicher Tourismus

Mit dem Ziel der Diversifikation der Tätigkeit der Bauern und der Entwicklung des Agrotourismus im Wallis, hat die Dienststelle, zusammen mit der Vereinigung "Tourismus und Landwirtschaft im Wallis" (Touurval) bei der Information der betroffenen Kreise mitgewirkt. Besonders ging es dabei um die Ausschöpfung der Möglichkeiten, die die Bestimmungen des Artikels 32 des Gesetzes über den Tourismus eröffnen.

Informationsplattform

Auf der Grundlage der Erfahrungen in der Tourismusbranche konnte die Datenbank verfeinert und durch zusätzliche Sektoren der Wirtschaft und der Kantonsverwaltung erweitert werden. Ziel ist es, den Interessierten in den Regionen und dem breiten Publikum ein Höchstmass an Daten über die Wirtschaft des Wallis zur Verfügung zu stellen.

Informationsstelle Wallis

Die Arbeitsgemeinschaft "Informationsstelle Wallis", in der Wallis Tourismus, die Walliser Industrie- und Handelskammer, die Propagandastelle für die Erzeugnisse der Walliser Landwirtschaft, die Walliser Landwirtschaftskammer, die Gesellschaft zur Förderung der Walliser Wirtschaft und die Dienststelle für Tourismus- und Wirtschaftsförderung zusammengeschlossen sind, vertritt das Wallis bei Veranstaltungen in der ganzen Schweiz. So organisierte sie u. A. den Auftritt des Wallis als Ehrengast an der MUBA '98 und für die eidgenössischen Parlamentarier die sogenannte "Parlamentarier-suppe". Zudem befasst sie sich mit der Organisation und Durchführung von Empfängen und Führungen durch das Wallis von in- und ausländischen Delegationen.

Forum von Crans-Montana

Die Dienststelle hat bei der Organisation des Forums von Crans-Montana mitgearbeitet. Sie unterstützte auch die Teilnahme von Wallis Tourismus und Sitten 2006 am Forum über Infrastrukturen und Tourismus von Monaco, welches ebenfalls von der "Stiftung Forum Crans-Montana" durchgeführt wurde.

Genferseerat

Neben der Mitarbeit in der Kommission Wirtschaft und Tourismus beteiligte sich die Dienststelle zusammen mit der Vereinigung der Landwirtschaftskammern des Genferseeraumes an der Herausgabe einer Broschüre über den ländlichen Tourismus.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Regionalpolitik

Das neue Investitionshilfegesetz des Bundes vom 21. März 1997 ist am 1. Januar 1998 in Kraft getreten.

Das neue IHG forderte eine Anpassung der Verordnung vom 05.10.1988 des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft vom 28. März 1984. Die Verordnung wurde neu durch ein Reglement ersetzt, welches im September 1998 in Kraft getreten ist.

Das Jahr 1998 war ein Übergangsjahr, in welchem das neue IHG schrittweise eingeführt wurde.

Durch das neue IHG wird der Vollzug des neuen IHG an die Kantone und Regionen delegiert.

Die Investitionshilfe des Bundes und des Kantons wird vom Kanton zugesichert. Der Kanton ist ebenfalls für genügend Sicherheiten der Bundes- wie Kantonsdarlehen verantwortlich. Ferner werden alle Vertragsverhandlungen mit IH-Bezüger für Bundes und Kantonsdarlehen vom Kanton erledigt.

Während des Jahres 1998 haben die Regionen ihre Mehrjahresprogramme für die Periode 1999 - 2002 erstellt. Diese Mehrjahresprogramme werden durch das neue IHG vorgeschrieben. Diese wurden vom Staatsrat am 13.01.1999 homologiert.

Bundesbeschluss über den Strukturwandel im ländlichen Raum "REGIO PLUS"

Der Bund hat auf Antrag des Kantons und der Regionen für die unten aufgeführten Dossiers Subventionen im Rahmen von REGIO PLUS gewährt.

- Bürcchen das Birkendorf Fr. 50'000.—
- Sensorama Fr. 290'000.—
- Informationsplattform Wallis Fr. 480'000.—

Weitere Geschäfte sind in Bearbeitung:

- La Nat
- "Parcour didactique biblique in Massongex"
- Aufbau Dienstleistungscener in Brig

Investitionshilfe

Durch die Inkraftsetzung des neuen Investitionshilfegesetzes werden Projekte, welche der Wirtschaft fördernd sind prioritär behandelt.

Situation des allgemeinen Infrastrukturfonds des Kantons Wallis

Total der zugesicherten Kredite	Fr. 273'252'685.—
Dossiers, welche in Bearbeitung sind	Fr. 13'510'000.—
Rückzahlungen	/ Fr. 78'369'226.—
Situation des Fonds	Fr. 208'393'459.—
Fondseinlagen	Fr. 210'000'000.—
Verfügbare Restbetrag auf Ende 1998	Fr. 1'606'541.—

Aufteilung der IH-Darlehen gemäss Geltungsbereich

Bezeichnung	Anzahl	Bund		Kanton		
		Zusicherungen	%	Anzahl	Zusicherungen	%
Entwicklungsinfrastruktur						
Industrie, Handwerk, Energie,	55	13'937'050.—	3,6	71	17'123'279.—	6,3
Konsumgüter des täglichen Bedarfs	371	129'521'370.—	33,9	419	130'340'026.—	47,7
Tourismus, Kultur, Sport und Freizeit	23	6'153'500.—	1,6	26	6'409'500.—	2,3
Telekommunikation	—	—	—	50	12'544'000.—	4,6
Hotel und einfache Unterkünfte	—	—	—	—	—	—
Total	449	149'611'920.—	39,1	566	166'416'805.—	60,9
Basisinfrastruktur						
Gesundheit und Bildung	150	97'769'725.—	25,6	48	14'642'500.—	5,4
Transport, öffentliche Infrastruktur, Militär	543	130'363'484.—	34,1	433	88'251'155.—	32,3
Landwirtschaft, Forstwirtschaft	27	4'699'700.—	1,2	22	3'942'225.—	1,4
Total	720	232'832'909.—	60,9	503	106'835'880.—	39,1
Total	1'169	382'444'829.—	100	1'069	273'252'685.—	100

Aus der obigen Tabelle ist ersichtlich, dass der Wille prioritäre Projekte aus der Entwicklungsinfrastruktur zu unterstützen weiterverfolgt wurden. Zum ersten Mal wurde dieses Jahr die auf kantonaler Ebene die Grenze der 60 % für diese Projekte überschritten.

Investitionshilfe für Hotels und einfache Unterkünfte

Die Unterstützung mit Investitionshilfe für den Bau und Renovation von Hotels und einfachen Unterkünften konnte im Jahr 1998 fortgesetzt werden.

Hoteldossiers, welche bis Ende 1998 eingereicht wurden

Neubauten von Hotels:

	Anzahl Dossiers	Investitions- volumen	beantragte Zusicherungen	Effektive Zusicherungen
Anzahl Dossiers	4	29'610'645.—	2'800'000.—	2'800'000.—
Renovation von Hotels	33	42'935'645.—	7'384'000.—	6'606'000.—
Renovation und Kauf von Hotels	8	10'457'686.—	1'975'000.—	1'975'000.—
Einfache Unterkünfte	8	4'850'000.—	1'163'000.—	1'163'000.—
Total	53	87'853'976.—	13'322'000.—	12'544'000.—

Wirtschaftsförderung

Verschiedene Aktionen wurden im Rahmen der Wirtschaftsförderung für einen Gesamtbetrag von Fr. 1'650'000.— unterstützt. (CIMTEC, Forum Crans Montana, Mediplant, Charter London-Sion, Walliser Handels- und Landwirtschaftskammer, Hütte auf dem Europaweg "Zermatt-Grächen", Interegg II, Planval, usw. usw.).

Bürgschaftsgenossenschaft des Walliser Gewerbes

Das Anteilscheinkapital beläuft sich auf den 31. Dezember 1998 auf Fr. 2'450'500.— und die Reserven auf Fr. 2'050'000.—. Während diesem Jahr hat die Geschäftsstelle 63 Bürgschaftsgesuche für einen Betrag von Fr. 5'617'000.— behandelt, davon wurden 32 im Gesamtbetrag von Fr. 2'855'000.— genehmigt. Die Verluste beliefen sich für 6 Fälle auf Fr. 102'826.—. Auf Ende 1998 betrug die Gesamtsumme der Bürgschaften Fr. 8'498'000.— für 143 Fälle.

Im Rahmen des Bundesgesetzes über Bürgschaften und Gewährung von Zinskostenbeiträge im Berggebiet wurden von der Bürgschaftsgenossenschaft 4 Anträge für Fr. 950'000.— was Bürgschaften betrifft und einem Investitionsvolumen von Fr. 1'750'000.— entspricht, behandelt. Seit 1977 wurden im Rahmen dieses Gesetzes 203 Gesuche geprüft und dies für Fr. 63'595'000.—. Auf den 31.12.1998 belaufen sich die Verpflichtungen auf Fr. 1'686'070.— für 14 Fälle.

Des weiteren wurde 1998 401 Baugarantien für Fr. 5'280'669.— gewährt. Auf den 31.12.1998 belaufen sich die Verpflichtungen für 608 Fälle auf Fr. 6'086'981.—.

WOHNBAUFÖRDERUNG

Die massive Kürzung des Kontingents, welches das Bundesamt für Wohnungswesen dem Kanton zuteilt, erlaubte es nicht, alle beim kantonalen Amt eingereichten Gesuche für den Bau und Erwerb von Wohneigentum zu erledigen. Diese Kürzung des Kontingents verlangt die Anwendung von strengeren Kriterien bei der Auswahl der verbleibenden Dossiers.

Bei den Mietwohnungen bleibt der Markt, angesichts der grossen Anzahl leerstehender Wohnungen in unserem Kanton, äusserst angespannt. Aus diesem Grund zeigt sich das Bundesamt für Wohnungswesen bei der Prüfung von Gesuchen für Mietobjekte sehr zurückhaltend. Dagegen werden die Gesuche zur Renovation von Mietobjekten ohne grosse Schwierigkeiten bewilligt, insofern die Mietpreise für die renovierten Wohnungen tiefer sind, als für Neuwohnungen.

Sozialer Wohnungsbau (Aktion WB)

1998 belief sich der Betrag der kantonalen Hilfen betreffend den sozialen Wohnungsbau auf 0,058 Millionen Franken. Bedingt durch

den Verfalltermin der Zusicherungen ist gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme von 59 % zu verzeichnen. Die finanziellen Leistungen des Bundes betragen nur noch 0,014 Millionen Franken wegen den getroffenen Sparmassnahmen, mittels welchen nach 14 Jahren jegliche Hilfe gestrichen wird. Der Kanton hingegen hat seine eingegangenen Verpflichtungen während 20 Jahren beibehalten.

Sanierung der Wohnverhältnisse in Berggebieten (Aktion WS)

Die Abnahme der Hilfesuche für Sanierungen der Wohnverhältnisse im Berggebiet ist teils darauf zurückzuführen, dass man in Zeiten, da der Arbeitsmarkt nicht mehr gesichert ist, weniger zu investieren wagt.

1998 wurden 74 Sanierungsprojekte Bundes- und Kantonshilfe zugesprochen. Die vom zur Verfügung gestellten Verpflichtungsbeiträge betragen 2,097 Millionen Franken vom Bund und 1,069 Millionen Franken vom Kanton.

Wohn- und Eigentumsförderung (Aktion CHW und WEG Kanton)

1998 wurden für 103 Eigentumswohnungen Verpflichtungsbeiträge zugesichert und keine für Mietwohnungen. Sämtliche Gesuche wurden gemäss dem Bundesgesetz über Wohn- und Eigentumsförderung mit einer kantonalen Beteiligung für Berechtigte behandelt. Die geleisteten Hilfsbeiträge belaufen sich auf: Fr. 6,457 Millionen für 3270 Wohnungen.

Bei der kantonalen Aktion, welche sich auf die Dekrete von 1984 und 1985 stützt, belaufen sich die periodischen à fonds perdu Beiträge für 18 Dossiers, welche die Einkommens- und Vermögensbedingungen erfüllen, auf 0,048 Millionen Franken.

Dienststelle für Landwirtschaft

AMT FÜR BETRIEBSBERATUNG

Der landwirtschaftliche Beratungsdienst hat besonders mit den Sanierungsställen beschäftigt, betreffend die Weisungen der schweizerischen landwirtschaftlichen Politik. Er hat auch einen Akzent auf finanziell schwierige Betriebe gesetzt. Eingehend die allgemeine Lage der Landwirtschaft in der Wirtschaft haben die gewöhnlichen Landwirte gesucht und genommen.

AMT FÜR Viehwirtschaft

Sektion Tierzucht

Die neue Bundesgesetzgebung über die Tierzucht überträgt den Zuchtorganisationen mehr Verantwortung. So müssen diese in Zukunft die Exterieurbeurteilung des Zuchtviehs selber übernehmen, eine Aufgabe, die bisher der Kanton mit seinen Experten ausgeführt hat. Allerdings ist dazu weiterhin eine finanzielle Unterstützung seitens von Bund und Kanton vorgesehen.

Die neue Tierzuchtverordnung sieht auch eine Neuverteilung der finanziellen Beihilfen für die Tierzucht vor. Dies wird eine Verminderung oder sogar die Abschaffung der Beständeprämien zur Folge haben.

Sektion Milchwirtschaft

Die Qualitätssicherung wurde auf dem gesamten Milchsektor eingeführt. Dieses Konzept der Selbstkontrolle fördert und unterstützt die Produktion und Ablieferung von qualitativ guter Milch. So erreichte die Milch erster Qualität 1998 einen Anteil von 96.23%. Seit der Einführung der Qualitätsbezahlung wurde noch nie ein höherer Wert erreicht.

Die Sanierung der Käsereien geht dem Ende entgegen. Falls die vorgesehenen Projekte zur Erneuerung und Verbesserung der bestehenden Anlagen realisiert werden, verfügen Ende des Jahres 1999 32 von 33 Käsereien über eine Zulassungsnummer.

Der MIBD nahm die notwendigen Arbeiten zu seiner Akkreditierung durch das EAM in Angriff.

AMT FÜR AGRARKREDITE

Die eingesetzten Geldmittel zu Gunsten von Investitions- und Betriebshilfekrediten belaufen sich auf Fr. 103'321'000.-. 1998 wurden 235 Investitionskredite mit einem Gesamttotal von Fr. 22'289'820.- gewährt, sowie 31 Betriebshilfekredite für Fr. 2'266'000.-. Der Bund und der Kanton haben zusätzliche Mittel von 700'000.- Franken als zinslose Darlehen zugunsten von Landwirtschaftsbetrieben, die sich vorübergehend in finanzieller Bedrängnis befinden, zur Verfügung gestellt. Der Betrag der gewährten Darlehen ist 1998 um Fr. 4'470'320.- höher als 1997.

AMT FÜR FELDBAU UND DIREKTZAHLUNGEN

Die Anwendung der Verordnungen über die Direktzahlungen und die Anbauprämien, die technische Beratung im Pflanzenbau, in der integrierten Produktion und im Bio-Landbau, die Getreide- und Ölzentrale, die Verbesserungsmassnahmen im Berggebiet, die Verwaltung der landwirtschaftlichen Abgaben und Beiträge und das Rebbergregister sind die hauptsächlichen Aufgabengebiete der Mitarbeiter des Amtes.

Prämien und Beiträge 1997/1998

	1997	1998
Pflanzenbau	746'349.—	757'875.—
Bewirtschaftungsbeiträge	5'677'565.—	5'752'254.—
Sömmerung	5'720'003.—	5'657'692.—
Direktzahlungen 31a	33'421'864.—	30'957'307.—
Direktzahlungen 31b	18'569'467.—	18'537'875.—
Total	64'135'248.—	61'662'257.—

Die wesentlichen Änderungen rühren von der Verminderung des Betriebsbeitrages (31A) und der Streichung des Zuschlages von 25% (max. 2'000.- Fr.) für die gesamte IP- und Bio-Betriebe (31B).

AMT FÜR OBST- UND GEMÜSEBAU

Das Wallis besitzt im Obst- und Gemüsebau ein grosses Qualitätspotential. Die innere Qualität unserer Produkte ist ein besonderer Aspekt, der besser ausgeschöpft werden sollte. Analysen und Beobachtungen wurden in diesem Sinne auf bestehenden Parzellen weitergeführt.

Hierbei konnte der Einfluss der Pflegemassnahmen auf die Qualität nachgewiesen werden. Die Bewertung dieser Produkte wurde durch die Konsumenten im Rahmen des Projekts COST 915 geprüft. Unser Amt hat bei der Organisation von Aprikosen-, Apfel-, Erdbeeren- und Tomatendegustationen teilgenommen. Diese Arbeiten sollten den Berufsverbänden erlauben, Pflichtenhefte für die Auszeichnung der Walliser Produkte nach den Regeln der AOC, auszuarbeiten.

Die Diversifizierung durch neue Sorten bei Aprikosen und Kirschen gibt interessante Resultate sowohl in technischer wie marktwirtschaftlicher Hinsicht. Seit Beginn der Erneuerungsaktion wurden 130 ha neue Aprikosensorten gepflanzt, davon 80 ha im subventionierten Programm.

Die praktischen Versuche konzentrieren sich vor allem auf folgende Themen: neue Sorten bei Erdbeeren und Tomaten, neue Fruchtadüner für den Obstbau.

Die Beratung ist auf die integrierte und biologische Produktion ausgerichtet.

WEINBAUAMT

Weinbauamt Weinberg und Wein Das kantonale Rebbergregister umfasst 5'258 ha, davon 2'986 ha rote Sorten und 2'272 weisse Sorten. Die Ernte 1998 ergab 46.8 Mio. Liter Wein davon 25.2 Mio. Liter Rotwein und 21.6 Mio. Liter Weisswein, sowie 349'201 kg

Tafeltrauben. Mitarbeit bei einem Projekt Interreg über die Zukunft des Walliser Rebberges. Befragte Gemeinden, Fully, Lens und Chermignon. **Anordnung der Rebbaupflanzung.** Die Dossiers von 31 Gemeinden (60% des Walliser Rebberges) sind durch die kantonale Kommission begutachtet worden und werden dem Staatsrat zur Homologierung unterbreitet.

Erhalt von Walliser Rebsorten. Anpflanzung von 93 Selektionen Amigne und von 32 Selektionen Cornalin aus alten Spalierreben. Ermitteln und markieren von Parzellen mit Marsanne, Rousasanne und Resi. Vergleichsvinifizierung von Cornalin Humagne rouge und Petite Arvine. Die Rebschulisten sind die Eigentümer des Pflanzenkapitals, sie tragen die Kosten dieses Versuches. Momentan sind 9'385 m² angepflanzt. **Beratung und Versuche im Weinbau.** Einrichtung eines Netzes von 12 Verbindungen zur Studie über das Verhalten des Pinot noir in repräsentativen Lagen des Walliser Rebberges. Einrichtung einer Kollektion von interspezifischen Rebsorten im Grand-Brûlé. Mikrovinifizierung von Regent und Bianca die bereits im Ertrag stehen. **Landgut und Staatskellerei Grand-Brûlé.** Die kultivierte Fläche des Landgutes beträgt 127'062 m² (13'425 m² Jungreben). Die im Ertrag stehenden Reben ergaben mit einem Gewicht von 106'711 kg, 0.939 kg/m² Trauben. Dies entspricht 94.3 % des 10-Jahresdurchschnitts. Der Gutsbetrieb beteiligte sich an der Bewirtschaftung der Reben für den Erhalt der Walliser Rebgüter.

AMT FÜR PFLANZENSCHUTZ ÜBERWACHUNG UND WARNDIENST

Quarantäneschädlinge

Die Bekämpfung der San José Schildlaus wurde wieder in allen Talgemeinden von Martinach bis Siders ausgeführt und subventioniert. Die rasche Entwicklung des Feuerbandes in der Ostschweiz erfordert auch bei uns grössere Vorsicht und zusätzliche Kontrollen und Information der Obstbauern, Gemeinden und Baumschulen. Die empfindlichsten Wirtspflanzen wurden inventarisiert, im Hinblick auf eine vorsorgliche Eliminierung.

Andere Schädlinge und Krankheiten

Wir stellen übliche Fluktuationen (Zikaden, Schorf der Obstbäume, Blattläuse), und aussergewöhnliche Virulenz (Mehltau der Reben, Birnblattsauger, Möhrenfliege) der Parasiten fest.

BERATUNG UND DEMONSTRATIONSVERSUCHE

Der Schutz der landwirtschaftlichen Kulturen gegen Schädlinge und Krankheiten wird nach Grundsätzen der integrierten oder biologischen Produktion unterrichtet und in der Beratung weitergegeben. Dies immer in enger Zusammenarbeit mit den Berufsorganisationen und anderen landwirtschaftlichen Ämtern in Châteauneuf und Visp.

Stand 1998

(Integrierte und biologische Produktion):	Mitglieder	ha
Weinbau (Vital): 28 Gruppen	~ 700	~ 2'000
Obstbau, Beerenobst, Gemüsebau (Cultural)	360	~ 2'600

Feldbau in der Talebene: praktisch der gesamte Ackerbau ist in integrierter Produktion.

Es ist auch wichtig auf nationaler (BLW, BUWAL, Berufsverbände) und internationaler (OILB) Ebene an der Entwicklung und Anpassung von Richtlinien mitzuarbeiten, damit diese unseren klimatischen und sozio-oekonomischen Gegebenheiten Rechnung tragen.

Demonstrationsversuche wurden bei Bauern installiert, um neue Lösungen zu prüfen oder bestehende zu verbessern.

Als Beispiel sei die Verwirrungsmethode gegen den Traubenwickler erwähnt: 915 ha, 4'500 Winzer beteiligt. Die Resultate sind gut, die Methode wurde von Bund und Kanton subventioniert.

MELIORATIONSAMT

ZUSICHERUNGSKREDIT (Tabelle A)

A) Bund

Der dem Kanton Wallis zur Verfügung gestellte Verpflichtungskredit für Strukturverbesserungen belief sich 1998 auf aufgerundet 5,6 Mio. Franken. Die Aufteilung erfolgte in einem Anteil von 60 % für landwirtschaftliche Hochbauten und 40 % für kulturtechnische Arbeiten.

Die auf Bundesebene beschlossene Abhängigkeit der Direktzahlungen von tier- & gewässerschutzkonformen landwirtschaftlichen Hochbauten brachte uns zum Entscheid, auf Kosten der kulturtechnischen Arbeiten mehr finanzielle Mittel für landwirtschaftliche Hochbauten einzusetzen.

B) Kanton

Auf kantonaler Ebene unterteilt sich der Zusicherungskredit in einen ordentlichen Kredit zur Finanzierung der auf Bundesebene subventionierten kulturtechnischen und landwirtschaftlichen Projekte und in einen Sonderkredit, gemäss Beschluss des Grossen Rates vom 05.02.1996, zur Anpassung der landwirtschaftlichen Hochbauten an die Tier- & Gewässerschutzvorschriften. Für diesen letzteren Kredit fällt die Bundeshilfe aus.

Die Kantonszusicherungen erhöhen sich 1998 auf 7,7 Mio. gegenüber 6,2 Mio. im Jahre 1997.

Der ordentliche Kredit beziffert sich auf 5,2 Mio. Franken und weist gegenüber dem Vorjahr eine leichte Verminderung von annähernd Fr. 300'000.-- auf, die zu Lasten der kulturtechnischen Arbeiten erfolgte.

Die Investitionen zur Sanierung der landwirtschaftlichen Hochbauten stiegen hingegen von 0,8 Mio. im Jahre 1997 auf 2,5 Mio. im Jahre 1998, nämlich total 107 subventionierte Projekte gegenüber 46 im Vorjahr.

VERPFLICHTUNGEN ENDE 1998 (Tabelle B)

Die nachfolgende Tabelle B gibt einen Gesamtüberblick über die finanziellen Verpflichtungen des Kantons und des Bundes per Ende 1998.

Die finanziellen Verpflichtungen des Kantons gegenüber Dritten haben wegen vermehrter Unterstützung der Projekte zur Sanierung der landwirtschaftlichen Hochbauten zugenommen. Im kulturtechnischen Tiefbau sind jedoch die Zusicherungen 1998 im gleichem Umfang wie diejenigen vom Jahr 1997 erhalten geblieben.

Auf Bundesebene hat sich die Lage verbessert, da die Zusicherungen zurückgegangen sind, ohne dass der Zahlungskredit vermindert wurde.

A) Zusicherungen 1998

Kanton

Zusicherungen zu Gunsten							
Projekte oder Etappen nach Verbesserungsarten	Anzahl	Kosten- voranschlag	Gemeinden	Private + Genoss.	Burgerschaft	Total	%
I. Kultur- & geomertech. Arbeiten							
Erschliessungen inkl. Bodenenteignungen	11	2'589'503.85	511'417.00	135'300.00	0.00	646'717.00	8.39
Güterzusammenlegungen	5	1'977'970.00	0.00	697'318.00	0.00	697'318.00	9.05
Be- & Entwässerungen, Wasserleitungen	24	3'958'120.00	539'860.00	521'576.00	14'625.00	1'076'061.00	13.96
Trinkwasserversorgungen	5	590'000.00	127'100.00	14'100.00	0.00	141'200.00	1.83
Total I.	45	9'115'593.85	1'178'377.00	1'368'294.00	14'625.00	2'561'296.00	33.22
II. Hochbau & Alpwirtschaft							
Landw. Hochbauten & Verwertungsbetriebe	125	17'937'940.00	8'400.00	4'810'318.00	0.00	4'818'718.00	62.51
Alpverbesserungen	13	1'360'800.00	4'140.00	228'855.00	96'000.00	328'995.00	4.27
Total II.	138	19'298'740.00	12'540.00	5'039'173.00	96'000.00	5'147'713.00	66.78
Total I. + II.	183	28'414'333.85	1'190'917.00	6'407'467.00	110'625.00	7'709'009.00	100.00

Bund

Zusicherungen zu Gunsten							
Projekte oder Etappen nach Verbesserungsarten	Anzahl	Kosten- voranschlag	Gemeinden	Private + Genoss.	Burgerschaft	Total	%
I. Kultur- & geomertech. Arbeiten							
Erschliessungen	7	2'324'344.00	418'178.00	160'000.00	0.00	578'178.00	10.29
Güterzusammenlegungen	5	1'345'710.00	0.00	589'918.00	0.00	589'918.00	10.50
Be- & Entwässerungen, Wasserleitungen	12	3'310'000.00	719'500.00	210'000.00	15'600.00	945'100.00	16.82
Trinkwasserversorgungen	5	570'000.00	141'000.00	38'020.00	0.00	179'020.00	3.19
Total I.	29	7'550'054.00	1'278'678.00	997'938.00	15'600.00	2'292'216.00	40.80
II. Hochbau & Alpwirtschaft							
Landw. Hochbauten & Verwertungsbetriebe	20	11'165'000.00	0.00	2'906'000.00	0.00	2'906'000.00	51.72
Alpverbesserungen	7	1'410'000.00	0.00	402'000.00	18'000.00	420'000.00	7.48
Total II.	27	12'575'000.00	0.00	3'308'000.00	18'000.00	3'326'000.00	59.20
Total I. + II.	56	20'125'054.00	1'278'678.00	4'305'938.00	33'600.00	5'618'216.00	100.00

B) Tabelle der Verpflichtungen 1998

Kanton

Saldo der Verpflichtungen								
Projekte oder Etappen nach Verbesserungsarten	Anzahl	Kosten- voranschlag	Verpflichtungen	Saldo der Ver- pflichtungen	%	Gemeinde	Priv + Genoss.	Burgerschaft
I. Kultur- & geomertech. Arbeiten								
Erschliessungen inkl. Bodenenteignungen	23	7'702'863.00	2'054'694.00	684'222.50	5.83	535'420.00	135'962.50	12'840.00
Güterzusammenlegungen	38	56'654'600.00	20'285'580.00	3'593'541.50	30.60		3'593'541.50	
Be- & Entwässerungen, Wasserleitungen	55	22'122'643.00	6'498'496.00	1'759'643.00	14.98	850'395.00	894'623.00	14'625.00
Trinkwasserversorgungen	21	6'366'600.00	1'558'495.00	480'270.00	4.09	395'770.00	84'500.00	
Total I.	137	92'846'706.00	30'397'265.00	6'517'677.00	55.50	1'781'585.00	4'708'627.00	27'465.00
II. Hochbau & Alpwirtschaft								
Landw. Hochbauten & Verwertungsbetriebe	199	40'894'390.00	10'347'058.00	4'238'053.00	36.09		4'238'053.00	
Alpverbesserungen	46	10'071'716.00	2'512'850.00	987'145.00	8.41	0.00	552'585.00	434'560.00
Total II.	245	50'966'106.00	12'859'908.00	5'225'198.00	44.50	0.00	4'790'638.00	434'560.00
Total I. + II.	382	143'812'812.00	43'257'173.00	11'742'875.00	100.00	1'781'585.00	9'499'265.00	462'025.00

B) Tabelle der Verpflichtungen 1998

Bund

Projekte oder Etappen nach Verbesserungsarten	Anzahl	Kosten- voranschlag	Verpflichtungen	Saldo der Ver- pflichtungen	%	Saldo der Verpflichtungen		
						Gemeinde	Priv. + Genoss.	Bürgerschaft
I. Kultur- & geomertechn. Arbeiten								
Erschliessungen	18	7'745'656.00	2'178'719.00	792'091.00	8.46	615'291.00	160'000.00	16'800.00
Güterzusammenlegungen	29	19'887'440.00	9'073'268.00	2'428'160.00	25.92		2'428'160.00	
Be- & Entwässerungen, Wasserleitungen	38	18'634'500.00	6'107'935.00	1'547'620.00	16.52	1'057'370.00	474'650.00	15'600.00
Trinkwasserversorgungen	18	6'089'817.00	1'616'660.00	554'660.00	5.92	441'690.00	112'970.00	
Total I.	103	52'357'413.00	18'976'582.00	5'322'531.00	56.82	2'114'351.00	3'175'780.00	32'400.00
II. Hochbau & Alpwirtschaft								
Landw. Hochbauten & Verwertungsbetriebe	51	24'386'000.00	7'030'480.00	2'902'480.00	30.99		2'902'480.00	
Alpverbesserungen	38	10'540'000.00	2'959'600.00	1'142'100.00	12.19		699'600.00	442'500.00
Total II.	89	34'926'000.00	9'990'080.00	4'044'580.00	43.18	0.00	3'602'080.00	442'500.00
Total I. + II.	192	87'283'413.00	28'966'662.00	9'367'111.00	100.00	2'114'351.00	6'777'860.00	474'900.00

LANDWIRTSCHAFTLICHE SCHULE WALLIS (CHATEAUNEUF)

Der Schulbeginn 1998 war durch die Stabilisierung der Bestände gekennzeichnet. Nach einer schnellen Erhöhung der Schülerzahlen von 67 Schüler im Jahr 1994, 89 im Jahre 1995, 102 im Jahr 1996 und einem absoluten Maximum von 125 Schüler im Schuljahr 1997, befinden wir uns mit 111 Kandidaten im Jahr 1998 immer noch auf einem sehr hohen Schülerniveau.

In der Berufsorientierung ist eine Vertiefung der Branchen im Zusammenhang mit der ökologischen, biologischen Landwirtschaft, der Marktstudie, dem Direktverkauf der landwirtschaftlichen Produkte, sowie dem landwirtschaftlichen Tourismus festzustellen.

LANDWIRTSCHAFTLICHE HAUSHALTUNGSSCHULE CHATEAUNEUF

Wie auch in der landwirtschaftlichen Schule haben auch bei der landwirtschaftlichen Haushaltungsschule die Bestände auf einem hohen Niveau.

Die Arbeiten zum Ausbau der Schule gehen zügig voran. Das neue Ausbildungsprogramm von 3 Jahren für Hauswirtschaftliche Fachangestellte/Hauswirtschaftlichen Fachangestellten ist in einer Versuchsphase. Die Einbindung der Familienhelferinnenschule ist für das Jahr 2000 vorgesehen.

GUTSBETRIEB CHATEAUNEUF

Wie in der gesamten Walliser Landwirtschaft war das Jahr 1998 für den Gutsbetrieb von Châteauneuf in Bezug auf die Qualität erfolgreich, aus wirtschaftlicher Sicht jedoch durchzogen.

Die überreichliche Ernte der Früchte, insbesondere der Äpfel, gestaltet den Absatz sehr schwierig und bis Ende Dezember 1998 sind nur einige wenige magerer Vorauszahlungen eingetroffen. Dies ist der schlimmste Zustand seit Kriegsende.

Beim Weinbau ist die Ernte in Bezug der Quantität als normal, in Bezug auf die Qualität als ausgezeichnet zu bezeichnen. Der Direktverkauf durch den Gutsbetriebes ist sehr gut und die Preise einträglich.

Der Gutsbetrieb verfolgt seine Aktivitäten bei der Ausbildung und der Demonstration und beschäftigt sich in verschiedenen Produktionssektoren: bei der Erstellung von Referenzen der biologischen

Landwirtschaft. Später folgen der Obstbau, der Weinbau, der Gemüsebau. Ein Pilotversuch im Ackerbau und in der Viehzucht mit einer Herde Eringerkühe werden ebenfalls nach biologischen Grundsätzen durchgeführt. Der Gutsbetrieb ist integrierter Bestandteil der Ausbildung, er erlaubt es den Schülern die theoretisch erworbenen Kenntnisse praktisch anzuwenden.

LANDWIRTSCHAFTSZENTRUM VISP

Seit drei Jahren ist die neue Struktur der Dienststelle für Landwirtschaft und damit auch für das Landwirtschaftszentrum Visp in Kraft. Die Sektionen Bildung der landwirtschaftlichen Schule Wallis, des Amtes für Betriebsberatung und des Meliorationsamtes bilden zusammen das Landwirtschaftszentrum Visp, welches als Koordinationsstelle der Dienststelle für Landwirtschaft untersteht und sich auf die besonderen Verhältnisse im Oberwallis ausrichtet.

Die stark gestiegene Nachfrage nach dem landwirtschaftlichen Bildungsangebot konnte vollumfänglich befriedigt werden. Besonders erwähnenswert sind die berufsbegleitende Aus- und Weiterbildung, welchen in der Zeit der allgemeinen Verunsicherung eine grosse Bedeutung zukommt. Erfreulich ist auch die Tatsache, dass 11 Schülerinnen und Schüler aus dem Welschwallis in Visp die landwirtschaftliche Schule besuchen. Dies trägt zu einem besseren Verständnis der beiden Sprachregionen bei.

Die Betriebsberatung ist durch die bedeutenden Änderungen der neuen Agrarpolitik besonders gefordert. Das grösste Problem stellt heute die Unsicherheit in der Entwicklung der Landwirtschaft dar. Die anstehenden Sanierungen der bestehenden Ställe erfordern von der Beratung ein grosses Engagement, da die entsprechende Kostenfolge für viele Betriebe finanziell nicht oder nur schwer tragbar ist.

Die Kostensenkung ist ein spezifisches Ziel der neuen Agrarpolitik. In diesem Bereich kommt den Strukturverbesserungen besondere Bedeutung zu. Das laufende Sanierungsprogramm für Stallbauten ist sehr anspruchsvoll. Bei den gemeinschaftlichen Unternehmen stehen die Bewässerungsanlagen und vermehrt auch wieder die Erschliessungen und Alpverbesserungen im Vordergrund.

Mit der ausgesprochenen Bürgernähe und Kundenorientierung sowie der Dienstleistung vor Ort einerseits und der zentralen Leitung andererseits sind mit dieser Umstrukturierung wichtige Grundsätze der neuen Verwaltungsführung erfüllt. Die für das Jahr 1998 in dieses Projekt gesetzten Ziele wurden im Landwirtschaftszentrum Visp erreicht.



DEPARTEMENT FÜR GESUNDHEIT, SOZIALWESEN UND ENERGIE

FÜR DAS JAHR 1998



**DEPARTEMENTSVORSTEHER: PETER BODENMANN
STELLVERTRETER: WILHELM SCHNYDER**

GESUNDHEIT, SOZIALWESEN UND ENERGIE

Dienststelle für
Gesundheitswesen

Institutionen für Psychiatrie

Walliser Zentrum für
Pneumologie

Veterinärdienst

Dienststelle für Sozialwesen

Medizinischpädagogisches
Zentrum La Castalie

Dienststelle für Arbeitnehmerschutz
und Dienstverhältnisse

Kantonale Ausgleichskasse

Kantonale IV-Stelle

Dienststelle für Energie

Dienststelle für Wasserkraft

EINFÜHRUNG

Gesundheit

Im Sinne einer Weiterführung der seit ungefähr zehn Jahren unternommenen Massnahmen und aufgrund der ausgezeichneten Ergebnisse, welche durch die Gesundheitspolitik des Kantons Wallis erzielt wurden, hat der Staatsrat auf Antrag des Departementes weitere Anstrengungen im Hinblick auf die Rationalisierung des Gesundheitssystems unternommen, bzw. dieselben intensiviert. Die Zielsetzung ist dabei wie bis anhin, der Walliser Bevölkerung und den Walliser Patienten Leistungen von hoher Qualität zu tragbaren Kosten anbieten zu können.

Die wichtigsten im Jahre 1998 zu erwähnenden Verwirklichungen sind die Einführung eines neuen, leistungsbezogenen Finanzierungssystems sowie die Fusion der beiden Spitäler von Aigle und von Monthey in der Region des Chablais.

- Die an mehreren Orten tätigen Spitalzentren in den Regionen von Brig-Visp und Siders-Sitten-Martinach

Die Bedenken in Bezug auf eine übermässige Zentralisierung oder Kantonalisierung und die mit Nachdruck erfolgte Verteidigung der Regionalspitäler haben während langer Zeit eine eigentliche Koordination zwischen den 6 Akutspitäler verhindert. Die eindrucksvolle Abnahme der Anzahl Krankentage und sogar der Fälle in den Akutspitäler einerseits und andererseits die Anforderungen des KVG (Bekämpfung der Ueberkapazitäten) sowie das neue Finanzierungssystem haben das Departement dazu veranlasst, zur Förderung dieser Koordination zu handeln und die Diskussion über die Schaffung von an mehreren Orten tätigen Spitalzentren im gesamten Kanton zu führen. Die beiden, im Ober- und im Zentralwallis eingesetzten Kommissionen haben zwei Vorschläge, in der Region Brig-Visp und in der Region Siders-Sitten-Martinach im Hinblick auf den Zusammenschluss der Spitäler unterbreitet.

Der Staatsrat ist mit dem Departement weiterhin überzeugt, dass die an mehreren Orten tätigen Spitalzentren im Hinblick auf den Erhalt der Akutpflegetätigkeit an sämtlichen Standorten und die Realisierung von Synergien der gangbarste Weg sind. Die aus der Ausschöpfung der Synergien resultierenden Mittel werden es ermöglichen, zur Deckung des zunehmenden Bedarfes neue Tätigkeiten zu entwickeln.

Wenn auch die wichtigen Zielsetzungen der Leistungsqualität, der Kosteneindämmung und des Zugangs zu der Pflege immer noch Gültigkeit haben, gilt es die Dimension der sozio-ökonomischen Auswirkungen der Gesundheitspolitik heute neu zu berücksichtigen. Die Unsicherheit bei den Arbeitsplätzen nimmt heute für die Bevölkerung und für die politischen Verantwortlichen eine Vorrangstellung ein.

- Die sozio-ökonomischen Auswirkungen der Gesundheitspolitik

Diese neuen Rahmenbedingungen veranlassen das Departement und den Staatsrat, die Spitalplanung nicht nur hauptsächlich als Instrument der Kosteneindämmung zu verstehen und zu erweitern. Dabei richtet sich das Augenmerk vor allem auf Leukerbad. Nach intensiv geführten Verhandlungen und nach energisch durchgezogenen Restrukturierungsmassnahmen hat der Grosse Rat dort nämlich einstimmig den Vorschlag des Departementes und des Staatsrates genehmigt, eine ausserordentliche finanzielle Unterstützung zu gewähren, damit die Arbeitsplätze der beiden Kliniken des Kurortes erhalten werden können.

Infolge der raschen und tiefgreifenden Veränderungen des Gesundheitssystems kann sich indes die Gesundheitspolitik im nächsten Jahrhundert nicht auf den Lorbeeren ausruhen. Im Gegenteil: Sie wird die zukünftigen Veränderungen antizipieren müssen.

In seinem Bericht über die Gesundheitspolitik der 90er Jahre bis ins 21. Jahrhundert, welcher dem Grossen Rat unterbreitet wurde, legte der Staatsrat die wichtigsten, sich stellenden Herausforderungen und die kurz vor Beginn des neuen Jahrtausends im Rahmen einer klaren und partnerschaftlichen Vision zu verwirklichenden Zielsetzungen fest.

Die Wichtigkeit dieses Berichtes, veranlasst uns, den vorliegenden Verwaltungsbericht sehr kurz zu fassen. Für ergänzende Auskünfte gilt es, sich auf den vorerwähnten Bericht zu beziehen.

Sozialwesen

Mit der Revision des Gesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz) werden straffere Zulassungsbedingungen zu der Rahmenfrist festgelegt. Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung hat schlussendlich eine bedeutende finanzielle Belastung der Kantone und der Gemeinden zur Folge. In diesem Zusammenhang sind Massnahmen sowohl der beruflichen Wiedereingliederung als auch der Sozialhilfe mehr denn je absolut notwendig, damit dem Auftreten von Randgruppen vorgebeugt werden kann. Die Tätigkeit war hauptsächlich durch den Aufbau der interinstitutionellen Zusammenarbeit, namentlich zwischen den regionalen Arbeitsvermittlungszentren und den Sozialmedizinischen Zentren geprägt. Dabei stützte sich das Departement auf einen systemischen Ansatz der Problemlösung, wobei mit anderen Partnern des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens konzertierte und unter dem Gesichtspunkt des Verwaltungsaufwandes einfache Lösungen angestrebt wurden. Als Beispiel sind die Vereinfachung der Verfahren für insolvente Versicherte bei Streitigkeiten im Rahmen der Krankenversicherung, die Beteiligung des Departementes an die Hilfsprojekte für Bauern die sich in einer schwierigen Situation befinden, die Kostenübernahme der AHV-Beiträge der Personen ohne Einkommen, aber auch die intensivierten Beziehungen mit den Gemeinden und den Dienststellen im Hinblick auf die Informationsübermittlung und die Gewährung der angemessenen Mittel der Geschäftsführung zu erwähnen.

Der Transfer der finanziellen Lasten von der Arbeitslosenversicherung auf die Kantone führte im Bereich der Sozialhilfe nicht zu einer bedeutenden Kostenzunahme. Es ist vorrangig, dass ein Ausgleich über die Verträge der beruflichen Wiedereingliederung erfolgt, welche durch den kantonalen Fonds für die Beschäftigung finanziert werden. Indes wird ab der zweiten Jahreshälfte 1998 eine gewisse Anspannung der Beziehungen zwischen den Gemeinden und Sozialhilfesuchsteller festgestellt. Die Anzahl Einsprüche und Beschwerden, welche beim Departement eingereicht werden, nimmt bedeutend zu. Das Gesetz über die Eingliederung und die Sozialhilfe legt klar die Bedingungen für den Erhalt von Sozialhilfe fest und erweist sich im Hinblick auf die fristgerechte Lösung von Streitfällen als ein zweckmässiges Instrument.

Wie in anderen Kantonen musste das Wallis die massive Zunahme der Anzahl der aufgenommenen Asylbewerber bewältigen. So nahm diese Anzahl von 2'500 im Juni auf über 3'000 Ende des Jahres zu. Überdies handelte der Kanton die Aufnahmebedingungen im Rahmen der Beherbergungszentren für Asylbewerber aus, welche durch den Bund und die Armee verwaltet werden. Dabei konnte das Erstprojekt des Bundes bedeutend restrukturiert werden, indem es sich neu auf die Eröffnung der beiden Zentren von Turtig und Tennen beschränkte. Es wurde ebenfalls vereinbart, dass diese beiden Zentren unter kantonalen Leitung, über die Dienststelle für Sozialhilfe gestellt werden. Erfreulicherweise darf betont werden, dass dank der durch die Walliser Bevölkerung gewährten Gastfreundschaft sowie einem zweckmässigen Betreuungssystem die massive Zunahme der im Kanton Wallis aufgenommenen Asylbewerber bewältigt werden konnte.

Im Bereich der Ausbildung und insbesondere der Verwirklichung der Fachhochschulen für Berufe des Sozial- und des Gesundheitswesens, nahm der Kanton Wallis im Hinblick auf eine gesamtschweizerisch einheitliche Gestaltung der Ausbildung eine bedeutende

Aufgabe als Vermittler zwischen den Sprachregionen der Schweiz wahr. So nahmen im Rahmen dieses Einsatzes Walliser Vertreter an interkantonalen Konferenzen und Arbeitsgruppen teil.

Energie

In Europa existiert derzeit eine Überproduktion an Elektrizität, welche insbesondere auf die freien Kapazitäten der thermischen Kraftwerke (Kohle, Erdgas, Nuklear) zurückzuführen ist. Auf dem Spotmarkt ist der Preis für Elektrizität, sowohl im Winter wie auch im Sommer, im Sinken begriffen – zurzeit liegt er bei 2-3 Rappen pro Kilowattstunde – womit die in unseren Kraftwerken produzierte Spitzenenergie ebenfalls eine Abwertung erfährt. Im weiteren sind die Preise der fossilen Energien heute so tief wie seit anfangs der siebziger Jahre nicht mehr und in absehbarer Zeit ist mit keiner Verknappung dieser Energien auf dem Weltmarkt zu rechnen.

Auch wenn politische Krisen immer in der Lage sind, die Prognosen zu verändern, setzen viele Länder (Italien, England, Holland) gegenwärtig auf Kombikraftwerke, welche mit einem Wirkungsgrad von 55-62% Elektrizität produzieren und deren Bauzeit unter 18 Monaten liegt.

Bis Anfangs 1999 müssen mit wenigen Ausnahmen alle EU-Staaten die Richtlinien betreffend den Elektrizitätsbinnenmarkt in nationales Recht umgesetzt haben. In der Schweiz ging der Entwurf für ein Elektrizitätsmarktgesetz anfangs 1998 in die Vernehmlassung. Das Ergebnis der Vernehmlassung zeigt, dass nahezu alle Vernehmlasser die Notwendigkeit anerkennen, den Schweizerischen Elektrizitätsmarkt zu öffnen. Bei der Beurteilung des Entwurfs, vor allem bei der Marktöffnungsgeschwindigkeit, der Entschädigung für nicht amortisierbare Investitionen und der Priorisierung der erneuerbaren Energien (auch Wasserkraft) gehen die Meinungen jedoch stark auseinander.

Der Kanton Wallis tritt zusammen mit anderen Gebirgskantonen (GR, UR, TI, GL, OW, NW) bei einer Öffnung des Elektrizitätsmarktes Schweiz für eine weitgehende Liberalisierung ein. Diese Kantone fordern jedoch wirksame Leitplanken, damit die Kohärenz mit der Energie-, Umwelt- und Regionalpolitik sichergestellt wird. In diesem Zusammenhang verlangen die Gebirgskantone, u. a. dass die Stromversorgung in abgelegenen Gebieten unseres Landes zu gleichwertigen Bedingungen gewährleistet wird. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wasserkraft setzen sich die Gebirgskantone sowohl für eine Priorisierung der Wasserkraft im liberalisierten Elektrizitätsmarkt, als auch für eine Energielenkungsabgabe auf den nicht erneuerbaren Energieträgern Erdöl, Gas, Kohle und Uran, gemäss Beschluss des Nationalrates, ein.

Die Öffnung des Marktes zeigt bereits erste Auswirkungen im Kanton Wallis. In diesem offenen Wettbewerb bekunden die WEG Schwierigkeiten. Im Zuge der Sanierung der WEG wurde 1998 vom Grossen Rat in einem ersten Schritt zwei Dekrete zur Abänderung des Gesetzes über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte (Liberalisierung des Aktienkapitals, Staatsgarantie) angenommen. Als weitere Sanierungs- und Restrukturierungsmassnahmen sind vorgesehen: Verkauf von 19% der Rhowag, die Schaffung einer neuen Struktur «NS» über das gesamte Kantonsgebiet, sowie die Regionalisierung der Stromverteilung.

Im Rahmen des Konflikts über die Erhöhung des eidgenössischen Maximalansatzes des Wasserzinses (rechtsgültig seit dem 1. 5.97) fanden 1998 verschiedene Einigungssitzungen zwischen dem Verband der Walliser Stromproduzenten (VWSP) und der Energiedelegation des Staatsrates statt. Da die Resultate einer juristischen Expertise, welche vom Staatsrat verlangt wurde, abzuwarten war, wurden die Gespräche zwischen März und Oktober unterbrochen. Im Dezember beschloss der Staatsrat, im Falle einer Einigung mit dem VWSP, die «prorata temporis» Berechnungsmethode bei der Bestimmung der Wasserkraftsteuer 1997 anzuwenden, und im Prinzip allen kantonalen Wasserrechtskonzessionen eine Anpassung des jährlichen Wasserzinsansatzes von Fr. 21.60 auf Fr. 32.00 ab 1. Mai 1997 bis 31. Dezember 2001 einzuräumen.

Die Tätigkeit der Konferenz der kantonalen Energiedirektoren (EnDK) beinhaltetete vorderhand die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen. Letztere haben das Aktionsprogramm «Energie 2000» mit dem Ziele einer verstärkten Politik der rationellen Energieverwendung und der Förderung der erneuerbaren Energien weiterverfolgt. Weitere wichtige Themen dieser Konferenz waren die Beratungen zum Elektrizitätsmarktgesetz und zur Energieabgabe. Die EnDK unterstützt dabei wie die Regierungskonferenz der Gebirgskantone die rasche Einführung einer Energielenkungsabgabe.

Einen wichtigen Beitrag zur rationellen Energienutzung und zur Ankurbelung der Wirtschaft sieht der Kanton Wallis auch in der energetischen Sanierung von Gebäuden und der Förderung von erneuerbaren Energien. Die Umsetzung des MINERGIE-Standards im Gebäudebereich ist dabei das prioritäre Ziel.

Der Vorsteher des Departementes für Gesundheit, Sozialwesen und Energie

Peter BODENMANN

ALLGEMEINE VERWALTUNG

PERSONAL

Dienststelle	Anzahl Etatstellen
Dienststelle für Gesundheitswesen	18.50
Institutionen für Psychiatrie	193.30
Walliser Zentrum für Pneumologie	110.70
Veterinärdienst	4.00
Dienststelle für Sozialwesen	10.50
Medizinischpädagogisches Zentrum «La Castalie»	158.05
Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Dienstverhältnisse	13.50
Dienststelle für Energie	3.30
Dienststelle für Wasserkraft	4.50
TOTAL	516.35

MOTIONEN UND POSTULATE

- 2.055 Motion von Frau Grossrätin (Suppl.) Marie-Jeanne GÄRD MEICHTRY betreffend pharmazeutisch-technischer Assistent (12. Mai 1998)

Damit der Motion entsprochen werden kann, wird das Departement in Zusammenarbeit mit dem Walliser Apothekerverein (indem das Personal einer Apotheke unter der direkten Verantwortung und Aufsicht des bewilligten Apothekers steht) und mit dem Verband der Apothekerpräparatoren (die Motion beantragt für den Apothekerpräparator das Recht, den verantwortlichen Apotheker zu vertreten) eine sichere Lösung erarbeiten müssen.

- 2.063 Postulat von Hrn. Grossrat Louis-Nicolas MEICHTRY und Konsorten betreffend das Zentralinstitut der Walliser Spitäler (14. September 1998)

Infolge dieses Postulates, welches eine Kantonalisierung des Labors und der Apotheke des Zentralinstitutes der Walliser Spitäler beantragt, hat das Departement unter Beizug von Experten und von Beratern eine paritätische Arbeitsgruppe (mit Vertretern der privaten Laboratorien und des Zentralinstitutes) eingesetzt, damit eine Partnerschaft zwischen den Walliser Laboratorien angestrebt werden kann, gegenüber dem ausserkantonalen Wettbewerb eine gemeinsame Strategie entwickelt sowie Synergien erreicht werden können.

- 2.064 Motion des CSPO-Fraktion, durch Hrn. Grossrat Hans-Anton KALBERMATTEN, betreffend Abänderung von Artikel 125 des Gesundheitsgesetzes vom 9. Februar 1996 betreffend Beteiligung des Staates an den Betriebskosten der Pflegeheime für Betagte (14. September 1998)

Die durch die Motion aufgeworfene Fragestellung wurde im Rahmen des «Walliser Konzeptes der Pflegeheime und der übrigen Pflegeeinrichtungen für Betagte» analysiert.

- 2.073 Postulat der radikalen Gruppe, durch Hrn. Grossrat Jean-Yves CLIVAZ, betreffend Einsetzung einer Kommission für Qualitätskontrolle im Gesundheitswesen (1. Dezember 1998)

Aufgrund der Zielsetzungen des Postulates wurden bereits verschiedene Massnahmen (Auftrag an das Institut für

Gesundheit und Wirtschaft ISE zur Evaluation der Qualität infolge der Einführung eines neuen Finanzierungssystems der Spitäler, erhöhte Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen für die Pflegeheime, in welchen im Jahre 1998 überall Inspektionen durchgeführt wurden) getroffen.

- 2.004 Motion der SPO-Fraktion, durch Herrn Grossrat Beat Jost, für die Ausrichtung einer vom Erwerbseinkommen unabhängigen, allein durch das Kind ausgelösten Kinderzulage (22.09.1997)

Die Motion ist angenommen und wird im Rahmen der Gesetzesinitiative über den Familienschutz behandelt.

- 2.017 Motion von Frau Grossrätin Marie-Thérèse Schwery und Konsorten betreffend Abänderung des Familienzulagengesetzes (22.09.1997)

Die Motion ist angenommen und wird im Rahmen der Gesetzesinitiative über den Familienschutz behandelt.

- 2.052 Motion von Frau Grossrätin Esther Waeber-Kalbermatten für die Ausrichtung von Elternschaftsbeihilfen nach dem System der Ergänzungsleistungen (25.03.1998)

Diese Motion ist in ein Postulat umgewandelt und soll anschliessend an die verschiedenen Instanzen weitergeleitet werden, die sich eingehend mit den zur Diskussion stehenden Projekten und den Ergebnissen der Umfrage «Familienfragen, Familien fragen» befassen (1.12.1998).

- 2.057 Motion der PRD- und PS - Fraktionen, durch die Herren Grossräte Thierry Fort und Stéphane Rossini, betreffend Abänderung des kantonalen Arbeitsgesetzes von 1966 (15.05.1998)

Im Rahmen der bilateralen Verhandlungen mit der europäischen Union (EU) bildet der freie Personenverkehr und insbesondere jener der Arbeitnehmer eine wichtige Rolle. Die Befürchtung des Unterangebots und somit eines Sozial- und Lohndumpings veranlasst die Motionäre, eine Anpassung des kantonalen Arbeitsgesetzes zu verlangen, mit dem Zweck, dass Arbeitnehmer, die in unserem Kanton tätig sind, ab dem ersten Tag einer Bewilligung unterstehen, die es ermöglicht, zu überprüfen, ob eine Deckung im Falle von Krankheit und Unfall besteht. Die Motion wurde in ein Postulat umgewandelt. Der Staatsrat hat dieses Postulat in seiner Antwort anlässlich der Vernehmlassung des Bundes betreffend die Begleitmassnahmen bei der Einführung des freien Personenverkehrs erwähnt.

DIENSTSTELLE FÜR GESUNDHEITSWESEN

Gesundheits- und Spitalplanung

Die im Bereich der Gesundheitsplanung (Spitäler, Rehabilitationskliniken, Pflegeheime, Sozialmedizinische Zentren, Prävention) im Jahre 1998 verwirklichten Planungsarbeiten wurden koordiniert und im Hinblick auf die Erreichung von gemeinsamen Zielsetzungen geführt, nämlich: die verbesserte Leistungsqualität, die angemessene Platzierung der Patienten, die Kontinuität der Pflege. Gleichzeitig ist auf eine optimale Zuteilung der Geldmittel zu achten.

Nachfolgend werden die wichtigsten Elemente der Gesundheitsplanung 1998 kurz zusammengefasst:

Spitäler

Im Spitalbereich betrafen die Arbeiten hauptsächlich den Zusammenschluss der Spitäler im Sektor des Chablais, in der Region Siders-Sitten-Martinach und in der Region Visp-Brig. Gemäss dem Entscheid des Departementes vom 16. Dezember 1997 ist die wichtigste Zielsetzung, über den Zusammenschluss der bestehenden Spitäler und die Realisierung von Synergien eine optimale Spitalversorgung in der Region sicherzustellen. Die dabei freigewordenen Mittel sollen es ermöglichen, neue Leistungen zu erbringen, damit die zunehmenden Bedürfnissen der Bevölkerung entsprochen werden kann.

Arbeiten bezüglich den Zusammenschluss der Spitäler

WESHALB AN MEHREREN STANDORTEN TÄTIGE SPITALZENTREN?

Die Beweggründe zugunsten einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Spitälern im Rahmen von an mehreren Standorten tätigen Spitalzentren haben gleichsam Gültigkeit:

- für das bereits geschaffene Spital des Chablais (Fusion der Spitäler von Aigle und Monthey)
- für das projektierte «Centre Hospitalier Rhodanien» mit dem Spital Siders-Leuk, das Spital Sitten-Hérens-Conthey und das Spital Martinach-Entremont, in Zusammenarbeit mit dem Walliser Zentrum für Pneumologie und den Psychiatrischen Institutionen des Valais Romand;
- für die Reorganisation der Oberwalliser Spitäler (Spitäler von Brig und Visp und Rehabilitationskliniken)

Dabei handelt es sich um folgende Gründe:

1. **Die Absicht, mit dem zu realisierenden Synergiepotential das Leistungsangebot für die Patienten der betreffenden Regionen quantitativ und qualitativ zu verbessern, ohne dass diese Verbesserung sich negativ auf die Krankenversicherungsprämien und auf die öffentlichen Gemeinwesen auswirken würde.**
2. **Die bedeutende Abnahme der Anzahl der Krankentage, der durchschnittlichen Aufenthaltsdauern und der Anzahl Fälle mit folgenden Konsequenzen: überdimensionierte Spitäler und zu hohe Kosten** im Verhältnis zu den erbrachten Leistungen **sowie eine verminderte Qualität**, die mit abnehmenden Aktivitäten in Zusammenhang steht;
3. **Das neue, leistungsbezogene Finanzierungssystem** der Spitäler, das nicht mehr auf der Tagespauschale beruht, wobei letztere zu einer unnötigen Verlängerung der Spitalaufenthalte führte. **Dieses neue, auf den erbrachten Leistungen der Spitäler basierende Finanzierungssystem, wird für die Spitäler mit geringeren oder abnehmenden Aktivitäten eine bedeutende Reduktion der Einnahmen zur Folge haben.**
4. **Die Anforderungen des KVG in Bezug auf den Abbau der Überkapazitäten im Spitalbereich, auf die Wirtschaftlichkeit der Leistungen und die Förderung der Qualität** erfordern eine enge Kooperation zwischen den Spitälern. Aufgrund des KVG kommen den **Versicherern in dieser Hinsicht vermehrte Kompetenzen und Aufgaben zu.**

VERLAUF DER ARBEITEN

a) Region des Chablais

Während des Jahres 1998 gingen die Behörden, die Direktion und die Ärzteschaft beider Anstalten im Hinblick auf die Verwirklichung der Konvention für den freien Zugang der Walliser und der Waadtländer Patienten vom 7.10.1997 etappenweise vor. Die wichtigsten, behandelten Themenbereiche können wie folgt zusammengefasst werden

- Ausarbeitung und Genehmigung der Statuten des Vereins des HDC;
- Festlegung der Aufteilung der medizinischen Disziplinen zwischen den beiden Standorten;
- Festlegung eines Investitionsprogrammes, welches sobald wie möglich den Transfer der Tätigkeiten gemäss dem vorgegebenen Zeitplan erlaubt;
- Studie, Analyse und Entscheid in Bezug auf die Anstellungsbedingungen und das Statut des Personals und der Ärzteschaft;
- Beziehungen mit den Versicherern. Ab dem 01.01.1999 wird für die hospitalisierten Patienten ein einziger Tarif angewendet. Das in den Walliser Spitälern sich in Kraft befindende System der abteilungsbezogenen Fallpauschalen kommt zur Anwendung. Mit den Versicherern wird demnächst ein Tarifvertrag unterzeichnet.

b) Region von Siders-Sitten-Martinach

In Bezug auf die medizinischen Spitalstrukturen und die Führungsstrukturen auf strategischer und operativer Ebene gab die regionale Spitalkommission bezüglich folgende Optionen eine positive Vormeinung ab:

- Die Kommission zog in Betracht, dass weder der Status quo, nämlich der Beibehalt von drei Spitälern mit den gleichen Strukturen, noch die Schaffung eines Spitales an einem einzigen Standort zum gegenwärtigen Zeitpunkt zweckmässig sind. Deshalb wird die Option festgehalten, ein an mehreren Orten tätiges Spitalzentrum zu schaffen mit der Verwirklichung einer einzigen Struktur und einer einzigen Organisation.
- Im Hinblick auf die Schaffung eines, an mehreren Standorten tätigen Spitalzentrums befürwortet die Kommission einstimmig die Schaffung einer einzigen rechtlichen Struktur;
- Hinsichtlich der Zusammensetzung der Generalversammlung hielt es die Kommission für wünschenswert, dass alle Gemeinden vertreten sind. Zudem wurde eine Vertretung der Gemeinden im Verhältnis zur Bevölkerung befürwortet und zwar je ein Mitglied pro 2'750 Einwohner. Insgesamt könnte die Generalversammlung des zukünftigen «Centre Hospitalier Rhodanien» ungefähr 100 Mitglieder aufweisen.

Anlässlich der Sitzung vom 14. Oktober 1998 beschloss die regionale Spitalkommission von Siders-Sitten-Martinach eine Subkommission «COMMED» zu schaffen, welche mit der genaueren Festlegung der Modellen der Aufteilung der medizinischen Tätigkeiten beauftragt wird. So hat die COMMED mehrere tendenzielle Szenarios und Varianten ausgearbeitet, welche als Grundlage einer einvernehmlichen Lösung zwischen den Partnern dienen könnten.

Im Einverständnis mit der Kommission arbeitete das Departement anschliessend Vorschläge aus, welche alle geäusserten Bedenken und Bemerkungen berücksichtigen. Die Vorschläge betreffen insbesondere eine Alternative zu der Fusion (Erhalt der drei Spitalvereine und Schaffung einer gemeinsamen Struktur mit einer Generaldirektion und einer medizinischen Direktion) sowie die verbindlichen

Garantien des Staatsrates (Erhalt des gegenwärtig jedem Standort für den Gesundheitssektor gewährten Globalbudgets). Diese Vorschläge wurden durch die drei Verwaltungsräte grundsätzlich genehmigt. Eine Subkommission oder Arbeitsgruppe wurde eingesetzt, damit die noch verbleibenden Dissenspunkte in Bezug auf die Strukturen und auf die medizinischen Disziplinen bereinigt werden können. Diese Subkommission wurde beauftragt, konkrete Vorschläge zu Händen der drei Generalversammlungen auszuarbeiten.

c) Region von Visp-Brig

Modelle der medizinischen Aufgabenteilung

- Die Kommission spricht sich für die weitere Ausgestaltung des Modells «t-z» (t: traditionelles Spital, z: Spital der Zukunft) aus. Es wurden zwei Varianten dieses Modells ausgearbeitet. Mit diesem Vorgehen konnten die wirtschaftlichen Auswirkungen des festgehaltenen Modells «t-z» evaluiert werden. Diese Berechnungen zeigen ein Synergiepotential von rund 70 Stellen auf, womit das gegenwärtige Leistungsangebot weiter verbessert und entwickelt werden kann.

Führungsstrukturen auf strategischer und operativer Ebene

- Die Verantwortlichen der Spitäler erachten eine Fusion zwischen den Spitalern von Visp und von Brig als notwendig. Konsequenterweise wäre die Schaffung von gemeinsamen Instanzen auch in Bezug auf die Spitalleitung notwendig. Dazu wären eine ärztliche Leitung und ein Aerztekollegium, eine Pflegedienstleitung und ein Pflgeteam, eine Verwaltungsdirektion sinnvoll.

Damit diese notwendigen Änderungen in Bezug auf die medizinische und pflegerische Versorgung zugunsten der Oberwalliser Bevölkerung verwirklicht werden können ist die Gewährung eines Globalbudgets in Zusammenarbeit mit den Krankenversicherern zweckmässig. Für ein derartiges Vorgehen sollten jedoch gewisse, oben erwähnte Bedingungen bezüglich das Modell und die Zusammenarbeit zwischen den Spitalern von Visp und von Brig erfüllt sein.

Vorschläge des Staates

Nach einer entsprechenden Diskussion im Walliser Staatsrat machte das Departement der Kommission anlässlich der letzten Sitzung vom 18. November 1998 einen konkreten Vorschlag in Bezug auf die angestrebte Zusammenarbeit und legte die Rahmenbedingungen für die Modellwahl im Hinblick auf die Schaffung eines Oberwalliser Spitalzentrums und für die Zuteilung eines Globalbudgets für die Region fest.

Wie erwähnt fand am 18. November 1998 die letzte Sitzung der regionalen Spitalkommission statt. Sowohl Vertreter der Krankenversicherer wie der Gewerkschaften waren mit dem obgenannten Vorschlag einverstanden. Die Verantwortlichen des Spitals Brig erklärten sich bereit, den Vorschlag zu überprüfen. Leider konnten die Verantwortlichen des Spitals Visp den Vorschlag des Departementes nicht annehmen, insbesondere aufgrund der Tatsache, dass die Aufteilung der Pädiatrie auf zwei Standorte aus qualitativen und wirtschaftlichen Gründen nicht sinnvoll sei.

Gegenwärtiger Stand der Verhandlungen

Die Verwaltungsräte der beiden Spitäler von Visp und Brig haben beschlossen, im Hinblick auf den Abschluss der Verhandlungen unter Beizug des Departementes eine aus je vier Vertretern beider Verwaltungsräte zusammengesetzte Kommission zu schaffen. Dieses Gremium wird beauftragt, im Rahmen der festgehaltenen Optionen (die getroffene Wahl des «t-z»-Modells) und unter Beizug des Departementes die noch verbleibenden Dissenspunkte zu bereinigen.

Rehabilitationskliniken

Die zunehmenden Kosten, die den Kantonen im Gesundheitswesen anfallen, sowie die Inkraftsetzung des KVG haben gewisse derselben bewogen, zur Verwirklichung von Einsparungen Krankenanstalten zu privatisieren. Dabei standen die zu realisierenden Einsparungen im Vordergrund. Dies trifft insbesondere für die Kantone Bern, Luzern und Zürich zu, welche beschlossen haben, die finanzielle Beteiligung am Defizit der Rheuma- und Rehabilitationsklinik (RRKL) ab 1999 einzustellen. Somit ist diese Anstalt zur Deckung des finanziellen Bedarfes hauptsächlich auf den Kanton Wallis angewiesen. Damit die Zukunft dieser Anstalt von regionaler grosser wirtschaftlicher Wichtigkeit (Beschäftigung) sichergestellt ist, gewährte der Grosse Rat am 1. Dezember 1998 eine zusätzliche finanzielle Beteiligung des Staates an den Betriebs- und Investitionskosten der Rheuma- und Rehabilitationsklinik Leukerbad. Diese zusätzliche finanzielle Beteiligung von Fr. 700'000.—, welche den im jährlichen Budget des Staates aufgeführten Betrag von Fr. 1'260'000.— Franken übersteigt, ist in einer ersten Etappe auf das erste Semester 1999 beschränkt. Zudem ist sie an mehrere Bedingungen, so wie an die Verwirklichung einer engen Zusammenarbeit mit der Fachklinik für Neurologische Rehabilitation (NRL) geknüpft.

Das Departement hat zudem eine detaillierte Untersuchung des stationären Rehabilitationsbereiches (an mehreren Standorten tätige Spitalzentren, Walliser Zentrum für Pneumologie, SUVA, Höhenkliniken von Montana und von Leukerbad) vorgenommen. Auf der Basis des Rehabilitationskonzeptes sollen dem Walliser Staatsrat Empfehlungen in Bezug auf die zukünftigen Leistungsaufträge der verschiedenen Spitäler abgegeben werden.

Pflegeheime

Das Walliser Konzept der Pflegeheime und der übrigen Pflegeeinrichtungen für Betagte (1998) dient insbesondere der Planung einer bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung.

Die wichtigsten Schlussfolgerungen dieses Konzeptes sind folgende:

Verschiedene Einflussfaktoren der Nachfrage zeigen den gegenwärtigen und zukünftigen Bedarf an Pflegeheimplätzen auf. Es ist insbesondere auf die zunehmende Alterung der Bevölkerung hinzuweisen, welcher im Hinblick auf die Anpassung der Planung eine grosse Wichtigkeit zukommt.

Neben der Alterung der Bevölkerung werden die noch kürzeren Aufenthaltsdauern in den Akut- und in den Geriatriespitalern in den nächsten Jahren zu einer zunehmenden Pflegebedürftigkeit der Heimbewohner führen. Bedingt durch die erhöhte Pflegebedürftigkeit der Bewohner sollten zudem diejenigen Alters- und Pflegeheime, die den damit verbundenen Anforderungen nur teilweise genügen, schrittweise ihr Angebot verbessern (Infrastruktur, Personal).

Auf der Basis der erwähnten Werte errechnet sich für das Jahr 2000 ein Bedarf von rund 2'200 Alters- und Pflegeheimbetten im Kanton Wallis. Selbst wenn die gegenwärtig von nicht pflegebedürftigen Personen besetzten Betten von der Berechnung ausgeschlossen werden, ergibt sich mit rund 2'100 Betten für leicht- bis schwerpflegebedürftige Personen ein Wert, der dem heutigen Angebot entspricht.

Die Planung für eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung stellt jedoch einen rollenden Prozess dar und muss den demographischen und medizinischen Veränderungen angepasst werden können. Es gilt, die Aufmerksamkeit in den nächsten Jahren insbesondere auf die demographischen und medizinischen Einflussfaktoren zu richten.

Bei einer Anpassung der vorliegenden Planung ab dem Jahre 2001 sind zudem folgende Punkte zu prüfen:

- Vorgabe einer Gesamtnorm für die Anzahl Pflegeheimbetten im Kanton Wallis. (Heute nur für die öffentlichen Pflegeheime);
- Bezugnahme auf die Anzahl Betagter über 80 Jahren. (Heute beziehen sich die Normen noch auf die über 65-jährigen);
- Einbezug der übrigen Pflegeeinrichtungen für Betagte in die Planung.

Aufsicht /Erneuerung der Betriebsbewilligungen für Pflegeheime für Betagte

Infolge der Inkraftsetzung der Verordnung über die Betriebsbewilligungen für Krankenanstalten und -institutionen vom 26. März 1997 hat das Departement mit den Richtlinien vom 20. April 1998 die Bedingungen für den Erhalt einer Betriebsbewilligung als Pflegeheim für Betagte festgelegt. Diese Bedingungen betreffen insbesondere eine Festlegung der Verantwortlichkeiten und der Anforderungen an die Ausbildung, die ärztliche Betreuung, die Anzahl und die Qualifikation des Personals und schliesslich die Ausrüstung und die Räumlichkeiten zur Gewährleistung von Hygiene, Qualität und Sicherheit.

Aufgrund der durch die Dienststelle für Gesundheitswesen im Sommer 1998 durchgeführten Kontrollbesuche, konnte das Departement die Betriebsbewilligungen der öffentlichen und privaten Walliser Pflegeheimen erneuern.

Sozialmedizinische Zentren

Das Departement hat Ende 1998 und zu Beginn des Jahres 1999 einen Entwurf des Konzeptes mit dem Titel **«Hilfe und Pflege zu Hause quantitativ und qualitativ fördern»** ausgearbeitet. Dieses Konzept, welches in die Vernehmlassung gegeben wurde und im Jahre 1999 dem Staatsrat unterbreitet wird, beinhaltet hauptsächlich folgende Elemente:

Es gilt vor allem, die Sozialmedizinischen Zentren auf die steigende Nachfrage und die grosse Bedeutung vorzubereiten, die ihnen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten innerhalb der Behandlungskette zukommen wird. Die Aufenthaltsdauer in den Akutspitälern und Chronischkranken- und Geriatrieanstalten werden immer kürzer, die Pflegeheime verzeichnen praktisch eine Vollbelegung, die familiären und sozialen Strukturen verändern sich, neue Wohnformen wie betreute Pflegewohnungen werden sinnvollerweise in Zusammenarbeit mit den Sozialmedizinischen Zentren gefördert. Dies sind einige Gründe, **welche die Wichtigkeit einer weiteren Stärkung der Hilfe und Pflege verdeutlichen.**

Die Erfahrung hat zudem gezeigt, dass sich die einzelnen Sozialmedizinischen Regionalzentren unterschiedlich entwickeln und zum Teil sogar innerhalb derselben Region noch Unterschiede in Bezug auf die Leistungen, die Art der Erbringung derselben sowie die Anzahl und Qualifikation des Personals bestehen. Mit ergänzenden bzw. einer Konkretisierung der bestehenden Vorgaben sollen diese Unterschiede behoben werden. Die unaufhaltbare Entwicklung in den nächsten Jahren (Überalterung der Bevölkerung usw.) verlangt jedoch von allen Partnern (Sozialversicherungen, Kanton und Gemeinden, Familien, Freiwillige) ein vermehrtes Engagement in diesem Bereich.

Es ist vorgesehen, mittels Richtlinien eine Konkretisierung in Bezug auf folgende Bereiche vorzunehmen, um dadurch die Qualität und Quantität der durch die Sozialmedizinischen Zentren angebotenen Hilfe und Pflege zu Hause weiter zu fördern:

- Präzisierung des Leistungsangebotes
- Festlegung von Normen zur Anzahl und Qualifikation des Personals
- Vorgabe eines Rahmens für ein einheitliches regionales Betreuungskonzept.

Prävention

Gemäss dem Staatsratsentscheid von Oktober 1997 wurden in den folgenden Bereichen gezielte Programme verwirklicht: Verringerung der Häufigkeit von Verkehrsunfällen, Senkung des Tabakkonsums, Senkung des durchschnittlichen Alkoholkonsums, Verwirklichung eines Programmes für die Früherkennung des Brustkrebses durch Mammographie. Im Rahmen einer projektorientierten finanziellen Beteiligung des Staates werden die Projekte nach diesen Prioritäten ausgewählt.

In diesem Zusammenhang beschloss der Staatsrat am 8. Juli 1998, im Kanton Wallis ein Programm zur Früherkennung des Brustkrebses durch Mammographie bei Frauen von 50 bis 70 Jahren zu verwirklichen.

Ausbildung

Ausbildungsbeiträge

Infolge der Kündigung durch die GEVAL der Verträge über die Ausbildungsbeiträge (22.04.1998) hat die Abteilung «Logistik und Entwicklung» der WSGKP einen Bericht ausgearbeitet mit dem Titel: *«Système d'indemnisation de stage des formations en soins infirmiers: analyse de la situation valaisanne et propositions de scénarios»*. Damit soll ein Anreizsystem verwirklicht werden, welches den Aufgaben der verschiedenen Partnern der Ausbildung gerecht wird.

Fachhochschulen

Das Jahr 1998 wurde ebenso durch die Wichtigkeit der Aktivitäten im Zusammenhang mit der Reform der tertiären Ausbildungen und die Neuorganisation des Ausbildungssystems der Gesundheitsberufe geprägt.

Im Rahmen der Verwirklichung der Fachhochschulen wurde eine Westschweizer Konferenz mit einem strategischen Ausschuss, einem Steuerungsausschuss sowie einer Stelle eines Beauftragten geschaffen.

Im Kanton Wallis wurde am 8. Juli 1998 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche sich aus Vertretern des Zentrums für Verwaltungsmanagement, der Dienststelle für Sozialwesen, der Dienststelle für Unterrichtswesen, des Sozialpädagogischen Ausbildungszentrums, der Studien- und Berufsberatungsstelle des Unterwallis und der WSGKP zusammensetzt.

Organisation des Rettungswesens

Bewertung der Kantonalen Walliser Rettungsorganisation (KWRO)

Gemäss dem Entscheid des Departementes vom 20. Januar 1998 wurde eine Evaluation der Kantonalen Walliser Rettungsorganisation vorgenommen mit dem Ziel, namentlich die positiven und

negativen Auswirkungen des Gesetzes über die Organisation des Rettungswesens sowie den Leistungsauftrag des Kantons an die KWRO zu analysieren. Diese Bewertung hat gewisse Lücken der gegenwärtigen Organisation des Rettungswesens sowie die Grenzen der Delegation von Aufgaben an die KWRO aufgezeigt, wobei die positiven Elemente der neuen Organisation, nämlich die Schaffung einer einzigen Sanitätsalarm- und einsatzzentrale 144 für das gesamte Kantonsgebiet zu erwähnen sind.

Einsetzung eines Steuerungsausschuss

Um den Weg zu beschreiten, welcher durch die Bewertungskommission gewünscht und durch die KWRO genehmigt wurde, setzte das Departement im Dezember 1998 einen Steuerungsausschuss ein, der sich unter dem Beizug von Experten aus den wichtigsten Partnern zusammensetzt.

Der Auftrag des Steuerungsausschusses ist besonders weit gefasst:

- alle Grundsatzfragen betreffend den Vollzug, die Interpretation oder die Revision der Gesetzgebung über die Organisation des Rettungswesens;
- die Verwirklichung der Aufgaben, welche durch die KWRO und durch den Staat in Bezug auf die Planung, die Aufsicht, die Subventionierung und die Finanzierung wahrzunehmen sind;
- die aufgrund des Schlussberichtes betreffend die Bewertung der KWRO zu leistenden Folgen.

Finanzierung des Gesundheitssystems

Spitäler

Die Finanzierung der stationären Spitalaufenthalte erfolgt in den 6 Walliser Akutspitälern seit dem 1.1.1998 über die zwischen den Leistungserbringern und der Versicherern vereinbarten abteilungsbezogenen Fallpauschalen. Die Erfahrungen und Ergebnisse zeigen, dass durch die Einführung dieses leistungsorientierten Finanzierungssystems die Abnahme der Krankentage in den Spitälern noch verstärkt wurde: das Total der Krankentage 1997 von 282'000 belief sich 1998 auf 250'000 Tage. Die Abnahme der Tage hängt aber auch mit einer Verschiebung von gewissen Leistungen in den teilstationären und ambulanten Bereich zusammen. 1998 hat sich der Kanton Wallis ebenfalls an den teilstationären Leistungen beteiligt.

Damit im Rahmen der Finanzierung den effektiv erbrachten Leistungen während eines Spitalaufenthaltes noch besser Rechnung getragen werden kann, prüfen die verschiedenen interessierten Partner gegenwärtig die Möglichkeiten, die abteilungsbezogenen Fallpauschalen 1999 durch fachbereichsspezifische Fallpauschalen zu ersetzen.

50% der in den Spitälern per 31.12.1997 angeäufteten Reservefonds zur Stabilisierung der Tagespauschalen wurden 1998 in einen von der GEHVAL verwalteten kantonalen Reservefond eingezahlt. Die Aufteilung der Betriebsergebnisse in den Jahren 1998 und 1999 wird neu auf die verschiedenen beteiligten Parteien, das heisst, die Versicherer (40%), die öffentlichen Hand (30%) und den Spital (30%) vorgenommen.

Pflegeheime

Die Dienststelle für Gesundheitswesen ermittelt für jedes Pflegeheim den Betrag der berücksichtigten Kosten. Daraus resultiert ein Gesamtbetrag, dessen Subventionierungsanteil bis zu 30% der Betriebsausgaben erreichen kann. Im Jahre 1998 wurde dieser Betrag aufgrund der Anzahl anerkannte Betten unter den 31 subventionierten Pflegeheimen aufgeteilt.

Insgesamt beliefen sich die kantonalen Subventionen im Jahre 1998 in Bezug auf diesen Bereich auf ungefähr 11 Millionen Franken.

Sozialmedizinische Zentren

Es wird festgestellt, dass die sechs Regionalzentren das seitens des Kantons 1998 zur Verfügung gestellte Budget unterschiedlich beanspruchen. Während Monthey und Sitten die vom Kanton zur Verfügung stehenden Subventionen voll ausschöpfen, beanspruchen die anderen Regionalzentren die Subventionen nicht ganz.

Falls der Betrag des durch ein Sozialmedizinisches Regionalzentrum beantragten Budgets tiefer ist als der effektiv zur Verfügung stehende Betrag, wird dieser Betrag den Sozialmedizinischen Zentren zugeteilt, welche den vorgesehen Rahmen überschreiten.

KANTONALE ANSTALTEN

PSYCHIATRISCHE INSTITUTIONEN IM FRANZÖSISCH SPRACHIGEN WALLIS

Psychiatrische Klinik von Malévoz

Allgemeines

Im Vergleich zum Jahre 1997 ist die Anzahl der aufgenommenen Kranken praktisch ebenso hoch geblieben. Die deutliche Abnahme der Aufenthaltsdauer erklärt die Abnahme der Krankentage.

Die Fortsetzung der Renovation des Krankenhauses lief wie vorgesehen ab, mit der Beendigung der Arbeiten der Gebäude «Forêt» und «Laurier».

Zu betonen ist die Eröffnung der Tagesklinik für ältere Personen im Gebäude Süd der Klinik St-Claire am 1.1.1998 und der Umzug der Antenne Martigny des Dienstes der psychiatrischen Konsultation und der Tagesklinik in den Flügel H1 des Krankenhauses Martigny, das vollkommen renoviert wurde.

Im Rahmen der Arbeiten der regionalen Spitalkommission von Siders-Sitten-Martinach nehmen die Psychiatrischen Institutionen des Valais Romand zu diesem Zeitpunkt am Projekt des an mehreren Orten tätigen Spitalzentrums teil, wobei die Modalitäten noch festzulegen sind.

OBERWALLISER PSYCHIATRIEZENTRUM VON BRIG (PZO)

Im Rahmen der Arbeiten der regionalen Spitalkommission von Visp und Brig nahm das PZO am Projekt des an mehreren Orten tätigen Spitalzentrums teil, wobei die genauen Modalitäten noch festzulegen sind.

Bettenbelegung

	1995	1996	1997	1998
Freie Betten	140	130	130	120
Bettenbelegung in Prozenten	84%	81%	85%	82,5%
Aufgenommene Kranke	700	662	798	784
Krankentage Klinik	43'070	38'529	40'035	36'102
Tagesklinik	40	22	17	25
Krankentage in Tagesklinik	3'073	3'004	3'276	2'691
Total aufgenommene Kranke	740	684	815	809
Total Krankentage	46'143	41'533	43'311	38'793

Finanzierung

	1995	%	1996	%	1997	%	1998	%
Kosten eines Tag	392.—	100.00	432.—	100.00	430.—	100.00	467.—	100.00
Kostenentschädigung durch Patient/ Krankenkasse	213.75	54.53	218.40	50.56	224.—	52.10	229.—	49
Kostenentschädigung durch den Kanton	178.25	45.47	213.60	49.44	206.—	47.90	238.—	51

Ambulatorium

Alte Fälle	Neue Fälle	Total	Konsultationen + Psychotherapien	Interventionen in den Institutionen	Total der ärztlichen Leistungen
917	598	1'515	6'223	320	6'543

Der Nachfragedruck verlagerte sich in den letzten Jahren zunehmend in Richtung ambulanter und tagesklinischer Behandlung mit entsprechender Zunahme dieser Patienten, der ambulanten Konsultationen und Tagesklinik-Pflegetagen. Aus diesem Grunde wurde ein zusätzlicher Ambulatoriums-Oberarzt eingestellt und für eine zukünftige Tagesklinik ein Konzept ausgearbeitet. Bisher wurden die Tagesklinik-Patienten mit den stationären Patienten mitbetreut, im neuen Konzept werden acht Tagesklinikplätze separat geführt, wofür 3.6 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Das entsprechende Budget wurde vom Kanton bewilligt, so dass die Tagesklinik im laufenden Jahr eröffnet werden kann.

Das PsychogeriatRIekonzept wurde im ambulanten Bereich gemäss der ersten Etappe umgesetzt. Die zusätzlichen Stellen der Krankenschwester, der Sozialarbeiterin und der Sekretärin konnten bis Ende Jahr besetzt werden. Erste Kontakte mit Alters- und Pflegeheimen sowie Spitex-Diensten zeigen den Bedarf für dieses Angebotssegment auf.

Im letzten Jahr gab es verschiedene räumliche Anpassungen und Verbesserungen. Die gesamte Bettenstation ist nun erstmals auf einer Etage untergebracht, aufgeteilt auf die Abteilung West mit 13 Betten und die Abteilung Süd mit 15 Betten. Das gesamte Sekretariat wurde zusammengefasst im Zentrum Saltina (= altes Spitalgebäude), wo sich neu auch das Chefarztbüro und das Sitzungszimmer mit Bibliothek befinden. Eine bedeutende und lang erwartete Verbesserung brachte die Eröffnung der neuen Therapiewerkstätte im Dezember. Anstelle des jahrelangen engen Einraum-Provisoriums gibt es nun drei Räume mit insgesamt 15 Therapieplätzen: Holzatelier - Metallatelier - Maleratelier.

Statistiken

Zur Statistik (Zahlen provisorisch): Die Bettenbelegung und die Anzahl Pflegetage waren gegenüber dem Rekordjahr 1997 im letzten Jahr tiefer, ungefähr auf dem Niveau von 1996. Demgegenüber war im Tagesklinik- und ambulanten Bereich eine weitere Zunahme

zu verzeichnen: die Anzahl Fälle ambulant um 22.4% (seit 1995 plus 68.5%); die Anzahl Konsultationen ambulant um 12.85%, was fast einer Verdoppelung innert 4 Jahren entspricht (seit 1995 plus 91.4%).

	1995	1996	1997	1998
Pflegetage	8'640	8'500	8'986	8'313
Anzahl Fälle stationär	192	258	259	241
Bettenbelegung	88.66	83	87.93	81.34
Anzahl Fälle ambulant	451	505	621	760
Konsultationen ambulant	1'610	2'348	2'730	3'081

WALLISER ZENTRUM FÜR PNEUMOLOGIE (WZP)

Walliser Zentrum für Pneumologie - eine Spezialklinik für Pneumologie und Thoraxchirurgie

Folgende medizinische Spezialleistungen wurden auf dem Gebiet der Pneumologie und Thoraxchirurgie erbracht :

- Thoraxchirurgie	46
- Thorakoskopien	17
- Transthorakale Lungenpunktionen	76
- Bronchoskopien	250
- Polysomnographien	177
- Nächtliche Pulsoxymetriem	286
- Spirometriem	3229
- Lungenvolumen	284
- Respiratorische oder kardiologische Ergometriem	362
- Plethysmographien	863

Die 1997 mit dem Kanton Genf im Bereich der Pneumologie und der Thoraxchirurgie abgeschlossene Vereinbarung hat ermöglicht, die medizinischen Dienstleistungen zu koordinieren und die Ausweitung von medizinischen Spezialleistungen im Wallis zu beschleunigen. Die Thoraxchirurgie wird als Abteilung an zwei geographischen Orten betrieben, was zahlreichen Walliser Patienten einen teuren Aufenthalt im Universitätsspital erspart hat. Dank dieser interkantonalen Zusammenarbeit ist es möglich, eine kontrollierte Qualitätsstudie durchzuführen, die sowohl die operativen Komplikationen, wie auch den Krankenzustand und die Sterblichkeit dieser Interventionen betrifft. Ausserdem konnte dieses **interkantonale Team** neue Technologien entwickeln, wie die Mini-Thorakotomie oder die Behandlung des komplizierten Lungenthorax unter Lokalanästhesie und ohne Operation, was dazu beiträgt, die Spitalaufenthalte zu verringern und dadurch unnötig gewordene Operationen zu verhindern. Im Bereich der Pneumologie haben die Walliser und Genfer ihre Pflege und Forschungsarbeiten des Bronchialasthmas und der chronischen Bronchitis koordiniert, in Zusammenarbeit mit ihren Lungenligen. Dank der direkten Unterstützung, in erster Linie unseres Departementsvorstehers und der Genfer und Waadtländer Departemente, konnten andere Synergien geschaffen werden, die neue Therapieformen ermöglichen, die Selbständigkeit des Patienten fördern, die Qualität und Wirtschaftlichkeit und die Pflege der Asthma-Patienten verbessern. Mit Unterstützung der Schweizer Akademie der medizinischen Wissenschaften wird zur Zeit eine Pilotstudie durchgeführt, die alle Beteiligten wie Ärzte, Krankenschwestern und Apotheker einbezieht, um die Leistungskette in diesem Bereich zu verbessern.

Walliser Zentrum für Pneumologie - Klinik für Rehabilitation

Das medizinische Team hat seine Behandlungsstrategie angepasst, indem es die interdisziplinäre Arbeit und die therapeutische Schulung als Garanten einer besseren Integration des Patienten in sein

sozial-berufliches Umfeld begünstigt. Wir haben aus der Zusammenarbeit mit anderen Rehabilitationskliniken, insbesondere mit dem waadtländer Spital Rolle, viel profitiert. Im Bereich der Lungenkrankheiten läuft ein Qualitätsprojekt mit den Walliser Pneumologen und der Lungenliga, um die Heimbetreuung der Patienten zu begünstigen und dies trotz dem Einsatz hochentwickelter, respiratorischer Technologie.

Andere Aktivitäten

Das Walliser Zentrum für Pneumologie war in der medizinischen Forschung und postgraduierten Weiterbildung der Gesundheitsberufe tätig. Jedes Jahr versammelt der Walliser Tag für Pneumologie zahlreiche Ärzte. Der Quadrimed-Kongress, eine Organisation der Kliniken des Hochplateau, hat die Marke der 400 Teilnehmer überschritten. Er wurde nicht nur von der FMH anerkannt, sondern ist auch als einer der vier Schweizer Kongresse innerer Medizin für postgraduierte Weiterbildung anerkannt. Dank Quadrimed war es möglich, einen Weiterbildungstag für Physiotherapeuten zu organisieren. Mit Hilfe der medizinischen Fakultäten der Kantone Waadt und Genf wurde ein Symposium zur Förderung der therapeutischen Schulung und der Verselbständigung des Patienten organisiert.

Belegungsstatistiken

	1998
Verfügbare Betten	80
Anzahl Patienten	1'499
Pflegetage	27'148
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer	18

MEDIZINISCH-PAEDAGOGISCHES ZENTRUM «LA CASTALIE»

Die Anzahl der am 31.12.1998 betreuten behinderten Personen beträgt 165, davon 101 Erwachsene zwischen 18 bis 57 Jahren und 64 Kinder zwischen 1 bis 18 Jahren. Im Vergleich zu 1997 zählt die Institution, am 31. Dezember, 6 Pensionäre mehr.

Die Anzahl der im Laufe des Jahres vorgenommenen Plazierungen ist auf 175 Personen gestiegen. Insgesamt 122 Personen wurden intern, 44 extern und 9 vorübergehend aufgenommen. Im Moment ist der Anteil der ausserkantonalen Behinderten 11%, d. h. 18 Personen, davon 2 Ausländer und 16 Waadtländer, wovon 13 auf dem Chablais kommen. Eine Abteilung ist deutsch und zwei sind zweisprachig, welches uns erlaubt, 15 Oberwalliser/innen intern zu betreuen.

Dies ist verbunden mit dem Aelterwerden der Erwachsenenbevölkerung und den vermehrten Anfragen für Kindereintritte. Diese Entwicklung bestätigt die wahrgenommene Tendenz der Steigerung während den letzten 5 Jahren und macht einen Platzmangel klar ersichtlich in unseren aktuellen Aufnahmestrukturen. Der Bericht vom 24.9.1997 über die «Walliser Planung» der Heime und Werkstätten für Erwachsene schätzt die Anzahl der in den nächsten 4 Jahren zu schaffenden Beherbergungs- und Beschäftigungsplätze auf 10 ein.

Insgesamt 122 Personen wurden intern, 46 extern und 9 vorübergehend aufgenommen. Im Moment ist der Anteil der ausserkantonalen Behinderten 11%, d. h. 18 Personen, davon 1 Ausländer, 1 Freiburger und 16 Waadtländer, wovon 13 aus dem Chablais kommen. Eine Abteilung ist deutsch und zwei sind zweisprachig, welches uns erlaubt, 15 Oberwalliser/innen intern zu betreuen.

Bezüglich der Diagnose, 55% der betreuten Personen haben eine Behinderung im Zusammenhang mit einer pränatalen Ursache, 14,5% einer perinatale, 5,5% einer postnatalen und 25% einer unbekannteren Veranlassung. Zusätzlich zur geistigen Behinderung haben die meisten Personen noch eine schwere körperliche Behin-

derung (49%) und/oder eine Epilepsie (40%) und/oder eine gravierende verhaltensgestörte Behinderung (38%).

Zusätzlich der nötigen Pflege und der erzieherischen Betreuung, ermöglichten dieses Jahr die individuell gerichteten Programme, dass 62 Kinder und junge Erwachsene eine angepasste, schulische Förderung erhielten, 35 Jugendliche und junge Erwachsene eine Ausbildung in Arbeitswerkstätten besuchten, 51 Erwachsene in Werkstätten beschäftigt und 44 mehrfachbehinderte Personen in Gruppe durch basale Stimulation gefördert wurden. In therapeutischer Hinsicht, konnten 70 Personen von Physiotherapie, 79 von

Ergotherapie, 17 von Psychotherapie, 31 von Psychomotorik, 36 von Logopädie und 38 von Musiktherapie profitieren.

Ambulant wurden 28 Kinder aus der Umgebung mit Physiotherapie gepflegt und 6 wurden im therapeutischen Kindergarten «La Tonkinelle» in Monthey betreut.

Bei den Investitionen lag der Schwerpunkt im Umbau der Wäscherei, der Instandsetzung der grossen Fensterscheiben im Roseraie-Gebäude und in der Erweiterung des Parkplatzes.

Anzahl und Herkunft der Bewohner – 31. Dezember 1998

	Kinder			Erwachsene			TOTAL
	M	W	TOTAL	M	W	TOTAL	
Monthey	17	4	21	8	11	19	40
St-Maurice	2	5	7	5	2	7	14
Martigny	4	2	6	6	5	11	17
Entremont	0	1	1	0	1	1	2
Conthey	1	0	1	6	4	10	11
Sitten	5	5	10	9	5	14	24
Hérens	1	1	2	3	1	4	6
Siders	6	1	7	4	7	11	18
Leuk	0	0	0	4	0	4	4
Raron	0	0	0	0	1	1	1
Visp	0	0	0	3	3	6	6
Brig	0	0	0	1	2	3	3
Goms	0	0	0	0	0	0	0
Andere Kantone	3	5	8	3	6	9	17
Ausland	1	0	1	1	0	1	2
Total	40	24	64	53	48	101	165

Anzahl der 1998 betreuten Personen

	Kinder			Erwachsene			Total
	M	W	Total	M	W	Total	
Intern	21	9	30	47	45	92	122
Extern	18	14	32	9	3	12	44
Kurzaufenthalt	4	3	7	1	1	2	9
Total	43	26	69	57	49	106	175

Alle im Jahre 1980 geborenen Personen werden als Erwachsene berücksichtigt.

DIENSTSTELLE FÜR SOZIALWESEN

Sozialhilfe

Aufgrund der Änderungen im Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIG), die auf den 1.1.1998 in Kraft getreten sind, war zu befürchten, dass es im Jahr 1998 zu einer bedeutenden Verschiebung der Ausgaben von der Arbeitslosenversicherung auf die Sozialhilfe kommen würde.

In Wirklichkeit fiel dieser Übertrag jedoch geringer aus als vorgesehen, wobei die Gründe noch genauer zu analysieren sind. Man kann aber folgende Erklärungen anführen:

- Eine grosse Anzahl von Arbeitssuchenden arbeitet im Zwischenverdienst, der es ihnen ermöglicht, ihren Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung zu erneuern.
- Die Komplementarität der kantonalen Massnahmen, die im Gesetz über die Beschäftigung und die Massnahmen zugunsten von Arbeitslosen (BMAG) und im Gesetz über die Eingliederung und die Sozialhilfe vorgesehen sind, hat 1998 sehr gut funktioniert. Der Kanton Wallis hat mehrere hundert berufliche Eingliederungsverträge zum Abschluss gebracht, die es ausgesteuerten Arbeitslosen ermöglichte, eine entlohnte Tätigkeit zu finden und dadurch einen neuen Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu eröffnen. So konnte man einen Rückgriff auf die Sozialhilfe vermeiden.

Die Verschiebung der Aufwendungen der Arbeitslosenversicherung auf den Kanton hat tatsächlich stattgefunden. Aber anstatt auf das

Budget der Sozialhilfe zurückzugreifen, gab man den beruflichen durch den Beschäftigungsfonds finanzierten Eingliederungsmassnahmen den Vorzug.

1999 werden die Anstrengungen des Kantons im gleichen Sinne fortgeführt.

Während des vergangenen Jahres hat die Dienststelle für Sozialwesen ein besonderes Augenmerk gerichtet auf die Klärung der Verfahren der Sozialhilfe, auf die Vereinfachung der Verfahren für die Beilegung von Streitfragen im Krankenversicherungsbereich, auf die Information an die Gemeinwesen und an die Öffentlichkeit.

Die Dienststelle hat im übrigen ein Informatikprogramm für den Bereich der Sozialhilfe erarbeitet und den Sozialmedizinischen Zentren zur Verfügung gestellt.

All die 1998 unternommenen Schritte hatten ein zweifaches Ziel: die Rationalisierung und Vereinfachung der Arbeit sowie die Konkretisierung des in der Bundesverfassung garantierten Rechts auf ein Existenzminimum.

Asylbewerber

1998 hat unser Kanton 1'463 Asylbewerber aufgenommen, was im Vergleich zum Vorjahr einer Zunahme von ca. 75% entspricht.

Die Zahl der sich im Kanton aufhaltenden Asylbewerber beträgt 3'031.

524 Personen befinden sich in den 9 Flüchtlingsheimen des Kantons und mehr als 2'400 in Wohnungen und Studios, verteilt auf rund 60 Gemeinden.

Die Asylbewerber setzen sich aus 57 verschiedenen Nationalitäten zusammen. 63% stammen aus Osteuropa, 23% aus Afrika, 12% aus Asien und der Rest aus Zentralamerika.

Die Familien machen 57% der Asylbewerber aus. 1'139 sind Kinder und Jugendliche.

223 Personen haben eine Beschäftigung, was 12% der Asylbewerber im erwerbsfähigen Alter entspricht.

In der zweiten Jahreshälfte 1998 musste unser Land mit einem ungewöhnlich starken Zustrom von Flüchtlingen aus dem Kosovo fertig werden, was eine Überlastung der Aufnahmezentren des Bundes zur Folge hatte. Der Bundesrat beschloss für die Betreuung der Asylanten und die Gewährung derer Sicherheit auf die Armee zurückzugreifen. Im Rahmen dieser Aktion beauftragte der Bund den Kanton Wallis, für die Dauer von sechs Monaten zwei Beherbergungszentren für noch nicht registrierte Asylbewerber zu schaffen. Im Dezember sind in Tessen und Turtig zwei Zentren eröffnet worden, die zur Hauptsache Familien aus dem Kosovo aufnehmen. Die Leitung dieser Zentren wird von den Mitarbeitern des Amtes für Sozialhilfe in Zusammenarbeit mit der Armee wahrgenommen.

Die hohe Zahl der dem Wallis zugeteilten Asylbewerber schaffte Probleme bei der Beherbergung. Unter anderem musste Anfang November auf dem Gebiet der Gemeinde Vétroz ein neues Heim mit 100 Plätzen eröffnet werden.

Es ist besonders auf eine rationelle und systematische Belegung der vielen Wohnungen zu achten, die wir verwalten müssen, obwohl nur wenige Hinweise über die Entwicklung der Situation im Asylbereich vorhanden sind.

An dieser Stelle möchten wir auch das Verständnis der Walliser Bevölkerung diesen Personen gegenüber hervorheben sowie die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit den Gemeindebehörden, den Schulbehörden, den Flüchtlingsorganisationen und den Arbeitgebern.

Inkasso und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen

Der Artikel 6 des Ausführungsreglementes zum Gesetz über die Eintreibung von Unterhaltsbeiträgen und die Entrichtung von Vorschüssen wurde abgeändert und die Gewährung der Vorschüsse ist grundsätzlich von einem Jahr auf 2 Jahre begrenzt worden. Die vorgeschossenen Beträge sind somit höher als in den letzten Jahren.

Das Amt hat 1998 Beträge in der Höhe von Fr. 1'770'116.20 bevorschusst. Davon wurden Fr. 720'120.05 eingezogen.

Was das Inkasso von Unterhaltsbeiträgen betrifft, hat das Amt dank seiner Bemühungen, den Betrag von Fr. 4'740'823.20 einkassiert.

Anzahl der Dossiers	1997	1998
Offen	1930	2043
Inkasso	1997	1998
Eingetriebene Beträge	4 545 582.85	4 740 823.20
Vorschüsse	1997	1998
Vorgeschossene Beträge	1 586 873.65	1 770 116.20
Eingezogene Beträge	739 260.15	720 120.05
Öffentliche Fürsorge	1997	1998
Ausbezahlte Beträge	251 829.45	17 955.50
Eingezogene Beträge	188 074.00	33 975.30
Unkosten	1997	1998
Vorgeschossene Beträge	94 360.00	99 924.50
Eingezogene Beträge	36 144.60	47 670.75

Betagte und Behinderte

Tätigkeitsgebiet

- Förderung der sozialen und beruflichen Integration
- Bereitstellung von Beherbergungs- und Beschäftigungsstrukturen für behinderte Personen, die ein geschütztes Milieu benötigen
- Koordination der Aktivitäten der privaten und öffentlichen Institutionen
- Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Sozialversicherung (BSV)

Halbgeschützte Beschäftigung

Die halbgeschützte Beschäftigung erlaubt es behinderten Personen, sich auf eine berufliche Eingliederung oder Wiedereingliederung vorzubereiten.

Von den 16 Personen, die aus der halbgeschützten Beschäftigung ausgetreten sind, haben 6 eine Anstellung in der freien Wirtschaft gefunden und 2 eine Ausbildung angefangen; 3 Personen sind arbeitsunfähig, 3 Personen konnten keinen Arbeitsplatz finden, 1 Person ist in den Ruhestand getreten und 1 Person erlitt einen Rückfall.

Pflege und Betreuung zu Hause

Um die Pflege und Betreuung zu Hause zu fördern, wurden 42 behinderten Personen eine finanzielle Unterstützung gewährt.

Beiträge an Institutionen

- Betriebsbeiträge : Fr. 4'659'310.75
- Baubeiträge : Fr. 1'510'876.60

Behinderte Personen in Institutionen

Das BSV hat aufgrund der eingereichten kantonalen Bedarfsplanung die für den Kanton Wallis für die Periode 1998 - 2000 bewilligten Plätze festgelegt. Diese Plätze betreffen die Gesamtheit der Beherbergungs- und Beschäftigungseinrichtungen, inklusive jener Institutionen, die nicht vom Kanton subventioniert werden.

Institutionen im Kanton	1.1.1997 (Basis der Bedarfsplanung)		1.1.1998		31.12.2000 (in der Planung bewilligt)
	Plätze	Personen	Plätze	Personen	Plätze
- Beherbergung	627	579	627	583	716
- Beschäftigung*	906	1037	1009	1030	1027

* Da verschiedene Personen in Teilzeit arbeiten, ist die Anzahl Personen höher als die Anzahl Plätze.

Institutionen ausserhalb des Kantons	1.1.1997	1.1.1998
Personen	50	54

KANTONALE AUSGLEICHSKASSE DES WALLIS

Die Kantonale AHV-Ausgleichskasse wurde in Anwendung des Artikels 61 des AHVG als selbständige öffentliche Anstalt errichtet. Der Grosse Rat verabschiedete am 12. November 1998 das Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AGAHVG). Dieses Gesetz ersetzt das Dekret vom 14. Februar 1950 und wird auf den 1.02.1999 in Kraft treten. Die Kantonale Ausgleichskasse ist mit der Durchführung mehrerer Bundesgesetze, die Sozialversicherungen betreffend, betraut. In Anwendung der Artikel 63, Absatz 3 AHVG und 131, Absatz 2 AHV haben die Bundesbehörden den Kanton ermächtigt, der Kantonalen Ausgleichskasse verschiedene kantonale Aufgaben zu übertragen. Für die Durchführung der kantonalen Aufgaben gewährt der Staat der Kantonalen Ausgleichskasse die Entschädigung der Verwaltungskosten.

TÄTIGKEITSBERICHT

Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) und Invalidenversicherung (IV)

Die 10. AHV-Revision, welche auf den 1. Januar 1997 in Kraft getreten ist, führte auch im Jahre 1998 noch zu einigen wichtigen administrativen Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Versicherungsunterstellung von nichterwerbstätigen Ehegattinnen und Witwen, sowie für die Berechnung von mutierten Renten infolge Scheidung.

Verhältnis Staat-Institutionen

Die Vorbereitungsarbeiten für einen neuen Rahmenvertrag und einen Leistungsvertrag wurden fortgesetzt und werden 1999 abgeschlossen werden.

Erwerbsausfallentschädigung für Dienstleistende in der Armee und im Zivildienst (EO)

Die Kantonale Ausgleichskasse entrichtet Erwerbsausfallentschädigungen an Dienstleistende in der Armee und im Zivildienst sowie an Jugend und Sport Kursteilnehmer.

Obligatorische Arbeitslosenversicherung (ALV)

Die Ausgleichskasse beschränkt sich auf die Erhebung der ALV-Beiträge bei ihren Versicherten. Die Erhebung erfolgt gleichzeitig mit den anderen Sozialversicherungen, die sie verwaltet.

Berufliche Vorsorge (BVG) - Unfallversicherung (UVG)

Die Ausgleichskasse wirkt gemäss BVG und UVG bei der Kontrolle über die Einhaltung der Versicherungspflicht durch die Arbeitgeber mit.

Ergänzungsleistungen zur AHV und zur IV (EL)

Die 3. EL-Revision ist auf den 1. Januar 1998 in Kraft getreten. Diese Revision verbessert insbesondere die Leistungen zugunsten der zu Hause wohnenden Personen. Die wichtigsten Neuerungen betreffen die Herabsetzung der Karenzfrist auf zehn Jahre für die in der Schweiz wohnhaften Ausländer, den Übergang vom Nettomietzins zum Bruttomietzins, die neue Reglementierung der Krankheitskosten und die Einführung eines Freibetrages von Fr. 75'000.— bei selbstbewohntem Wohneigentum.

In Bezug auf die öffentliche Information, haben alle Ausgleichskassen ein spezielles EL-Merkblatt versandt und ihre Rentenbezüger aufmerksam gemacht, dass sie Ergänzungsleistungen erhalten könnten, wenn die vom Bundesgesetz anerkannten Ausgaben die anrechenbaren Einnahmen übersteigen.

Die 3. EL-Revision hat die Anpassung der kantonalen Gesetzgebung erfordert und der Grosse Rat verabschiedete am 29. September 1998 das Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (AGELG).

Rubriken	Anzahl Fälle		Veränderungen	
	31.12.1997	31.12.1998	absolut	%
AHV-Fälle	2 333	2 465	132	5.7 %
IV-Fälle	1 230	1 335	105	8.5 %
Total	3 563	3 800	237	6.7 %

Zusätzliche kantonale Zulagen (ZKZ)

- Die zusätzlichen kantonalen Zulagen bringen den Versicherten eine finanzielle Mehrhilfe, meistens dann wenn die Ergänzungsleistungen und die weiteren Einkommen die Bedürfnisse nicht vollständig decken.

Rubriken	Anzahl Fälle		Leistungen	
	31.12.1997	31.12.1998	1997	1998
AHV-Fälle	40	44	150 755	117 546
IV-Fälle	85	79	83 573	125 998
Total	125	123	234 328	243 544

Familienzulagen des Bundes

Der Bundesrat hat ab dem 1. April 1998 die Beträge der Familienzulagen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer und für Kleinbauern um Fr. 5.— erhöht. Die neue Steueranlagung findet Anwendung auf die Festsetzung der Familienzulagen für Kleinbauern.

Kantonales Amt für Familienzulagen

Neben den üblichen Kontrollen betreffend die Angliederung an die Familienzulagekassen, wurden Vorbereitungsarbeiten zur Initiative über den Familienschutz eingeleitet, insbesondere durch die Durchführung einer extraparlamentarischen Kommission, die drei Mal im Jahre sich versammelte.

Familienzulagen an die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer – Familienzulagen an die nichterwerbstätigen Personen – Zulagen an die alleinerziehenden Personen

Die Anpassung der Familienzulagen des Bundes hat die zusätzlichen kantonalen Zulagen beeinflusst.

Kantonaler Familienfonds

Die jährliche Haushaltszulage, die für im Kanton wohnsässige, alleinstehende Personen oder Ehepaare mit niedrigem Einkommen und Kinderlasten ausbezahlt wird, erhöht sich auf Fr. 1'260.—

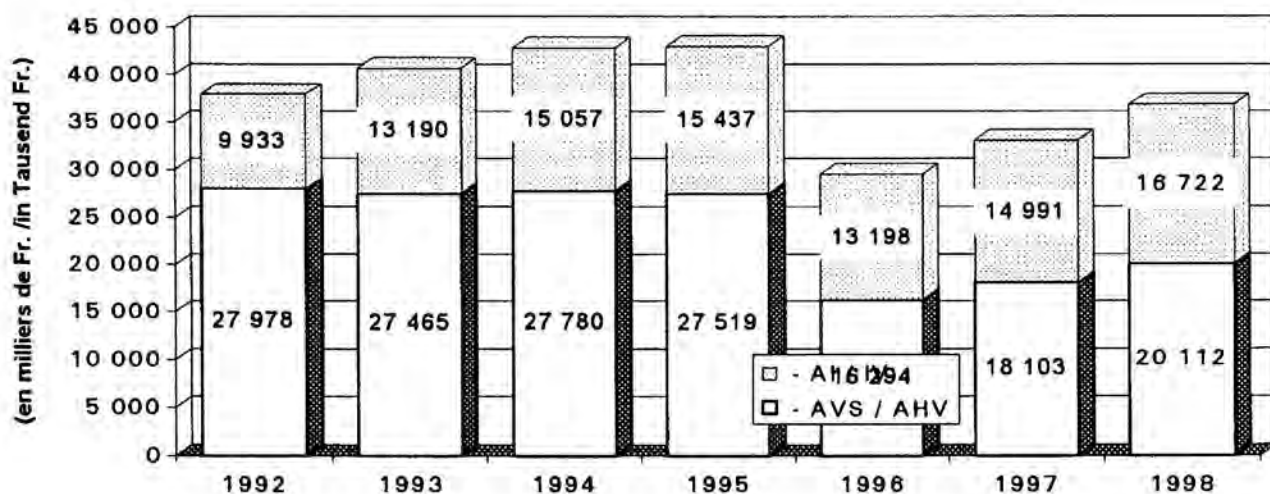
Familienzulagen an die selbständigerwerbenden Landwirte (FZS)

Die zusätzlichen Zulagen an die selbständigerwerbenden Landwirte wurden infolge der Erhöhung der Familienzulagen des Bundes ab 1. April 1998 neu berechnet.

Subventionen an die Krankenkassenbeiträge

Die Ausgleichskasse ist verantwortlich für die administrative Durchführung der Subventionen, die sich im Jahre 1998 auf 111 Mio Franken beliefen.

Prestations complémentaires à l'AVS/AI Ergänzungsleistungen zur AHV/IV



SCHLUSSFOLGERUNG

Die untenstehende Tabelle zeigt die einkassierten Beiträge und die ertrichteten Leistungen in den Jahren 1997 und 1998:

	Einkassierte Beiträge			Ertrichtete Leistungen	
	1997	1998		1996	1997
AHV/IV/EO	285 944 309	297 359 067	AHV	485 802 678	499 303 147
ALV	67 309 488	67 859 505	IV	130 673 335	133 820 840
FZ des Bundes	1 446 467	1 404 354	EO	11 276 543	9 141 431
FZSG	1 742 563	1 832 807	EL AHV/IV	33 095 050	36 834 043
Familienfonds	8 545 679	8 435 763	ZKZ AHV/IV	235 646	243 544
			FZ des Bundes	5 279 412	5 109 011
			FZ des Kantons	4 000 366	3 721 405
			Familienfonds	8 756 820	7 539 180
			Subventionen für die Krankenversicherungs- prämien	102 400 000	110 800 000
Total	364 988 506	376 891 496	Total	781 519 850	806 512 601
Variation		+ 3.3%	Variation		+ 3.2%

Die AHV, die IV und die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV registrieren eine bedeutende Zunahme der Ausgaben infolge der Bevölkerungveralterung und der Gesetzesrevisionen.

DIENSTSTELLE FÜR ARBEITNEHMERSCHUTZ UND DIENSTVERHAELTNISSE

Komplexität der Dossiers hat sich jedoch nicht in der gleichen Proportion vermindert, was eine grössere berufliche Genauigkeit bei deren Behandlung fordert. Die vorangehende Einigung bleibt weiterhin ein Filter, werden doch 80% der Streitfälle, ohne dem Arbeitsgericht zu unterbreiten, durch Vergleich geregelt.

Arbeitsstreitigkeiten

Der Rückgang der eingereichten Klagen hat sich fortgesetzt, und zwar von 829 im Jahr 1997 auf 783 im Jahr 1998 (-45). Die

Übernommene Dossier	Eingegangene Fälle	Zu behandelnde Fälle	Erledigte Fälle	Zu übertragende Dossier
366	783	1149	830	319

Arbeitsgericht

	Anzahl Sitzungen	Erledigte Fälle	Vergleich	Judikatum	Begründe- tes Urteil	Berufung ans KG
Gerichtskreise französischer Sprache	30	150	29	110	54	11
Gerichtskreis deutscher Sprache	13	32	4	16	19	3

Arbeitslosigkeit

Obwohl die Zahl der Arbeitslosen im Wallis zurückgegangen ist, haben die Anzahl der Rekurse vor der Kantonalen Rekurskommission in Sachen Arbeitslosigkeit paradoxerweise zugenommen. So sind diese von 493 Rekurse im Jahr 1997 auf 633 im Jahr 1998 gestiegen. Dies stellt eine Erhöhung von 22.11 % gegenüber 1997 oder 35.38 % im Vergleich zu 1996 dar.

Übernommene Dossier	Eingegangene Fälle	Zu behandelnde Fälle	Erledigte Fälle	Zu übertragende Dossier
256	633	889	517	372

Eine geographische Aufteilung zeigt, dass 431 Fälle oder 68.08 % der Rekurse aus dem Unterwallis und 202 Fälle oder 31.92 % aus dem Oberwallis stammen. Die Zunahme der Rekurse ist im Oberwallis viel höher (+12.63 %) als im Unterwallis (-12.44 %).

Berufsregister

Das Berufsregister wurde am 30. Juni 1998 durch die Verordnung betreffend der Führung ständiger Listen ersetzt. Bis zum 31.12.1998 haben 910 Büros und Unternehmen ein Gesuch um Eintragung in die ständigen Listen gestellt.

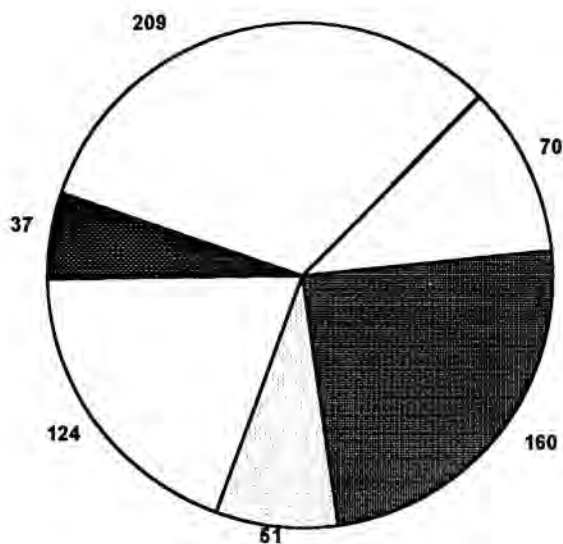
ArG / UVG / STEG / ARV

Die Dienststelle hat 222 Arbeitszeitbewilligungen erteilt. Im Rahmen der vom Gesetzgeber vorgesehenen Arbeitszeitflexibilität wur-

den diese Bewilligungen an Unternehmen, die sich in einer ausserordentlichen Situation befanden, erteilt.

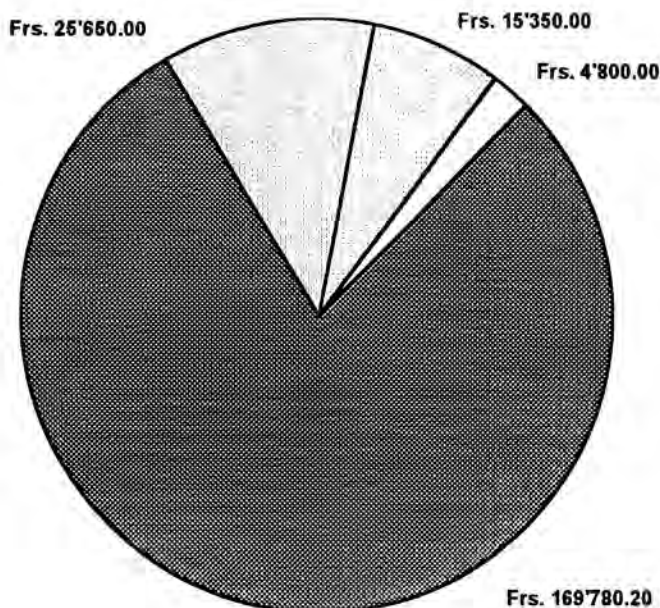
Was die ARV anbetrifft, wurden 6 Betriebe, die Berufsfahrzeugführer beschäftigen, kontrolliert. Im grossen und ganzen haben die Kontrollen gezeigt, dass die Bestimmungen eingehalten werden. In diesem Tätigkeitsbereich ist die Inkraftsetzung der Verordnung über die Arbeits- und Ruhezeit der Führer von leichten Motorwagen zum gewerbsmässigen Personentransport (ARV 2) vom 1. Mai 1998 hervorzuheben. Im weiteren wurden 127 Arbeitsbücher an Unternehmen abgegeben und 296 Sonderbewilligungen zur Befreiung der Aufstellung über die Arbeits-, Lenk- und Ruhezeit erteilt.

Pläne, Industrielle Installationen, Dampfdruckbehälter 1998



- Anzahl Betriebsbesuche in industriellen Betrieben (70)
- Anzahl Betriebsbesuche in nicht industriellen Betrieben (160)
- Plangenehmigungen in industriellen Betrieben (51)
- Plangenehmigungen in nicht industriellen Betrieben (124)
- Betriebsewilligungen für industrielle Anlagen (37)
- Bewilligungen für Dampfdruckbehälter (209)

Finanzielle Einnahmen für 1998



- EKAS
- Druckbehälter
- Plangenehmigung
- Betriebsewilligung

StFV / Sprengstoff

Unabhängig der Zusprechung oder Nichtzusprechung der Olympischen Spielen Sitten 2006 werden die Messungen auf Grund des Kurzberichtes der Betreiber der Walliser Eisbahnen fortgesetzt. Damit soll verhindert werden, teure Massnahmen zu treffen, bevor man das Schicksal dieser alten Eisbahnen (Siders, Martigny) nach dem 19. Juni 1999 kennt.

Auf dem Gebiet der StFV wurde das Schwergewicht auf den industriellen Bereich der Lonza in Visp gelegt, wo jede Betriebseinheit speziell auf ihre eventuellen Gefahren und anhaftenden Risiken für die Bevölkerung und die Umwelt überprüft wurden.

Die Kontrolle der Sprengstofflager nimmt seinen normalen Lauf. Lücken wurden besonders bei der Führung der Register festgestellt.

Von dieser Anzahl fallen 397 Fälle (80.52 %) auf den französischsprachigen Teil des Kantons und 96 Fälle (19.48 %) auf das deutschsprachige Gebiet. 398 Rekurse (80.71 %) richten sich gegen Entscheide der kantonalen Behörden (Kantonale Arbeitslosenkasse, Arbeitsamt, RAV) und 98 (19.29 %) gegen Entscheide privater Arbeitslosenkassen.

GESAMTARBEITSVERTRÄGE

Normalarbeitsverträge (NAV)

Nach dem durch unsere Dienststelle in diesem Bereich durchgeführten Vorverfahren wurde der Staatsrat ersucht, mehrere Beschlüsse bezüglich der Indexierung der Löhne zu genehmigen. Es handelt sich um Normalarbeitsverträge in folgenden Bereichen:

- Für das im Verkauf beschäftigte Personal des Detailhandels
- Für hauswirtschaftliche Arbeitnehmer
- Für das Personal der Autotransportunternehmen
- Für die Kellerarbeiter
- Für das Personal der Luftseilbahnen, Sesselbahnen, Skilifte und ähnlichen Betrieben
- Für das Personal der Ingenieur-, Architektur- und anderen Planungsbüros

Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen (GAV)

Die Anzahl der im Kanton Wallis 1997 allgemeinverbindlicherklärten Gesamtarbeitsverträge ist beträchtlich. Ausser den Texten, die bereits für mehr als ein Jahr verbindlich erklärt sind, wurden folgende Gesamtarbeitsverträge durch den Staatsrat, nach Genehmigung durch die Bundesbehörden, allgemein verbindlich erklärt:

- Den GAV des Spengler-, Dachdecker und Sanitärinstallateurgewerbes sowie den Anhang betreffend die Arbeitnehmer im Monatslohnverhältnis und die Lohnvereinbarung
- Den GAV der Heizungs-, Lüftungs- und Klimabetriebe sowie den Anhang betreffend die Arbeitnehmer im Monatslohnverhältnis und die Lohnvereinbarung
- Die Verlängerung der Allgemeinverbindlicherklärung der Lohnvereinbarung des Automobilgewerbes des Kantons Wallis
- Den GAV und die Lohnbedingungen des Schreiner- und Zimmergewerbes des Kantons Wallis
- Den GAV des Bauhauptgewerbes des Kantons Wallis, der Vereinbarung über Löhne und Arbeitszeiten und der Vereinbarung betreffend Gebirgsbaustellen
- Den GAV und die Lohnvereinbarung der Maler- und Gipserunternehmen des Kantons Wallis.

BERUFSREGISTER

Das Berufsregister zählt 1454 Eintragungen (877 Unternehmungen und 577 Planungsbüros). Die gesetzlichen Bedingungen für eine Eintragung ins Berufsregister haben 64 Betriebe erfüllt. 62 Unternehmungen wurden im Register gestrichen, und zwei haben gegen den Entscheid der Dienststelle beim Staatsrat Beschwerde erhoben.

ARBEITSINSPEKTION

ARV

Aufgrund der Chauffeurverordnung wurden 397 Sonderbewilligungen zur Befreiung der Aufstellung über die Arbeits-, Lenk- und Ruhezeit für Führer, die nach einem gleichbleibenden Stundenplan arbeiten, erteilt.

Pläne, industrielle Installationen, Dampfdruckbehälter

Betriebsbesuche in industriellen Betrieben	101
Betriebsbesuche in nicht industriellen Betrieben	268
Plangenehmigungen in industriellen Betrieben	62
Plangenehmigungen in nicht industriellen Betrieben	164
Betriebsbewilligungen für industrielle Anlagen	65
Bewilligungen für Dampfdruckbehälter	58

Reihenuntersuchungen

Die Ueberprüfungen wurden in Betrieben der Metallkonstruktion durchgeführt. 74 Unternehmungen wurden im Rahmen dieser Reihenuntersuchungen kontrolliert. Die Sicherheitsbedingungen wurden in der Regel eingehalten.

Arbeitsgesetz

Trotz der Rezession und der schlechten Wirtschaftslage ist es den Durchführungsorganen des Arbeitsgesetzes gelungen, einerseits den Bedürfnissen der Flexibilisierung der Unternehmen entgegenzukommen und andererseits das Bedürfnis des Arbeitnehmerschutzes durchzusetzen. 1997 wurden gesamthaft 277 Arbeitszeitbewilligungen erteilt, was eine Zunahme von 45 Bewilligungen gegenüber 1996 darstellt.

Baumaschinenführerausweise

Die Anzahl der ausgestellten definitiven Baumaschinenführerausweise ist von 166 im Jahre 1996 auf 12 gesunken. Dieser Rückgang ist auf die Neuorganisation der Baumaschinenführerkurse und der Baumaschinenführerprüfungen zurückzuführen, was ein neues Konzept und eine neue Struktur bedingte. Demgegenüber wurden nicht weniger als 173 provisorische Baumaschinenführerausweise ausgestellt.

VETERINÄRDIENTST

I. TIERSEUCHENBEKÄMPFUNG

a. IBR/IPV & enzootische bovine Leukose

Im Rahmen der Stichprobenuntersuchungen 1998 in Rindviehhaltungen wurden 1'019 Blutanalysen erhoben (1997: 1'752). Die Analysen dieser Blutentnahmen erwiesen sich alle als negativ. Die Schweiz ist nach wie vor IBR-frei.

b. Bovine spongiforme Enzephalopathie (BSE) – «Rinderwahnsinn»

Am 23.03.1998 trat ein neuer Fall von BSE im Val de Bagnes auf. Da es sich bei der erkrankten Kuh um ein Tier handelte das nach dem 1. Dezember 1990 geboren wurde (sog. BAB-Fall; «born after ban»), mussten alle Tiere der Rindergattung dieses Bestandes geschlachtet werden (44 Tiere).

Im Rahmen der vom Bundesrat befristeten Sofortmassnahmen gegen die BSE im schweizerischen Rindviehbestand vom 18.12.1996 wurden in unserem Kanton am 28. Oktober 1998 die zwei letzten Kühe ausgemerzt (insgesamt 52 Tiere; 16 Eringer, 20 SIRH, 16 Braunvieh).

c. CAE-Sanierung - Brucellose der Schafe und Ziegen

Unser Kanton ist als CAE-freier Kanton anerkannt. 3'586 Ziegen sind auf CAE kontrolliert worden; 16 Blutanalysen erwiesen sich als CAE-positiv (1976: 30). Die betroffenen Tiere mussten auf Kosten des Besitzers ausgemerzt werden und die Betriebe wurde jeweils mit einer fristbegrenzten Sperre belegt.

5062 Schafe sind stichprobenartig auf Brucellose untersucht worden. Alle Blutanalysen erwiesen sich als negativ.

d. Entsorgung der tierischen Abfälle

Die Entsorgung der «gefährlichen Abfälle» (408 t) erfolgt auch weiterhin, gemäss Vertrag, durch das Extraktionswerk GZM in Lyss und die TMF Bazenheid. Die diesbezüglichen Bestimmungen sind noch verschärft worden. In Anwendung der Bundesverordnung müssen diese Stoffe ausnahmslos verbrannt werden. Die «weniger gefährlichen Abfälle» können auch weiterhin nach Frankreich zur Bearbeitung exportiert werden. (~3000 t).

e. Viehhandel

140 Patente wurden erneuert (1997: 142). 1998 gingen keine Anmeldungen für den Besuch der organisierten Einführungskurse für Viehhändler ein.

f. Viehinspektoren

1998 bestand kein Bedarf für die Durchführung von Einführungskursen für neuernannte Viehinspektoren.

g) Tierpfleger

7 Tierpfleger erlangten nach erfolgreicher Ausbildung den eidg. Fähigkeitsausweis.

II. FLEISCHHYGIENE UND FLEISCHKONTROLLE

Im Oktober konnte das vollständig sanierte Schlachthaus in Orsières erneut in Betrieb genommen werden. Zwecks Sicherstellung einer effizienten Fleischinspektion in den Schlachthäusern, wurde für alle Fleischkontrolleure ohne tierärztlichen Abschluss (4) ein 10tägiger Wiederholungskurs in einem grossen Schlachthaus organisiert. Im Rahmen der Untersuchungsprogramme bezüglich Rückstände im Fleisch, wurden zahlreiche Untersuchungen auf Schwermetalle

(Blei, Merkur, Cadmium), auf Hormone und auf Hemmstoffe durchgeführt. Alle Untersuchungen ergaben einen negativen Befund. Hinzu kommen regelmässige bakteriologische Untersuchungen von Frischfleisch in Schlachthöfen.

III. TIERSCHUTZ

296 Beschwerden und Klagen über Verstösse der Tierschutzgesetzgebung gingen bei unserer Dienststelle ein und mussten behandelt werden. Die ab Herbst 1997 durchgeführte flächendeckende Inspektion der Rindviehhaltungen konnte Ende Mai abgeschlossen werden. 2295 Ställe wurden dabei kontrolliert; 37,9% davon waren in Ordnung. Die Nachkontrollen sind seit September 1998 im Gange; am 31.12.1998 waren ~65% aller Rindviehhaltungen saniert. Gleichzeitig werden die Pferdehaltungen inspiziert.

Gemäss eidg. Gesetzgebung wurden auch 30 (1997: 19) der insgesamt 112 privaten und gewerbsmäßigen Tierhaltungen, Tierhandel und Zoogeschäfte inspiziert.

DIENSTSTELLE FÜR ENERGIE

Die der Dienststelle für Energie übertragenen Aufgaben können in die Bereiche:

- rationelle Energieverwendung / erneuerbare Energien
- Information / Aus- und Weiterbildung
- Beratung der Gemeinden

unterteilt werden und sind im wesentlichen im Energiespargesetz vom 11. März 1987 festgelegt. Im Rahmen ihrer Tätigkeit erteilte die Dienststelle Gemeinden, kantonalen Dienststellen und Dritten Auskunft in Energiefragen und erarbeitete zuhanden des Staatsrates und des Departementsvorstehers Stellungnahmen zu Fragen im Zusammenhang mit obigen Bereichen. Auf eidgenössischer Ebene läuft das Programm Energie 2000 im 8. Jahr und das Energiegesetz wurde vom Parlament verabschiedet.

Rationelle Energieverwendung / Erneuerbare Energien

Für den Vollzug der rationellen Energienutzung im Gebäudebereich sind die Gemeinden zuständig. Verschiedene Gemeinden machen im schweizerischen Programm «Energistadt» mit. In Zusammenarbeit mit den Direktionen und technischen Diensten, hat die Dienststelle das Programm zur rationellen Energienutzung in den kantonalen Spitälern weitergeführt. Eine ähnliche Aktion, mit erfolgsversprechenden Resultaten, ist auch für die Strassentunnels und Verkehrsanlagen im Gang. Die breit angelegte Information und Beratertätigkeit wurde im Rahmen des Investitionsprogramms E-2000 wurde 1998 weitergeführt. Eine Energiestatistik für 1997 über die wichtigsten Energieträger im Kanton wurde realisiert. Erneuerbare Energien, vor allem Sonne, Holz und Umgebungswärme, können für den Kanton Wallis ein bedeutendes Energiepotential darstellen. Die Dienststelle war bestrebt, die Forschung und Entwicklung auf diesen Gebieten mitzuverfolgen und den neuesten Stand der Technik zu kennen. Verschiedene Projekte im Bereich der Solar- und Holzenergie, sowie der Umgebungswärme und der Geothermie wurden unterstützt. Die Vorbereitung für die Umsetzung des MINERGIE-Standards im Kanton – auch im Hinblick auf die nachhaltige Entwicklung in Zusammenhang mit JO-2006 – wurde 1998 prioritär behandelt und ein entsprechender Strategiebericht erarbeitet.

Information / Aus- und Weiterbildung

Als Hilfsmittel zum Vollzug der rationellen Energienutzung im Gebäudebereich steht für Architekten, Planer und Gemeindebehörden ein Vollzugsordner zur Verfügung.

Für die Aus- und Weiterbildung von Energiefachleuten sind von der Dienststelle verschiedene Kurse und Seminare mitorganisiert und mitfinanziert worden. In Zusammenarbeit mit den westschweizer Kantonen wird zweimal jährlich die Zeitschrift «Energie-Environnement» herausgegeben. Wöchentlich werden Informationen zur rationellen Energienutzung in der Lokalpresse veröffentlicht.

Auf schweizerischer Ebene arbeitet die Dienststelle an der Erstellung von Kursunterlagen für Berufsschulen mit. In Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Unterrichtswesen wird in Primarschulklassen des Unterwallis eine Aktion «rationelle Energienutzung» durchgeführt.

Beratung der Gemeinden

Gemeinden die beim Projekt «Energistadt» mitmachen unterstützen eine vorbildliche Energiepolitik mit beispielhaften Projekten. Im Rahmen dieses Projektes, das auch vom Luftforum unterstützt wird, wurden über 30 Gemeindegebäude energetisch untersucht. Die vorgeschlagenen Massnahmen führen zu einer Energieeinsparung von 20%.

Die Gemeinden Sitten und Leuk beantragen im Rahmen dieses Projektes das Label «Energistadt».

Allgemeine Arbeiten

- Vernehmlassung zum Energieprotokoll der Alpenkonvention, zum Elektrizitätsmarktgesetz und zu den zwei Vorschlägen der Bundesversammlung betreffend Energieabgaben.
- Stellungnahmen zu Gemeindefragmenten bezüglich Elektrizitätsverteilung und Tarifgestaltung, Raumplanung und Bauten, Stellungnahmen z. H. der kantonalen Baukommission.
- Zusammenarbeit mit der Gazoduc SA und Transitgas AG betreffend die Erdgasversorgung und Durchführung von Vernehmlassungen.
- Mitarbeit in der Delegation Luftqualität und im Luftforum und in der interdepartementalen Arbeitsgruppe Wirtschaftsförderung.
- Zusammenarbeit mit der Ingenieurschule Wallis im Rahmen von Vortrags- und Expertentätigkeit.
- Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Energiewirtschaft und den kantonalen Energiefachstellen im Rahmen des Programms «Energie 2000».
- Im Rahmen der Regierungskonferenz der Gebirgskantone Mitarbeit in der Arbeitsgruppe «Strommarktöffnung», «Elektrizitätsmarktgesetz» und «Energieprotokoll Alpenkonvention».

DIENSTSTELLE FÜR WASSERKRAFT

GESETZGEBUNG

1998 war der Sektor Wasserkraft gekennzeichnet durch:

- den Konflikt mit den Elektrizitätsgesellschaften über die Wasserzinserhöhung von 54 auf 80 Fr/kWh. Die meisten streiten über die Erhöhung, die Berechnungsweise wie auch über die Wasserkraftsteuer.

- die Publikation der Verordnung über die Sicherheit der Stauanlagen (StAV, Inkrafttreten: 1.1.99), die die Talsperrenverordnung 1957 aufhebt. Die Kantone beaufsichtigen somit die Stauanlagen, welche nicht der Bundesaufsicht unterstehen (Art. 22 Abs. 1). Diese neue Pflicht setzt neue Finanz- und Personalmittel voraus, die zugeordnet werden müssen.

- die durch den Bundesrat genehmigte Verordnung über die Gebühren des Bundesamtes für Wasserwirtschaft (BWW). Inkrafttreten: 1.1.99.

Hydroelektrische Projekte von Bedeutung

Cleuson-Dixence: Die Inbetriebnahme der drei Gruppen hat wie geplant ab Oktober 1998 stattgefunden. Die zwei im Rahmen der Konvention vom November 1992 zwischen EOS, Kanton und WWF gegründeten Kommissionen (Rhône und Baustellen) arbeiten jetzt in einer wichtigen Phase (Wiederinstandstellung der Baustellen, Verwirklichung der Kompensationsmassnahmen, usw).

Studien auf dem Wasserkraftnutzungsbereich: zwei Themen wurden am Ende 1998 behandelt. Es sind:

- Studie über das Erneuerungs- und Erweiterungspotential von Wasserkraftwerken im Kanton Wallis. Finanzierung: 80% durch BWW und 20% durch die Dienststelle für Wasserkraft (DWK). Anfang der Studie: ab Februar-März 1999 vorgesehen.
- Studie über die Synergie zwischen der dritten Rottenkorrektur und der hydroelektrischen Produktion. Am Ende 1998 entschieden, ist diese Studie durch BWW und DWK per Hälfte finanziert und die Koordination ist durch die betroffenen Departemente (DVBU und DGSE) durchgeführt. So werden die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Produktion definiert, indem die durch den Hochwasserschutz und durch die Revitalisierung gegebenen Einschränkungen der dritten Rottenkorrektur eingehalten werden.

Andere hydroelektrische Projekte

Unter- und Mittelwallis: Martigny-Bourg 1998-2000/EOS: öffentliche Auflage im April 1998 des zur Bewilligung vorgesehenen Konzessionsdossiers. Die Behandlung der Oppositionen ist im Gang. Orsières/FMO: Erneuerungen der Druckleitungen. Die Baubewilligung ist für Ende 1999 vorgesehen. Tanay (Erneuerungen der Konzessionen im Jahr 2000): Vorbereitung des Dossiers für das Vorverfahren. Jorat/St-Maurice/Evionnaz: Inbetriebsetzung einer Trinkwasserturbinierungsanlage im Mai 1998. Troistorrens: Bewilligung einer Trinkwasserturbinierungsanlage im September 1998. Inbetriebsetzung am Anfang 1999 vorgesehen. Chippis-Rhône: Inbetriebsetzung der neuen Galerie und des Zuleitungskanals im November 1998. Für die Werke Vièze, Bramois/Sauterot und Leteygeon: Inbetriebsetzung der Dotierwasseranlagen im Jahr 1998.

Oberwallis. Mutt/Zermatt: Bewilligung der Konzession des neuen Kraftwerks (12 MW), Raron: Bewilligung einer Trinkwasserturbinierungsanlage (0.5 MW), Gougria: Baubewilligung eines Spülungsablasses, Aegina: Bewilligung einer Zufahrtstrasse, Mörel: Baubewilligung einer Zufahrtstrasse, ITAG: Änderung des Grundablasses, Chippis-Rhône: Änderung Fenster 5 des Stollens, Gougria: Erneuerung der Dächer der Zentrale Vissoie, GKOW1: Umleitungstollen Lehmloch.

ELEKTRISCHE LEITUNGEN UND SCHALTANLAGEN

Leitung 380 kV Chamoson-Romanel: Inbetriebnahme Ende 1998. Dies ermöglicht die Evakuierung der 1200 MW Leistung von Cleuson-Dixence.

Leitung 380 kV Chamoson-Chippis: nach dem Gesuch von EOS ist das Baubewilligungsverfahren seit 1997 sistiert.

Leitung 380 kV Moerel- Ulrichen: die Strecke Ulrichen-All'Acqua ist in der Phase der Voruntersuchung.

Leitungen 220 kV: das Trasse der Leitungen Chippis-Moerel und St-Niklaus-Täsch wurde geändert.

Schaltanlage 65 kV Chippis: eine Erweiterung wurde für die Schaltanlage Alusuisse der Pressewerke und Walzwerke genehmigt.

Sachplan Übertragungsleitungen: das Vernehmlassungsverfahren für diesen Sachplan wurde zum ersten Mal in September 1998 durch das Bundesamt für Energie (BFE) eingeleitet. Auf dem schweizerischen Niveau befasst es sich mit dem Aus- und Neubau von Starkstromleitungen auf den Spannungsebenen 220 und 380 kV sowie der Spannungsebenen 66 und 132 kV der SBB. Der Kanton Wallis hat seine Vormeinung gegeben. Dieses Projekt ist Teil des Programmes Energie 2000 und wurde im Rahmen der «Konfliktlösungsgruppe Übertragungsleitung» bearbeitet, in welcher das DGSE die Kantone vertreten hat.

Leitungen und Schaltanlagen 65 kV: mehrere Bewilligungen für Trasseänderungen und Leitungserneuerungen, alle zwischen Visp und Steg und im Saastal wurden behandelt. Eine Umschaltanlage wurde in Uvrier bewilligt.

SONDERAKTIVITÄTEN: als Sonderaktivitäten sind besonders folgende zu erwähnen:

- **Mitarbeit:** Koordination im Rahmen der Gebirgskantone für die Zuverfügungstellung von technischen und Umweltdaten an

Elektrowatt Engineering für die Studie «Finanzbedarf für bestehende Wasserkraftwerke und zur Verbesserung der Ökologie der Gewässer im schweizerischen Alpenraum»,

- **Assistenz:** Bearbeitung von neun Gesuchen für die Abgeltung von Einbussen bei der Wasserkraftnutzung (Art. 22 WRG-CH), Aufstellung der definitiven Dossiers in Zusammenarbeit mit der BWW (Bundesamt für Wasserwirtschaft) und BUWAL (Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft) als zuständige Behörden bei der Diskussionen mit der betreffenden Gemeinden und bei der Vorbereitung der Schutzverträge.

- **Aktivitäten der paritätischen Expertenkommission:** alle Walliser Werke (55) wurden besucht und die Anfangsberichte sind verfügbar für alle Werke.

Interdisziplinäre Mitarbeit mit kantonalen Dienststellen: die DWK war in 1998 in den folgenden Projekten tätig: Projekt CONSECRU, dritte Rhonekorrektur, Pilotstudie für die Sanierung der Gewässerentnahmen (GSchG Art. 80 ff), Heimfälle Chippis-Rhône und Martigny-Bourg, eidgen. Arbeitsgruppe KGÜ (Konfliktlösungsgruppe Übertragungsleitungen), eidgenössische Wasserwirtschaftskommission, fünfjährige Talsperrenkontrolle mit dem BWW (zuständige Behörde), Kommissionen Cleuson-Dixence.

ELEKTRIZITÄT SERZEUGUNG 1997-1998 (hydrologisches Jahr)

Periode	WINTER 1.10-31.3		SOMMER 1.4-30.9		JAHR 1.10-30.9	
	GWh	%	GWh	%	GWh	%
Anlagentyp						
Wasserkraftwerke	4909	48,7	5168	51,3	10077	100
Thermische KW	516	63,7	295	36,3	811	100
TOTAL	5425	49,8	5463	50,2	10888	100



DEPARTEMENT FÜR ERZIEHUNG, KULTUR UND SPORT

FÜR DAS JAHR 1998



**DEPARTEMENTSVORSTEHER: SERGE SIERRO
STELLVERTRETER: JEAN-JACQUES REY-BELLET**

ERZIEHUNG, KULTUR UND SPORT

Verwaltungs- und Rechtsdienst

Dienststelle für Jugendhilfe

Dienststelle für Planung und
Evaluation

Dienststelle für Unterrichtswesen

Dienststelle für Berufsbildung

Institut für höhere Berufsbildung

Kantonsbibliothek

Kantonsarchiv

Kantonale Museen

EINLEITUNG

In den ersten Monaten des Jahres 1998 befasste sich das Departement insbesondere mit den Arbeiten zum laufenden Gesetzgebungsverfahren. Sowohl das Gesetz über das Unterrichtswesen als auch das Gesetz über das Statut der Lehrkräfte wurden im Juni 98 von der Wählerschaft abgelehnt.

Es galt, neue Überlegungen einzubringen und die Zielvorgaben anzupassen, was bedeutet:

- auf die geplanten strukturellen Veränderungen zu verzichten;
- bei den laufenden Arbeiten die im Rahmen von E2000 vom Lehrkörper als positiv beurteilten Vorschläge und Anregungen vermehrt zu berücksichtigen sowie die im Vorfeld der Abstimmung geäusserten unterschiedlichen Meinungen einzubeziehen.

Um den heutigen Bedürfnissen gerecht zu werden und in Anbetracht der Tatsache, dass jegliche Neugestaltung den geltenden Bestimmungen angepasst sein muss (1986 bzw. 1994 abgeändertes und ergänztes Gesetz vom 4.7.1962 über das Unterrichtswesen), beschränken sich die laufenden Arbeiten demzufolge auf den pädagogischen Aspekt. Somit wird die Walliser Schule für die auf sie zukommenden Herausforderungen gewappnet sein.

Alle Bereiche im Unterrichtswesen sind davon betroffen.

In der Schulzeit, die für die Entwicklung eines Kindes von ausschlaggebender Bedeutung ist, soll jedes Kind Grundkenntnisse erwerben und sich Schritt für Schritt zu einer ausgewogenen Persönlichkeit heranbilden. Die derzeit in enger Zusammenarbeit mit den Lehrerverbänden und allen betroffenen Partnern durchgeführten Arbeiten erstrecken sich im wesentlichen auf:

- die Bildungsinhalte, den Stellenwert des Erwerbs von Grundkenntnissen, den Sprachunterricht (Deutsch und Englisch);
- die Orientierungsschule, insbesondere die Bedeutung des 3. Jahres im Hinblick einer nachfolgenden Berufsausbildung;
- den Übergang von der Orientierungsschule an die Mittelschule und die Berücksichtigung der Notwendigkeit, gewissen Jugendlichen ein 10. Schuljahr anzubieten, das ihnen ermöglicht, ihre persönlichen Defizite auszugleichen oder ihre Berufswahl zu überdenken.

Die Mittelschule, die das gesamte Bildungsangebot für die 15- bis 19-jährigen umfasst, muss einerseits hohe Anforderungen stellen und andererseits fähige und ambitionierte Jugendliche motivieren können, eine Matura zu erlangen.

Die laufenden Arbeiten auf dem Berufsbildungssektor umfassen:

- die Weiterentwicklung eines Rahmenlehrplans, der den Lehrlingen neue Perspektiven zu den allgemeinbildenden Fächern vermittelt und ihre Motivation zu vermehrter Allgemeinbildung stärkt;
- eine Studie im Hinblick auf die Schaffung eines Ausbildungsgangs in der Schlüsseltechnologie, wie z. B. der Elektronik;
- die Ausdehnung der Berufsmatura auf den künstlerischen Bereich, sowie den Ausbau bestehender Ausbildungsgänge.

Im Handels- und Diplommittelschulbereich ist man weiterhin bestrebt, die Berufsmatura zu konsolidieren und sich diese privilegierte Bindung zwischen Schule und Betrieb zunutze zu machen. Ferner prüft man zur Zeit die möglichen Synergien zwischen Handels- und Diplommittelschulen.

Die auf Gymnasialebene mit der Ausarbeitung von Lehrplänen und -programmen für die letzten 4 Jahre beauftragten Arbeitsgruppen werden demnächst Ergebnisse vorlegen können. Von 1999 an gilt die neue Maturaregelung ab 2. Schuljahr für alle Gymnasiasten.

Zur Zeit sind Arbeiten im Gange, die sich mit den Bildungsangeboten und deren Organisation im tertiären Bereich befassen. An diesen Arbeiten beteiligen sich alle Partner aus Politik und Wirtschaft. Man unterscheidet zwischen folgenden Bereichen:

- Ausbildung im Rahmen der Fachhochschulen, die den eidgenössischen Anforderungen entspricht;
- Ausbildung, die in den Zuständigkeitsbereich der Kantone fällt;
- Fernunterrichtswesen; hier hat das Wallis eine Pionierrolle inne (Studienzentrum [ZUF], Brig, und «Centre romand d'enseignement à distance» (CRED), Sierre. Ausserdem schafft unser Kanton eine Fernfachhochschule.

In legislatorischer Hinsicht sind vier Entwürfe zu folgenden Gesetzen in Vorbereitung:

- Gesetz, das den tertiären Bereich regelt: kantonales Anwendungsgesetz zum Bundesgesetz über die Fachhochschulen;
- Gesetz zur Förderung der Weiterbildung; es legt die Aufgaben und Befugnisse des Kantons und der privaten Organisationen fest;
- Jugendhilfegesetz, das der sozialen Entwicklung Rechnung trägt. Neben der Prävention regelt es im Bedarfsfall die aktive Unterstützung Jugendlicher;
- Gesetz, das die Bildung und Forschung auf universitärer Stufe regelt und dem Kanton die in den beiden diesbezüglichen Bundesgesetzen geforderten gesetzlichen Grundlagen verschafft.

In Vorbereitung sind des weiteren die Vorentwürfe zur

- Fachhochschulvereinbarung
- Vereinbarung über die Höheren Berufsfachschulen.

Dem Departement stellten sich im vergangenen Jahr eine Anzahl weiterer Aufgaben, die man im Interesse der Walliser Schule erledigte. Das Departement legte jederzeit Wert auf die Zusammenarbeit mit den Gemeinden, denen die Durchführung der obligatorischen Schule obliegt.

Serge Sierro
Staatsrat

ALLGEMEINE VERWALTUNG

PERSONAL

Dienststelle	Anzahl Etatstellen
Verwaltungs- und Rechtsdienst	25.70
Dienststelle für Jugendhilfe	46.45
Dienststelle für Planung und Evaluation	13.83
Dienststelle für Unterrichtswesen	28.55
Dienststelle für Berufsbildung	53.44
Institut für höhere Berufsbildung	40.40
Kantonsbibliothek	19.17
Kantonsarchiv	6.60
Kantonale Museen	12.90
Total	247.04

MOTIONEN, POSTULATE

- 3.003 *Postulat*: Grossrätin Maria Oester-Amman (Suppl.) (CSPO) und Mitbeteiligte
– Berechnungskriterien für Stipendien und Ausbildungsdarlehen

Eine aus Mitgliedern der kantonalen Stipendienkommission gebildete Arbeitsgruppe, der auch Frau Oester-Amman angehört, wurde beauftragt, sich mit der Frage eingehend zu befassen und einen Bericht abzugeben.
- 3.004 *Postulat*: Grossrätin Esther Waeber-Kalbermatten (16.5.1997)
– Schaffung eines angemessenen Angebots von spezialisierten Heimen für Minderjährige und junge Erwachsene im Oberwallis

Der Staatsrat hat sich bereit erklärt, diesbezügliche Strukturierungsmöglichkeiten zu prüfen, insofern die Gesuche den im Rahmen der kantonalen Planung aufgezeigten Bedürfnissen Jugendlicher entsprechen.
- 3.005 *Postulat*: Grossrätin Esther Waeber-Kalbermatten (16.5.1997)
– Überprüfung der Subventionierung der spezialisierten Heime für Minderjährige und junge Erwachsene

Die Höhe der eidgenössischen und kantonalen Subventionen für die verschiedenen Heime wurde der Antragstellerin bekanntgegeben.
- 3.012 *Postulat*: Liberale Fraktion, Grossrat (Suppl.) Georges-Albert Héritier (18.6.1997)
– Plazierung ausserhalb der Familie

Dem Postulat wurde entsprochen durch die Überarbeitung der Richtlinien im Kleinkinderbereich und die im Oktober 1998 in Kraft gesetzten neuen Richtlinien, sowie die Erhöhung des Beschäftigungsgrades.
- 3.015 *Postulat*: SPO-Fraktion, Grossrätin (Suppl.) Susanne Hugo-Lötscher
– Sinnvoller Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien in der Primarschule

Das Departement für Erziehung, Kultur und Sport versucht im Rahmen seiner Kompetenzen und Möglichkeiten, die Walliser Schulen mit Informatikmaterial auszurüsten und Rahmenbedingungen zu schaffen, damit allen Schülerinnen und Schülern unseres Kantons der Umgang mit den Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglicht werden kann.
- 3.016 *Postulat*: Grossräte Patrick Dumoulin (Suppl.) und André Métroz
– Pädagogisches Fähigkeitszeugnis

Durch die Ausbildung an der Höheren Pädagogischen Lehranstalt wird es nicht mehr nötig sein, das pädagogische Fähigkeitszeugnis zu bestimmten Bedingungen abzugeben. Das Fähigkeitszeugnis wird wie in den anderen Kantonen am Ende der Ausbildung ausgehändigt.
- 3.018 *Postulat*: Brigitte Hauser (CVPO)
– Zukunftsgerichteter Informatikunterricht

Das Departement für Erziehung, Kultur und Sport versucht im Rahmen seiner Kompetenzen und Möglichkeiten, die Walliser Schulen mit Informatikmaterial auszurüsten und Rahmenbedingungen zu schaffen, damit allen Schülerinnen und Schülern unseres Kantons der Umgang mit den Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglicht werden kann.
- 3.020 *Motion*: CVP, Grossrätin (Suppl.) Jeanne-Emmanuelle Jollien-Héritier (11.11.1997)
– Jugendpolitik, Förderung der Aktivitäten der Jugend

Der Staatsrat hat die Rechtmässigkeit der Motion anerkannt und sie akzeptiert. Er wünscht, dass der Antrag von Frau Jollien-Héritier im neuen Jugenschutzgesetz, für das er am 7.10.98 eine ausserparlamentarische Kommission ernannt hat, berücksichtigt wird.
- 3.021 *Postulat*: Grossrätin Rose-Marie Bumann-Amacker und Mitbeteiligte (14.11.1997)
– Plazierung Minderjähriger

Dem Postulat wurde dahingehend entsprochen, dass Minderjährige lediglich ausserhalb des Kantons untergebracht werden, wenn kantonale Lösungen ungeeignet sind.
- 3.026 *Postulat*: Grossrat Caesar Jaeger (FDPO)
– Überarbeitung des Stipendienwesens / Einführung eines Fonds für zinslose Darlehen

Die im Postulat 3.003 genannte Arbeitsgruppe ist ebenfalls mit der Prüfung dieser Angelegenheit beauftragt. Sie wird unter Mitarbeit des Antragstellers einen Bericht abgeben.
- 3.036 *Postulat*: Fraktion SPO, Grossräte Beat Jost und Leander Stoffel (Suppl.) (In Postulat abgeänderte Motion, 11.5.98)
– Schaffung von 50 neuen EDV-Ausbildungsplätzen im Wallis

Man bemüht sich, neue Ausbildungsplätze zu finden und die Unterzeichnung von Lehrverträgen zwischen mehreren Betrieben zu erleichtern.
- 3.037 *Motion*: SPO-Fraktion, Grossräte Beat Jost und Leander Stoffel (Suppl.)
– Vertretbare Regelung für die Entschädigung von Lehrpersonen im Kantonsparlament

Der Staatsrat hat eine paritätische Arbeitsgruppe (FD/DEKS) beauftragt, die Angleichung an die geltenden Bestimmungen zu prüfen und Änderungsvorschläge im Zusammenhang mit den im Grossen Rat aktiven Lehrkräften zu unterbreiten. Gleichzeitig wird die Situation der Lehrkräfte und Beamten überprüft, die ein öffentliches Amt auf kantonaler Ebene ausüben. Die Änderungen treten mit Beginn der Legislaturperiode 2001-2005 in Kraft.
- 3.038 *Postulat*: Grossrat Jean-Yves Vergères (11.5.98)
– Schul- und Hausaufgaben

Aufgrund der Resultate der Umfragen der Dienststelle für Unterrichtswesen und der vom Arbeitsamt organisierten Praktika kann die aktuelle Situation beibehalten werden.

- 3.042 *Motion*: Sozialistische Fraktion, Grossrat Stéphane Rossini (14.5.98)
– «Emplois-jeunes»

Die derzeit verfügbaren Hilfsmassnahmen wurden bekanntgegeben. Die für das Gesetz über die Beschäftigung und das Sozialhilfegesetz beantragten Änderungen werden vom Finanz- und Volkswirtschaftsdepartement geprüft.

- 3.044 *Postulat*: Abgeordnete Jean-Paul Duroux (CVP), Arlette Muster-Rouiller (SP) und Claude Oreiller
– Reform der Ausbildung im Tertiärbereich nach Anschluss des Kantons Wallis an die Fachhochschule Westschweiz

Der Staatsrat betraute eine Kommission unter der Leitung von Herrn Koenig mit der Angelegenheit.

- 3.047 *Postulat*: CSPO-Fraktion, Grossrat Thomas Gsponer (22.6.98)
– Reformen im Bereich der Berufsbildung

Sobald das eidgenössische Berufsbildungsgesetz von den Bundeskammern verabschiedet ist, wird der Entwurf zum diesbezüglichen kantonalen Ausführungsgesetz in Angriff genommen.

- 3.048 *Postulat*: Grossrat Jean Deléglise (Suppl.) (RDP) und Mitbeteiligte
Qualitätssicherungssystem im Unterrichtswesen

Das Institut für Höhere Berufsbildung und einige Berufsschulen werden zur Zeit nach der Form ISO 9000 zertifiziert. Eine Ausdehnung dieses Verfahrens auf alle Schulen ist nicht empfehlenswert.

VERWALTUNGS- UND RECHTSABTEILUNG

GESETZGEBERISCHE ARBEITEN

Neben den ordentlichen und allgemeinen Aufgaben rechtlicher Natur, wie die Vorbereitung von Verfügungen und Stellungnahmen, schriftlichen und mündlichen Rechtskonsultationen, Beratung und Interpretation der durch das Departement anzuwendenden Bestimmungen, Repräsentationen des Departements in verschiedenen ausserkantonalen Organisationen, war die Dienststelle 1998 mit der Ausarbeitung folgender Legislationsaufträgen beschäftigt:

- Gesetz vom 13. Februar 1998 über das Unterrichtswesen
- Gesetz vom 13. Februar 1998 über das Lehrerstatut
- Gesetz vom 13. Mai 1998 über den Beitritt des Kantons Wallis zum interkantonalen Konkordat betreffend die Schaffung der Fachhochschule Westschweiz
- Gesetz vom 28. September 1998 über den Beitritt des Kantons Wallis zur interkantonalen Vereinbarung über Hochschulbeiträge

KULTURELLE TÄTIGKEITEN

Kulturrat

Der Kulturrat hielt 1998 vier Plenarsitzungen ab; die Mitglieder des Kulturrates prüften anlässlich dieser Sitzungen insgesamt über 300 Subventionsgesuche. Diese Zahl widerspiegelt sehr gut das rege kulturelle Leben in unserem Kanton. Der Kulturrat erstellte einen Kriterienkatalog betreffend die Förderungspraxis der kulturellen Aktivitäten.

Kulturelle Tätigkeiten im Schulbereich

Der Staat beteiligt sich weiterhin finanziell an zahlreichen Projekten auf allen Unterrichtsstufen. Die kulturelle Tätigkeit in den Walliser Schulen nimmt mittlerweile ihren festen Platz ein. Wie bisher werden kulturelle Projekte mit aktiver Schülerbeteiligung bei der Subventionszuteilung vorrangig behandelt.

Kulturpreis des Staates Wallis

Auf Vorschlag des Kulturrates verlieh der Staatsrat den Kulturpreis des Kantons Wallis für das Jahr 1998 erstmals einer Gruppe, den «Oberwalliser Spillit». Die Förderpreise erhielten der Musiker Stefan Ruppen aus Naters, der Schriftsteller Jean-François Fournier aus St.-Maurice in Morges sowie der Klarinetist John Schmidli aus Nendaz.

Kontakte

Der Kulturbeauftragte pflegt regelmässigen Kontakt zu den ausserdepartementalen Stellen im Rahmen der Konferenzen der Kulturdelegierten der Westschweiz und der gesamten Schweiz. Auf internationaler Ebene arbeitet der Kulturbeauftragte weiterhin mit den Erziehungs- und Kulturkommissionen des «Conseil du Léman» und der Arbeitsgemeinschaft der westlichen Alpen «COTRAO» zusammen. Im Jahre 1998 wurde der Sommerkurs im Rahmen des Jugendaustausches der «COTRAO» (Thema Comics) in Zusammenarbeit mit der Walliser Schule für Gestaltung in Siders durchgeführt. Das Kinderchortreffen (chorales lémaniques) im Rahmen des «Conseil du Léman» fand 1998 ebenfalls in unserem Kanton, nämlich in Monthey, statt.

Weiter beteiligte sich der Kulturbeauftragte unter anderen an folgenden Projekten:

Olympische Spiele SITTEN 2006: Kulturprogramm in Zusammenarbeit mit dem Ethnologen Bernard Crettaz.

Organisation MILLENIUM: Schenkung des Wallis an den Bischof von Sitten 999; 150 Jahre Schweizerischer Bundesstaat (1848–1998); 200 Jahre Helvetische Republik (1798–1998).

WALLIS-UNIVERSITÄTEN

Allgemeines

Der Sektor Wallis-Universitäten konnte der in Brig etablierten Fernfachhochschule neben den üblichen Subventionen die notwendigen logistischen und finanziellen Mittel als Starthilfe zugestehen.

Zudem konnten im Rahmen des kantonalen Wirtschaftsförderungsplanes die Mehrzahl der in Verbindung mit Wallis-Universitäten geplanten Vorhaben in Angriff genommen werden.

Drei parlamentarische Ausschüsse waren an diesem Entwicklungsvorgang beteiligt und zwar die Finanzkommission, der Verwaltungs- und der Wirtschaftsausschuss.

Die genannten Ausschüsse untersuchten ausserdem die Auswirkungen der ab 1999 in Kraft getretenen neuen interkantonalen Universitätsvereinbarung.

Im Nachgang zu dieser Vereinbarung hat die mit der zweiten Lesung beauftragte Kommission beantragt, die im Wallis tätigen Institute durch Sondergesetzgebung institutionell zu verankern. In einem von ihr eingereichten Postulat verlangt sie ferner die grenzüberschreitende und internationale Zusammenarbeit auf dem Universitätssektor.

Rechtliche Aspekte

Das Gesetz über den Beitritt des Kantons Wallis an die interkantonale Universitätsvereinbarung (1999-2003) ist vom Grossen Rat am 28. September 1998 verabschiedet worden (Referendumsfrist bis 18.2.99).

Im Dezember 1998 beauftragte der Staatsrat einen ausserparlamentarischen Ausschuss mit der Ausarbeitung des Vorentwurfs zu einem Gesetz, das die Bildung und Forschung im Tertiärbereich auf universitärer Stufe regelt. Diese Arbeiten sollten bis Ende des ersten Halbjahrs 1999 abgeschlossen sein.

Der Kanton nahm im vergangenen Jahr Stellung zum Entwurf des neuen eidgenössischen Hochschulförderungsgesetzes; er hat gegen gewisse Bestimmungen Bedenken angemeldet.

Subventionen 1998

Beitrag an vorrangige Projekte des kantonalen Wirtschaftsförderungsprogrammes

Es handelt sich um Projekte des Hochschulbildungswesens, der Forschung, der Entwicklungsforschung und der Aufwertung der Arbeitsergebnisse der vom Kanton subventionierten Institute.

Für diese vom Staatsrat 1997 im Rahmen von «Wallis-Universitäten» gutgeheissenen Projekte wurden vom Grossen Rat im September 1998 zusätzliche Kredite bewilligt, dank derer eine zufriedenstellende Weiterentwicklung der Vorhaben gewährleistet ist.

Anerkennung der beiden Fernfachhochschulen seitens des Bundes

ZuF und CRED haben sich zu einer Stiftung zusammengeschlossen und kommen 1999 trotz der immer noch ausstehenden Anerkennung seitens des Bundes (Hochschulförderungsgesetz) in den Genuss einer bedeutenden Erhöhung des Bundesbeitrags. Der Kanton konnte seinen Entwicklungsbeitrag für diese beiden Institutionen ebenfalls aufstocken.

808 Studierende sind eingeschrieben (davon 290 für die Weiterbildung).

Die Forschungsarbeiten im Wallis verzeichneten 1998 erfreuliche Fortschritte. Mehrere Institute haben durch ihre Arbeiten vermehrt wirtschaftliche Bedeutung erlangt.

Subventionen im Rahmen von Wallis-Universitäten wurden 1998 wie folgt zugesprochen:

– **Institute des Bildungswesens:** Universitäres Institut Kurt Bösch, Studienzentrum (ZuF), Centre romand d'enseignement à distance (CRED), Fernfachhochschule (VFFH), Brig.

– **Forschungsinstitute:**

Oberwallis: Technologie + Wirtschaftsinformatik (EWI), Institut für Wirtschaft + Sozialfragen (IWS), Universitäres Forschungszentrum für Mehrsprachigkeit (UFM), Forschungsinstitut zur Geschichte des Alpenraums (FGA).

Mittel-/Unterwallis: Centre de recherche sur la créativité (IFCL), Institut de recherche en informatique (ICARE), Institut de recherche en intelligence artificielle perceptive (IDIAP), Centre alpin de phytogéographie (CAP), Centre de recherches et d'études sur les populations alpines (CREPA).

– **Andere Subventionsempfänger:**

Association VS-Net (Fondation Switch)
Forschungsprogramm: Histoire du Valais (SHVR)
«Cultur(a)ctif Suisse», La Linnaea, Société académique du Valais.

Walliser Universitätsstudenten und finanzielle Unterstützung durch den Kanton

In Anwendung der interkantonalen Abkommen über die Finanzierung der kantonalen Universitäten für den Zeitraum 1992-1998 beteiligte sich das Wallis wie folgt:

1992	– 2'376 Studierende (massg. Durchschnitt)	= Fr. 19'013'000.—, p. Stud. = Fr. 8'000.—
1993	– 2'327 Studierende (massg. Durchschnitt)	= Fr. 19'779'500.—, p. Stud. = Fr. 8'500.—
1994	– 2'397 Studierende (massg. Durchschnitt)	= Fr. 20'888'218.—, p. Stud. = Fr. 8'712.—
1995	– 2'446 Studierende (massg. Durchschnitt)	= Fr. 21'400'391.—, p. Stud. = Fr. 8'747.—
1996	– 2'503 Studierende (massg. Durchschnitt)	= Fr. 22'310'615.—, p. Stud. = Fr. 8'913.—
1997	– 2'558 Studierende (massg. Durchschnitt)	= Fr. 22'987'738.—, p. Stud. = Fr. 8'984.—
1998	– 2'579 Studierende (massg. Durchschnitt)	= Fr. 23'287'725.—, p. Stud. = Fr. 9'029.—

Laut Angaben des Bundesamtes für Statistik zeichnet sich in jüngster Zeit folgende Entwicklungskurve ab:

1992/93	– 3'237 Studierende, davon 1'241 (38,3%) Frauen und 1'996 (61,7%) Männer
1995/96	– 3'315 Studierende, davon 1'360 (41,0%) Frauen und 1'955 (59,0%) Männer
1996/97	– 3'398 Studierende, davon 1'424 (41,9%) Frauen und 1'974 (58,1%) Männer
1997/98	– 3'452 Studierende, davon 1'477 (50,8%) Frauen und 1'975 (49,2%) Männer

Die 3'452 Studierenden in den Jahren 1997/98 belegten folgende Fächer:

Human- und Sozialwissenschaften = 1'478 (42,82%), exakte Wissenschaften und Naturwissenschaften = 492 (14,25%), Medizin + Pharmazie 386 (11,18%), Technik 363 (10,52%), Wirtschaftswissenschaften 342 (9,91%), Jura 348 (10,08%), interdisziplinäre und andere Bereiche 43 (1,25%).

Nach Hochschulen gliedert ergibt sich folgende Aufteilung: Basel 51 (1,48%), Luzern 3 (0,09%), Zürich 71 (2,06%), Lausanne 886 (25,7%), Bern 341 (9,88%), Neuenburg 107 (3,10%), Freiburg 773 (22,39%), ETHL 327 (9,47%), Genf 614 (17,79%), ETHZ 218 (6,32%), St. Gallen 57 (1,66%), Tessin 4 (0,12%).

Im Jahre 1997 bestanden 607 Walliser Studierende die Hochschulabschlussprüfung.

JUGEND UND SPORT UND SPORT-TOTO

Aus- und Weiterbildung der Leiter sowie des Kaders

1998 wurden 2'226 Experten und Leiter aus- und weitergebildet. 1997 waren dies 2'425 Personen. Die Differenz beträgt somit 199 (- 8,2 %).

Das J+S-Amt hat 26 (+1) einwöchige Leiterkurse und 22 (+2) 1- oder 2-tägige Fortbildungskurse organisiert.

Jugendausbildung

33'584 (+ 2,15 %) Mädchen und Jungen im Alter von 10 bis 20 Jahren haben in 28 verschiedenen Sportfächern teilgenommen. Es wurden 1'618 (+ 0,87 %) Kurse oder Lager von 4'594 (+ 3,46 %) J+S-Leitern organisiert und durchgeführt.

Finanzielle Beteiligung des Bundes

Die finanzielle Beteiligung des Bundes beläuft sich auf Fr. 3'274'754.--.

Die Zunahme beträgt somit Fr. 76'144.-- (+ 2.38 %).

Sport-Toto

Der zugesprochene Anteil durch die Sport-Toto-Gesellschaft für das Wallis erhöhte sich auf Fr. 1'945'617.-- (+ 24,56%). Diese starke Erhöhung kann durch die Mittwochslotterie begründet werden.

Gemäss den geltenden Vorschriften wurden diese Gelder wie folgt verteilt :

- 60 % des verbleibenden Betrags ging an die verschiedenen kantonalen Sportvereinigungen
- 40 % des verbleibenden Betrags wurde für Bauten und andere Handlungen eingesetzt.

Kantonales Sportzentrum Ovronnaz

1998 belaufen sich die Übernachtungen auf 11'305. Zunahme: 299 (+ 2,71 %).

STIPENDIEN UND AUSBILDUNGSDARLEHEN

Tätigkeit

Die kantonale Kommission für Stipendien und Ausbildungsdarlehen ist 1998 neunmal zusammengetreten. Die Mehrzahl ihrer Sitzungen hat sie der Prüfung von Gesuchen gewidmet. Sie hatte ebenfalls Gelegenheit, verschiedene, mit der Ausrichtung von Ausbildungshilfen zusammenhängende Probleme zu prüfen. Sie musste zu den parlamentarischen Interventionen Stellung nehmen :

Motion von Frau Maria Oester-Ammann Grossrats-Suppleantin betreffend Änderung der Berechnungskriterien für Stipendien und Ausbildungsdarlehen.

Postulat von Herrn Grossrat Caesar Jaeger und Konsorten betreffend Überarbeitung des Stipendienwesens-Einführung eines Fonds für Darlehen.

Geprüfte Gesuche

	Gestellte Gesuche	Entsprichene Gesuche
Hochschulstudenten	1'338	1'122
Ingenieurstudenten	234	174
Mittelschüler	617	425
Lehramtskandidaten	75	59
Lehrlinge	403	211
Künstlerberufe	106	82
Kaufmännische Berufe	195	151
Paramedizinberufe	316	245
Sozialberufe	58	45
Berufliche Weiterbildung	70	54
Andere Berufsfachschulen	191	148
Total	3'603	2'716

Entwicklung der Zahl der Gesuche von 1991 bis 1998

1991	3131	1995	3170
1992	3465	1996	3347
1993	3475	1997	3382
1994	3363	1998	3603

Geschäftsbericht 1998

DIENSTSTELLE FÜR JUGENDHILFE

Die kantonale Dienststelle für Jugendhilfe setzt sich aus nachfolgender Sektion und Ämtern zusammen :

- Die administrative Sektion (AS)
- Der Dienst für Erziehungsberatung, Kinder- und Jugendpsychiatrie (EBKJP)
- Das kantonale Jugendamt (KJA)
- Das Amt für Frühberaterung für das Unterwallis (AFB-UW)

Neben verschiedenen Aufgaben im Bereiche der administrativen Aufsicht und Kontrolle erbringt die Dienststelle für Jugendhilfe Leistungen im Bereiche der Prävention, der Abklärung, Beratung und Therapie von Kindern, deren Entwicklung gefährdet oder gestört ist. Auf der normativen Achse sind es vornehmlich Leistungen, die einen wirksamen Kinderschutz zum Ziele haben. Diese Arbeit wickelt sich in enger Zusammenarbeit mit den Vormundschaftsbehörden, den richterlichen Instanzen, den Erziehungsheimen und mit den Stellen der familienexternen Tagesbetreuung von Kindern ab. Kinder im Vorschulalter mit schweren Entwicklungsrückständen erhalten eine heilpädagogische Betreuung und deren Familie eine Beratung und Unterstützung. Neben den jeweiligen Familien stellen die Kinderärzte, die Gesundheitsfachleute, welche Kinder im Vorschulalter betreuen und die vorschulischen Einrichtungen für die Tagesbetreuung von Kleinkindern die wichtigsten Partner dieses Bereiches dar.

In seiner Sitzung vom 7. Oktober hat der Staatsrat eine ausserparlamentarische Kommission mit der Ausarbeitung eines Entwurfes für ein neues Jugendhilfegesetz beauftragt.

Am 26. März 1997 ist in unserem Lande die UNO Konvention über die Rechte der Kinder in Kraft getreten. Die Kantonregierung hat eine Arbeitsgruppe damit beauftragt, abzuklären inwieweit unsere derzeitige Situation mit den Forderungen der UNO Konvention über die Rechte der Kinder übereinstimmt.

Die administrative Sektion

Der administrativen Sektion obliegen sämtliche Zahlungen und das Inkasso der zu fakturierenden Leistungen, welche von den 3 Ämtern der Dienststelle erbracht werden. Sie regelt zudem Gesuche, welche eine rasche und dringende materielle Hilfe beanspruchen. Zu diesem Zwecke wird der Beitrag des Alkoholzehntels von Fr. 3500.- verwendet.

Die Belegung der verschiedenen Heime wird in einem jährlichen Planungsbericht analysiert und umfassend dargestellt. Daraus geht hervor, dass die Belegungszahlen der verschiedenen Erziehungsheime unseres Kantons deutlich über den vom Bundesamt für Justiz gestellten Mindestzahlen liegen.

Das jährliche Betriebsbudget wird mit den jeweiligen Heimleitungen und Vorständen eingehend analysiert und die Jahresrechnungen einer Kontrolle unterzogen. Zudem hat die Sektion die Einführung von Qualitätsstandards bezüglich der von den Heimen zu erbringenden Leistungen durch die Organisation von Einführungsseminarien begünstigt.

Die Kontrolle der Ferienkolonien für Minderjährige und die Erteilung von Bewilligungen sind Tätigkeitsbereiche, denen ein vermehrter Einsatz gewidmet wurde.

In den verschiedenen Regionalstellen der drei Ämter konnte ein erster wichtiger Schritt in Richtung Informatisierung abgeschlossen werden. Jeder Arbeitsplatz wurde mit einem PC ausgerüstet. In einem weiteren Schritt ist die Vernetzung innerhalb und zwischen den verschiedenen Regionalstellen und der kant. Verwaltung vorgesehen. Zunehmend wird die Informatik in Bereichen der Prävention, der diagnostischen und therapeutischen Mittel sowie der Statistik zu einem wertvollen Hilfsmittel.

Die Supervision der Ausbildung von 4 neuen AbsolventInnen für die Berufsmatura und zweier Lehrtöchter für die kaufmännische Ausbildung ergänzen den Tätigkeitsbereich dieser Sektion.

Der Dienst für Erziehungsberatung, Kinder- und Jugendpsychiatrie

Abgesehen von einer leichten Zunahme der betreuten Ratsuchenden und der Zahl der Interventionen sind die erbrachten Leistungen im Bereiche der Prävention, der Diagnostik, der Beratung und der Therapie im gleichen Rahmen wie im Vorjahr geblieben.

Jahr	Anzahl Fälle	Anzahl Interventionen
1996	3793	33209
1997	3871	31725
1998	3915	32374

Der Dienst ist in 6 Regionalstellen und eine Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie aufgegliedert. Falls erforderlich, werden Leistungen punktuell oder für einen längeren Zeitabschnitt in Subzentren der Seitentäler oder den grösseren Ortschaften der Rhoneebene erbracht. Die interdisziplinären Mitarbeiterstäbe bestehen aus LogopädInnen, PsychologInnen, PsychotherapeutInnen, FachärztInnen in Psychiatrie und Psychotherapie, sowie PsychomotoriktherapeutInnen. Ihr Leistungsangebot richtet sich an Kinder und Jugendliche von 0 bis 20 Jahren. Damit diese Arbeit wirksam und nachhaltig erbracht werden kann, ist die Zusammenarbeit mit den Eltern, den Lehrpersonen, der Ärzteschaft und den verschiedenen psycho-sozialen Diensten sowie den privattätigen Gesundheitsfachleuten wichtig. Zusätzlich zu diesen Arbeitsfeldern ist die Zusammenarbeit mit den Betreuungsstrukturen für das Kleinkind, den verschiedenen Erziehungsheimen und den heilpädagogischen Schulen und Heimen ein wichtiger Tätigkeitsbereich.

Die Aufteilung der Ratsuchenden nach Bezirken ist folgende

	Knaben	Mädchen	Total
Goms	44	27	71
Östlich Raron	33	21	54
Brig	220	134	354
Visp	249	157	406
Westlich Raron	50	28	78
Leuk	124	86	210
Siders	327	211	538
Sitten	187	132	319
Ering	79	60	139
Gundis	135	70	205
Martinach	296	236	532
Entremont	125	72	197
St-Maurice	116	94	210
Monthey	355	242	597
Ausserhalb des Kantons	4	1	5
Total	2344	1571	3915

Die Statistik zeigt, dass die Zahl der betreuten Kinder und Jugendlichen nach Bezirken nur leichten Schwankungen unterworfen ist und im Gesamttotal im Vergleich zum Vorjahr einen leichten Anstieg verzeichnen kann.

Damit Entwicklungsstörungen im Kindes- und Jugendalter wirksam begegnet werden kann, kommt der präventiven Arbeit eine grosse Bedeutung zu. Dabei geht es nicht nur um die Verhinderung von gefährdenden Entwicklungen. Das Erlernen von sozialen Kompetenzen und von Fähigkeiten in schwierigen Situationen zu bestehen, sind wichtige Ziele des präventiven Schaffens. Diese Arbeit wickelt sich in verschiedenen Bereichen ab. Einerseits sind MitarbeiterInnen gemeinsam mit dienstexternen Gesundheitsfachleuten an präventiven Projekten beteiligt und andererseits wird eine beachtliche präventive Arbeit von den verschiedenen Fachleuten des Dienstes in eigenen Projekten erbracht. Namentlich handelt es sich um nachfolgende Tätigkeiten :

Schulische Mediatoren: Seit 1985 verfügen die Mittelschulen, Berufsschulen, Lehrerseminarien und Orientierungsschulen in unserem Kanton über schulische Mediatoren. Der Dienst für Erziehungsberatung, Kinder- und Jugendpsychiatrie organisiert die Grundausbildung, Fortbildung und die Supervision dieser Lehrpersonen. Es handelt sich um ein wertvolles Konzept der Prävention im Schulbereich. In den vergangenen Jahren beschränkte sich die Tätigkeit des Mediators vorwiegend auf Aufgaben der Animation und der Beratung im jeweiligen Schulzentrum. Der/die schulische MediatorIn sollte in Zukunft vermehrt in einem Team (SchuldirektorIn, weitere Lehrpersonen, Eltern, BerufsberaterIn, Gesundheitsfachleute) projektorientierte Tätigkeiten ausführen. Fragen wie Gewalt unter Jugendlichen, Drogenkonsum, Integration von Ausländerkindern, Solidarität gegenüber schwächeren Kindern, u.a.m. sind Themen, die wirksamer im Team bearbeitet und entwickelt werden können.

Konsillartätigkeit in Heimen und Sonderschulen: Die MitarbeiterInnen der Dienststelle sind in den meisten Erziehungsheimen und in den Sonderschulklassen sowie in den heilpädagogischen Institutionen konsiliarisch tätig.

Fort- und Weiterbildungsauftrag: Unsere Mitarbeit in der Grundausbildung, Fortbildung und Supervision von Fachleuten, denen Aufgaben in der Erziehung und Betreuung von Minderjährigen anvertraut werden (Lehrpersonen, ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen, Pflegepersonal), entspricht dem Einsatz der Vorjahre.

Kinderschutz : Die wertvolle Zusammenarbeit mit dem Kindernotruf im Unterwallis, den regionalen Kinderschutzgruppen, den MitarbeiterInnen in der familienexternen Kinderbetreuung, wurde fortgeführt.

Vorbeugung von Sprachstörungen: Im Bereiche der Sprachgebrechen ist der Dienst bemüht Konzepte zu entwickeln, welche die Chronifizierung von Sprachgebrechen reduzieren.

Elternbildung: Im vergangenen Jahr wurden über 100 Vorträge und Gesprächsabende von den verschiedenen MitarbeiterInnen des Dienstes gehalten. Mehrheitlich wurden diese Veranstaltungen von Elternorganisationen organisiert und wurden dezentral durchgeführt. An diesen Vorträgen werden vorwiegend Beiträge angeboten, welche Fragen der Erziehung, der psycho-sozialen Entwicklung und des Verhaltens junger Menschen betreffen.

Klinisches Praktikum: Im vergangenen Jahr konnten in den 6 Regionalstellen 12 HochschulabsolventInnen der Psychologie, 11 der Logopädie und 2 der Psychomotorik ein klinisches Praktikum absolvieren. Die Praktika dauern 3-9 Monate.

Das kantonale Jugendamt

Während dem vergangenen Jahr hat die Tätigkeit des kantonalen Jugendamtes um rund 4% zugenommen. Wenn diese Entwicklung anhält, wird dieses Amt in Bälde über 900 Dossiers zu bewältigen haben. Auf einen Stellenetat von 7.65 SozialarbeiterInnen berechnet, entspricht dies im Durchschnitt 117 Dossiers für ein Vollamt.

Es ist daher verständlich, dass unter diesen Bedingungen die rasche Abwicklung der fallzentrierten Arbeit erschwert ist und eine optimale Arbeit im Rahmen des Kinderschutzes oft unter Zeitdruck leidet. Dies macht sich vor allem im Bereiche der Prävention und in der Ausübung von Beistandsschaften bemerkbar. Letzteres sind Aufgaben, welche dem Amt von den Vormundschaftsbehörden anvertraut werden. Die dem kantonalen Jugendamt anvertrauten Aufgaben sind meistens Mandate, welche von den Gerichten (Jugendgericht, Bezirksgericht, Strafuntersuchungsgericht), den Vormundschaftsbehörden (Waisenämter) und dem kantonalen Zivilstandsamt erteilt werden.

Die Aufteilung der betreuten Fälle nach Bezirken ist folgende :

	Familien	Knaben	Mädchen	Total
Goms	4	5	2	11
Östlich Raron	1	1	3	5
Brig	19	34	14	67
Visp	7	21	18	46
Westlich Raron	7	8	5	20
Leuk	2	4	3	9
Siders	32	80	43	155
Sitten	36	80	67	183
Ering	11	7	6	24
Gundis	16	32	31	79
Martinach	21	43	42	106
Entremont	20	1	3	24
St-Maurice	9	12	13	34
Monthey	17	57	50	124
Ausserhalb des Kantons	0	3	7	10
Total	202	388	307	897

Im Vergleich zum Vorjahr kann hervorgehoben werden, dass vor allem die Bezirke Sitten, Ering und Gundis sowie die Bezirke Visp und Westlich Raron eine Zunahme der Fälle zu bewältigen haben. Es sind erneut die Städte, welche die stärkste Zunahme an gemeldeten Fällen zu verzeichnen haben. Gehäuft wohnen in diesen Siedlungen junge Menschen mit einer komplexen und erschwerten sozial-psychologischen Problematik.

Einen wichtigen Teil der anfallenden Arbeit betrifft die Uebernahme von Erziehungsbeiständen gemäss den Art. 308 und 309 des Schweizerischen Zivilgesetzes (113 Fälle) sowie die Durchführung von Abklärungen, welche die richterlichen Instanzen angeordnet haben.

Betreffend den Adoptionsbereich kann im Vergleich zum Vorjahr eine gewisse Kontinuität festgestellt werden. Zahlenmässig ergibt dies folgendes Bild:

<u>Erstunter-</u> <u>suchungen</u>	<u>Betreuung</u> <u>während</u> <u>den ersten</u> <u>beiden Jahren</u>	<u>Schluss-</u> <u>berichte</u>	<u>Zusatzberichte</u>	<u>Nationale</u> <u>Berichte</u>
52	58	36	25	3

Was die Heimplatzierungen anbelangt, ist zu erwähnen, dass im Vergleich zum Vorjahr rund 30 Platzierungen weniger beantragt werden mussten. Dieser Rückgang hat verschiedene Ursachen. Zum einen wurden Platzierungen infolge Volljährigkeit beendet. Andererseits ist das Amt bestrebt bei der Indikationenstellung sehr sorgfältig vorzugehen und wenn immer möglich zuerst die ambulanten Ressourcen einzusetzen. Was die Dauer der ausserkantonalen Platzierungen anbelangt, so ist festzustellen, dass diese sehr unterschiedlich sind. Neben Beobachtungsaufenthalten von 2 Monaten kann es sich auch um Aufenthalte von mehreren Monaten handeln. Mehrere dieser Platzierungen werden im Auftrag des Jugendgerichtes ausgeführt.

Nachfolgende Platzierungen wurden vom kant. Jugendamt betreut:

Pflegefamilien			Erziehungsheime im Wallis			Ausserkantonale Platzierungen in Erziehungsheimen		
Knaben	Mädchen	Total	Knaben	Mädchen	Total	Knaben	Mädchen	Total
18	19	37	77	37	114	16	2	18

Familienexterne Kleinkinderbetreuung

Dieser Bereich erhielt im Februar 98 eine Aufstockung der persönlichen Ressourcen um 30% eines Vollamtes. Diese wurden im Verhältnis von einem Drittel zu zwei Dritteln zwischen dem Ober- und dem Unterwallis aufgeteilt. Die Durchführung einer Konsultation und die Ausarbeitung der erhaltenen Ergebnisse sowie die Ausarbeitung von neuen Weisungen betreffend die familienexterne Tagesbetreuung von Kleinkindern stellten eine starke Beanspruchung der beiden Mitarbeiterinnen in diesem Bereich dar. Die neuen Weisungen traten am 1. Oktober 98 in Kraft.

Um Eltern und Behörden in der Suche nach einem familienexternen Betreuungsplatz für Kleinkinder wirksam zu helfen, wurde eine Liste mit den verschiedenen Einrichtungen erstellt und an zuständige Stellen weitergeleitet.

Die Hauptaufgaben der familienexternen Kleinkinderbetreuung besteht in der Vorbereitung, in der Prüfung von Gesuchen für die Betriebsbewilligung, sowie in der Überwachung dieser Einrichtungen. Zudem obliegt diesem Bereich eine Beratungs- und Betreuungsaufgabe im Bereiche der familienexternen Kleinkindererziehung.

Unser Kanton verfügte 1998 über 66 Einrichtungen der familienexternen Kleinkindererziehung.

Das Amt für Frühberatung für das Unterwallis

Im Unterwallis nimmt das Amt für Frühberatung einen heilpädagogischen Auftrag bei schwer behinderten Kindern im Vorschulalter wahr. Die Betreuung setzt beim Auftreten der Behinderung, respektiv bei der Geburt des behinderten Kindes, ein. Im vergangenen Jahr haben die 7 im Teilamt tätige Frauen 61 Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren betreut. Grundsätzlich findet die heilpädagogische Arbeit am Wohnort der Kinder statt. Die Tätigkeit der Heilpädagoginnen umfasst ebenfalls eine Beratung der Eltern und der Geschwister des behinderten Kindes sowie der Kleinkinder-

erzieherinnen und Kindergärtnerinnen, welche diese Kinder in ihren Einrichtungen betreuen. In der Region St. Maurice und Monthey wird diese Arbeit von einer privattätigen Heilpädagogin, welche hierfür vom Departement eine Bewilligung zur Berufsausübung erhalten hat, wahrgenommen. Im Oberwallis wird diese Aufgabe dem Frühberatungsdienst Oberwallis, welcher dem Oberwalliser Verein zur Förderung geistig Behinderter in Brig angeschlossen ist, anvertraut.

Dienststelle für Planung und Evaluation

1998 wurde die neue Dienststelle des Departementes eingerichtet. Sie hat sich inzwischen mit folgenden Schwerpunkten befasst:

- Umschreibung eines Konzeptes zur Ausbildung der Schüler und Studenten in den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT);
- Weiterentwicklung der Tätigkeiten der Schulinspektoren;
- Umsetzung einer Evaluation der Unterrichtsqualität in Schulen der Sekundarstufe II;
- Ausarbeitung eines Projektes zur Erhebung und Auswertung der Schulstatistik mittels Informatik;
- Reorganisation der Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung;
- Arbeiten im Zusammenhang mit den interkantonalen Vereinbarungen über die Ausbildung im tertiären Sektor.

Alle diese Aktivitäten zeugen vom prospektiven Charakter der Mandate für die Dienststelle.

Administration

Die Dienststelle wurde verstärkt durch die Anstellung zweier wissenschaftlicher Mitarbeiter in Teilzeit. Sie beschäftigen sich vor allem mit der Evaluation der Unterrichtsqualität der Walliser Schulen, mit der Anwendung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie mit der Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Die beiden genannten Stellen sind zu 80 % aus einem Inspektorenposten herausgewachsen.

Evaluation

Seit einigen Jahren haben die Schulen vom Departement die Erlaubnis Semesternoten einzuführen. Dies soll eine Ausweitung der formativen Beurteilung der Schülerinnen und Schüler ermöglichen. Während des verflossenen Jahres wurden die Anwendungspraktiken und deren Auswirkungen auf Schüler, Lehrerschaft und Eltern beobachtet, um falls notwendig die gesetzlichen Verordnungen anzupassen. Diese sehen noch Trimesternoten und lediglich die summative Beurteilung vor.

Die gesetzliche Anpassung hat auch einen Wechsel in der Form der Elterninformation über die Leistungen ihrer Kinder zur Folge.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der Schulinspektion wurde im Unterwallis im zweiten Semester eine Analyse der didaktischen Lehrtätigkeiten durchgeführt. In allen Fächern des Lehrprogrammes wurde das pädagogische Vorgehen, die Anwendung neuer Lehrformen und die Klassenführung beobachtet. Dies ermöglicht später eine einheitlichere Inspektion, welche es den Inspektoren erlaubt individuelle Gespräche mit den Lehrpersonen zu führen und das Funktionieren der Schulen und schliesslich jenes des Schulsystems besser kennen zu lernen. Zudem können die Bedürfnisse der Lehrerweiterbildung mittelfristig oder langfristig präziser definiert werden.

Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer

Die Ausbildung der Schulentwicklungsberater (SchuB) wurde 1998 abgeschlossen. 69 Personen sind künftig befähigt, Schulprojekte zu begleiten: 24 im Oberwallis und 45 im Unterwallis. Zahlreiche Schulen profitieren bereits von der Unterstützung durch SchuB. Neue Gesuche zum Bezug externer Berater bei Schulentwicklungsprojekten werden bei der Dienststelle im Rahmen einer intensiven Lehrerweiterbildung regelmässig eingereicht.

Eine 8. Lehrergruppe hat seine Weiterbildung im CRED (Centre romand d'enseignement à distance) begonnen. Mehr als 160 Studenten aller Schulstufen belegen hier psychopädagogische Kurse im Fernstudium. Im ZUF (Zentrum für universitäre Fernstudien) in Brig hat ein ähnlicher Kurs eine erste Gruppe von 29 Lehrpersonen aufgenommen. Diese Kurse ermöglichen auch den im Beruf stehenden Lehrpersonen der Sekundarstufe II, ohne pädagogische Ausbildung, ihr Studium entsprechend zu ergänzen.

Mehr als 150 Fortbildungskurse sind während des Jahres im Kanton organisiert worden. Die Dienststelle kümmert sich um die logistische Organisation (Lokale, Kursleitung, Einladungen, ...) und schlägt Kurse vor, dies in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Lehrerschaft und in Bezug auf neue Lehrmittel und neue Lehrmethoden.

Die Dienststelle regelte ebenfalls die Teilnahmemodalitäten der Lehrerschaft der Sekundarstufe II an Kursen, welche ausserhalb des Kantons stattfinden (Universität, Fortbildungszentren, ...).

Forschung und Pädagogische Beratung (ORDP, Schulentwicklungszentrum)

Der **wissenschaftliche Sektor** der Dienststelle, die Forschung und die pädagogische Fachberatung, entwickelt notwendige Instrumentarien zur Beobachtung und Überprüfung der Funktionsweise des Walliser Schulsystems. Sie helfen die Bedürfnisse im Bereich der Ausbildung, der Information und der Dokumentation zu erfassen. Auch tragen sie zur Festigung der pädagogischen Neuerungen im Klassenzimmer bei.

Der **Forschungssektor** beteiligt sich am internationalen Projekt «Pisa», welches von den schweizerischen Schulbehörden initiiert wurde. Diese Untersuchung bewertet die Kompetenzen der 15-jährigen Jugendlichen und sammelt alle 3 Jahre Informationen über den Wissensstand der Schüler in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften. Zudem eruiert sie zusätzliche entsprechende Kenntnisse im Bereich Informatik sowie die Schlüsselqualifikationen. Sie liefert vergleichbare Ergebnisse über internationale, regionale und kantonale Schulsysteme.

Seit 1981 wurde eine Zusammenfassung der Untersuchungen über die Orientierungsschule zuhanden von Arbeitsgruppen redigiert, welche den Unterricht auf dieser Schulstufe prüfen (Neugewichtung der Programme, Berufsvorbereitung, Organisation des 9. Schuljahres, Gestaltung eines 10. Schuljahres, ...).

Der Forschungssektor hat auch das wissenschaftliche Projekt «Balance» unterstützt, welches sich mit der Berufsmüdigkeit und dem Stress (Burn out) von Lehrpersonen befasst.

Zusammen mit den Fachberatern wurden Instrumente (Fragebögen) zuhanden der Inspektoren über das Lernklima und die pädagogische Situation erarbeitet.

Der **Fachberatungssektor** hat folgende wichtige Aktivitäten entwickelt:

- Regionale Treffs betreffend den sprachlichen Ausdruck in Französisch mit dem Ziel, neue Lehrmittel einzuführen;
- Allgemeine Einführung der neuen Mathematiklehrmittel in den 2. Primarklassen des Unterwallis und in den 5. Primarklassen des Oberwallis und deren Begleitung;
- Mitarbeit an der Ausarbeitung von Dokumenten auf Französisch betreffend die Umweltkenntnisse für die 1. bis 3. Primarklasse;
- Vertretung des Departementes in den Arbeitsgruppen des «Forum de l'Air»: «Luftqualität», «Forum über die Luft» und «Information»;
- Erarbeitung von pädagogischem Material zur kantonalen Ausstellung über die Luftqualität. Diese Ausstellung wurde in einer ersten Phase in fünf Orientierungsschulen, in drei Handelszentren und in zwei SBB-Bahnhöfen gezeigt;
- Mitarbeit bei der SATOM zur Sensibilisierung der Schüler in der 1. bis 3. Primarklasse betreffend die Wiederverwertung und die Trennung von Müll;
- Experimente über Energiesparen in 12 Klassen der 5. Primarschule in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Energie des Kantons Wallis;
- Betreuung bei der Realisierung von Kunstwerken im Rahmen der Aktivitäten im Technischen Gestalten in verschiedenen Gemeinden: Freskenmalerei, Glasmalerei, Weberei;
- Mitarbeit bei der Durchführung des kantonalen Kindergesangsfestes in Naters im Mai, wo mehr als 4000 Kinder der beiden Sprachregionen zusammenkamen, sowie Organisation des Konzertes der OS-Chöre in Conthey und der «chorales lémaniques» (700 Kinder aus Genfersee-Kulturen) im Chablais;
- Beteiligung bei der Ausarbeitung der Programme «activités d'orientation» für die Schüler der 1. bis 6. Primarklassen des Unterwallis und Entwicklung einer Dokumentation über Hockey und Eislaufen sowie praktische Kurse im Schwimmen für die Lehrerschaft des Oberwallis;
- Herausgabe eines Buches über den Tourismus mit dem Titel «Destination Tourisme; mieux connaître pour mieux vivre» für die Lehrerschaft und die Berufsleute im Tourismus;
- Beteiligung an den Arbeiten «Nachhaltige Entwicklung» des Komitees zur Olympiakandidatur Sitten 2006, um zu gegebener Zeit die Lehrerschaft in die Angelegenheit zu integrieren;
- Sammlung keltischer Sagen, für die Schulen z. B. als Hilfsmittel im Bereich der mündlichen Kommunikation;

Die Fachberater haben sich mehrfach an Stellungnahmen beteiligt, insbesondere bei den folgenden Themenkreisen: Lehrmittel; das schweizerische Gesamtsprachenkonzept; die Lehrerweiterbildung, die zukünftig notwendigen audiovisuellen Mittel, ...

Sie haben zudem Seminare oder Kurse ermöglicht, z. B. musikalische Erziehung an der OS, Einführung des neuen Kirchengesangsbuches (Oberwallis); Interkulturalität und Interdisziplinarität; neue Konzepte im Mathematikunterricht der Primar- und Orientierungsschule.

Einige Fachberater haben Prüfungsaufgaben oder Texte ausgearbeitet, um den Lehrpersonen die Möglichkeit zu geben, ihre Schüler und ihr pädagogisches Schaffen nach kantonalen Indikatoren zu reflektieren und zu vergleichen (Ziele, Anforderungen, ...).

Der Fachberater für Informatik hat Lehrpersonen aller Schulstufen (Kindergarten bis Kollegium) Internet-Kurse erteilt. Er hat ein Konzept für den Internetknoten der ORDP entwickelt, auf welches die Klassen des Kantons aufgenommen werden können. Er hat zudem für Lehrpersonen, welche Informatik in den Unterricht integrieren möchten, eine Hilfeleistungsstruktur geschaffen. Die etwa zehnjährige Erfahrung in diesem Bereich erlaubte die Entwicklung eines kantonalen Konzeptes zur Benützung der Informations- und Kommunikationstechnologien.

Schuldokumentation (ORDP-ODIS)

Die Dokumentationszentren in St-Maurice, Sitten und Brig wurden zum Teil informatisiert. In St-Maurice und Brig wurde vor allem die Dokumentation erneuert.

Die Anzahl der Ausleihen (Bücher, Tonkassetten, Videos, Dias, ...) steigt weiterhin, selbst wenn, wie in Brig die Öffnungszeiten wegen Rekatalogisierungsarbeiten reduziert werden mussten.

Die Präsenz der Fachberater in den Dokumentationszentren während der Mittwochnachmittage hat sich trotz Personalmangel in Brig und St-Maurice positiv auf den Besuch dieser Zentren ausgewirkt.

Die Fachberater beteiligten sich aktiv an der Analyse der Bedürfnisse betreffend Dokumentation und an der Erneuerung der vorhandenen Materialien.

Die Dokumentationszentren haben auch Ausstellungen für die Schulen organisiert, wie jene über den Wolf.

Die drei Zentren sind heute eng verbunden mit den Spezialbibliotheken des Kantons und mit der Kantonsbibliothek. So können Doppelspurigkeiten vermieden und bibliotheksübergreifende Ausleihen und breite Informationen entwickelt werden.

Schulinformationsdienst (ORDP - Schulentwicklungszentrum)

Die zwei Publikationen des Departementes «Resonances» und «Mitteilungsblatt» haben ihre Informationsaufgaben gegenüber allen Schulbetroffenen wahrgenommen: 10 Nummern der «Resonances» und 4 Nummern des «Mitteilungsblattes» sind 1998 erschienen. Das Mitteilungsblatt hat seine Information durch pädagogische Themen erweitert, z. B. «Anwendung der Informatik in der Schule».

Um im Rahmen des Möglichen Druckkosten einzusparen, wurden entsprechende Studien durchgeführt.

Unterrichtsmittel (ORDP-ODIS)

Im Bereich «Audiovisuelle Mittel» ist den Schulen neues Material zur Verfügung gestellt worden.

Im Zusammenhang mit audiovisuellen Medien, Multimedien, Foto, Video, ... wurden Kurse für Lehrpersonen aller Schulstufen und zum Teil für Studenten des Lehrerseminars Kurse gegeben oder organisiert.

In der ODIS von St-Maurice wurde eine audiovisuelle Dokumentation über Religion eingerichtet und in der ODIS von Brig wurde eine Bedürfnisanalyse für audiovisuelles Material durchgeführt, um die entsprechende Dokumentation erweitern zu können.

Der Sektor der audiovisuellen Lehrmittel hat auch pädagogische Filme produziert (drehen und schneiden). Angegangene Themen waren: Das Amt für das Sonderschulwesen, die neue Lehrmethode für Deutsch «Tamburin» und die Lehrmethode für Französisch «Jérolami-Boulinier».

Der Sektor Lehrmittelabgabe stellte den Klassen der obligatorischen Schulstufen alle notwendigen Unterlagen für einen guten Unterrichtsverlauf zur Verfügung. Die Benutzer der Lehrmittelablagen in Conthey und Brig wurden zur vollen Zufriedenheit bedient.

Neue Mathematiklehrmittel wurden in den –
2. Primarklassen des Unterwallis und in den
5. Primarklassen des Oberwallis eingeführt. Die neuen Lehrmittel für Deutsch (Tamburin) kamen in den 4. Primarklassen des Unterwallis zum Einsatz.

Die Sparmassnahmen, welche vor einigen Jahren bei den Lehrmittellagestellen eingeführt wurden, wurden fortgesetzt. Ziel dieser Massnahmen ist, die Lagerkosten zu senken um preisgünstige Lehrmittel anbieten zu können.

DIENTSTELLE FÜR UNTERRICHTSWESEN

ADMINISTRATION

Im Unterwallis wurden zwei Inspektionskreise neu besetzt: Herr Denis Métrailler ist seit Januar 1998 verantwortlich für den Kreis I (obligatorische Schulen der Bezirke Monthey und St. Maurice), sowie Frau Marie-Madeleine Luy, die im September 1998 ihre Tätigkeit als Inspektorin des Kreises II für die obligatorischen Schulen der Bezirke Entremont und Martinach aufgenommen hat.

Im Oberwallis ist Frau Lotti Studer als Pädagogische Beraterin des Amtes für Sonderschulwesen zurückgetreten. Am 1. September 1998 hat Herr Hugo Berchtold die Nachfolge von Frau Studer übernommen.

KINDERGÄRTEN UND PRIMARSCHULEN

1. Organisation

SCHÜLERBESTÄNDE

Die Schülerbestände der Kindergärten und Primarschulen haben sich bei Schuljahresbeginn im Herbst 1998 um 10 vermindert. Die nach der Planung im März angekündigte Verminderung der Schülerzahlen konnte im Kindergarten eingehalten werden. In Wirklichkeit betrug der Schülerbestand 228 Schülerinnen und Schüler weniger als im Vorjahr.

ERÖFFNUNG UND SCHLISSUNG VON KLASSEN

	Unterwallis	Oberwallis
Kindergärten	– 10	– 2
Primarschulen	+ 11	+ 2
Spezialklassen	=	=

BESONDERE ORGANISATIONEN

Mehrere Gemeinden kamen aufgrund organisatorischer Probleme oder zur Entlastung von Klassen mit besonders grossen Klassenbeständen in den Genuss von zusätzlichen Unterrichtsstunden. In diesem Sinne ist der Klassendurchschnitt je länger je weniger als zuverlässiger und einziger Indikator zu betrachten.

2. Beschäftigung des Lehrpersonals

Die Zahl der eingeschriebenen arbeitslosen Lehrpersonen ist zu Beginn des Schuljahres 1998/99 erfreulicherweise zurückgegangen. Mehrere Faktoren können diesen Abwärtstrend erklären:

- Eröffnung von mehreren Klassen infolge Erhöhung der Schülerzahlen im schulpflichtigen Alter insbesondere auf Primarschulstufe;
- die Zahl der frühzeitigen Pensionierungen teilweise begünstigt aufgrund der vom Kanton erlassenen Kapitalabfindung;
- Beschäftigung von elf Unterwalliser Junglehrpersonen durch den Kanton Genf;
- die Zunahme der Zahl der Teilzeitbeschäftigten.

3. Unterricht

MUTTERSPRACHE

Unterwallis: Die didaktischen «Sequenzen», die dafür bestimmt sind, die Kompetenz im mündlichen und schriftlichen Ausdruck zu verbessern, sind überarbeitet und den Kantonen zur Vernehmlassung unterbreitet worden. Ihre Aufnahme kann im Allgemeinen als sehr günstig beurteilt werden.

ZWEITE LANDESSPRACHE

Unterwallis: Seit Beginn des Schuljahres 1998/99 sind alle 4. Primarklassen in die neue Methode «Tamburin», welche vorgängig in den Pilotklassen erprobt wurde, eingeführt.

ZWEISPRACHIGKEIT

Die zweisprachigen Versuche in den Schulen von Brig, Siders, Sitten und Monthey sind noch im Gange. Die ersten Beurteilungen und Fazite sind sicher positiv zu werten. Dennoch kann die wissenschaftliche Evaluation der Projekte nicht beendet werden, bevor die Schülerinnen und Schüler die Primarschule abgeschlossen haben. Es empfiehlt sich in der Tat, die in den verschiedenen Fächern erworbenen Kenntnisse vor dem Übertritt in die verschiedenen Angebote der Orientierungsschule zu messen. Aufgrund dieser Überlegungen hat das Departement eine neue Vereinbarung mit dem Institut für Pädagogische Forschung und Dokumentation (IRDP) und dem universitären Forschungszentrum für Mehrsprachigkeit (CURP) unterzeichnet.

MATHEMATIK

Unterwallis: Zu Beginn des Schuljahres 1998/99 hat man die neue Reihe der Mathematiklehrmittel in der zweiten Primarklasse eingeführt. Die Lehrpersonen sind von der Notwendigkeit einer guten Fortbildung überzeugt, um diese Lehrmittelreihe auf optimale Weise anzuwenden.

Oberwallis: Alle Lehrpersonen der 1. bis 3. Primarschulklasse wurden in die neuen Mathematiklehrmittel eingeführt. Ungefähr 40% der Lehrerinnen und Lehrer unterrichten in der 4. Klasse mit dem neuen Lehrmittel und 16 Pilotklassen erproben das neue Lehrwerk Mathematik 5. Gleichzeitig mit dem neuen Lehrmittel wird auch der neue Lehrplan eingeführt.

4. Gesundheitserziehung

Der Staatsrat hat entschieden, definitiv auf die im Rahmen der «Generellen Erziehung und Gesundheitsförderung» eingeführte Methode «Eigenständig werden» zu verzichten. Dieser Entscheid war nach einem Moratorium getroffen worden, das vom Parlament angeregt und vom Staatsrat verfügt worden war. Das entsprechende Gutachten wurde vom Lehrstuhl für Heilpädagogik der Universität Freiburg erstellt.

5. Umwelterziehung

In den letzten vier Jahren wurden alle Lehrpersonen des Oberwallis regionsw» eingeführt. Damit ist eine weitere Lehrpläneinführung abgeschlossen.

6. Übergabeheft in der Primarschule

Auf das Schuljahr 1998/99 wurde das Übergabeheft in den Fachbereichen Mensch & Umwelt, Musik und Technisches Gestalten neu eingeführt. Das Übergabeheft ist verpflichtend und gibt detaillierte Auskunft darüber, an welchen inhaltlichen und instrumentellen Zielsetzungen gearbeitet worden ist und dient neben dem Lehrplan als beachtenswerte Grundlage bei der Planungsarbeit der neuen Lehrperson.

7. Schulhausbauten

1998 zählte die Dienststelle für Unterrichtswesen 189 laufende Dossiers bezüglich den Neubau oder die Renovation von Schulhausbauten im Bereich des Kindergartens und der Primarschule. Die Bewilligung eines Zusatzkredites von Fr. 2'000'000.— machte es möglich, einzelne aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel zurückgestellte Kantonsbeiträge zu regeln.

Kantonsbeiträge, die 1998 ausgerichtet wurden

Oberwallis	1'824'084.—
Unterwallis	4'675'916.—
Total	6'500'000.—

ORIENTIERUNGSSCHULE

Die Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen zeigt in den vergangenen fünf Jahren folgende Veränderungen:

Schuljahre	Schülerzahlen	Anzahl Klassen	Durchschnitt Klassen-grösse	Vergleich m. Vorjahr		
				Schüler	Klassen	D'schn./Kl.
1994/1995	9175	458.5	20.0			
1995/1996	9247	467	19.8	+ 72	+ 8.5	- 0.2
1996/1997	9279	472	19.7	+ 32	+ 5	- 0.1
1997/1998	9217	468	19.7	- 62	- 4	—
1998/1999*	9297	473	19.7	+ 80	+ 5	—

In diesen Zahlen sind die Hilfs- und Sonderschulen, das Kinderdorf Leuk, das Institut St-Raphaël und das Institut Don Bosco in Sitten inbegriffen.

* Im Schuljahr 1998/99 liegt der Klassendurchschnitt bei 20.6 Schülern, ohne die Klassen der Hilfs- und Sonderschulen (41 Klassen mit 394 Schülern).

Die Promotionsprüfungen fanden in beiden Sprachgebieten am 16. und 17. Juni 1998 statt. Die zusätzlichen Aufnahmeprüfungen für die Mittelschulen wurden am 12. August im Oberwallis und am 17. August im Unterwallis organisiert.

Schulhausbauten

Ende 1998 zählte man insgesamt 43 laufende Dossiers im Bereich der Orientierungsschule. Die Gewährung eines Zusatzkredites von Fr. 800'000.— erlaubte es, rückständige Zahlungen auszuführen und verschiedene Dossiers abzuschliessen.

Kantonsbeiträge, die 1998 ausgerichtet wurden

Oberwallis	1'057'651.—
Unterwallis	1'242'349.—
Total	2'300'000.—

SONDERSCHULWESEN

Ziele

Das Amt für Sonderschulwesen hat 1998 folgende Ziele verfolgt:

- Auf die bestmögliche Art und Weise den Kindern mit besonderen Bedürfnissen gerecht zu werden und falls möglich die Integration in die ordentlichen Schulstrukturen anzustreben;
- Den Ablauf des Sonderschulwesens in der Orientierungsschule zu analysieren;
- Das neue Konzept der Pädagogischen Schülerhilfe in Zusammenarbeit mit dem Oberwallis schrittweise einzuführen;
- Eine grosse Untersuchung über die kantonalen Sonderschulinstitutionen und IV-Klassen vorzubereiten.

Situation des Amtes für Sonderschulwesen im Kanton Wallis

Das Sonderschulwesen kümmert sich um Kinder mit speziellen Bedürfnissen. Die Erweiterung der Massnahmen begünstigt stets die Möglichkeit, Kinder in Schwierigkeiten oder mit Behinderungen in ihr natürliches Umfeld zu integrieren. Für das Jahr 1998 ist vor allem hervorzuheben:

- Die Dezentralisierung der Sonderschulstrukturen von Martinach in die Gemeinde Isérables;
- Die Dezentralisierung der Sonderschulstrukturen von Sitten für die Gemeinden Hérémence und Vex; gegenwärtig sind es 11 Walliser Gemeinden, die in ihren ordentlichen Klassen behinderte Kinder mit speziellen Hilfsmassnahmen aufnehmen;
- Die Einführung der Pädagogischen Schülerhilfe in der Gemeinde Arbaz;
- Die Eröffnung einer Klasse im Bereich Vorlehre an der Orientierungsschule Collines in Sitten.

Die Sonderschulwesen in der Orientierungsschule

Die Analyse der Sonderschulstrukturen in den Unterwalliser Orientierungsschulen hat es erlaubt, die Vielseitigkeit und Reichhaltigkeit der vorhandenen Systeme aufzuzeigen, die Vor- und Nachteile aller Modelle zu erläutern und Vorschläge für ein besseres Funktionieren auszuarbeiten.

Projekt R.I.S.C.

Die kantonale beratende Kommission für das Sonderschulwesen hat der Durchführung des Projektes für die Neudefinition der Rolle der kantonalen Sonderschulinstitutionen und IV-Klassen zugestimmt.

Dieses Projekt hat folgende Ziele:

- Definition des Auftrages der Sonderschulinstitutionen und IV-Klassen bezüglich ihrer unterstützenden Funktion des Angebotes der öffentlichen Schulen;

- Definition und Klärung der finanziellen Ressourcen, die der Kanton den Sonderschulinstitutionen und IV-Klassen zur Verfügung stellt;
- Neudefinierung und Klärung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Kanton einerseits und den Sonderschulinstitutionen und den IV-Klassen andererseits.

Die Arbeiten der Kommission beginnen im Januar 1999 und dauern bis Ende 2000.

MITTELSCHULEN

Kollegien

Im August 1998 begannen 4221 Gymnasiasten der Maturitätsabteilungen das neue Schuljahr. Im Vorjahr waren es 4249, also eine Abnahme um 28 Studentinnen und Studenten oder 0.7 %. Der Durchschnitt je Klasse beträgt 22.1 Schüler. Im Juni 1998 wurden 640 Maturitätszeugnisse, im Vergleich zu 619 im Vorjahr, ausgehändigt.

Die neue Ausbildungsform gemäss der Gesetzgebung über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen (MAR) wurde im Schuljahr 1998/99 eingeführt. Im ersten Ausbildungsjahr besuchen alle Schüler dasselbe Programm; im Unterwallis kann zwischen Latein und Italienisch/Wirtschaftswissenschaften gewählt werden. Dieses Jahr bereitet die Schüler auf das Wahlangebot der nächsten Schuljahre vor.

Die Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen zeigt in den verflochtenen fünf Jahren folgende Veränderungen:

Schul-Jahre	Schüler-zahlen	Anzahl Klassen	Durchschn. Klassen-grösse	Vergleich m. Vorjahr		
				Schüler	Klassen	D'schn./Kl.
1994/1995	3988	180	22.2			
1995/1996	4133	183	22.6	+ 145	+ 3	+ 0.4
1996/1997	4182	186	22.5	+ 49	+ 3	- 0.1
1997/1998	4249	190	22.4	+ 67	+ 4	- 0.1
1998/1999	4221	191	22.1	- 28	+ 1	- 0.3

Handelsmittelschulen

Im August 1998 besuchten 1206 Schüler – 707 Schülerinnen und 499 Schüler – in 60 Klassen die Handelsmittelschule. Der Klassendurchschnitt beträgt 20.1 Schüler. 93 Absolventen besuchten die Handelsmittelschule für Sportler und Künstler in Brig (38) und Martinach (55).

Die Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen zeigt in den verflochtenen fünf Jahren folgende Veränderungen:

Schul-Jahre	Schüler-zahlen	Anzahl Klassen	Durchschn. Klassen-grösse	Vergleich m. Vorjahr		
				Schüler	Klassen	D'schn./Kl.
1994/1995	973	51	19.1			
1995/1996	979	48	20.4	+ 6	- 3	+ 1.3
1996/1997	1033	49	21.1	+ 54	+ 1	+ 0.7
1997/1998	1132	55	20.6	+ 99	+ 6	+ 0.5
1998/1999	1206	60	20.1	+ 74	+ 5	- 0.5

Die Kaufmännische Berufsmatura (KBM) verlangt zusätzlich zum Besuch der dreijährigen Handelsmittelschule eine praktische Tätigkeit von 47 effektiven Wochen in einer Unternehmung. Die KBM

wird nach einer zweiten Prüfung erreicht, bei der sich die Kandidaten über praktische Kompetenzen ausweisen müssen. Am 25. November 1998 wurden die ersten KBM-Zeugnisse an 81 Kandidaten übergeben.

Die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler der KBM beläuft sich auf 287 (8 Klassen im 2. Jahr und 7 Klassen im 3. Jahr). Diese Klassen verteilen sich auf die Handelsmittelschulen von Monthey (St-Joseph), Martinach, Sitten, Siders und Brig (Institut St. Ursula).

Diplommittelschule (DMS) und Schule für Berufsvorbereitung (SfB)

Im Zuge tiefgreifender Reformen der Maturitätsschulen, des Berufsbildungswesens (mit der Einführung der Berufsmaturität) und der Entstehung von Fachhochschulen im Tertiärbereich muss auch die DMS ihren Ort und ihr Profil überprüfen. Am 9. Dezember 1998 wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die Ausbildung an der DMS, der SfB und im 10. Schuljahr untersucht.

Im Herbst 1998 besuchten 293 Schülerinnen und Schüler die Klassen für Berufsvorbereitung und 272 die Diplommittelschule. Die Schülerzahl dieser beiden Schultypen ergibt ein Total von 565 aufgeteilt in 27 Klassen (Durchschnitt je Klasse 20.9). Im Vergleich zum Vorjahr ergibt dies eine Abnahme von 1 Schüler (0.2 %) und eine Zunahme von 2 Klassen.

Lehrerseminarien

Die durch das Gesetz vom 17. November 1994 bedingte Abnahme der Schülerbestände konnte programmgemäss fortgesetzt werden. Für die noch verbleibenden zwei Studienjahre beträgt die Zahl der Studierenden 161, welche in 5 Klassen aufgeteilt sind.

Jahre	Sitten	Brig	Total
1994-95	288	212	500
1995-96	266	168	434
1996-97	228	123	351
1997-98	181	85	266
1998-99	106	55	161

Durch diesen starken Stundenabbau sahen sich eine beachtliche Anzahl von Lehrpersonen gezwungen, in anderen Einrichtungen der Sekundarstufe II nach einer Anstellung zu suchen.

Unterwallis:

- Die Aufhebung der Kindergartenklasse hat sich auf die Veränderung besonders stark ausgewirkt.
- Ein leichter Ausgleich konnte durch das Angebot der Zusatzausbildung für arbeitslose Lehrerinnen und Lehrer geschaffen werden. 11 Kindergärtnerinnen absolvieren aufgrund dieser Möglichkeit die Primarlehrerinnenausbildung und 4 Primarlehrpersonen die Ausbildung als Kindergärtnerinnen.
- Von der letzten Aufnahmemöglichkeit ins Seminar haben drei Maturandinnen und Maturanden Gebrauch gemacht.
- Die Lokalitäten des Lehrerseminars sind zum ersten Male von mehr Studentinnen und Studenten des Kollegiums de la Planta besetzt als von Schülerinnen und Schülern des Seminars.
- Die Beibehaltung der jährlichen Veranstaltungen und verschiedene Innovationen wie das Projekt der fünf Studierenden an der Schweizer Schule von Bogota erlauben, die erforderliche Vitalität der Schule zu gewährleisten, die für die zwei letzten Ausbildungsjahre unerlässlich ist.

Oberwallis:

- Zu Beginn des Schuljahres zählte das Seminar von Brig 55 Studentinnen und Studenten in zwei Klassen. Zwei Schülerinnen sind im Verlaufe des ersten Semesters ausgetreten.
- Zwei Austauschschülerinnen (Hörerinnen) aus Rumänien sind in der Kindergartenklasse integriert.
- Drei Schülerinnen und Schüler absolvieren ein zusätzliches Jahr zur Erlangung des Zusatzdiploms als Kindergärtnerin bzw. als Primarlehrerin/Primarlehrer.
- Von der letzten Aufnahmemöglichkeit ins Seminar haben drei innen und Maturandinnen und Maturanden Gebrauch gemacht.
- Drei Räumlichkeiten (Stall) des Institutes St. Ursula sind durch das Kollegium Spiritus Sanctus belegt.

BÜRO FÜR AUSBILDUNG SOWIE SCHÜLER- UND LEHRERAUSTAUSCH

Schuljahr	92/93	93/94	94/95	95/96	96/97	97/98	98/99
Unterwallis/Brig	14	22	39	35	26	39	17
Oberwallis/ Unterwallis	8	8	27	10	32	46	34
Lehrerseminarien:							
Unterwalliser in Brig	5	12	9	5	4	1	-
Oberwalliser in Sitten	8	9	8	5	4	8	2
10. Schuljahr «Immersion»:							
Unterwallis/ Oberwallis					5	1	24
Oberwallis/ Unterwallis					1	5	23
Total :	35	51	83	55	72	100	100

Individuelle

Sommer- austausche:	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	66	60	87	115	147	128	167

1. Austausch Oberwallis\Unterwallis**1.1 Kollegien**

Der leichte Rückgang der Austausche zwischen den Kollegien ist auf die Einführung der neuen Maturität zurückzuführen. Mehrere anfänglich interessierte Schüler/innen haben letztendlich darauf verzichtet, weil sie befürchteten ein anderes System vorzufinden. Diese Tatsache wird in den nächsten Jahren aufgrund der enormen Unterschiede in den Stundentafeln noch vermehrt anzutreffen sein. Das Büro für Schüler- und Lehreraustausch hat schon Massnahmen unterbreitet, damit diese Austausche nicht gänzlich verschwinden.

1.2 10. Schuljahr «Immersion» (4. OS-Klasse «Immersion»)

Diese Möglichkeit, die das bereits bestehende Angebot ergänzt, ist sehr gefragt. Sie beweist damit, dass sie einem wirklichen Bedürfnis entspricht.

1.3 Partnerschaften zwischen den OS

Mehrere Schulzentren arbeiten weiter eng zusammen durch Organisieren von Klassen- oder Korrespondenzaustausche sowie Einzelaustausche (abwechslungsweise).

2. Sommereinzelaustausche

Die oben angeführte Tabelle zeigt, dass die Zahl dieser Austausche ständig wächst. Die Bilanz ist umso erfreulicher, als hier nur die neuen Anmeldungen berücksichtigt werden.

3. Weitere Tätigkeiten

- Ratschläge und Suche nach Partnern für Klassenaustausche
- Ratschläge an Schüler und Eltern für Fragen in Zusammenhang mit Sprachaufenthalten
- Aktive Mitarbeit in den grenzüberschreitenden Projekten (Conseil du Léman, RETA, COTRAO)
- Vertretung des DEKS in mehreren Arbeitsgruppen (CH-Jugend-austausch, Euroguichets, ILA, usw.)

SOZIALPÄDAGOGISCHES AUSBILDUNG-SZENTRUM (SPAZ)

Allgemeine Überlegungen

1. Administration

- Gemäss den Bestimmungen des Reglementes der Schweizerischen Konferenz der Erziehungsdirektoren vom 6. Juni 1997 betreffend die Anerkennung der Diplome für die Höheren Schulen in Sozialarbeit wurde ein offizielles Anerkennungs-gesuch des SPAZ über das Departement an die betreffenden Bundesinstanzen gerichtet.»
- Das Projekt der Westschweizer Fachhochschule «Santé – social» läuft gegenwärtig und sollte in zwei Jahren realisiert sein. Das SPAZ nimmt aktiv in verschiedenen Arbeitsgruppen daran teil und aktualisiert bereits dementsprechend ihre Ausbildungsziele.
- Die Oberwalliser Sozialarbeiter werden zukünftig von einer Organisation und einer Ausbildung profitieren können, mit welcher sie praktisch mit jener aus dem Unterwallis gleichgestellt sind. Der Staatsrat hat in seiner Sitzung vom 14. Oktober 1998 beschlossen, sich finanziell an den Ausbildungen in der Deutschschweiz zu beteiligen. Zusätzlich hat er einer Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit dem SPAZ die Verantwortung über die ständige Ausbildung und die Dokumentation im Bereich der Sozialarbeit übergeben.

2. Pädagogik

- Nach einer vertieften Planungsphase hat der Staatsrat in seiner Sitzung vom 6. März 1998 beschlossen, die zweisprachige Ausbildung im sozialpädagogischen Ausbildungszentrum im Schuljahr 2000/2001 einzuführen.
- Das neue Ausbildungsprogramm ist im September in Kraft getreten. Zudem wurde dem Staatsrat Unterlagen über das Grundkonzept, die Organisation und den Ablauf der Ausbildung sowie ein Reglement für den Erhalt des Diploms unterbreitet.

Tätigkeiten des SPAZ

Grundausbildung

Zu Beginn des Schuljahres 1998/99 betrug der Bestand der regelmässigen Studentinnen und Studenten 160 (1997/98 waren es 129).

– Soziokulturelle Berater	29
– Sozialarbeiter	25
– Kleinkinderzieherinnen	19
– Heimerzieher	75
– Lehrmeister für Behinderte	12

Von diesen Studentinnen und Studenten stammen 146 aus dem Wallis und 14 aus der französischen Schweiz. 82 Studierende absolvieren eine Vollzeitausbildung und 78 eine berufsbegleitende Ausbildung.

Am 15. Dezember 1998 konnten 30 Diplome übergeben werden: 22 an Heimerzieher, 2 an Sozialarbeiter und 6 an Lehrmeister für Behinderte.

120 Kandidatinnen und Kandidaten (1997: 141) haben sich der Aufnahmeprüfung gestellt. 73 (60.85 %) haben die Prüfung mit Erfolg abgelegt und 47 (39.15 %) haben nicht bestanden.

Fortbildung

Zum ersten Mal hat das SPAZ ein Kursprogramm für eine bestimmte Berufsgruppe organisiert und zwar für die Berater der regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV); 105 Personen haben sich dafür eingeschrieben. Im Oberwallis hat die ständige Fortbildung weiterhin Erfolg: 10 Kurse wurden hier organisiert.

Bibliothek

Die Benutzung der Bibliothek hat vor allem durch die Studentinnen und Studenten, die ihre Diplomarbeit vorbereiten, weiterhin zugenommen. Des Weiteren wurde die Bibliothek in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Sozialwesen beauftragt, die Walliser Beiträge zum «Guide social romand» zu erarbeiten.

KANTONALE KOMMISSIONEN

● Kantonale Mittelschulkommission

Die kantonale Mittelschulkommission, deren Mitglieder ebenfalls als Experten an den Maturitäts- und Handelsdiplomprüfungen mitwirkten, hielt im Jahre 1998 fünf Sitzungen ab.

Am 22., 24. und 25. Juni 1998 fanden zum Abschluss der Prüfungen in den Kollegien von Brig, Sitten und St. Maurice Sitzungen der Mittelschulkommission statt. Sie pflegte einen Gedankenaustausch über den Ablauf der Maturitäts- und Diplomprüfungen, nahm Kenntnis von den Ergebnissen und sprach sich über die zu erteilenden Maturitätszeugnisse und Handelsdiplome aus. Am 4. August gab sie ihre Vermehrung zu den hinterlegten Rekursen gegen die Prüfungsergebnisse ab. Eine zusätzliche Sitzung fand am 26. Oktober 1998 statt.

● Kommission für die Höhere Pädagogische Lehranstalt (HPL)

Die Einrichtung der Höheren Pädagogischen Lehranstalt (HPL) nimmt konkrete Formen an. Der Zwischenbericht an den Vorsteher des Departementes für Erziehung, Kultur und Sport wurde sehr gut aufgenommen. Die ausgearbeiteten Hauptpunkte sind:

- Strukturen der HPL (tertiäre Schule mit Kreditsystem)
- Allgemeine Ziele und Inhalte der Ausbildung
- Statut der Direktion und des Lehrpersonals
- Aufnahmebedingungen

Das Ende der Arbeiten ist für Frühling 1999 vorgesehen.

INTERKANTONALE KOORDINATION

Westschweiz: die wichtigsten Arbeiten der CIIP:

- Der Unterricht in der zweiten Sprache und die gewünschte Einführung des Englischunterrichtes als Obligatorium auf der Sekundarstufe I;
- Unterricht in Staatskunde;
- Die interkantonale Zusammenarbeit für die Fortbildung der Schuldirektoren und Schulinspektoren.

Innerschweiz: die wichtigsten Arbeiten der IEDK:

- Das Mehrsprachenkonzept;
- Evaluation der Unterrichtsqualität;
- Das Fortbildungsangebot für Schulleitungen;
- Der Einsatz des Computers in den Schulen

SCHÜLER- UND KLASSENBESTÄNDE (KINDERGARTEN, PRIMARSCHULE, HILFS- UND SONDERSCHULEN)

Schuljahr	Deutsche Sprache			Französische Sprache			Total Kanton		
	Anzahl Schüler	Anzahl Klassen	Klassenmittel	Anzahl Schüler	Anzahl Klassen	Klassenmittel	Anzahl Schüler	Anzahl Klassen	Klassenmittel
1974/1975	11'155	465	24.0	22'950	974	23.6	34'105	1'439	23.7
1975/1976	11'363	474	24.0	23'242	1'004	23.1	34'605	1'478	23.4
1976/1977	11'242	481	23.4	22'675	1'012	22.4	33'917	1'493	22.7
1977/1978	10'971	495	22.2	22'352	1'030	21.8	33'323	1'525	21.9
1978/1979	10'556	499	21.2	21'996	1'041	21.1	32'552	1'540	21.1
1979/1980	10'108	495	20.4	21'521	1'044	20.6	31'629	1'539	20.6
1980/1981	9'590	488	19.6	20'804	1'028	20.2	30'394	1'516	20.0
1981/1982	8'925	471	18.9	19'914	1'017	19.6	28'839	1'488	19.4
1982/1983	8'264	460	17.9	18'921	1'012	18.7	27'185	1'472	18.4
1983/1984	7'710	447	17.2	17'920	1'008	17.8	25'630	1'455	17.6
1984/1985	7'552	448	16.8	17'373	999	17.4	24'925	1'447	17.2
1985/1986	7'409	448	16.5	17'100	993	17.2	24'509	1'441	17.0
1986/1987	7'379	448	16.4	16'875	984	17.1	24'254	1'432	16.9
1987/1988	7'434	453	16.4	16'762	986	17.0	24'201	1'439	16.8
1988/1989	7'498	450	16.6	16'927	983	17.2	24'425	1'433	17.0
1989/1990	7'574	453	16.7	17'101	987	17.3	24'675	1'440	17.1
1990/1991	7'651	475	16.1	17'579	994	17.7	25'230	1'469	17.2
1991/1992	7'812	474	16.5	18'159	996	18.2	25'971	1'470	17.7
1992/1993	7'961	461.5	17.3	18'824	971.5	19.4	26'785	1'433	18.7
1993/1994	8'145	455.5	17.9	19'105	973	19.6	27'250	1'428.5	19.1
1994/1995	8'220	453	18.1	19'495	977.5	19.9	27'715	1'430.5	19.4
1995/1996	8'334	454	18.4	19'808	986.5	20.0	28'142	1'440.5	19.5
1996/1997	8'349	450.5	18.5	20'227	994.5	20.3	28'576	1'445	19.8
1997/1998	8'545	450	18.9	20'249	999	20.3	28'794	1'449	19.9
1998/1999	8'581	449	19.1	20'257	1'003.5	20.2	28'838	1'452.5	19.9

Schüler- und Klassenzahlen der Unterwalliser Orientierungsschulen
Schuljahr 1998/99

SCHULE	System mit integrierten Klassen				System mit Abteilungen					Bes. Organisation				TOTAL																		
	1 IK		2 IK		3 IK		Total		1 S		2 S		1 R		2 R		Total		10. Sj		wk/gk		Klassen				Schüler					
	T	M	T	M	T	M	T	M	T	M	T	M	T	M	T	M	T	M	Kl.	T	M	Kl.	T	M	1.	2.	3.	BO	T	T	M	
Ayent	32	16	23	10	17	8	72	34																2	2	1		5	72	34		
Bagnes	82	44	73	31	63	27	218	102																4	4	3		11	218	102		
Conthey					129	64	129	64	99	47	83	39	98	47	102	50	382	183	1	15	7	2	30	12	9	9	5	3	26	556	266	
Grône	102	50	95	49	78	37	275	136													1	14	6	4	4	4	1	13	289	142		
Hérens	66	28	65	33	44	15	175	76																3	3	2		8	175	76		
Leytron	68	36	88	47	50	30	206	113													1	16	6	3	4	2	1	10	222	119		
Martinach, Ste-J.-Antide	193	94	174	90	134	68	501	252																9	9	6		24	501	252		
Martinach, Ste-Marie	200	87	193	94	144	72	537	253															1	7	1	9	9	7	1	26	544	254
Montana					67	36	67	36	60	27	50	28	46	27	52	20	208	102	1	19	6	1	10	3	5	5	3	2	15	304	147	
Monthey	238	104	219	132	135	64	592	300														8	69	29	10	10	7	8	35	661	329	
Nendaz					52	22	52	22	45	26	39	15	30	15	19	9	133	65				1	9	3	4	3	2	1	10	194	90	
Orsières	42	20	63	35	46	25	151	80																2	3	2		7	151	80		
St. Maurice, Tuilerie					79	32	79	32	56	33	52	29	51	23	74	38	233	123				1	10	3	5	6	4	1	16	322	158	
Siders, Goubing	79	45	82	44	44	19	205	108											2	31	16	3	22	7	4	4	3	5	16	258	131	
Siders, Les Liddes	75	38	81	42	59	33	215	113														2	19	6	4	4	3	2	13	234	119	
Sitten, Les Collines					126	60	126	60	124	65	91	49	71	28	81	41	367	183				4	39	15	10	8	6	4	28	532	258	
Sitten, St-Guérin					120	55	120	55	146	79	116	64	55	17	76	37	393	197	2	42	24	3	26	6	9	9	5	5	28	581	282	
Savièse	59	28	59	32	38	17	156	77																3	3	2		8	156	77		
Troistorrents	86	46	76	39	36	18	198	103																4	4	2		10	198	103		
Vissoie	19	10	32	20	24	9	75	39																1	2	1		4	75	39		
Vouvry	79	39	86	34	41	17	206	90											1	11	5				3	4	2	1	10	217	95	
TOTAL	1420	685	1409	732	1526	728	4355	2145	530	277	431	224	351	157	404	195	1716	853	7	118	58	28	271	97	107	109	72	35	323	6460	3153	

Legende: IK = Integrierte Klassen; S = Sekundar; R = Real; wk = Werkklassen; gk = gemischte Kleinklassen; T = Total; M = Mädchen; BO = Besondere Organisation

N.B. Die Schüler und Klassen des Instituts St. Raphaël (2 Klassen; 10 Schüler, davon 3 Mädchen) und des Instituts Don Bosco (1 Klasse; 12 Schüler, davon 1 Mädchen) sind in dieser Statistik nicht berücksichtigt.

Schüler- und Klassenzahlen der Oberwalliser Orientierungsschulen Schuljahr 1998/99

SCHULE	System mit integrierten Klassen								System mit Abteilungen								Bes. Organisation					TOTAL												
	1 IK		2 IK		3 IK		Total		1 S		2 S		3 S		1 R		2 R		3 R		Total		10. Sj			wk/gk		Klassen				Schüler		
	T	M	T	M	T	M	T	M	T	M	T	M	T	M	T	M	T	M	T	M	T	M	Kl.	T	M	Kl.	T	M	1.	2.	3.	BO	T	T
Brig-Glis						105	60	91	40	58	39	45	21	49	21	56	25	404	206	1	22	14	4	51	21	7	7	6	5	25	477	241		
Fiesch	34	20	43	23	35	17	112	60																		2	2	2		6	112	60		
Gampel	59	28	54	25	43	23	156	76																		3	3	2		8	156	76		
Kippel	15	6	14	9	10	7	39	22																		1	1	1		3	39	22		
Leuk	79	39	57	34	51	22	187	95																		4	3	2		9	187	95		
Leukerbad	24	12	23	13	21	7	68	32																		1	1	1		3	68	32		
Mörel	29	12	36	20	26	16	91	48																		1	2	1		4	91	48		
Münster	27	16	25	14	23	12	75	42																		2	2	1		5	75	42		
Naters					90	38	90	38	73	35	57	34		38	19	54	27	222	115				1	10	5	5	6	4	1	16	322	158		
Raron	45	22	40	28	39	20	124	70																		2	2	2		6	124	70		
St. Niklaus							36	18	19	8	25	17	12	7	10	5	28	9	130	64							3	2	3		8	130	64	
Saas-Grund	55	27	35	17	26	13	116	57																		2	2	1		5	116	57		
Siders	51	22	36	17	26	14	113	53												1	18	13				3	2	1	1	7	131	66		
Simplon-Dorf			7	3	6	2	13	5																					1	1	13	5		
Sitten	9	4	13	9	5	3	27	16																				2	2	27	16			
Stalden							22	7	17	6	15	5	15	9	10	6	14	4	93	37						2	1	2		5	93	37		
Visp							96	45	82	44	58	35	71	39	62	20	63	24	432	207							7	7	6		20	432	207	
Zermatt					50	23	50	23	47	26	35	15	27	13	23	9		132	63								4	3	2		9	182	86	
Total O-VS	427	208	383	212	451	217	1261	637	379	191	301	147	156	96	208	108	208	88	161	62	2	40	27	5	61	26	49	46	37	10	142	2775	1382	
Total U-VS	1420	685	1409	732	1526	728	4355	2145	530	277	431	224	0	0	351	157	404	195	0	0	7	118	58	28	271	97	107	109	72	35	323	6460	3153	
TOTAL	1847	893	1792	944	1977	945	5616	2782	909	468	732	371	156	96	559	265	612	283	161	62	9	158	85	33	332	123	156	155	109	45	465	9235	4535	

Legende: IK = Integrierte Klassen; S = Sekundar; R = Real; wk = Werkklassen; gk = gemischte Kleinklassen; T = Total; M = Mädchen; BO = Besondere Organisation

N.B. Die Schüler und Klassen des Kinderdorfes Leuk (5 Klassen; 40 Schüler, davon 17 Mädchen) sind in dieser Statistik nicht berücksichtigt.

**Schüler- und Klassenbestände je Mittelschule und Abteilung
1996/1997 bis 1998/1999**

Schule - Abteilung	1996/97		1997/98		1998/99	
	Schüler	Klassen	Schüler	Klassen	Schüler	Klassen
Brig - Kollegium Spiritus Sanctus	1115	50	1169	51	1183	54
* 1. Jahr					237	10
* B	302	12	281	13	215	10
* C	276	12	305	13	226	10
* D	264	12	260	12	220	10
* E	298	13	311	13	247	11
* HMS (Sportler u. Künstler)	29	2	32	3	38	3
Sitten - Collège des Creusets	1008	43	992	43	977	43
* 1. Jahr (Wahl I)					70	3
* 1. Jahr (Wahl II)					160	7
* A + B	338	14	310	13	227	10
* C	472	20	474	21	357	16
* E	198	9	208	9	163	7
Sitten - Collège de la Planta	726	32	809	35	781	36
* 1. Jahr (Wahl I)					83	4
* 1. Jahr (Wahl II)					99	4
* B	322	14	338	15	239	11
* D	404	18	471	20	360	17
Sitten - Lehrerseminar	228	11	174	8	106	5
Sitten - Handelsmittelschule	759	35	836	37	846	39
* 1. Jahr (Wahl II)					58	3
* E	242	12	263	12	192	9
* Handelsmittelschule	265	11	296	13	322	14
* Diplommittelschule	89	4	104	4	123	5
* Schule für Berufsvorbereitung	163	8	173	8	151	8
St-Maurice - Collège de l'Abbaye	1'066	50	1'028	49	1'068	49
* 1. Jahr (Wahl I)					132	5
* 1. Jahr (Wahl II)					161	6
* A + B + L/sc.	402	18	368	16	276	13
* C	251	12	225	12	164	8
* D	196	10	212	10	177	9
* E	217	10	223	11	158	8
Brig - Institut St. Ursula	397	18	363	16	351	16
* Lehrerseminar	124	7	77	4	55	2
* Handelsmittelschule	152	6	158	7	168	8
* Diplommittelschule	78	3	84	3	81	4
* Schule für Berufsvorbereitung	43	2	44	2	47	2
Siders - Handelsmittelschule	166	8	202	9	231	12
Monthey - Handelsmittelschule	159	8	192	9	186	9
Martigny - Handelsmittelschule	262	14	252	14	261	14
* Handelsmittelschule	196	10	194	10	206	10
* HMS (Sportler u. Künstler)	66	4	58	4	55	4
St. Maurice - La Tuilerie	157	7	161	8	163	8
* Diplommittelschule	54	3	58	3	68	3
* Schule für Berufsvorbereitung	103	4	103	5	95	5
Total	5'869	277	6'024	282	6'153	285
Vgl. mit dem Vorjahr	--	--	+ 155	+ 5	+ 129	+ 3

Sitten, 24.09.98

Wahl I = Latein; Wahl II = Wirtschaft / Italienisch

VERGLEICHSTABELLE DER RESULTATE DER DIPLOMPRÜFUNGEN 1996 / 1997 / 1998

SCHULEN		HMS												HMS (Richtung KBM)					
		Kandidaten		Wahl		Bestanden				Nicht bestanden				Kandidaten		Bestanden		Nicht bestanden	
		T	M	I	II	I	II	T	M	I	II	T	%	T	M	T	M	T	%
BRIG	St. Ursula Kollegium	26	15	10	16	9	15	24	14	1	1	2	7.7	21	13	21	13	-	-
		8	3	8	-	8	-	8	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
SIDERS	HMS	25	15	25	-	23	-	23	15	2	-	2	8.0	16	7	14	7	2	12.5
SITTEN	HMS	53	37	53	-	45	-	45	29	8	-	8	15.1	20	7	18	5	2	10
MARTINACH	HMS	49	4926	49	-	40	-	40	23	9	-	9	18.4	14	11	14	11	-	-
MONTHEY	HMS St. Joseph	28	16	28	-	24	-	24	13	4	-	4	14.3	29	18	26	18	3	10.3
	1998	189	5012	173	-	149	-	164	97	24	-	25	13.2	100	56	93	54	7	7.0
	1997	155	97	143	12	124	12	136	87	19	-	19	12.3	101	66	93	64	8	7.9
	1996	306	200	294	12	260	12	272	176	34	-	34	11.1	-	-	-	-	-	-

Abkürzungen: T = Total Wahl I = Mathematik
M = Mädchen Wahl II = Bürokommunikation

Sitten, 23. Juli 1998

VERGLEICHSTABELLE DER RESULTATE DER MATURAPRÜFUNGEN 1996 / 1997 / 1998

Maturatypen Schulen-Jahr		Matura A + B + L/sc.					Matura C					Matura D					Matura E					Total Matura				
		Total Kand.	Total bestanden	Mädchen bestanden	nicht bestanden	% nicht bestanden	Total Kand.	Total bestanden	Mädchen bestanden	nicht bestanden	% nicht bestanden	Total Kand.	Total bestanden	Mädchen bestanden	nicht bestanden	% nicht bestanden	Total Kand.	Total bestanden	Mädchen bestanden	nicht bestanden	% nicht bestanden	Total Kand.	Total bestanden	Mädchen bestanden	nicht bestanden	% nicht bestanden
BRIG Kollegium	1998	55	55	36	-	0.0	52	52	15	-	0.0	37	36	33	1	2.7	48	46	14	2	4.2	192	189	98	3	1.6
	1997	48	45	38	3	6.3	38	38	5	-	0.0	34	34	23	-	-	61	58	25	3	4.9	181	175	91	6	3.3
	1996	49	47	28	2	4.1	37	36	3	1	2.7	18	18	13	-	-	44	43	19	1	2.3	148	144	63	4	2.7
ST. MAURICE Kollegium	1998	58	56	30	2	3.4	26	25	1	1	3.8	24	23	19	1	4.2	40	37	15	3	7.5	148	141	65	7	4.7
	1997	76	72	36	4	5.3	47	40	9	7	14.9	11	10	9	1	9.1	37	30	10	7	18.9	171	152	64	19	11.1
	1996	59	53	32	6	10.2	27	24	7	3	11.1	16	14	10	2	12.5	42	41	16	1	2.4	144	132	65	12	8.3
SITTEN Kollegium Les Creuset	1998	68	66	44	2	2.9	75	68	28	7	9.3						38	36	13	2	5.3	181	170	85	11	6.1
	1997	71	69	48	2	2.8	61	57	12	4	6.6						27	25	6	2	7.4	159	151	66	8	5.0
	1996	46	40	24	6	13.0	74	71	16	3	4.1						50	47	10	3	6.0	170	158	50	12	7.1
SITTEN Kollegium La Planta	1998	55	51	32	4	7.3						54	50	39	4	7.4						109	101	71	8	7.3
	1997	44	42	26	2	4.5						52	49	41	3	5.8						96	91	67	5	5.2
	1996	48	44	26	4	8.3						41	38	30	3	7.3						89	82	56	7	7.9
SITTEN Handels- mittelschule	1998																42	39	11	3	7.1	42	39	11	3	7.1
	1997																53	50	17	3	5.7	53	50	17	3	5.7
	1996																56	52	20	4	7.1	56	52	20	4	7.1
TOTAL je Maturaty	1998	236	228	142	8	3.4	153	145	44	8	5.2	115	109	91	6	5.2	168	158	53	10	6.0	672	640	330	32	4.8
	1997	239	228	148	11	4.6	146	135	26	11	7.5	97	93	73	4	4.1	178	163	58	15	8.4	660	619	305	41	6.2
	1996	202	184	110	18	8.9	138	131	26	7	5.1	75	70	53	5	6.7	192	183	65	9	4.7	607	568	254	39	6.4

DIENSTSTELLE FÜR BERUFSBILDUNG

Verwaltung

KOMMISSIONEN

Die vom Staatsrat oder vom Vorsteher des Departements eingesetzten Kommissionen unterstützen die Dienststelle in ihrem Bestreben, die Berufsbildung den modernen Anforderungen anzupassen:

- Kantonale Berufsbildungskommission
- Kantonale Berufsmaturitätskommission
- Kommission zur Förderung der beruflichen Fort- und Weiterbildung

Verschiedene parlamentarische Interventionen und die Entwicklung in den Berufen der modernen Kommunikation haben den Staatsrat veranlasst, von der Dienststelle eine Studie über die Schaffung von „Vollzeitausbildungsgängen an den Berufsschulen“ zu verlangen. Eine Arbeitsgruppe, in der die Wirtschaftskreise und die Schulen vertreten sind, wurde beauftragt, alle möglichen Varianten zu prüfen. Der Schlussbericht soll im Frühling 1999 hinterlegt werden.

VERWALTUNG

Die schwierige Wirtschaftslage stellt grössere Verpflichtungen und Anforderungen an die Dienststelle. Umstrukturierung und Schliessung von Klein- und Mittelbetrieben haben zur Folge, dass zahlreiche Lehrlinge den Arbeitsplatz wechseln müssen, was viele Aussprachen auslöst.

Die Zahl der Vertragsauflösungen infolge Betriebsschliessung, Konkurs und Abbau von Arbeitsplätzen ist stark gestiegen. Im Jahre 1998 wurden 576 Lehrverhältnisse aufgelöst. Dank der guten Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Ausbildern in den Betrieben ist es gelungen, für diese Lehrlinge und Lehrtöchter öfters nach zahlreichen Interventionen Anschlusslösungen zu finden.

Der Bundesbeschluss über Massnahmen zur Verbesserung des Lehrstellenangebotes in den Jahren 1997–1998, 1998–1999 und 1999–2000 und die kantonalen Ergänzungsmassnahmen haben es ermöglicht, verschiedene Ausbildungskosten vom Staat zu übernehmen, namentlich bei den Einführungskursen und bei den Materialkosten der Lehrabschlussprüfungen. Dieses Finanzierungskonzept wurde von den Betrieben sehr geschätzt.

Die Aufwertung der technischen, gewerblichen und kaufmännischen Berufsmaturität forderte zahlreiche Koordinationsbesprechungen auf kantonaler und eidgenössischer Ebene. Die Eidgenössische Maturitätskommission hat die Klassen im Kanton regelmässig besucht.

Nachdem die Technische Berufsmaturität im Jahre 1997 im Ober- und Unterwallis anerkannt wurde, erlangte im Januar 1998 auch die Kaufmännische Berufsmaturität aufgrund der hinterlegten Berichte ihre Anerkennung durch das BBT.

Lehrmeister und Jugendliche wurden laufend über die eingeführten Maturitätstypen und über die Aufnahmebedingungen informiert.

Gegenwärtig laufen Verhandlungen mit dem BBT über die Anerkennung als Pilotprojekt einer künstlerischen Berufsmaturität an der Kunstgewerbeschule Wallis.

Der Erlass des Gesetzes über die Beschäftigung und die Massnahmen zu Gunsten von Arbeitslosen verpflichtet die Ämter für Berufsberatung zur Beratung von Arbeitslosen über Wiedereinglie-

derungsmassnahmen und zur Erkennung und Validierung von erworbenen Kenntnissen; zahlreiche Sitzungen mit Verantwortlichen des Volkswirtschaftsdepartementes und der Wirtschaftsregionen waren notwendig, um den guten Lauf der fünf Berufsinformationszentren (BIZ) zu gewährleisten.

Selbst wenn die Zahl der Arbeitslosen im Jahre 1998 leicht rückläufig war, wurden in den Berufsschulen zahlreiche Umschulungs- und Wiedereingliederungskurse angeboten.

Der im Jahre 1996 in Zusammenarbeit mit den zuständigen Berufsorganisationen eingeführte Beruf der Gäste-Empfangsassistentin HGA, der die Attraktivität der gastgewerblichen Berufe steigern und die Mobilität in diesem Wirtschaftssektor verbessern sollte, registriert nach wie vor ein reges Interesse. An den Berufsschulen von Brig und Sitten werden regelmässig Fachklassen geführt.

Die administrativen Arbeiten der Dienststelle nehmen auch in folgenden Bereichen zu:

- Einführung von neuen Ausbildungsgängen;
- Ausbau der beruflichen Fort- und Weiterbildung für gelernte Berufsangehörige;
- Mitarbeit in verschiedenen Kommissionen, die sich mit der Zusammenlegung des Unterrichtes für verwandte Berufe befassen;
- Vermehrte Zusammenarbeit mit dem Departement für Finanzen und Volkswirtschaft für die koordinierte Ausbildung in der Hauswirtschaft.

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT IN DER BERUFSBILDUNG

Das BBT hat in Zusammenarbeit mit den Kantonen verschiedene Informationsaktionen eingeleitet, um die Berufslehre aufzuwerten und Wirtschaftskreise, Eltern und Jugendliche für das globale Angebot der Berufsbildung zu sensibilisieren. Sie sind vorwiegend auf die tiefgreifenden Veränderungen in der Wirtschafts- und Arbeitswelt ausgerichtet und versuchen, Jugendliche für die Berufslehre zu begeistern und sie auf den beruflichen Langzeitlernprozess vorzubereiten.

Das Bundesgesetz über die Berufsbildung ist zwanzig Jahre alt und wird jetzt einer grundlegenden Revision unterzogen, weil die Vorschriften stets mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt halten müssen. In zahlreichen Sitzungen wird ein Entwurf ausgearbeitet, der voraussichtlich Ende 1999 den Eidg. Räten vorgelegt wird.

Das neue Ausbildungskonzept verlangt nach einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Lehrplangestaltung.

ENTWICKLUNG IN DER BERUFSLEHRE

Am 1. Dezember 1998 zählte der Kanton bei einem Total von 6511 Lehrtöchtern und Lehrlingen deren 138 mehr als im Vorjahr.

Bis 1994 registrierten wir einen Rückgang der Bestände; seit vier Jahren steigen sie wieder merklich. Zwei Gründe können vorgegeben werden: mehr Lehrlinge und Lehrtöchter im ersten Lehrjahr und eine steigende Zahl Jugendlicher in einer Zweitausbildung.

2272 Lehrlinge des ersten Lehrjahres konnten in den 150 bei uns möglichen Berufen ohne erhebliche Schwierigkeiten untergebracht werden, obwohl sich zahlreiche Betriebe in einer heiklen Wirtschaftslage befinden. Die guten Beziehungen, welche die Dienststelle mit den Lehrbetrieben pflegt und die Unterstützung durch die Berufsverbände, sind namhaft für diese positive Situation verantwortlich. Lediglich in einigen Berufen deckte das Lehrstellenangebot die Nachfrage nicht ab.

Für die Akquisition von neuen Lehrstellen wurde namentlich in Berufen mit geringem Angebot eine intensive Aktion gestartet; dabei wird auch ein Lehrstellenangebot im Verbund unter mehreren Betrieben eingehend evaluiert.

In Zusammenarbeit mit den Ämtern für Berufsberatung wurde bei allen Lehrmeistern und bei allen schulentlassenen Jugendlichen eine Erhebung über das vorhandene Stellenangebot bzw. über die Berufswünsche durchgeführt, um dadurch die Besetzung zu erleichtern. Ab anfangs Juni wurden alle Jugendlichen, die noch keine Lehrstelle gesichert hatten, durch den Berufsberater persönlich verfolgt und im Hinblick auf eine gute Lösung beraten.

Im Vollzug des Bundesgesetzes über die Berufsbildung wurden im Jahre 1998 mehrere Reglemente über Einführungskurse in Kraft gesetzt. Die berufliche Grundausbildung wird durch diese Kurse wesentlich verbessert. Die Bemühungen müssen fortgesetzt werden, damit die Jugendlichen ihre berufliche Mobilität verbessern können.

Die Ausbildungs- und Prüfungsreglemente werden laufend angepasst. Jede Neuerung von eidgenössischen Ausbildungsvorschriften bedingt für die Dienststelle einen regionalen Informations- und Ausbildungskurs für Lehrmeister.

Dank des totalen Einsatzes zahlreicher Experten und der Schuldirektionen konnten die Lehrabschlussprüfungen in guten Bedingungen durchgeführt werden.

Um die beste Koordination zwischen den Berufsschulen unter sich und mit den Ämtern für Berufsberatung herbeizuführen, wurden regelmässige Sitzungen mit den Direktoren abgehalten.

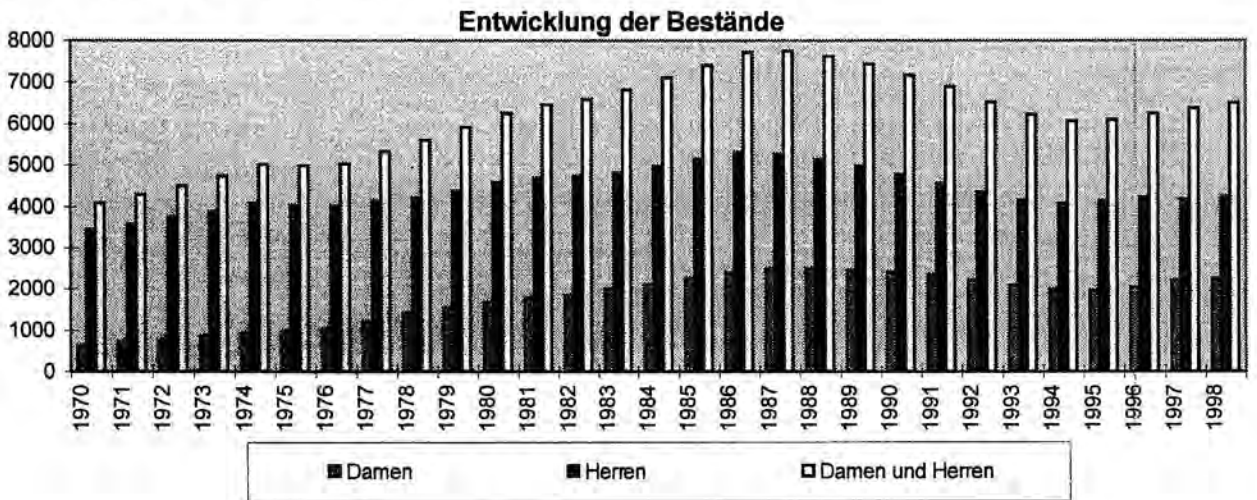
Die steigende Zahl fremdsprachiger Jugendlicher mit festem Aufenthalt in der Schweiz, deren Sprachkenntnisse für eine erfolgreiche Lehre ungenügend sind, veranlasste die Dienststelle, nach den Weisungen des BIGA an den Berufsschulen von Visp und Martinach eine Integrationsklasse bzw. eine Vorlehrklasse zu führen. Jugendliche aus diesem einjährigen Sprachstudium sind grundsätzlich in der Lage, erfolgreich eine Berufslehre zu beginnen.

BESTÄNDE

Zusammensetzung der Bestände:

	1.12.1995	1.12.1998
Lehrlinge des 1. Lehrjahres	2131	2272
Lehrlinge des 2. Lehrjahres	1869	2029
Lehrlinge des 3. Lehrjahres	1518	1696
Lehrlinge des 4. Lehrjahres	594	514
Total Lehrlinge	4147	4256
Total Lehtöchter	1965	2255
Lehrlinge französischer Sprache	4024	4300
Lehrlinge deutscher Sprache	2088	2211
Total der Lehrlinge	6112	6511
Integrationsklasse für Ausländer	13	27
Vollzeit-BMS	43	79
Gesamtbestand	6168	6617

Entwicklung der Bestände



LEHRMEISTERKURSE

Im Jahre 1998 sind 17 Kurse durchgeführt worden, wovon 13 im Unterwallis und 4 im Oberwallis. An 292 Teilnehmer wurde eine Bestätigung über den Kursbesuch ausgestellt. Das Bundesgesetz verpflichtet alle Lehrmeister, die erstmals einen Lehrling/eine Lehrtochter ausbilden, zum Besuch eines Kurses von 40 Lektionen.

Seit Beginn der obligatorischen Lehrmeisterkurse im 1981 sind in 170 Kursen 3156 Ausbilder auf ihre Aufgabe vorbereitet worden.

SCHUL- UND LEHRLINGSINSPEKTORAT

Unterricht

Die Eröffnung des Schuljahres bereitet alljährlich einige Mühe, weil die definitiven Lehrlingsbestände nicht vor Schulbeginn bekannt sind. Trotz zahlreicher Aufforderungen verlangen viele Lehrmeister den Vertrag für den Lehrling erst Ende August.

Verschiedene Berufe weisen sehr geringe Lehrlingsbestände auf. Deshalb wird von den Schuldirektionen zu Beginn des Schuljahres

verlangt, dass Lehrlinge verwandter Berufe in Sammelklassen zusammengezogen oder Mehrstufenklassen für zwei Lehrjahre gebildet werden. So werden die Klassenbestände erhöht, wobei die Eigenheiten der verschiedenen Berufe berücksichtigt werden müssen.

Zusammen mit den Schuldirektoren besuchte der Inspektor regelmässig den Unterricht der Voll- und Nebenamtlehrer. Dabei wurde den Lehrern Unterstützung und Rat zuteil. Besondere Beachtung wurde der Einhaltung der Lehrpläne und der Erneuerung der didaktischen Hilfsmittel geschenkt.

Der Inspektor war an der Einführung der neuen Normallehrpläne im Fach Allgemeinbildung beteiligt. Die ersten Lehrabschlussprüfungen nach diesem neuen Konzept werden im Jahre 1999 abgenommen, was von den betroffenen Lehrern eine beträchtliche Vorbereitung verlangt.

Mit den Berufsschulen und mit den Verantwortlichen der Berufsverbände hat der Inspektor mehrere Sitzungen für Lehrmeister organisiert, um die Ausbilder über die neuen Ausbildungsvorschriften zu informieren.

Zahlreiche Lehrer haben Weiterbildungskurse des Schweizerischen Institutes für Berufspädagogik und des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie besucht, vorwiegend im Bereich der Einführung von neuen Lehrplänen. Ferner wurde in den Schulen die interne Weiterbildung für das Lehrpersonal gepflegt.

Aufsicht

In allen Berufen wird die praktische Ausbildung in den Betrieben durch den Inspektor bzw. durch die Berufskommissäre überwacht. Es handelt sich um eine wichtige Aufgabe, um die Ausbilder über neue Ausbildungs- und Lernkonzepte zu informieren und den Lehrlingsaustausch mit anderen Betrieben zu fördern.

Wegen der prekären Situation auf dem Arbeitsmarkt und des rückläufigen Arbeitsvolumens in verschiedenen Betrieben, mussten viele Betriebsbesichtigungen und Aussprachen angeordnet werden, damit Lehrlinge fachgemäss nach den Vorschriften des Reglements ausgebildet werden.

Die Auflösung von Lehrverträgen sind für den Inspektor und den Berufskommissär eine Mehrbelastung; es ist nicht immer leicht, die Fortsetzung der Ausbildung in einem anderen Betrieb zu organisieren.

Die örtlichen Lehrlingskommissionen wurden mit den nötigen Unterlagen bedient, damit sie ihre Aufsichtsfunktion wahrnehmen können. Eine Grosszahl der Kommissionen leisten ihre Mitarbeit gewissenhaft und schicken die Inspektionsberichte regelmässig. Der Inspektor hat an mehreren Kommissionssitzungen teilgenommen und stets darauf gepocht, dass auch die kommunalen Instanzen bei der Suche nach neuen Lehrstellen mitwirken.

Mehrere Gemeinden führen Stützkurse durch, um schwachen Lehrlingen vorwiegend im Bereich der Allgemeinbildung Nachhilfe zu bieten.

Berufskommissäre werden regelmässig über aktuelle Massnahmen zur Verbesserung der Ausbildung informiert.

Die Zahl der Jugendlichen in der Anlehre steigt leicht an. Die Verwaltungs- und Kontrollaufgaben verlangen vom Inspektor und von den Kommissären viel ab. Es kann aber mit Genugtuung festgestellt werden, dass dank der Anlehre eine ansehnliche Zahl von Jugendlichen eine Ausbildung erhalten, die ihren Fähigkeiten entspricht; manche können in eine praktische Lehre übertreten.

BERUFLICHE WEITERBILDUNG

Berufliche Fort- und Weiterbildung muss ständig ausgebaut werden. Zu diesem Zweck wird das Kursangebot der Berufsschulen in einer Broschüre zusammengefasst. Die Zahl der Weiterbildungskurse und der Vorbereitungskurse auf Berufs- und Meisterprüfungen steigt von Jahr zu Jahr. Eine Kommission, die mit dem Ausbau der Kurse und mit deren Koordination beauftragt ist, sorgt dafür in Zusammenarbeit mit den Berufsorganisationen.

Besonders gefördert werden Personen, die gewillt sind, ihr berufliches Können und Wissen in der eigenen Region laufend zu vertiefen.

In den Berufsschulen des Kantons wurden mehr als 200 Weiterbildungskurse durchgeführt; ein Teil davon in Zusammenarbeit mit den Verbänden und den paritätischen Berufsbildungskommissionen.

Die Dienststelle hat viele Weiterbildungsangebote der Verbände im Kanton und ausserhalb des Kantons finanziell unterstützt.

LEHRABSCHLUSSPRÜFUNGEN

Statistik

	Unterwallis	Oberwallis	Kanton
1. Lehrlinge			
Geprüfte Kandidaten(innen)	1261	715	1976
Ausgestellte Fähigkeitszeugnisse	1119	641	1760
Anzahl Berufe	102	79	108
2. Nach Artikel 41 des Bundesgesetzes zugelassene Kandidaten			
Geprüfte Kandidaten(innen)	67	7	74
Ausgestellte Fähigkeitszeugnisse	58	5	63
Anzahl Berufe	13	3	14
3. Kandidaten der Praktischen Lehre			
Geprüfte Kandidaten(innen)	9	4	13
Ausgestellte Ausweise	7	4	11
Anzahl Berufe	8	3	11
4. Berufsmittelschule			
Geprüfte Kandidaten(innen)	41	35	76
Ausgestellte Zeugnisse	40	34	74
5. Berufsmaturität-Vollzeit			
Geprüfte Kandidaten(innen)	51	37	88
Ausgestellte Zeugnisse	48	35	83
6. Anlehrausweise			
Ausgestellte Ausweise	64	20	84

BERUFSSCHULUNTERRICHT

Wie auf anderen Bildungsstufen erfährt auch der Berufsschulunterricht eine grundlegende Veränderung. Der neue Normallehrplan in Allgemeinbildung ist nun in allen Klassen und Schulen eingeführt. Das neue interdisziplinäre Ausbildungskonzept will die Qualität des Unterrichtes optimieren und verlangt vom Lehrpersonal ein Umdenken und Lehren in Arbeitsgruppen. Erste Erfahrungen werden positiv bewertet.

Die Vielzahl von Lehrberufen stellt die Schulleitungen vor die schwierige Aufgabe der homogenen Klassenzusammensetzung. Wenn immer möglich werden rationelle Lösungen gesucht, die es

unseren Jugendlichen erlauben, den Pflichtunterricht an den eigenen Berufsschulen zu besuchen; die Minimalforderungen des BBT und die kantonalen Sparmassnahmen müssen dennoch eingehalten werden. So kommt es, dass Lehrlinge aus Berufen mit sehr kleinen Beständen als ultima ratio interkantonalen Fachklassen zugewiesen werden.

Am Ende eines jeden Semesters ladet die Schuldirektion alle Lehrlinge mit ungenügenden Leistungen, ihre Eltern und den Lehrmeister zu einer Besprechung ein; hier wird nach Lösungen gesucht, damit der Jugendliche einen Beruf erlernen kann, der seiner Eignung und seinen Fähigkeiten entspricht.

Den Klassen der technischen, gewerblichen und kaufmännischen Berufsmaturität ist ein stattlicher Erfolg beschieden. 472 Lehrlinge und Lehtöchter besuchen diese Klassen im Kanton. Die Berufsmatura wertet die Lehre gegenüber anderen Ausbildungsrichtungen auf.

Die Zahl ausländischer Lehrlinge, die dem Unterricht in der landesüblichen Sprache nicht folgen können steigt vor allem im Unterwallis an. Es werden Massnahmen getroffen, um diese Jugendlichen zu integrieren.

Zu Beginn des Schuljahres 1998/1999 hat Frau Anita Burrin Frau Anne-Marie Afdiot als Leiterin der Familienhelferinnenschule Sitten, die der Berufsschule Sitten angegliedert ist, abgelöst. Frau Afdiot hatte die Altersgrenze erreicht.

Nach der Kündigung von Herrn Michel Logean, Direktor, rückte auf den 1. September 1998 der Berufsschullehrer Jean-Jérôme Filliez auf diesen Posten nach.

Bestände in den Berufsschulen am 1. Dezember 1998

Schuljahr 1998/1999

Schulen	Lehrlinge/ Lehtöchter	Anlehre	Praktische Lehre	Total	Berufsmaturität		Integrations- klasse für Ausländer
					Vollzeit	Lehrbe- gleitend	
Gewerbliche Berufsschule Brig	519	22	7	548	–	–	–
Kaufmännische Berufsschule Brig	512	9	–	521	8	75	–
Gewerbliche Berufsschule Visp	672	8	6	686	18	94	11
Kaufmännische & gewerbliche Berufsschule Sitten	2921	76	24	3021	53	224	–
Gewerbliche Berufsschule Martinach	762	26	5	793	–	–	16
Ausserkant. Schulen: deutschsprachig	421	–	–	421	–	–	–
französischsprachig	412	–	3	415	–	–	–
Ecole ménagère rurale Châteauneuf	13	–	–	13	–	–	–
Klubschule Migros Brig	93	–	–	93	–	–	–
Total	6325	141	45	6511	79	393	27

Einführungs- und Stützkurse, Freifächer 1997/1998

Anzahl Lehrlinge

Schulen	Einführungskurse	Stützkurse	Freifächer
Gewerbliche Berufsschule Brig	379	212	77
Kaufmännische Berufsschule Brig	65	141	22
Gewerbliche Berufsschule Visp	–	163	80
Kaufmännische & gewerbliche Berufsschule Sitten	2352	179	107
Gewerbliche Berufsschule Martinach	219	43	25
Total	3015	738	311

STUDIEN- UND BERUFSBERATUNG

Unterwallis

Das Jahr 1998 ist für das Amt für Berufsberatung gekennzeichnet durch die systematische Einführung von neuen Technologien im Dienste der modernen Kommunikation, durch die Erarbeitung von neuen Unterlagen für die Berufswahlerziehung und durch das Angebot dieser Dienstleistungen für Erwachsene.

- Im Bereich der neuen Informationstechnologie hat das Amt die Vernetzung der vier Berufsinformationszentren fertiggestellt. Die systematische Benützung des elektronischen Mailings erleichtert und verstärkt die Kontakte innerhalb des Amtes und mit den regulären Partnern, namentlich mit regionalen Arbeitsvermittlungszentren.

Die Permanenzen in den verschiedenen Schulen werden mit PCs ausgerüstet. Mehrere Schulen verfügen bereits über Kommunikationsanschlüsse; die Netzverbindungen sollen im Jahre 1999 abgeschlossen werden. Das Amt wird dadurch in die Lage versetzt, jeden Arbeitsplatz mit den neuesten Informationen über Schulen, Berufe, Ausbildungsgänge und das Lehrstellenangebot zu informieren.

Diese neuen Kommunikationsmittel führen dazu, das Informationssystem neu zu überdenken. Die rund 10'000 Datenträger, welche die Dokumentationsstelle erarbeitet und auf dem neuesten Stand hält, können jetzt auf dem Internet oder auf CD-ROM angeboten werden.

- Das Amt testet jetzt in zwölf Klassen der Orientierungsschule das neue Lehrmittel über die Berufswahlerziehung. Es wurde in Zusammenarbeit mit erfahrenen Lehrkräften ausgearbeitet, wobei die achtjährige Erfahrung des früheren Lehrprogrammes einbezogen werden konnte. Die neue Fassung wird sehr geschätzt und kann ab dem Schuljahr 1999/2000 in allen Schulen systematisch eingesetzt werden.
- Im Rahmen seiner vielseitigen Beschäftigung hat das Amt eine besondere Dienstleistung angeboten. Für eine Unternehmung, die mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, setzt sich das Amt für die Versetzung von Arbeitskräften in andere Betriebe ein. Es hat auch einen subventionierten Stellenvermittler für Teilzeitbeschäftigungen eingerichtet und getestet. Mit seiner zehnjährigen Erfahrung ist das Amt an führender Stellung im Bereich der Erkennung und Validierung von Kompetenzen.
- Einige Zahlen:
 - Im Jahre 1998 nahmen 4373 Jugendliche und Erwachsene die Dienste des Amtes in Anspruch. Für 94 % der Ratsuchenden wurde eine befriedigende Lösung gefunden.
 - Mehr als 3600 Schüler nahmen an Betriebs- und Schulbesichtigungen teil; 2039 Schüler absolvierten eine gut vorbereitete Schnupperlehre. Alle Schüler der Abschlussklassen der Oberstufe nahmen an Informationstagungen und Universitäts- und Fachhochschulbesuchen teil.
 - Ungefähr 14500 Personen suchten ein Berufsinformationszentrum auf. 8272 Erwachsene, vorwiegend Arbeitssuchende, gelangten in den Genuss einer vollständigen Abklärung oder besuchten ein Wiedereingliederungs-Seminar. An 28 Personen wurde eine Bestätigung über die Erkennung und Validierung von Kompetenzen ausgestellt.
 - Der Bereich «berufliche Wiedereingliederungsmassnahmen», der vollumfänglich durch die Mittel des Bundes gegen die Arbeitslosigkeit finanziert wird, erfährt einen starken Aufschwung. 1918 Personen gelangten in den Genuss einer Laufbahnberatung. 4868 Personen nahmen an einer Informationstagung teil und 1486 beteiligten sich an einem Eingliederungsatelier.
 - Das Amt nahm ferner Einsitz in mehr als 20 Kommissionen, die sich mit Fragen der Berufsberatung auseinandersetzen.

Oberwallis

Allgemeine Information, Einzelberatungen und Dokumentation bilden die Hauptbereiche der Studien- und Berufsberatung.

Allgemeine Information

In der allgemeinen Berufswahlvorbereitung wurden die Schüler der Orientierungs- und Mittelschulen durch Klassenvorträge (203) und berufskundliche Veranstaltungen (180) auf die Berufs- und Studienwahl vorbereitet.

Die Berufsberater nahmen als Gesprächspartner an 31 Elternversammlungen oder Elternabenden teil. Sie halfen den Ratsuchenden bei der Vermittlung von Schnupperlehren und Berufswahlpraktika (192).

Dank der Zusammenarbeit mit den Lehrbetrieben wurde eine Liste der offenen Lehrstellen vorbereitet. Schulaustretende Jugendliche finden Hilfe bei der Suche einer geeigneten Lehrstelle. Das Verzeichnis von freien Arbeitsstellen dient vorab bei der Beratung von arbeitslosen Stellensuchenden.

Einzelberatungen

Insgesamt wurden 3641 Einzelberatungen für 742 männliche und 857 weibliche Ratsuchende durchgeführt. Die meisten Beratungen erforderten mehrere Besprechungen. Diese fanden beim Amt in Brig oder in den regionalen OS-Zentren statt.

Dokumentation

Das Berufsinformationszentrum Brig erfreut sich eines sehr grossen Zulaufs.

Die Dokumentationsstelle wird rege benutzt. Sie erwies sich als sehr nützlich, zumal 6257 berufskundliche Unterlagen (Ausleihmappen, Bücher, Prospekte, Dia-Serien, Tonbildschauen, Videos, CD-Rom usw.) von Schülern, Lehrern, Eltern usw. ausgeliehen wurden.

Berufskundliche Veranstaltungen

Für OS-Schüler wurden 34 berufskundliche Veranstaltungen durchgeführt. Kompetente Fachleute aus der Wirtschaft stellten 1998 Schülern und Schülerinnen ihre Berufsbranchen und Schulen vor.

Arbeitslosigkeit

Das Amt hat sich mit der Problematik der Arbeitslosigkeit im Oberwallis intensiv befasst. Aufgrund den neuen Massnahmen des Arbeitsmarktes für Arbeitslose pflegte es eine enge Zusammenarbeit mit dem kantonalen Arbeitsamt, den Arbeitsämtern der Gemeinden, den Berufsschulen und dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV).

Im Verlaufe des Jahres wurden verschiedene Veranstaltungen und Kurse für Arbeitslose durchgeführt: Informationstage, Bewertungstechnik, Standortbestimmung, Teilzeitbeschäftigung usw. 1293 Personen nahmen daran teil.

Die Erkennung und Validierung von Fähigkeiten führte bei zwei Personen zur Bescheinigung.

Ausserdem nahmen 101 Arbeitssuchende die Dienste des Amtes für eine persönliche Beratung in Anspruch.

Verschiedenes

Das Amt beteiligte sich an verschiedenen Erhebungen, namentlich über die Berufswünsche der Jugendlichen, über die Lehrstellenbesetzung und über die Studien- und Berufswahl der gymnasialen Maturanden.

Verschiedene Mitarbeiter des Amtes wirkten bei den Lehrmeisterkursen, und in verschiedenen kantonalen und nationalen Fachkommissionen im Bereich Berufsberatung mit.

Hochschule Wallis (HEVs)

Vom IHB zur HEVs

1998 wurde aus dem IHB die HEVs. Im Rahmen der Schaffung der Fachhochschulen wird den Kantonen die Zusammenlegung ihrer höheren Berufsfachschulen nahegelegt. Dieser neue Name entspricht somit den offiziellen Bezeichnungen. Nach drei Jahren unter gemeinsamer Führung sind die fünf Walliser Schulen jetzt dabei, sich eine gemeinsame Kultur aufzubauen. Sie haben sich unter anderem bereit erklärt, ihre Logos zugunsten dem Logo der HEVs aufzugeben. Unter dieser Bezeichnung waren sie auch Ehrengast an der Foire du Valais.

Ausbildung

Die Ausbildung in den verschiedenen Studiengängen der Hochschule Wallis entspricht dem Marktbedarf. Ob nun als «FH» oder nicht, es ist ihr Ziel, einen praxisbezogenen Unterricht zu vermitteln, der den Studienabgängern den Übergang in die Berufswelt ebnet. Mit der Schaffung der Fachhochschulen wird vor allem ein qualitatives Ziel angestrebt: die Berufsfachschulen auf ein höheres Niveau heben und die Grundausbildung in den Fachhochschulen verbessern.

1997 wurde die Berufsmatura eingeführt; ihre ersten Auswirkungen machen sich jetzt bemerkbar. Die Studenten sind besser auf ein Studium an einer höheren Berufsfachschule vorbereitet. Dadurch können gleichzeitig auch die Anforderungen des Fachhochschulgesetzes sowie die europäischen Normen erfüllt werden. Die Schulen der HEVs bieten ihren Studenten einheitliche Aufnahmebedingungen, eurokompatible Diplome, eine grössere Mobilität und ein grösseres Weiterbildungsprogramm.

Die Ausbildungsprogramme der einzelnen Studiengänge der Schulen der HES-SO wurden untereinander angepasst. Dies ermöglicht eine grössere Mobilität der Studenten zwischen den einzelnen Studiengängen sowie den einzelnen Schulen der HES-SO.

Studentenzahl

Zu Beginn des Schuljahrs im Oktober zählte die HEVs mehr als 1000 Studenten, einschliesslich der Praktikanten und Diplomanden.

Studiengänge	Studiengänge		Praktikanten Diplomanden		Total
	Total	Mäd.	Total	Mäd.	
Informatik	215	32	40	3	255
Wirtschaft	194	58	38	10	232
Tourismus	184	137	83	66	267
Elektrotechnik	97	3	24	0	121
Maschinenbau	38	1	15	0	53
Chemie	34	4	12	4	46
Lebensmitteltechn.	55	18	10	5	65
Total	817	253	222	88	1039

Im Vergleich zum Herbst 1997 entspricht das einer leichten Zunahme von 5% in allen Studiengängen.

Der Anteil der Frauen pendelt sich bei rund einem Drittel der gesamten Studentenzahl ein. Die sprachliche Verteilung stimmt mit jener des Kantons überein (1/3 bis 2/3).

Der Wissenstransfer

Das Zentrum für wissenschaftliche Unterstützung (ZWU) ist für die administrative und finanzielle Koordination aller Projekte der HEVs im Bereich des Technologietransfers sowie der beruflichen Weiterbildung verantwortlich. In dieser Funktion wacht es über die Einhaltung der Verfahren und ist für die finanzielle Kontrolle verantwortlich. 1995 betrug der Umsatz 2.4 Mio. Franken, 1996 3.3 Mio., 1997 5.8 Mio. und 1998 schliesslich 6.8 Mio. 1998 wurden mehr als 200 Projekte (wovon 29 Forschungsprojekte) sowie 102 Weiterbildungskurse mit 1250 Teilnehmern durchgeführt. Parallel dazu sucht das ZWU neue Finanzierungsquellen durch eine enge Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsförderungsorganen, unterstützt die Entwicklung neuer Projekte und fördert die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Kompetenzgruppen oder zwischen den Kompetenzgruppen und anderen Partnern.

Fonds für den Wirtschaftsaufschwung

Die Regierung und das Parlament des Kantons Wallis haben uns wiederum einen Spezialkredit von Fr. 500'000.— für die Unterstützung von Projekten auf dem Gebiet des Wissenstransfer zur Verfügung gestellt. Es konnten so 24 Projekte realisiert werden. 24 Firmen und Verbänden eröffneten sich dadurch neue Perspektiven. Zum Teil konnten sie ein neues Produkt auf den Markt bringen, neue Aktivitäten aufbauen oder Herstellungsverfahren weiterentwickeln.

Die KTI-Projekte

Die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) finanziert innovative Projekte. Die HEVs macht von dieser Möglichkeit immer mehr Gebrauch. 1998 erhielt die HEVs von der KTI mehr als 1.5 Millionen Franken, auf 18 Projekte verteilt. In den vergangenen vier Jahren wurden insgesamt 36 Projekte mit mehr als 3 Millionen Franken finanziell unterstützt.

Firmengründungen (spin-off)

Im Anschluss an Projekte und in Zusammenarbeit mit einer Kompetenzgruppe konnten zwei neue Firmen gegründet werden. Eine dieser Firmen ist auf dem Gebiet der computergesteuerten Bühnenbeleuchtung tätig. Die zweite entwickelt und vertreibt ein System zur Verwaltung von Informationen im Spitalwesen.

Internationale Austausche

Die HEVs gründete 1997 das Büro MOVE mit dem Ziel, die internationalen Studenten- und Dozentenaustausche zu fördern. Dieses Organ knüpft Beziehungen zu anderen Ausbildungsstätten, schafft die notwendige Vertrauensbasis und stellt die gegenseitige Anerkennung sicher. Es steht auch in Verbindung mit den lokalen Behörden und Industrien, die in diesen Austausch verwickelt sind. Die bisher gemachten Erfahrungen sind vielversprechend:

- 13 Studenten haben ihre Diplomarbeit im Ausland absolviert (Frankreich, Deutschland, Schweden, England, Polen, Japan);
- die Studenten des Studiengangs Maschinenbau können jetzt gleichzeitig mit dem Diplom der HEVs auch ein Diplom der Fachhochschule Paderborn erhalten (doppeltes Diplom);
- die Studenten des Studiengangs Elektrotechnik können sich für einen gemeinsamen Kurs einschreiben, der mit einem europäischen Diplom abgeschlossen wird;
- die HEVs hat 16 ausländische Studenten aufgenommen;
- im Dezember reiste der Leiter des Büros MOVE nach Singapur, um mit dortigen Schulen und Industrien Kontakt aufzunehmen. Die ersten Austausche werden bereits im nächsten Jahr organisiert werden.

Die HEVs an der Foire du Valais

Die HEVs und die junge Handelskammer von Martinach waren die Ehrengäste der Foire du Valais 1998. Im Rahmen des Industriesalons präsentierten die Kompetenzzentren die verschiedenen Aspekte der Bildung, der Forschung und der Entwicklung. Ein grosser Platz wurde den industriellen Produkten eingeräumt, die das Resultat der Zusammenarbeit zwischen den Firmen und den Schulen sind.

Die Hochschule für Technik Wallis (HTW)

Die Studenten

Zu Beginn des Schuljahres 1998/99 zählte die Schule 224 Studenten.

Studiengänge	Oberwallis	Mittelwallis	Unterswallis	Ausserkantonal	Total
Elektrotechnik	29	41	17	10	97
Maschinenbau	9	15	8	6	38
Chemie	8	10	10	6	34
Lebensmittel-/Biotechnologie	2	16	4	33	55
Total	48	82	39	55	224

Die 10. Generation

Am 19. Oktober 1998 begannen 96 neue Studenten das 1. Jahr. Mit dem Beginn des 10. Jahres ergab sich auch eine Neuverteilung der Studenten auf die Studiengänge. Die Elektrotechnik zieht zwar auch weiterhin am meisten Studenten an (38), der Studiengang Lebensmitteltechnologie mit Klassengrössen von bis anhin 10 bis 15 Personen sah jedoch die Anzahl seiner Studenten auf 32 klettern. Die Studiengänge Chemie und Maschinenbau weisen mit 15, bzw. 11 Studenten einen ziemlich grossen Rückstand auf. Dies zeigt, dass Ende der 80iger Jahre bezüglich der Ausbildungsgebiete die richtigen Entscheide getroffen wurden.

Eine weitere Neuheit ist die Verlängerung der Diplomarbeit von 8 auf 12 Wochen. Die Ingenieurdiplome werden daher erst anfangs 1999 verliehen werden.

Die Ausbildung

Auf Beginn des Schuljahres 1998/99 trat der neue Studienplan der Fachhochschulen (FH) für die Ingenieurausbildung in Kraft. Die Einführung des FH-Programms hat eine merkliche Verringerung der Wochenstunden und zahlreiche weitere Änderungen mit sich gebracht.

Studiengang Lebensmittel- & Biotechnologie

Dieser Studiengang wird in Zukunft das Schwergewicht der Ausbildung zum Lebensmittelingenieur noch vermehrt auf das Profil des Generalisten legen, vor allem auf dem Gebiet der Hilfsmittel zur Messung der Qualität der Lebensmittel. Dies soll durch eine grössere Anzahl Stunden in Lebensmittelmikrobiologie und sensorischer Analyse erreicht werden. Um die Kohärenz zu wahren, wurden zudem einige Vorlesungen zusammengelegt. Die Verpackung der Lebensmittel wird im Rahmen der Vorlesung «Lebensmittelverfahrenstechnik» behandelt werden. Die Vorlesung «Lebensmittelkunde, Ernährungslehre» wird sich mit allen Aspekten der Agronomie und der Ernährung befassen.

Studiengang Elektrotechnik

Der zukünftige Elektroingenieur FH der HTW erhält eine Ausbildung zum Generalisten, die im dritten Jahr mit der Wahl zwischen zwei Fachrichtungen abgerundet wird: die Infotronik behandelt in erster Linie die integrierten Systeme, die Informationsverarbeitung und die Verfahrensführung; die elektrische Energietechnik befasst sich im besonderen mit der Produktion, dem Transport und dem Einsatz von elektrischer Energie.

Studiengang Maschinenbau

Auch im Studiengang Maschinenbau werden die zukünftigen Ingenieure zu Generalisten ausgebildet. Sie lernen, die dem Maschinenbau eigenen Werkzeuge zu beherrschen und erhalten eine gute Grundausbildung auf dem Gebiet der Werkstofftechnik. Sie haben die Wahl zwischen zwei Fachrichtungen: «Werkstoffe & Design» behandelt vor allem die Problematik der Konzeptgestaltung, der Werkstoffe und der Simulation; die Mechatronik kristallisiert das Know-how aus den traditionellen Kompetenzen der Maschinen- und Elektroingenieure heraus, d.h. die Konzeption und Automation von Maschinen sowie die Verwaltung der Produktion.

Studiengang Chemie

Parallel zur FH-Reform wurde auch das Ausbildungsangebot unter den einzelnen Schulen im Bereich der Chemie in der Westschweiz (HES-SO) neu definiert. Nach einer einheitlichen, zwei Jahre dauernden Grundausbildung bietet jede Schule im dritten Jahr eine andere Vertiefungsrichtung an. Der Studiengang an der HTW hat sich für eine Spezialisierung auf dem Gebiet der analytischen Chemie und der Analysetechniken entschieden. Im letzten Jahr kann zudem eine Grundausbildung in Biotechnologie absolviert werden.

Wissenstransfer

Kompetenzgruppe Verfahrenstechnik

Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung legt die Kompetenzgruppe Verfahrenstechnik den Schwerpunkt auf die Qualität, die Sicherheit und die Authentizität der Lebensmittel und auf die Chemie der natürlichen Substanzen.

Die Gruppe stellt zahlreiche Dienstleistungen in den Bereichen der analytischen Chemie und der Mikrobiologie sicher, wo sie über Labors verfügt, die gemäss den Normen EN 45001 akkreditiert sind. Sie hat zudem mehrmals HACCP-Konzepte (Hazard Analysis Critical Control Points) ausgearbeitet und Expertisen für Qualitäts-Managementsysteme durchgeführt.

Kompetenzgruppe Infotronik

Die Gruppe Infotronik ist an der Grenze zwischen der technischen Informatik und der Elektronik tätig. Kontakte zu Industriekreisen bestehen sowohl im Kanton, als auch in der Schweiz und sogar im Ausland. Die Gruppe war für das Reengineering des Drehkreuzes verantwortlich, das von der Firma Sport Acces hergestellt wurde. In Zusammenarbeit mit einer amerikanischen Firma hat sie auch eine elektronische Karte entwickelt, die von dieser Firma in Lizenz auf der ganzen Welt vertrieben wird (<http://www.aps.com>).

Kompetenzgruppe Energie

Die Kompetenzgruppe Energie ist in den folgenden Bereichen tätig:

- Modellbildung der Energieaustausche (physikalische Phänomene)
- Globalvision der Energiesysteme vor allem im Bereich der Konstruktion (Minergiekonzept)
- Unterstützung von dauerhaften Entwicklungsprojekten im Rahmen von Sion 2006

- Topologie von Umwandlern und Technik der Inselbildung und des Netzverbundes
- Projekte auf dem Gebiet der Optik in Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut für Ophthalmologie.

Kompetenzgruppe Werkstoffe & Design

Die Gruppe konzentriert sich auf drei Pole: die Werkstoffe, die Konzeption und die Simulation. Durch diese Aufgabenverteilung können vermehrt komplementäre Projekte realisiert werden. 6 Dozenten und 3 wissenschaftliche Mitarbeiter bilden den festen Mitarbeiterstab; 7 Ingenieure wurden für die verschiedenen Projekte auf den Gebieten der Forschung & Entwicklung, des Technologietransfers und der Expertisen angestellt.

Die Zusammenarbeit mit externen Instituten, z.B. die EMPA in Thun, das CERN und die ETH in Lausanne, konnte noch verstärkt werden. Im Bereich der Weiterbildung wurden von den Dozenten verschiedene Seminare (Bildanalyse, Korrosion, Bruchmechanik, Ermüdung, maschinelle Bearbeitung) organisiert.

Das 10jährige Jubiläum der ISW

Tage der offenen Tür

Die ISW konnte 1998 ihr 10jähriges Jubiläum feiern. Sie darf zu Recht von sich behaupten, eine dynamische und zukunftsorientierte Schule zu sein. Aus diesem Anlass wurden am 8. und 9. Mai zwei Tage der offenen Tür durchgeführt, wobei ein Tag ganz im Zeichen der Lehrlinge unseres Kantons stand. Die Dozenten, Assistenten und Studenten weihen die Besucher in die Geheimnisse der Technik ein.

Seminar von Chaumont

Neben den öffentlichen Veranstaltungen hat die Ingenieurschule Wallis ihr 10jähriges Jubiläum auch «privat» gefeiert. Rund 80 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen versammelten sich am 27. und 28. Februar in Chaumont. Zwei Tage, um eine Bilanz des vergangenen Jahrzehnts zu ziehen und die grossen Linien der nächsten Jahre aufzuzeigen.

Schweizerische Tourismusfachschule (STF)

Im August 1998 trat die 16. Generation Studenten in die Schweizerische Tourismusfachschule ein. Im Juni hatten 90 frischgebackene Tourismusfachleute ihr Diplom erhalten und waren ins Berufsleben eingestiegen.

Im Anschluss an die Aufnahmeprüfungen 1998 wurden von 210 Kandidaten 97 neue Studenten aufgenommen. Gleichzeitig schlossen 83 Studenten ihr Praktikum ab und kehrten für ihr letztes Semester an die Schule zurück. Somit zählt die STF 184 Studenten an der Schule und 83 Studenten, die ein Praktikum absolvieren.

Einige wichtige Ereignisse des Jahres

Marktforschungs-Seminar mit der Uni Augsburg

Mitte März 1998 fand in Siders das gemeinsame Seminar der Schweizerischen Tourismusfachschule Siders, der Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschule Visp und dem Marketing-Lehrstuhl der Universität Augsburg zum Thema «Was bringen moderne Marktforschungsmethoden dem Tourismus?» statt. Assistenten und Studenten der Universität Augsburg stellten dabei verschiedene moderne Marktforschungs-Instrumente vor.

Forum Orts- und Regio-Marketing im Kongresszentrum Visp – Ideenbörse für Praktiker

Anfang November ging zum zweiten Mal dieses Seminar über die Bühne. Über 300 TeilnehmerInnen nahmen daran teil, was im Vergleich zum letzten Jahr eine Steigerung von rund 80 Personen bedeutete. Überraschend war dabei das grosse Echo aus der Deutschschweiz und aus dem Ausland. Als Organisations-Neuheit gab es 20 Info-Shops, bei denen die Teilnehmer von Praktikern eins zu eins lernen konnten. Die Visper Verantwortlichen sowie der Stadtpräsident von Winterthur und der Vizebürgermeister von Linz berichteten von den ersten Erfahrungen im Orts- bzw. Stadtmarketing und zeigten auch Probleme auf, die bei solchen Projekten entstehen, und wie sie gelöst werden können.

Salon «Vacances, Sports et Loisirs», Genf

Die STF hat an der 4. Auflage dieses Salons teilgenommen, der jedes Jahr rund 30'000 Besucher sowie mehr als 150 Aussteller anlockt. Die Schule führte eine Studie über die Zufriedenheit der Besucher und Aussteller durch und war gemeinsam mit der Bahn Martigny-Orsières-Martigny-Châtellard für einen Stand verantwortlich. Im Rahmen einer solchen Veranstaltung haben die Studenten die Möglichkeit, mit Branchenexperten Kontakte zu knüpfen und für das Wallis Werbung zu machen.

Forum von Crans-Montana

Die Studenten der STF arbeiteten im Stab für die Betreuung und den Empfang der Teilnehmer an diesem Forum mit. Sie hatten dabei Gelegenheit, ihre Sprachkenntnisse unter Beweis zu stellen und sich mit den Tücken der Organisation einer Grossveranstaltung vertraut zu machen.

Weltcup-Rennen Veysonnaz und Wengen

Die STF half bei der Organisation der Weltcup-Rennen in Veysonnaz und Wengen in den Bereichen Empfang, Public Relations, Presse sowie bei der eigentlichen Organisation mit.

Mandate, Weiterbildung

Im vergangenen Jahr konnten die Kontakte und die Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern und Instanzen verstärkt werden. Gewisse Unterfangen waren von Erfolg gekrönt (z.B. die Zusammenarbeit mit Wallis Tourismus).

Der Kurs «Tourismuskommunikator(in)» stiess auf ein recht positives Echo. Es meldeten sich rund 20 Teilnehmer an.

Die Kurse HCR zur Erlangung des Fähigkeitszeugnisses als Gastwirt wurden mit 35 Teilnehmern (16 deutschsprachige und 19 französischsprachige) durchgeführt.

Für den Hotelier-Kurs, der ebenfalls neu definiert wurde (Gesetz vom April 1997) meldeten sich 39 Personen an (27 deutschsprachige und 12 französischsprachige).

Die Beziehungen zu anderen europäischen Ausbildungsstätten in der Tourismusbranche konnten noch intensiviert werden. Das gemeinsam mit der Schule CD TUR in Madrid organisierte Nachdiplomstudium ist ein voller Erfolg.

Verschiedene Seminare, an denen Studenten- und Dozentendelegationen der einzelnen Partnerschulen teilnahmen, fanden in Belgien, Deutschland und Frankreich statt.

Forschungszentrum

Dank dem Vertrauen unserer Partner im Tourismus, in erster Linie Wallis Tourismus, war das Jahr 1998 für das Forschungszentrum von Erfolg gekrönt. Rund 15 Mandate wurden realisiert, unter anderem eine Studie bezüglich dem «Destination Management» im

Wallis, sowie verschiedene Studien zuhanden von Tourismusorganisationen, um ihre Aufgaben, ihre Strukturen, ihre Aktionen und ihre Hilfsmittel zur Erreichung gewisser Ziele zu definieren. Die Aussichten für 1999 sind vielversprechend. Gegenwärtig stehen wir in Verhandlung für gezielte Studien im Auftrag von Tourismuskreisen im Wallis, aber auch im Ausland.

Höhere Fachschule für Wirtschaftsinformatik (HFW)

Die HFW hat 1998 mit der offiziellen Eröffnung eines FH-Studiengangs einen wichtigen Schritt in ihrer Entwicklung getan. Die Studentenzahl ist beachtlich gestiegen und gleichzeitig festigte die Schule auch ihre Position in den Bereichen Weiterbildung, Wissenstransfer und anwendungsorientierte Forschung.

Die Grundausbildung

Die Zahl der für die Grundausbildung eingeschriebenen Studenten beträgt 255. Im Herbst 1998 nahmen 116 Studenten(innen), so viele wie noch nie, das Studium an der HFW auf. 40 Diplomprojekte wurden durchgeführt, und 40 Studenten absolvierten ein Praktikum in verschiedenen Firmen der Schweiz, um anschliessend ihr Diplom als Wirtschaftsinformatiker(in) in Empfang zu nehmen. Die HFW hat somit auf diesem Gebiet bis heute 361 Diplome verliehen.

Zwei Punkte gilt es besonders hervorzuheben. Die Zahl der Oberwalliser Kandidaten konnte verdoppelt werden. Die HFW führt gegenwärtig im ersten Jahr eine Klasse mit 27 Studenten in Vollzeitausbildung. Ausserdem sind seit Oktober 1998 54 Studenten(innen) im neuen, dreijährigen FH-Studiengang in Wirtschaftsinformatik eingeschrieben.

Grundausbildung	Klassen	Franz.	Deutsch	Total
Klassen FH	4	53	14	67
Wirtschaftsinformatik	9	97	51	148
Praktikanten	3	26	14	40
Total 1998	16	176	79	255
Total 1997	13	185	53	238
Total 1996	13	161	47	208

Fort- und Weiterbildung

Neue kantonale Zertifikate

Informatikkorrespondent (CCI)

Im September begann die neue Ausbildung zum Informatikkorrespondent 1. Niveau, der sich an Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen und Körperschaften richtet. Das Ziel ist, Anwender auszubilden, die dann in ihren Abteilungen die grundlegenden Informatikaufgaben übernehmen können. 12 Studenten nahmen diese Ausbildung 1998 auf.

Spezialisierung in Informatik und Netzwerken (SIN)

Da die dreimonatigen Intensivkurse am Abend auf sehr grosses Interesse gestossen sind, führte die HFW 1998 drei Klassen für 31 Studenten. Die ersten kantonalen Zertifikate werden im September 1999 verliehen werden.

Computer Aided Design (CAD)

53 Studenten absolvieren eine Ausbildung in CAD 1 oder 2 an der HFW. Sie sind in 4 Klassen aufgeteilt. Der Anteil an Oberwalliser Studenten ist sehr gross. Dieser Kurs stösst im deutschsprachigen Teil unseres Kantons auf reges Interesse, kommt er doch dem immer grösser werdenden Bedürfnis nach einer Modernisierung der Planungsbüros in unserem Kanton nach. Die HFW hat seit 1990 209 kantonale Zertifikate in CAD verliehen.

Angewandte Büroetik (CBA)

3 Klassen mit 47 Studenten(innen) bestätigen den Erfolg der Ausbildung Büroetik, mit der 1994 begonnen wurde. Bis jetzt wurden auf diesem Gebiet 141 Zertifikate verliehen.

Kurse für Stellensuchende

Spezialisierung in Informatik und Netzwerken (SIN)

Die HFW hat einen neuen Kurs geschaffen, der drei Monate Vollzeitausbildung beinhaltet und Verantwortliche für die Netzwerke in KMU ausbilden soll. Diese Ausbildung erweitert die Kenntnisse der Stellensuchenden und verbessert gleichzeitig ihre Chancen, eine Stelle zu finden. Die traditionellen, einmonatigen Ausbildungsprogramme wurden weiterentwickelt.

Mehr als 100 Personen haben 1998 Kurse dieser Art in Form von 1 bis 3 Monaten dauernden Modulen an der HFW absolviert

Kurse à la carte, Kurse für Unternehmen

38 Module zu 30 Unterrichtsstunden wurden 1998 für mehr als 580 Teilnehmer organisiert.

Nachdiplomkurs IGS Höhere Wirtschaftsinformatik

1998 wurden 6 Kursmodule von 54 Personen besucht, verglichen mit 10 im Jahr 1996. Der Zyklus IGS trägt dazu bei, die durch frühere Diplome erworbenen Kenntnisse auf dem neuesten Stand zu halten und behandelt die modernsten Gebiete der Wirtschaftsinformatik. Dieser Kurs wird sich in Zukunft stark weiterentwickeln und auf die Westschweiz ausgeweitet werden.

Das BBT hat ein neues System für die Subventionierung von Kursen eingeführt. Die Kurse à la carte mit 20 Unterrichtsstunden mussten merklich verlängert werden, was den starken Teilnehmerrückgang erklärt.

Fort- und Weiterbildung	Klassen	Franz.	Deutsch	Total
Nachdiplomkurs IGS	6	54		54
Kant. Zertifikate CAD 1-2	4	28	25	53
Kant. Zertifikate CBA	3	30	17	47
Kant. Zertifikate SIN	3	23	8	31
Kant. Zertifikate CCI	1	12		12
Intensivausbildungen in Büroetik	8	58		58
Intensivausbildungen CAD	3	25		25
Intensivausbildungen SIN	3	19	8	27
Kurse à la carte für die breite Öffentlichkeit	38	552	26	578
Total 1998	69	801	84	885
Total 1997	123	973	197	1225
Total 1996	120	1024	145	1169

Prüfungszentrum Sylvan Learning Systems

Ende 1998 wurde die HFW zum von Sylvan Prometrics anerkannten Prüfungszentrum ernannt. In Zukunft können die Prüfungen zur Erwerbung der Titel Ingenieure Netware oder Microsoft an der HFW abgelegt werden.

Technologietransfer

1998 hat die HFW mehr als 1.8 Millionen Dienstleistungen verrechnet, was einer Zunahme von 17% gegenüber dem Vorjahr gleichkommt.

Mandate

1998 wurden 35 Projekte realisiert, was einer Fakturierung von 850'000 Franken entspricht. Die Projekte umfassten das Gesundheitswesen, die Unternehmensbüroik, Internet- und Intranet-Informationsplattformen sowie Migrationskonzepte in Grossunternehmen. Zusammen mit ihrem Forschungsinstitut Icare nimmt die HFW in der Westschweiz eine führende Stellung ein und pflegt rege Kontakte zu den grössten multinationalen Konzernen mit Sitz in der Schweiz. Sie arbeitet mit Swisscom, der SBB, Aluisse oder Nestec International sowie mit zahlreichen Walliser KMU zusammen. Das Forschungs- und Entwicklungsprogramm hat sich auf die Entwicklung von Softwarekomponenten sowie von Systemen zur Extraktion und Nutzung der Informationen ausgerichtet.

Am 11. Dezember 1998 hat der strategische Ausschuss der HES-SO das Kompetenzzentrum in Wirtschaftsinformatik und Informationssystemen homologiert und Siders zum Hauptstandort bestimmt. In Zukunft werden somit die anwendungsorientierten Forschungsprogramme im Netzverbund mit der ganzen Westschweiz realisiert werden können.

KTI-Projekte

Als letztes Ziel war vorgesehen, auch weiterhin an aF&E-Projekten aktiv mitzuwirken, die von der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) finanziert werden.

Für die Firma BIP in Genf wurde ein Projekt für die Verwaltung eines Aktienportefeuilles realisiert. Zwei weitere Projekte werden gegenwärtig ausgeführt, das eine in Zusammenarbeit mit der Ingenieurschule Winterthur und das andere im Rahmen der Prioritätsprojekte IMS im Netzverbund mit amerikanischen, europäischen und australischen Universitäten.

Hochschule für Wirtschaft (HSW) Saint-Maurice

Die Grundausbildung

Während des Schuljahrs 1997/1998 waren 150 Studenten an der Schule eingeschrieben, wovon ein Dutzend Diplomabgänger, die neue Vertiefungsrichtungen des letzten Jahres, wie Human Resources, Public Management, Marketing oder Finanzbuchhaltung, besuchten. 73 Studenten absolvieren eine berufsbegleitende Ausbildung an der ESCEA und 72 Studenten eine Vollzeitausbildung. Die ESCEA wurde 1998 in die Hochschule für Wirtschaft (HSW) umgewandelt, die Mitglied der Hochschule Wallis (HEVs) ist.

Die Ausbildung wird gemäss dem neuen Fachhochschulsystem organisiert, d.h. die Programme und Ausbildungspläne zwischen den Wirtschaftsschulen (Studiengängen Wirtschaft) der HES-SO wurden aufeinander abgestimmt, in einigen Fächern wurde ein siebenwöchiger Intensivkurs für die Inhaber eines eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses oder eines Handelsdiploms organisiert, und der Schulanfang für gleichwertige Ausbildungen wurde in der gan-

zen Schweiz auf den 19. Oktober festgesetzt. Diese Vereinheitlichung wird auch für die beiden Standorte Visp und Saint-Maurice positive Auswirkungen haben.

Spezifische Aktivitäten

- Es wurden öffentliche Konferenzen organisiert, an denen unter anderem Hr. Jean Bonvin, Präsident des Entwicklungszentrums der OECD in Paris, und Frau Gabrielle Nanchen, Präsidentin von SWISSAID, zum Thema Globalisierung sprachen.
- 300 Personen lauschten interessiert dem Vortrag von Frau Isabelle Filliozat aus Paris zum Thema «Kontrolle der Emotionen (emotionelle Intelligenz)». Im Rahmen eines Seminars am darauffolgenden Tag konnte das Gehörte in die Praxis umgesetzt werden. Diese Veranstaltung wurde zusammen mit dem Maison de la Famille organisiert.
- Die Studenten in Vollzeitausbildung aus Visp und St-Maurice (2. Jahr) haben während einer Woche Persönlichkeiten aus beiden Teilen des Kantons getroffen und Unternehmen besucht.
- Über 65 Studenten der Hochschulen für Wirtschaft in Lausanne und St-Maurice haben sich an der Organisation des Wirtschaftsforums in Crans-Montana vom Juni 1998 beteiligt.
- 4 Klassen nahmen am Westschweizer Forum HSW-ESCEA-Unternehmen in Lausanne teil, das dieses Jahr vom Wallis für fast 200 Studenten organisiert wurde. Ein Klasse aus Visp nahm ebenfalls daran teil. Sie trafen mit Vertretern von 14 Grossunternehmen zusammen und konnten sich mit Firmengründern unterhalten, die von GENILEM unterstützt werden.
- Das 10jährige Jubiläum der Schule wurde am 10. Dezember gefeiert. Das zahlreiche Publikum konnte an Vorlesungen teilnehmen und sich ein Bild von den Mandaten und Diplomarbeiten machen, die konkrete Beispiele für die Zusammenarbeit zwischen den Firmen und der Schule sind. Im Rahmen einer Gesprächsrunde erfuhren die Schule und die Studienabgänger, was die Firmen von ihnen erwarten. Anlässlich der Diplomfeier hielt Herr Bundesrat Pascal Couchepin eine Rede über die Fachhochschulen, die wirtschaftliche Lage, die bilateralen Verhandlungen und die grossen Herausforderungen, denen sich unser Land wird stellen müssen.
- Zum ersten Mal wurde an der HSW eine Assistentin angestellt. Frau Natalie Sarrasin aus Bovernier sowie verschiedene Dozenten haben ihre Kompetenzen zusammengetragen, um die FH-Aufträge auf den Gebieten der Mandate, des Wissenstransfers sowie der Weiterbildung zu erfüllen. Die konkrete Zusammenarbeit mit der Wirtschaft kann somit in Zukunft entweder über die Dozenten oder im Rahmen der Zusammenarbeit mit anderen Institutionen oder Schulen realisiert werden. Die Teilnahme der HEVs an der Foire du Valais hat diese Möglichkeiten aufgezeigt. Das Ziel ist die Schaffung einer Kompetenzgruppe Wirtschaft, welche die Kompetenzen von Visp und St-Maurice vereint.

Fachhochschule (FH)

Die HSW der HES-SO haben den grössten Teil ihrer Kursinhalte und Abläufe vereinheitlicht, um den Wechsel von Studenten von einer Schule zur anderen zu erleichtern. So haben etwa 40 Studenten aus St-Maurice einen Teil der Kurse des letzten Schuljahres in Lausanne absolviert und umgekehrt. Ein Schüler setzt sein Studium in Freiburg fort. Eine Studentin aus Lausanne ist zu uns gestossen. Einige Studenten aus Visp und St-Maurice haben sich bereits für ein Semester oder mehr in einer anderen Walliser Schule entschieden. Derweil werden die Walliser Schulen stärker aufeinander abgestimmt. Zum ersten Mal haben wir an unserer Schule auch ausländische Studenten aufgenommen. Sie stammen aus Rotterdam und werden ein Semester in St-Maurice absolvieren. Weitere werden im Februar 1999 dazukommen.

Bilanz

Seit ihrer Gründung 1988 hat die HSW in St-Maurice 174 Diplome verliehen und so der Walliser und Westschweizer Wirtschaft zu wertvollen Mitarbeitern verholfen. Sie sind vor allem in Treuhandbüros sowie in den Bereichen der Personalverwaltung und des Marketings tätig. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist schwierig, aber die Diplomabgänger finden problemlos ihren Qualifikationen entsprechende Stellen. Die Schule ist in ihrer Region gut verankert. Sie organisiert ausserdem verschiedene Fort- und Weiterbildungskurse für Unternehmen, zum Beispiel für die Vereinigung der Elektrizitätsproduzenten des Wallis. Sie nimmt an Veranstaltungen und Kursen innerhalb der HEVs aber auch mit anderen Institutionen (STF, Schule für pädagogische und soziale Ausbildung) teil.

Hochschule für Wirtschaft Visp (HSW) (früher HWV Oberwallis)

Die Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule in Visp feierte 1998 ihr 10jähriges Bestehen. Den neuen Namen «Hochschule für Wirtschaft Visp» trägt sie seit der Anknüpfung als Mitglied der Fachhochschule Westschweiz im März 1998. Die Visper Schule nimmt an ihrem neuen Standort in den Baumgärten einen wichtigen Ausbildungsauftrag des tertiären Sektors im Oberwallis wahr.

12 Diplomanden und eine Diplomandin schlossen 1998 den Studiengang Betriebsökonomie erfolgreich ab. Damit konnte anlässlich der Abschlussfeier im Juni 1998 das 113. Betriebsökonomendiplom überreicht werden. Alle Diplomandinnen und Diplomanden hatten bereits vor Studienabschluss eine feste Stelle zugesichert. Diese Tatsache und dass rund 50% der Walliser HSW-Absolventinnen und -Absolventen im Kanton Wallis arbeiten, belegen die Anerkennung und Wertschätzung der Wirtschaft für die HSW-Ausbildung (vgl. Graphiken zur Gliederung der 113 HSW-Absolventinnen und -Absolventen aus Visp). Im Herbst 1998 begannen 5 junge Kauffrauen und 13 junge Kaufmänner mit dem Studiengang Betriebsökonomie Fachhochschule. Davon stammen 5 Personen aus dem Unterwallis und 13 Personen aus dem Oberwallis. Zur Zeit werden in Visp 49 Studentinnen und Studenten in drei Vollzeit-Klassen unterrichtet.

Gliederung der Absolventinnen und Absolventen nach Geschlecht

Frauen	19%
Männer	81%

nach Vorbildung

Handel	39%
KV	42%
Matura, u. ä	19%

nach Herkunft (Wohnort)

Brig	32%
Goms & Östlich-Raron	6
Übrige Schweiz	10%
Visp	31%
Leuk & Westlich-Raron	17%
Unterwallis	4%

nach dem aktuellen Arbeitsort

Wallis	46%
Übrige Schweiz	51%
Ausland	3%

QMS-Schule

Die Jungunternehmer- und Quality-Manager-Schule konnte 1998 sowohl einen Lehrgang JUS II zum Jungunternehmer und einen QMS II zum Quality-Manager durchführen. Diese Ausbildung entspricht einem steigenden Bedürfnis der Oberwalliser KMUs und vermehrt auch der öffentlichen Institutionen. Die Hochschule für Wirtschaft leistet hier einen beachtenswerten Beitrag zum Wissenstransfer. Im Bereich Weiterbildung hat die HSW Visp im Jahr 1998

einen Umsatz von über CHF 190'550.— realisiert; dies entspricht inklusive Forum Regionalmarketing 457 Kurs- und Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmern. Die Umsätze aus den verschiedenen Mandaten betragen rund CHF 500'000.—.

Im Kanton arbeitet die Hochschule für Wirtschaft mit der Haute école de gestion in St-Maurice zusammen. Erwähnenswert sind die zahlreichen Sitzungen im Rahmen der HSW-Direktorenkonferenz der Westschweiz, die Vorbereitungs- und Realisierungsarbeiten betreffend die Fachhochschule Westschweiz und die gemeinsam durchgeführte Studienwoche zum Thema «Walliser Wirtschaft».

In Zusammenarbeit mit diversen Trägern wie die Tourismusfachschule in Siders oder die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) ist in Visp zum zweiten Mal erfolgreich das Forum Orts- und Regio-Marketing durchgeführt worden.

Die Zusammenarbeit mit der Marketing-Abteilung der Hochschule Augsburg bezieht sich auf die Realisierung gemeinsamer Seminartage im Wallis, auf die Evaluation von Umfragen und die Beurteilung von HSW-Diplomarbeiten im Bereich Marketing.

KANTONSBIBLIOTHEK

Allgemeine Zielsetzung

Der Auftrag der Kantonsbibliothek kann mit den fünf nachgeordneten, sich ergänzenden Zielsetzungen umschrieben werden, nämlich:

- Sammeln, Erschliessen und Aufbewahren von Walliser Dokumentationen;
- Erwerb, Eingliederung und Ausleihe von Dokumentensammlungen von allgemeinem und wissenschaftlichem Interesse;
- der Öffentlichkeit einen Informationsdienst über alle Wissensgebiete anbieten;
- Beteiligung und Zugang zu den Informationsaustausch-Netzen und Zusammenarbeit mit anderen Bibliotheken ermöglichen;
- Koordinieren und Entwicklung des Walliser Bibliotheken-Netzes.

Um die Zielsetzung der Tätigkeiten für die kommenden fünf Jahre (1999–2003) klarer und wirkungsvoller zu gestalten, hat die Kantonsbibliothek einen Strategieplan ausgearbeitet, der die Massnahmen umschreibt, die kurzfristig geplant sind. Diesem Dokument ist ein Leitbild beigelegt, das im ersten Semester 1999 veröffentlicht wird.

Das Departement für Erziehung, Kultur und Sport hat mit der Stadtgemeinde Brig einen Vertrag abgeschlossen, der die zukünftigen Modalitäten der Organisation und der Verwaltung regelt.

Mittel

Informatik

Im Rahmen des Projektes MEMORIAV bot sich für das Walliser Bild- und Tonzentrum (CEVIS) die Gelegenheit zum Ausbau seiner Ausrüstung im Bereich der elektronischen Behandlung der Bilder.

Lokalitäten

Im Anschluss an seine allgemeine Zustimmung aus dem Jahre 1997 zur mit der Gemeinde Sitten gemeinsamen Verwirklichung einer kantonalen und kommunalen Bibliothek/Mediathek – nach dem Muster von den bereits bestehenden Dienststellen in Brig und Saint-

Maurice – hat der Staatsrat beschlossen, dass dieses Vorhaben in Etappen ausgeführt werde. In diesem Sinne hat er am 28. Oktober 1998 beschlossen, bis zur endgültigen Lösung die Benützung des alten Gebäudes des Zeughauses von Pratofori durch die Bibliothek zu bewilligen, welche hier die nötigen öffentlichen Räumlichkeiten zum Zugang zu ihren Sammlungen einrichten wird.

Die Aufgabenerweiterung des Walliser Bild- und Tonzentrums im Bereich der Tonträger hatte zur Folge, dass die Räumlichkeiten an der Avenue du Grand-Saint-Bernard in Martigny zu wenig Platz bieten und aus organisatorischen Gründen ungeeignet sind.

Entwicklung der Sammlungen

Nebst dem ordentlichen Erwerb wurde der systematischen Erneuerung der Werke in spanischer Sprache durch einen gezielten Erwerb besondere Bedeutung beigemessen.

Zunahme der Monographien und Zeitschriften

	Monographien		Zeitschriften
	Werke	Bände	
Erwerb	6'903	7'407	821
Gaben	1'019	1'126	1'244
Tausch	30	32	113
Aufbewahrung	54	59	114
Total	8'006	8'624	2'292

Bei den Monographien fallen 1'006 Werke (1'139 Bände) in die Kategorie «Vallesiana» (Dokumente, die das Wallis betreffen).

Andere Dokumente

	Zunahme	
	Werke	Bände
Kleine Schriften aus dem Wallis		
Festbüchlein, Programme, usw.		
(Sammlung PN)	1'733	1'733
Presseausschnitte	2'832	2'832
Walliser Plakate	189	189
Audiovisuelle Dokumente		
Walliser Tonträger	74	82
CD-ROM's	168	185
Videokassetten	98	144
Tonkassetten	377	444

Buchbinderei und Restauration

Buchbinderei:	1' 044 Bände
Restauration:	10 Bände

Behandlung und Aufwertung der Sammlungen

Informatisierter Katalog

– Erfasste Notizen (neue Werke)	14'834
– davon bereits durch andere Bibliotheken der RERO erfasst	6'304
– Stand der Daten am 31.12.1998	177'283

Walliser Bibliographie

Erstellte Notizen	4'408	
Anzahl Fichen	Zunahme	Total
Autoren-Fichen	2'415	134'572
Sach-Fichen	5'749	214'009
Total	8'164	348'581

Ausstellungen

Die Kantonsbibliothek hat an folgenden Ausstellungen teilgenommen:

- *Reklamekunst und Reiseträume: Anton Reckziegel, «Maler und Werbegrafiker vor 100 Jahren»*, Bern, Schweizerisches Alpines Museum, 3.4.–16.8.98.
- *Sion Expo*, Ehrengast, Sion 17.–26.4.98;
- *Messieurs du Haut et sujets du Bas – 1798: la Révolution en Valais*, Sitten, Tour des Sorciers, 1.5.–5.12.98;
- *Plakatausstellung – 100 Jahre Gornergrat-Monte Rosa-Bahnen*, Zermatt, 25.7.–31.8.98;
- *Petite histoire de l'abricot à Saxon*, Saxon, 26.7.–31.8.98.

In den Räumen der Bibliothek Brig fanden folgende Ausstellungen statt: *150 Jahre Bundesstaat, 150 Jahre Industrialisierung* während den Monaten Juli und August sowie vom 30. November bis zum 11. Dezember: *Von Mailand nach Bern: der Griespass*.

Öffentliche Dienstleistungen

Die Nachfrage nach Dienstleistungen der Bibliothek kennzeichnet sich durch eine ausserordentlich starke Zunahme in Brig und einem schwächeren Wachstum in Sitten. Auf die Gesamtheit der Dienststellen ist eine Zunahme von 25 % von einem Jahr zum anderen feststellbar.

Anzahl der ausgeliehenen Dokumente

Sitten 69'800 / Brig: 79'972 / St-Maurice: 16'558
Total: 166'330

Anzahl der neu eingeschriebenen Leser (in Klammer der Stand am 31.12.1998):

Sitten: 2'095 (13'906) / Brig: 1'466 (8'660) / Saint-Maurice: 838 (838)

Ende 1998 waren 23'404 Personen im Besitze einer Leserkarte der Kantonsbibliothek.

Die Bibliothek in Brig hat 72 Gruppen zu Besuchen empfangen, diejenige von Sitten deren 19 (369 Personen). 141 Personen (131 in Sitten und 10 in Brig) haben an Einführungskursen für Internet teilgenommen. Die Internetsposten sind sowohl in Sitten wie auch in Brig ständig besetzt. Seit 1998 stellt die Bibliothek in St-Maurice ihren Lesern mit Erfolg mehrere Konsultationsposten zur Verfügung.

Die Bibliothek (Hauptsitz und Zweigstellen) hat 7'570 interbibliothekarische Ausleihe behandelt.

	Sitten	Brig	Saint-Maurice	Total
<i>Gesuche</i>	5'154			
<i>Erhaltene Werke</i>	4'517	2'370	278	7'165
<i>Erhaltene Photokopien</i>	253	144	8	405
<i>Erladigte Gesuche</i>	4'770	2'514	286	7'570
<i>Erladigungsquote</i>	93 %			

Die Kantonsbibliothek hat 1'674 Werke und diejenige in Brig 453 Werke ausgeliehen sowie 46 photokopierte Artikel an schweizerische und ausländische Bibliotheken versandt.

Kulturelle Animation

Die Bibliothek in Sitten hat im Januar 1998 ein regelmässiges Animationsprogramm mit dem Namen *Midi-rencontres* eingeführt, dessen Ziel es ist, dem Walliser Publikum einen Ort der Diskussion und des Gedankenaustausches über Gesellschaftsprobleme anzubieten. Vier aufeinanderfolgende Zyklen, gewidmet den Themen Medien, Gesundheitskosten, Genmanipulation und Europa, ermöglichen es dem Publikum, 15 Konferenzen und zwei Gesprächen beizuwohnen. Im September wurde dieses Programm durch *Soirées-rencontres* ergänzt, welche den Walliser Schriftstellern gewidmet sind.

Im gleichen Sinne hat die Bibliothek in Brig zwei *Biblio-Talks* über die Themen Kunst und die Stellung der Frau in der Gesellschaft organisiert.

Walliser Bild- und Tonzentrum (CEVIS)

Der Bestand des CEVIS wurde durch 70 neue Hinterlegungen bereichert, die registriert, aussortiert und für eine langfristige Konservierung behandelt wurden. Sie teilen sich wie folgt auf: 26 kinematographische Hinterlegungen mit rund tausend Filmen und Videokassetten, 26 Photosammlungen (rund 4000 Dokumente), 4 Bestände von Tonträgern (Schallplatten, Tonbänder) und vier Hinterlegungen von Museumsstücken (Kameras, Scheinwerfer, Bildbetrachter, Plattenspieler). Um diese Dokumente dem Publikum zugänglich zu machen, wurden die Arbeiten des Filmtransfers und die Bestandesaufnahme der Photographien auf Videodisketten und Datenbanken (mehr als 7'000 Neueingänge) weitergeführt. Im Rahmen eines Auftrags von *Memoriav* (Verein zur Erhaltung des audiovisuellen Kulturgutes der Schweiz), hat das CEVIS mit den Erfassungs- und Katalogisierungsarbeiten der Photographien zum Thema «*La vie quotidienne au fil du temps*» begonnen. Rund 4000 Photographien wurden nach genauen Definitionen erfasst; 2000 davon sind bereits verfügbar und mittels EDV-Katalog von RERO über das Internet-Netz zur Einsichtnahme bereit.

Die Konsultation und die Benutzung der audiovisuellen Archive erfreuen sich grosser Beliebtheit und verursachen – dank der verwendeten technischen Mittel – keine Beschädigung der Originaldokumente. Das CEVIS verzeichnete 91 Ausleihen, umfassend 759 Photographien, Negative und Postkarten, 67 Videokassetten, 4 Filmstreifen sowie verschiedenem Material (Rahmen, Kameras, Projektoren, Bildbetrachter, Bildschirme usw.).

Um die Bestände besser bekanntzumachen und das Publikum zu sensibilisieren, organisierte das Zentrum folgende Ausstellungen:

- Suzi Pilet (Photographin), *Le fleuve un jour*,
- Martigny, *un siècle d'images*;
- *Vision de la Suisse*.

Ausserdem beteiligte sich das CEVIS an Ausstellungen und Vorführungen in Brig, Conthey, Martigny (Fondation Pierre Gianadda, le Manoir, Moulin de Semblanet, Restoroute und in den Strassen), Monthey, Saillon, Sierre, Sitten, Tracouet Nendaz, Zinal, Basel, Lausanne und in Evian.

Im Rahmen der durch das Departement für Erziehung, Kultur und Sport organisierten Anlässe unter dem Namen «Valais Cap 2000», war das Zentrum zudem führend bei der ersten Retrospektive, die dem Photographen Oswald Ruppen gewidmet war und in den Räumlichkeiten des Manoir de Martigny zu sehen war.

Schliesslich organisiert das Zentrum, in Zusammenarbeit mit den Kinos in Sitten und Martigny, die Vorstellungen *La Lanterne magique*. Dieser Kinoclub ermöglicht es Kindern von 6 bis 11 Jahren auf spielerische Art und zu äusserst günstigen Bedingungen ihre ersten Erfahrungen in der Kinokultur zu sammeln.

Öffentliche und Schulbibliotheken

Im Verlaufe des vergangenen Jahres hat die Dienststelle der Kantonsbibliothek in St-Maurice an der Erarbeitung von 11 Bibliotheksprojekten mitgearbeitet, nämlich 3 Aufbauprojekte (Ayent, Orsières), 2 Ausbauprojekte (Port-Valais, Vionnaz), 6 Informatisierungsprojekte (Ayent, Chamoson, Grimisuat, Vionnaz, Collombey und Port-Valais). Im Oberwallis befasste sich die Zweigstelle in Brig mit Bibliotheksprojekten in Raron, Bürchen, Unterbäch und Saas Grund, (Beratung bei der Errichtung einer neuen Bibliothek), sowie in Zermatt (Beratung bei der Entwicklung der Bibliothek).

In Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Unterrichtswesen hat eine Arbeitsgruppe unter der Leitung der Direktorin der Zweigstelle von St-Maurice Vorschläge zur Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Schulen und den Bibliotheken im Unterwallis ausgearbeitet.

Zusammenarbeit

Zusammenarbeit im Wallis

Die Kantonsbibliothek war Ehrengast der Sion-EXPO im April und anwesend im Rahmen des «Village du livre» in St-Pierre-de-Clages anlässlich des «Fête du régionalisme». Sie beteiligte sich zudem am «Buch- und Jazzfestival» in Visp.

Die Kantonsbibliothek hat mit der *Internationalen Vereinigung für Walsertum* für die Verwaltung ihrer Bibliothek innerhalb der Bibliothek in Brig einen Vertrag abgeschlossen.

Der Kantonsbibliothekar ist Präsident der *VSnet: Association pour le réseau scientifique valaisan*, welche ein Netz von rund 25 Institutionen im Bereich der Forschung, der Ausbildung und der Kultur umfasst, welches dem Internet-Netz angeschlossen ist.

Interkantonale und internationale Zusammenarbeit

Im Rahmen eines Partnerschaftsvertrages mit dem Centre de dialectologie et d'étude du français régional de l'Université de Neuchâtel en vue de la sauvegarde et de la mise en valeur des témoignages du patrimoine dialectal valaisan hat die Bibliothek, zusammen mit dem Bureau régional d'ethnologie et de linguistique d'Aoste, ein Projekt «Interegg» hinterlegt, das die Schaffung eines Sprachatlases für das Wallis und das Aostatal zum Ziel hat. Dieses Projekt wurde von den schweizerischen und europäischen Instanzen genehmigt und kann auf Ende Jahr hin in Angriff genommen werden. Es wird im Bereich der Tonaufnahmen in Walliser Dialekt auch die Sammlungen des CEVIS bereichern.

Seit dem 1. Januar 1998 hat die RERO ihren Hauptsitz in Martigny eingerichtet. Entsprechend den interkantonalen Vereinbarungen ist sein Walliser Personal, 4 Personen am 31.12.1998, der Kantonsbibliothek unterstellt.

Der Kantonsbibliothekar ist Mitglied des Conseil exécutif de RERO und des Comité des directeurs des grandes bibliothèques de Suisse romande (CDROM). Er ist Mitglied der Kommission der Schweizer Landesbibliothek und vertritt die Bibliotheken der Nicht-Universitätskantone bei der *Kommission für Universitätsbibliotheken*.

Der Direktor des Walliser Ton- und Bildzentrums ist Komiteemitglied der «*Vereinigung Memoriav*», welche durch die wichtigsten nationalen Institutionen zur Erhaltung des schweizerischen audiovisuellen Erbgutes gegründet wurde.

STAATSARCHIV

ZUWACHS

Im vergangenen Jahr wurden 71 Eingänge (Ablieferungen, Deposita, Schenkungen oder Käufe) verzeichnet. Dies entspricht ca. 422 Laufmetern (2383 Archivschachteln, 1426 Mikrofiches). 29 staatliche Verwaltungsstellen haben 38 Ablieferungen vorgenommen. 18 Schenkungen, 14 Depots (einzelne provisorisch) und 1 Kauf ergänzen das Eingangsverzeichnis. - Ferner haben 1 schweizerische Vereinigung, 7 kantonale oder regionale Verbände, 7 Walliser Familien und 3 Gemeinden oder Pfarreien ihr Archiv hinterlegt oder ihre bereits im Staatsarchiv lagernden Bestände ergänzt.

Eine ausführliche Liste der Anschaffungen, Schenkungen, Deposita sowie der Ablieferungen der kantonalen Dienststellen wird in der nächsten Nummer der Zeitschrift «Vallesia» (Bd. 54, 1999) zu finden sein. Darin werden auch die hier nur kurz zusammengefassten Archivarbeiten des Jahres 1998 eingehender umschrieben sein.

ARBEITEN

1. Registratur, Klassierung, Analysen und Inventarisierung der Ablieferungen, Deposita und Schenkungen

a) Alte Bestände

AV 565 und 566, 1 Inventarseite; Fonds «Literarische Manuskripte», 1 S.; Fürsorgewesen, 23 S.; Steuerverwaltung, Archiv Sewer, 40 S.; Berufsbildung, 11 S. - Den Karteien AV 70 Gemeinden und Pfarreien, AV 107-110 Walliser Familien sowie den Katalogen der Wappen, Porträts und Einbürgerungen wurden zahlreiche Zettel hinzugefügt.

b) Bestände der Staatsverwaltung

FVD: Sekretariat des Departements, 3 S. für 16 Archivschachteln; Archiv Deferr, 67 S. für 470 Schachteln; Finanzverwaltung, Gehälter und Buchhaltung, 1364 Mikrofiches; Steuerverwaltung, 88 S. für 249 Schachteln; Finanzinspektorat, 2 S. für 10 Schachteln; Vorsorgekasse des Staatspersonals, 62 Mikrofiches; Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit, Preiskontrollstelle und Mieterschutz, 1 S. für 16 Schachteln; Handelspolizei und Patentbüro, 4 S. für 99 Schachteln; Arbeitsamt, 2 S. für 29 Schachteln; Dienststelle für Landwirtschaft, Amt für Bodenverbesserungen, 65 S. für 748 Schachteln; Amt für Agrarkredite, 1 S. für 23 Schachteln.

DEKS: Verwaltungsdienst, 222 S. für 300 Archivschachteln; Dienststelle für Unterrichtswesen, Schulhausbauten, 1 S. für 7 Schachteln; Unterrichtswesen, Oberwallis, 2 S. für 17 Schachteln; Dienststelle für Berufsbildung, 1 S. für 15 Schachteln.

DSI: Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt, 1 S. für 228 Schachteln; Dienststelle für Militärwesen, 5 S. für 82 S.; Dienststelle für Vermessung, 1 S.; Gleichstellungsbüro, 1 S. für 3 Schachteln.

DGSE: Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Dienstverhältnisse, 16 S. für 55 Schachteln; Dienststelle für Sozialwesen, 34 S. für 96 Schachteln; Flüchtlingsheim Visp, 27 S. für 27 Schachteln; Flüchtlingsheim Ardon, 62 S. für 62 Schachteln; Flüchtlingsheim St-Gingolph, 43 S. für 43 Schachteln; Flüchtlingsheim Sitten, 79 S. für 79 Schachteln; Flüchtlingsheim Siders, 16 S. für 16 Schachteln.

DVB: Kantonale Baukommission, 1 S. für 133 Schachteln; Dienststelle für Hochbau, Plans divers, 1 S.; Dienststelle für Wald und Landschaft, 1 S. für 1 Schachtel.

Handelsregister Sitten, 1986-1988, 26 Schachteln.

c) Gemeinde-, Bürger- und Pfarrarchive

Conthey, Pfarrei, Nachtrag, in Bearbeitung; Filet, Gemeinde, moderner Bestand, Beratung; Hèrevence, Gemeinde, Nachtrag, alter Bestand, in Bearbeitung; Niedergesteln, Pfarrei, in Bearbeitung; Obergesteln, Gemeinde, alter Bestand, 90 Inventarseiten; St-Maurice-de-Laques, Pfarrei, 47 Inventarseiten; St-Luc, Gemeinde, 46 Inventarseiten; Siders, Grande Bourgeoisie, 78 Inventarseiten; Siders, Pfarrei, 13 Inventarseiten; Stalden, Gemeinde, Mikroverfilmung der Gemeinderatsprotokolle; Vex, Pfarrei, Nachtrag, 47 Inventarseiten; Zeneggen, Gemeinde, in Bearbeitung.

e) Privatbestände

Schweizerischer Tambourenverband, Nachtrag, 4 Inventarseiten; Walliser Pfadfindervereinigung und «Tréfle de l'Amitié», 3 Inventarseiten; Walliser Tennisverband, 1 Inventarseite; Walliser Sozialarbeiterverein, 1 Inventarseite; Vereinigung zur Förderung der Sicherheit in der Walliser Industrie, über E. Biollaz, Nachtrag, in Bearbeitung; Kommission Bergrettung 1973-1990, 1 Inventarseite; Walliser Vereinigung der Burgerschaften, Nachtrag, 3 Inventarseiten; SAC Monte-Rosa, Depot Hüttenbücher; Léonard Closuit, Nachtrag, in Bearbeitung, Michel Closuit, in Bearbeitung; Maria Diez, Kunstgalerie Maison de la Diète, 1 Inventarseite; Madeleine Dubuis, Nachtrag, 1 Inventarseite; Ferdinand Kreuzer, 25 Inventarseiten; Loretan-de Preux, Nachtrag, in Bearbeitung; Josef Meyer, Nachtrag zum Fonds Sewer/St. Theodul, in Bearbeitung; Marcel Michelet, Nachtrag, 2 Inventarseiten; Bernard Paccolat, in Bearbeitung; Jean-Olivier Pralong, 3 Inventarseiten; Jacques de Preux, Nachtrag, 32 Inventarseiten; Fonds de Sépibus, in Bearbeitung; Othmar Steinmann, in Bearbeitung; de Torrenté-de Nucé, 70 Inventarseiten; Preis Edmond Troillet, 2 Inventarseiten; A. Zentriegen, in Bearbeitung; Guy Zwissig, 24 Inventarseiten.

2. Sicherheitsverfilmung

Die Mikrofilmabteilung erstellte insgesamt 156 16mm-Filme und 93 35mm-Filme für die Grundbuchämter und Archive. - 23 35mm-Filme wurden für das Eidgenössische Amt für Kulturgüterschutz dupliziert. Die Hauptarbeit umfasst die Verfilmung der Familienregister für die Dienststelle für Zivilstandswesen und der Belege für die 6 Kreise des Grundbuchamtes. Für das Staatsarchiv wurden folgende Bestände mikroverfilmt: die Staatsratsbeschlüsse 1997; Nachträge zu den Gemeinde- und Pfarrarchiven von Granges, Leytron, Saillon, Siders, Stalden und Vex; das Archiv der Familie Weger; die Pfarregister von St-Maurice-de-Laques und Siders.

3. Veröffentlichungen

Band 52 der Zeitschrift «Vallesia» (1997) ist im Juli 1998 erschienen (465 S.). - Die Vorbereitung eines Bandes mit Abschieden, Mandaten und Gerichtsentscheidungen des Walliser Landrats aus den Jahre 1457-1500 geht normal voran; im Verlauf des Jahres wurden rund 100 Seiten transkribiert. - Ein Historiker hat in Halbtagsarbeit begonnen, unter der Leitung des Schweizerischen Juristenvereins, Texte für die Publikation der Walliser Rechtsquellen zu sammeln.

BENÜTZUNG

Es wurden über 2'000 Besucher registriert; die meisten von ihnen sahen Dokumente ein. Namentlich die Familienforschung findet ein

stets breiteres Interesse. - 401 Dossiers wurden von staatlichen Verwaltungsstellen eingesehen. Die Archivare haben mehrere Verwaltungsstellen, die ihr Klassierungssystem zu verbessern wünschten, beraten. Ferner haben sie zahlreiche Forscher und Studenten in ihrer Arbeit (Monographien, Lizentiatsarbeiten und Doktorate) mit Rat und Tat unterstützt. Sie haben zudem an bedeutenden Schweizer Geschichtswerken (Historisches Lexikon der Schweiz und Helvetia Sacra), an den Zeitschriften unserer Geschichtsforschenden Vereine sowie am Bulletin der Walliser Vereinigung für Familienforschung aktiv mitgearbeitet. - Das Staatsarchiv hat über 200 schriftliche und zahlreiche mündliche Anfragen betreffend Familien, Heimatrechte, Fotos und Wappen (ca. 70) beantwortet. Zahlreiche Dokumente wurden auf Anfrage analysiert oder übersetzt, viele andere nur stichprobenweise untersucht. Es wurden überdies insgesamt 25'000 Photokopien erstellt.

Verwaltungsbericht 1998

DIENSTSTELLE DER KANTONSMUSEEN

DIREKTION

Direktorin: Marie Claude Morand

Allgemeine Politik

Der Hauptakzent des Jahres 1998 lag in der Erarbeitung *einer neuen internen Organisationsstruktur*. Nötig wurde diese vor allem durch den spürbaren Anstieg der Aktivitäten der sechs Museen sowie durch Neuanstellungen von Mitarbeitern. Das neue Organigramm regelt Verantwortlichkeiten, Kompetenzen und Aufgaben durch eine Aufteilung in sechs Bereiche: Allgemeine Direktion, Administration, Kommunikation, Technik, Aufsicht und Sicherheit, Museologie. Die Neuaufteilung bringt eine Optimierung der Arbeitsabläufe zwischen den allgemeinen Diensten und den Tätigkeiten der einzelnen Museen mit sich. Darauf aufbauend, sollen in einem zweiten Schritt wichtige Verantwortlichkeiten delegiert werden.

Lag der Schwerpunkt der vergangenen 15 Jahre auf der Positionierung der Museen als öffentliche Kulturträger (Vielzahl von Ausstellungen, Akzentsetzung auf zeitgenössische Kunst) und auf der Entwicklung der Dienststelle (Schaffung von Stellen), sieht die Direktorin die Zielsetzungen für die nächsten Jahre in der *Steigerung der Professionalität* der Institution. Dies betrifft nicht nur die Weiterbildung des Personals, sondern auch die Formulierung von Leitlinien, die Gestaltung der Programme sowie den reflektierenden Umgang mit dem den Museen anvertrauten Kulturgut.

Personal und Weiterbildung

Die Reorganisation der Dienststelle hat unter anderem ergeben, dass über die Hälfte der bei den Kantonsmuseen Beschäftigten in einem ungesicherten Arbeitsverhältnis stehen (Hilfsstellen, Verwaltungsmandate, Stellensuchende, Integrationsprogramme); dies wurde auch von der Verwaltungskommission des Grossen Rates bei ihrem Besuch vom 19. Oktober vermerkt. Zur Zeit gehen unsere Bemühungen dahin, diese Stellen zu sichern.

1998 konnten drei neue Konservatoren angestellt werden: Philippe Curdy, Archäologe, für das kantonale Museum für Archäologie,

Gérard Delaloye, Historiker, für das kantonale militärhistorische Museum sowie Pascal Ruedin, Kunsthistoriker, für das kantonale Kunstmuseum. Das technische Team erfuhr nach dem Abgang der beiden erfahrenen Techniker Joseph Schmidt und Jean-Daniel Gendre eine starke Umgestaltung: Claire Pattaroni wurde als Ausstellungstechnikerin eingestellt und Thierry Mertenat begann eine Ausbildung als Sammlungstechniker.

Seit Winter 1997 obliegt das Programm für die Weiterbildung Administrator Albert Stalder. Dieser organisierte

- für das gesamte Personal einen Kurs über *Brandverhütung* (durch Eric Senggen, 6.10.97) und über *Lebensrettung* (durch Véronique Erné, 6.10.97);
- für die Techniker, Konservatoren, Inventarisatoren und Wärter einen Kurs über *Umgang mit und Verpacken von Bildern* (durch Gisèle Carron und Madeleine Meyer, 24. und 25.11.97) sowie – in Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Walliser Ortsmuseen – einen weiteren Kurs zum Thema *Umgang mit Objekten – Arbeit im Depot* (durch Gisèle Carron und Madeleine Meyer, 26.9.98);
- für die Techniker und Wärter einen Kurs über *Alarmanlagen* (durch die Herren Dumoulin und Mathieu, 28.4.-5.5.98) und über *Umgang mit Holz – Massnahmen für den Unterhalt* (durch Claude Veuillet, 1.12.98);
- im weiteren wurde durch Line Roux-Dayer ein kunsthistorischer Einführungskurs für Kulturanimatoren durchgeführt (sechs Vormittage von Oktober 98 bis März 99).

Gössere Projekte

Die Erarbeitung und Herausgabe eines Walliser **Museumsführers** erfolgte in Koordination zwischen der Direktorin der Kantonsmuseen und dem Präsidenten der Vereinigung der Walliser Ortsmuseen. Herausgekommen ist ein Führer im Taschenbuchformat, je in einer deutschen und französischen Fassung, der um die 80 musealen Institutionen auf dem Kantonsgebiet auflistet und beschreibt.

Vom 17.–26. April 1998 waren die Kantonsmuseen zusammen mit der Kantonsbibliothek und dem Walliser Bild- und Tonzentrum Ehrengast an der regionalen Messe **Sion Expo**. Die Organisation des Standes sowie die Koordination des Animationsprogramms und der Medienarbeit gestaltete sich sehr aufwendig. Zuständig für die Museen war die Verantwortliche für Öffentlichkeitsarbeit, Line Dayer. Die Animation des Standes besorgte jeden Tag ein anderes Museum. Zudem gab es Malateliers für Kinder, eine Demonstration in Kunstrestaurierung (anhand der Ex-Votos von Longeborne), einen Wettbewerb, Werbematerial sowie – als Einführung in die Ausstellung *Die Zeitgenossen von Gavroche* im Zeughaus Pratofori – eine Vorführung von *Les Misérables* von Victor Hugo. Ebenfalls im Rahmen von Sion Expo fand am 21. April in Zusammenarbeit mit der Kantonsbibliothek ein runder Tisch statt zum Thema **Das Natur- und Kulturerbe des Kantons**.

Am 25. Mai konnte die Direktorin einen wichtigen **Sammler zeitgenössischer Kunst** empfangen, der dem kantonalen Kunstmuseum seine Sammlung als Depositum übergeben will. Die Qualität der Kunstwerke gab den Ausschlag, auf das Angebot einzutreten. Dieses Depositum leistet einen wesentlichen Beitrag zum Vorhaben, die Sammlung des Kunstmuseums in Richtung internationale Kunstszene zu orientieren.

Zu einem positiven Ergebnis führten Ende Sommer auch die seit Jahren geführten Verhandlungen über die Nutzung der Gebäude des **alten Kantonsgefängnisses**. Einerseits soll hier das kantonale Museum für Geschichte eine Erweiterung erfahren (Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts), andererseits sollen auch grössere, von den einzelnen Museen organisierte Sonderausstellungen stattfinden. In den nächsten Jahren sollen die Arbeiten für die entsprechenden Umnutzungen beginnen.

Im Herbst lancierte die Direktorin ein Projekt für eine **grosse Ausstellung über die Moderne**, sozusagen als Einstieg ins 3. Jahrtausend.

Teilnahme am kulturellen Leben

Im Rahmen der Ausstellung zum 50-Jahr-Jubiläum des kantonalen Kunstmuseums hielt die Direktorin am 10. Februar einen Vortrag über die Auseinandersetzung der Walliser Kunstszene der 1960er Jahre mit der Moderne. Weiter vertrat sie die Kantonsmuseen an Veranstaltungen und Vernissagen im Wallis und in der übrigen Schweiz, so am 15. März an der Revolutionsfeier in Monthey und am 12. Februar anlässlich der Eröffnung der Ausstellung über Schweizer Kunst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Kunsthaus Zürich (Projekt im Rahmen der 150-Jahrfeier des Bundesstaates). Teilgenommen hat sie regelmässig an Sitzungen von Pro Octoduro, der Kommission für das Schloss St-Maurice und der schweizerischen Kulturstiftung Pro Helvetia, in der sie in die Auswahlkommission gewählt wurde, welche über von der Stiftung finanzierte Publikationen von Künstlern befindet. Seit Juni ist die Direktorin Mitglied der Jury für die Landesausstellung EXPO 01. Am 15. Dezember wurde sie von der Gemeinde Vouvy für die Evaluation eines kommunalen Kulturkonzepts angegangen.

Publikationen

Museen im Wallis. Führer durch Museen und Sammlungen, redigiert von Marie Claude Morand und Thomas Antonietti, herausgegeben von den Walliser Kantonsmuseen, der Vereinigung der Walliser Ortsmuseen und von Monographic SA, Sitten 1998, 227 Seiten, Illustrationen. Texte von Marie Claude Morand, Thomas Antonietti, Christophe Bolli, Philippe Curdy, Patrick Elsig, Jean-Claude Praz, Werner Bellwald, Gisèle Pannatier, Isabelle Raboud, Flavio Santi.

«La confrontation avec la modernité: les années 60 en Valais», erscheint in *La Nouvelle Histoire du Valais*. – Beiträge in der Publikation über die Revolution von 1798 im Wallis (siehe unter Kantonales Museum für Geschichte).

ALLGEMEINE DIENSTE

Bibliothek

Auch in diesem Jahr wurde das Bibliotheksmandat der Firma Bibliobüro übertragen. Die verantwortliche Bibliothekarin erhielt den Auftrag, die Aufarbeitung der Dokumente weiterzuführen. Bei diesen Aufgaben konnte sie auf die Mithilfe von Irmgard Anthenien vom Bibliobüro und Renée Huwyler, die im Rahmen eines Beschäftigungsprogrammes während mehreren Monaten einen Tag in der Woche für die Bibliothek arbeitete, zählen.

Die Tendenz, einen Gesamtkatalog zu führen und die jedes Museum betreffenden Bücher im Museum aufzustellen, drängte sich in diesem Jahr aus Platz- und Organisationsgründen auf. So wurde während diesem Jahr der Bestand des kantonalen Museums für Geschichte vollständig reorganisiert und ins Blatterhaus gezügelt. Des weiteren begann der Aufbau eines Grundbestandes für das kantonale militärhistorische Museum. Die Bücher befinden sich im betreffenden Museum in St. Maurice. Der Bestand des kantonalen Museums für Archäologie wurde ebenfalls für den Umzug vorbereitet und wird Anfang 1999 in die Etage des kantonalen Museums für Archäologie gebracht. Der Gesamtkatalog enthält jedoch alle vorhandenen Titel mit dem jeweiligen Standort und somit kann jedes Werk allen interessierten Personen innert nützlicher Frist beschafft werden.

Der nächste Schwerpunkt der Aktivitäten betraf die Sammlung der Presseauschnitte. Mit Hilfe verschiedener MuseumswärterInnen wurden verarbeitet: Artikel zu Sachgebieten, Artikel über die Museen, Künstlerbiographien, Artikel von Kollektivausstellungen.

Bei den Neuanschaffungen wurde die Priorität dem kantonalen militärhistorischen Museum eingeräumt.

Fotothek

Mandat an das Cabinet d'ethnologie Flora Madic, unter Mitarbeit von Yvonne Parlier, temporär angestellt bei den Kantonsmuseen.

Aufgaben: Klassierung, Identifikation und Katalogisierung der fotografischen Bestände und Neueingänge, Suche von Bildmaterial, fotografische Dokumentation von Museumsanlässen, Ausleihdienst.

Im Jahr 1998 konnten drei grosse Bestände endgültig klassiert werden: Der Bestand des Fotografen de Roten, der ganze Bestand des kantonalen Museums für Archäologie (Fotos der Sammlung sowie Bildmaterial der Ausstellung *Das Wallis vor der Geschichte*) sowie die Aufnahmen der Ausstellungen des kantonalen Kunstmuseums 1984–1998. Bildsuchdienste geleistet wurden für das kantonale Kunstmuseum im Hinblick auf eine Vortragsreihe im Rahmen der 50-Jahr-Ausstellung, für das kantonale Museum für Geschichte (Ausstellung *1798: Revolution im Wallis*) und für das kantonale Museum für Archäologie (Ausstellung *Vallis Poenina. Das Wallis in römischer Zeit*).

Bei Berufsfotografen wurden Dokumentationen von folgenden Ausstellungen in Auftrag gegeben: Kantonales Kunstmuseum: *Gezeichnet Tritten. Schenkung Gottfried Tritten (1978-1996)*, kantonales naturhistorisches Museum: *Bergkristall* und *Bienen und Bienezucht*, kantonales Museum für Geschichte: *Die Zeitgenossen von Gavroche* und *1798: Revolution im Wallis*, kantonales Münzkabinett: *La monnaie: 2000 ans de voyage* (Restoroute Martinach) sowie *Die Museen an der Sion Expo*. Das Bildmaterial wurde klassiert und mittels Handkartei und Informatik erfasst.

Der Ausleihdienst wird sehr oft in Anspruch genommen und verlangt nach einer regelmässigen Präsenz. Neben lokalen Anfragen waren es oft Gesuche von Forschungsinstituten, Ausstellungs- oder Publikationsprojekten in der Schweiz und im Ausland, die behandelt werden mussten (ETH-Zentrum Zürich; Edition GmbH, Deutschland; Editions de l'Escampette Lausanne; Agence Alibi Chavannes; Musée d'archéologie de Lons, Frankreich; ACTI Zürich; Musée historique Lausanne; Musée d'archéologie de Dijon, Frankreich; Schweizer Museumsführer; Musée d'art et d'histoire Genf; Crephart Genf; Editions Barré & Dayer Frankreich; Universität Kiel Deutschland; Toleranz 98 Zürich; Institut suisse pour l'étude de l'art Lausanne; Archives du SHAT Frankreich).

Öffentlichkeitsarbeit

Verantwortliche für Öffentlichkeitsarbeit: Line Dayer (Mandat 30%).

Tätigkeiten: Koordination, Verbreitung und Begleitung der **Pressedokumentationen** für die Ausstellungen der Kantonsmuseen 1998: *Die Zeitgenossen von Gavroche*, *1798: Revolution im Wallis*, *Saxifrage*, *Vallis Poenina*. Organisation verschiedener **Werbeaktionen** (Plakate, Zeitungen, Lokalradios) sowie von **Animationsprogrammen** (Wettbewerbe, Vorträge, Führungen in mehreren Sprachen) für die einzelnen Ausstellungen.

Zusammenarbeit mit der **Walliser Krebsliga** für die Herausgabe von **Weihnachtskarten** mit Sujets aus den Kantonsmuseen. Die Aktion erlaubte es, drei Werke der Kantonsmuseen einem breiten Walliser Publikum bekanntzumachen (alle Haushalte; Auflage von 120'000).

Pädagogischer Dienst

Der Verantwortliche Eric Berthod (50%) weilte für ein Austauschjahr in Kanada. Da seine Stelle nicht besetzt wurde, blieb der pädagogische Dienst quasi inaktiv. Nach seiner Rückkehr hat der Verantwortliche Ende 1998 das Programm für 1999 vorbereitet.

KANTONALES MÜNZKABINETT

Verantwortlich: Patrick Elsig (Mandat).

Sammlung

Im Zuge eines 1997 begonnenen Testlaufs wurde ein erster Bestand digital aufgenommen und mit dem Inventar verknüpft. Das System erweist sich für die Konsultation wie für die Sammlungsverwaltung als geeignet.

Die ganze Sammlung wurde einer Kontrolle ihres Erhaltungszustandes unterzogen. Stéphane Ramseyer, Restaurator, verfasste einen Bericht über den Zustand der Objekte, die Lagerbedingungen sowie die zu treffenden Massnahmen für eine ideale Lagerung. Zudem erstellte er eine Prioritätenliste, welche die Objekte bezeichnet, die am dringendsten einer Restaurierung bedürfen.

Die als Folge einer Ausstellung in den Räumen der Walliser Kantonalbank (1996-97) mit dieser geführten Verhandlungen führten zu einem positiven Ergebnis: Unterzeichnet wurde ein Vertrag für ein Depositum eines Münz-Fonds WKB beim kantonalen Münzkabinett. Dieser Fonds soll gespeist werden durch Objekte und Dokumente, welche die Geschichte dieser wichtigen kantonalen Institution illustrieren. Als erstes Objekt wurde eine Druckplatte für Banknoten der Kantonalbank von ca. 1860 deponiert.

Bereichert wurde die Sammlung durch mehrere Neueingänge, darunter ein Geschenk der Staatskanzlei in Form von zwei Medaillen (Gold und Silber), die an die Schenkung des Wallis an Bischof Hugo erinnern. Der archäologische Dienst des Kantons übergab dem Kabinett mehrere Münzen von Grabungen; diese sind vorwiegend mittelalterlich und stammen u. a. von den Grabungen auf Schloss Valeria.

Forschungen / Ausstellungen

Mitarbeit an der Ausstellung und am Katalog 1798: *Revolution im Wallis* sowie am Auftritt der Kantonsmuseen an Sion Expo. Für Sion Expo wurde eine Münzpräge-Vorrichtung aufgebaut, die dem alten System nachgeahmt wurde und die dem Publikum Gelegenheit bot, den Arbeitsprozess des Münzprägens aktiv zu erfahren. Das Münzkabinett vertrat die Kantonsmuseen im Sommer 1998 im Restoroute von Martinach mit der Ausstellung *2000 Jahre Reisen: Der Geldverkehr auf der Strasse zum Grossen Sankt-Bernhard*.

Weitergeführt wurde die Teilnahme bei der Vereinigung der Freunde des Münzkabinetts Lausanne und bei der schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Erforschung von Münzfunden, deren Wissenschaftstagung den mittelalterlichen Jetons galt, von denen unser Kabinett mehrere Exemplare besitzt.

Publikationen

Patrick ELSIG, «Eine unruhige Zeit im Spiegel des Geldes», in *1798: Revolution im Wallis*, Walliser Kantonsmuseen, Sitten 1998, S. 119–123.

KANTONALES MUSEUM FÜR ARCHÄOLOGIE

Konservator: ab 1. April 1998 Philippe Curdy (60%).

Sammlung

Das Jahr sah zwei Haupttätigkeiten: Kontrolle des Erhaltungszustands der Sammlung und Vorbereitung der Ausstellung *Vallis Poenina – Das Wallis in römischer Zeit* (siehe unten). Die Archäologin Sophie Broccard hat während eines dreimonatigen Praktikums mit der systematischen Kontrolle der inventarisierten

Objekte begonnen. Stéphane Ramseyer, Konservator-Restaurator in Sitten, verfasste einen Bericht über den Erhaltungszustand der Metallobjekte. Zudem führte er mehrere Arbeiten im Zusammenhang mit der Ausstellung aus und installierte Messgeräte in den beiden Museumsmagazinen. Zur Lösung der Restaurierungsprobleme der Sammlung Guigoz (antike Gläser) wurde die Kunstgewerbeschule von La Chaux-de-Fonds beigezogen. Nathalie Ducatel, Verantwortliche der Abteilung Konservierung-Restaurierung, hat ein Konzept für ein Arbeitsprogramm erarbeitet, welches 1999 mit Schülern der entsprechenden Abteilung durchgeführt wird.

Ein Grossteil der Anstrengungen galt dem Aufbau der Ausstellung *Vallis Poenina*. Diese präsentiert zum ersten Mal eine zusammenfassende Gesamtschau über das Wallis zur römischen Zeit. Bei dieser Gelegenheit wurden zahlreiche noch nie gezeigte Objekte restauriert und in die Museumssammlung integriert. Diese Arbeit erfolgte in Zusammenarbeit mit der Kantonsarchäologie (Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie).

Ausstellungen

Zeichen im Stein – Felszeichnungen im Alpenraum: verlängert bis zum 30. August 1998.

Vallis Poenina – Das Wallis in römischer Zeit, 28. November 1998 bis 29. August 1999.

Das Museum wirkte überdies mit an der Ausstellung *Le territoire de Fully de la préhistoire à l'histoire* (Kommissar: Jérôme Vielle), 1. September bis 15. November 1998, Kulturzentrum Fully.

Erwerbungen

Das Museum konnte mehrere Ensembles von Privaten erwerben (Contat, Lehner und Potterat; Objekte aus der Bronze- und Eisenzeit vom Grossen Sankt-Bernhard, von Sitten, Siders, Vernamiège und Leuk).

Ausleihdienst

Das Museum hat Ausleihen für insgesamt sechs Ausstellungen bewilligt, von denen zwei in Frankreich (Musée de Lattes und Musée d'Annecy) und eine im Aostatal (drei neolithische Stelen für die internationale Ausstellung *Götter aus Stein*) stattgefunden haben.

Forschung

Der Konservator beteiligt sich an Band 5 der Reihe *La Suisse de la Préhistoire au Haut-Moyen Age*, herausgegeben von der Schweizerischen Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte (erscheint 1999) sowie am Kapitel «Les assises lointaines (Préhistoire)» für die *Nouvelle Histoire du Valais*, herausgegeben vom Geschichtsforschenden Verein des Unterwallis.

Teilnahme am kulturellen Leben

Vorträge des Konservators 1998:

«L'Age du Fer en Suisse: un bilan scientifique», Kurzvortrag vom 13. März in Basel anlässlich der Tagung *Dreissig Jahre grosse Projekte: eine Bilanz der schweizerischen Prähistorie*, organisiert von der Arbeitsgruppe für prähistorische Forschung in der Schweiz; «Archéologie et Routes nationales en Suisse; l'habitat protohistorique et antique de Brig-Glis», Vortrag anlässlich der Jahresversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte am 27./28. Juni auf Schloss Prangins.

Publikationen

Vallis Poenina – Das Wallis in römischer Zeit, Ausstellungskatalog, Walliser Kantonsmuseen, Sitten 1998, 232 Seiten, Illustrationen.
Vallis Poenina – Le Valais à l'époque romaine, catalogue d'exposition, Musées cantonaux du Valais, Sion 1998, 232 p., ill.
 Philippe CURDY, «L'Age du Fer en Suisse: un bilan scientifique», in G. Kaenel (Red.), *Trente ans de grands travaux. Quel bilan pour la préhistoire suisse*. Actes du colloque de Bâle, document GPS n° 1, Lausanne 1998, S. 51–57.
 Philippe CURDY, Catherine LEUZINGER-PICCAND, Urs LEUZINGER, «Ein Felsabri auf 2600 m ü. M. am Fusse des Matterhorns – Jäger, Händler und Hirten im Hochgebirge», in *Archäologie der Schweiz* 12, 1998, S. 65–71.

KANTONALES KUNSTMUSEUM

Konservator: ab 1. Juli 1998 Pascal Ruedin (70%).

Mit dem Stellenantritt von Pascal Ruedin ist eine dreijährige Vakanz der Konservatorenstelle am kantonalen Kunstmuseum zu Ende gegangen. Während dieser Zeit hat Valérie Marty Zen-Ruffinen, wissenschaftliche Hilfsangestellte, unter der Leitung von Marie Claude Morand mit viel Einsatz die Aufrechterhaltung des Betriebes gewährleistet.

Die ersten Monate des neuen Konservators waren geprägt von mehreren Projekten: Mitarbeit an den Tagen der offenen Tür in Schloss Mercier in Siders; Entgegennahme eines wichtigen Depositums in Form einer Privatsammlung zeitgenössischer Kunst; Auswahl (zusammen mit der Museumsdirektorin) und Entgegennahme der Schenkung des Malers François Boson; Vorbereitung der neuen Dauerausstellung, die anfangs 1999 eröffnet wird; Weiterführung des Ausstellungsprojekts mit der Gemeinde Visp (Retrospektive Raphael Ritz im Kulturzentrum La Poste, Sommer 1999); Zusammenarbeit mit den Kunstmuseen in Solothurn und Bellinzona sowie dem schweizerischen Kunstinstitut in Zürich für eine Ausstellung über Jugendstil und Symbolismus in der Schweiz (2000/2001); Mandatserteilung für ein pädagogisches Heft über *Die Stockhausen* des Bildhauers André-Paul Zeller an Alberto de Andrés, Kunsthistoriker (Erscheinungsjahr 1999); Anstellung der Praktikantin Sabine Leyat, Kunsthistorikerin.

Sammlung

Inventarisierung der laufenden Eingänge durch Valérie Marty Zen-Ruffinen; Neuerarbeitung der Inventar-Karteikarte; Kontrolle der in den Büros der kantonalen Verwaltung aufgehängten Werke; Verwaltung der Ein- und Ausgänge (Restaurierungen, Ausleihen).

Restaurierungen: Biéler (Inv.-Nr. 1684), Boson (Inv.-Nr. 1310), *Le Déserteur* (ganze Sammlung, Abschluss der 1997 begonnenen Arbeiten), Cortey (Inv.-Nr. 1732), Dubuis (Inv.-Nr. 251), Gaudin (Inv.-Nr. 2144), Monnier (Inv.-Nr. 498), Pitteloud (Inv.-Nr. 1236 und 1737), Vallet (Inv.-Nr. 1661), Venturrelli (Inv.-Nr. 1332).

Leihgaben: *Die Zeitgenossen von Gavroche. 1848: Die Schweiz der kleinen Leute*, Schloss Morges, Zeughaus Pratifori Sitten, Kunsthau Langenthal, 2.1.–6.12.1998 (Le Déserteur, Edouard Ravel, Raphael Ritz); *Von Anker bis Zünd. Die Kunst im jungen Bundesstaat, 1848–1900*, Kunsthau Zürich, 13.2.–10.5.1998 (Raphael Ritz); *Über die Berge*, Shedhalle St. Pölten (Österreich), 2.7.–15.9.1998 (Ernest Biéler, Charles Guigon, Edouard Ravel, Caspar Wolf, Guy Zahler); *Les peintres du Grand Lens*, Kongresszentrum Le Régent Crans und Museum Lens, 16.7.–10.9.1998 (Eugène Gilliard, William Métein, Valentine Métein-Gilliard); *Ernest Biéler*, Gemeindehaus Savièse, 14.11.1998–17.1.1999 (Biéler).

Animation

Im Rahmen der Ausstellung zum 50-Jahr-Jubiläum hat das Museum in der Person der Kunsthistorikerin Line Roux-Dayer eine wissenschaftliche Hilfsmitarbeiterin angestellt (50%), die im Zusammenhang mit der erwähnten Ausstellung mehrere Veranstaltungen durchführte (Oktober 1997 bis Juni 1998).

Ebenfalls im Rahmen der Jubiläumsausstellung führte das Museum zwei **Vortragszyklen** durch. Diese sollten bestimmte Aspekte der Ausstellung vertiefen und auf die Qualitäten der Museumsammlung aufmerksam machen. Der erste Zyklus setzte mit der Malerei im Wallis zu Beginn des Jahrhunderts ein (besonders Schule von Savièse) und führte bis zum Einzug der Moderne im Wallis (Vortrag von Marie Claude Morand über die 60er Jahre im Wallis). Der zweite Zyklus galt der zeitgenössischen Kunst: Gottfried Tritten führte durch die ihm gewidmete Ausstellung und sprach über seine persönlichen Arbeiten wie über die Kunst ganz allgemein.

Für die 8. Schubertiade der Kammermusik stellte das kantonale Kunstmuseum seine Räumlichkeiten zur Verfügung (musikalische Begegnung von Valeria, 16. September 1998).

Ausstellungen

Kantonales Kunstmuseum Sitten. Ausstellung zum 50-Jahr-Jubiläum, 1947–1997 (Fortsetzung und Abschluss am 17. Mai 1998);

Gezeichnet Tritten. Schenkung G. Tritten (1978–1996). Arbeiten von Tritten, Druckgrafiken von Iseli, Manessier, von Mühlener..., 28. März bis 17. Mai 1998. Kommissarin: Valérie Marty Zen-Ruffinen (unter Mitarbeit von Sandrine Jolissaint, Praktikantin); *Saxifrage. Désespoir du peintre*, 20. Juni 1998 bis 10. Januar 1999. Kommissar: Nicolas Raboud.

Erwerbungen

Das Budget für Anschaffungen erlaubte den Kauf eines von Ernest Biéler gemalten Porträts von 1907, von sechs Selbstporträts von Gianfredo Camesi sowie von sechs Zeichnungen und eines Modells von André-Paul Zeller. Weiter wurde die Sammlung ergänzt durch neue Werke von Yan Duyvendak, Nikolaus Loretan und Philippe Wenger; die Werke stellen eine Gegenleistung für eine Förderprämie dar, die der kantonale Kulturrat diesen Künstlern zugesprochen hat.

Zudem war das Jahr durch grosszügige Schenkungen gekennzeichnet. Gottfried Tritten hat dem Museum noch einmal elf seiner Werke vermacht. (Die ungebrochene Grosszügigkeit dieses Künstlers wurde durch eine Ausstellung gewürdigt.) Der Maler François Boson schenkte dem Museum sieben Bilder, welche seine Schaffenszeit von 1986 bis 1994 dokumentieren.

Schliesslich hat ein Sammler dem Museum ein bedeutendes Depositum vermacht mit Werken zeitgenössischer Kunst, vor allem aus den 1980er und 90er Jahren. Darunter finden sich Werke von Alighiero e Boetti, Miquel Barcelò, Jean-Charles Blais, Sophie Calle, Luciano Castelli, Robert Combas, Martin Disler, Nan Goldin, Shirley Goldfarb, Andreas Gursky, Alain Jacquet, Robert Mapplethorpe, Andres Serrano, Cindy Sherman und Patrick Tosani.

KANTONALES MUSEUM FÜR GESCHICHTE

Konservatoren: Marie Claude Morand (40%), Abteilungen Kunst und Geschichte; Thomas Antoniotti (40%), Abteilung Volkskunde.

Am 4. Januar 1998 hat die neue vollamtliche Wärterin, Nicole Mayor, ihre Stelle angetreten.

Basilika von Valeria

Die Untersuchung des Erhaltungszustandes der Sammlung des Domkapitels in der Basilika ist abgeschlossen (die Sammlung wird seit 1985 durch das Museum betreut). Der unter der Leitung von Marie Claude Morand erstellte Bericht der Restauratoren G. Carron, E. Favre-Bulle und C. Veuillet sowie der Inventarbeauftragten R. Bertelletto wird es erlauben, ein zeitliches und finanzielles Programm zu erarbeiten zur Erhaltung dieses Kulturgutes, welches unter den ungünstigen klimatischen Bedingungen der Basilika leidet.

Im übrigen hat die Direktorin der Museen Schritte unternommen, um zusammen mit dem jüngst gegründeten Verein «Freunde von Valeria» die beiden ersten Bände der Reihe *Valeria: Kunst und Geschichte* herauszugeben. Der eine Band gilt der jüngsten Geschichte von Valeria (P. Elsig), der andere der mittelalterlichen Skulpturensammlung des Museums (L. Golay).

Obwohl sehr gefragt, konnten im Winter (Mitte November bis Mitte März) in der Basilika aus finanziellen Gründen keine Führungen angeboten werden.

Neueinrichtung des Museums

1998 war das letzte Jahr, das der Erarbeitung des definitiven Konzepts für das neue Museum im Schloss Valeria galt. Dabei wurden die wissenschaftlichen Grundlagen für die Ausstellungsobjekte vom Mittelalter bis zum 17. Jahrhundert fertiggestellt (Mandat Laurent Golay) und die Räume 17. bis 20. Jahrhundert thematisch erarbeitet. Für die Gegenstände des 19. und 20. Jahrhunderts wurde der Historikerin Myriam Evéquoz-Dayen ein Mandat erteilt. Das Architekturbüro Cagna hat das museographische Konzept fast bis zu Ende geführt. Diese Arbeit geschah in enger Zusammenarbeit mit den beiden Konservatoren, die ihrerseits die definitive Auswahl praktisch sämtlicher Objekte vorgenommen und die thematischen Ausrichtungen des Parcours festgelegt haben.

Sammlung

Inventar

Romaine Bertelletto vom Bureau d'Histoire de l'Art Régional wurde mit einem Mandat für die Inventarisierung beauftragt und arbeitete in einer ersten Phase mit der früheren Stelleninhaberin Manon Glassey zusammen. Inventarisiert wurden namentlich 207 Neueingänge, darunter ein Ensemble zur Volkskunde des Wallis und zur Symbolik des Matterhorns. Ergänzt wurden zudem bereits früher eingegangene Bestände, so u. a. Fragmente des gemalten Dekors des früheren Hotels Bains de Saxon sowie eine Reihe von Druckgrafiken des 17. und 18. Jahrhunderts.

Konservierung / Restaurierung

- Bilder: Konsolidierung und Fixierung dringender Schäden bei der ganzen Sammlung (Mandat an Gisèle Carron und Madeleine Meyer).
- Waffen: Abschluss der Arbeiten an den Objekten in kritischem Zustand. Beginn der Arbeiten an den Objekten in schlechtem Zustand. (Mandat an Pierre Contat und Sohn.)
- Möbel: Abschluss der Untersuchung der gesamten Sammlung (Mandat an Claude Veuillet).
- Lagerung in den Magazinen: Zur Gewährleistung besserer Lagerungsbedingungen wurden Bilder und Druckgrafiken an einem neuen Ort magaziniert. Dazu wurden von Sammlungstechniker Thierry Mertenat und seinen Mitarbeitern neue Regale eingerichtet. Abgeschlossen wurde auch die Numerierung der Objekte in den Magazinen und das Ordnen der Mappen für die Druckgrafiken.

Im Zusammenhang mit der Ausstellung *1798: Revolution im Wallis* wurden von G. Carron und M. Meyer Konservierungsarbeiten an vier Bildern vorgenommen, darunter das Porträt von Pierre Maurice Rey-Bellet, genannt Gros-Bellet, Inv.-Nr. MV 2412. Diese Bilder waren zwar schon restauriert, litten jedoch unter den schlechten klimatischen Bedingungen des jetzigen Museums. Für die gleiche Ausstellung ebenfalls restauriert wurden weitere wichtige Sammlungsstücke: eine Trommel mit den Farben der französischen Revolution, Ende 18. Jahrhundert, Inv.-Nr. MV 149 und ein Freiheitshut aus Eisenblech, Inv.-Nr. MV 414 (Metallrestaurator S. Ramseyer) sowie 13 Textilobjekte (Textilrestauratorin S. Sille).

Für die Ausstellung *Vallis Poenina – Das Wallis in römischer Zeit* wurde eine Fibel des 7. Jahrhunderts aus vergoldetem Bronzeblech (Inv.-Nr. MV 8169), gefunden unter der Pfarrkirche von Ardon, restauriert (S. Ramseyer).

Erwerbungen

Die 207 Neueingänge brachten vor allem wichtige Ergänzungen der Porträtsammlung des 18. und 19. Jahrhunderts sowie der Alltagsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Besonders erwähnt seien:

- ein wichtiges Depositum der Pfarrei Val d'Illiez mit sieben Porträts von Geistlichen des 18. und 19. Jahrhunderts (darunter das Porträt des bekannten Vikars Clément, gemalt von J.-A. Milesi);
- der Kauf zweier Porträts von zwei Walliser Notablen: Anton Aloys Theiler (1716–1781) und Johann Jodok In-Albon (1740–1800), letzteres signiert von Jean-Antoine Milesi, 1787;
- der Kauf einer manuell gefertigten Druckgrafik von Nicolas Fournier: *Les Terres célestines* (1993);
- die Schenkung einer Oberwalliser Frauentracht aus der Mitte des 20. Jahrhunderts (Anne Marie Bertelletto-Gapany, Sitten);
- die Schenkung eines Ensembles von Trachtenkleidern des frühen 20. Jahrhunderts aus dem Saastal (Werner und Ida Imseng-Zurbruggen, Saas Fee);
- die Schenkung eines Ensembles liturgischer Gegenstände des 20. Jahrhunderts aus der Maison Saint-François in Sitten (Schwester Irène Seppey).

Dokumentation und Forschung

Die Historikerin Alexandra Moulin hat ihr Mandat für Forschungs- und Dokumentationsarbeiten im Hinblick auf die Jubiläumsausstellung *1798: Revolution im Wallis* weitergeführt. Ebenfalls im Zusammenhang mit dieser Ausstellung entstand eine Fotodokumentation über Denkmäler und Orte, die in einem Bezug zu den Ereignissen von 1798/99 stehen (J.-Y. Glassey).

Für ein Modell, welches das Siedlungs- und Wirtschaftsterritorium der Gemeinde Bellwald sowie die dortige Landnutzung mit den jahreszeitlichen bäuerlichen Wanderungen im 18. Jahrhundert illustriert, wurden dokumentierende Forschungen in Auftrag gegeben (Edwin Pfaffen, Historiker, Klaus Anderegg, Ethnologe). Zusammen mit einem interaktiven Bildschirm wird dieses Modell im Mittelpunkt eines Raums des neuen Museums stehen.

Die Aufnahmen der mittelalterlichen Skulpturen im Hinblick auf eine entsprechende Publikation konnten abgeschlossen werden (Fotograf Jean-Yves Glassey).

Im Auftrag des Museums entstanden zudem historische und fotografische Dokumentationen für ein Ausstellungsprojekt über *Bergbau im Wallis* (Büro CAIRN, Stefan Ansermet, Werner Bellwald, Eric Roulier).

Ausstellungen

Die Zeitgenossen von Gavroche – Die Schweiz der kleinen Leute um 1848, Zeughaus Pratifori, Sitten, vom 1. Mai bis zum 27. September 1998 (in Zusammenarbeit mit dem Relais in Morges). Kommissare: Michel Thévenaz (†) und Frances Honnegger unter Mitarbeit von Nicolas Crispini und Flavio Santi.

Die da oben – die da unten. 1798: Revolution im Wallis / Messieurs du Haut et sujets du Bas – 1798: La Révolution en Valais, Hexenturm Sitten vom 29. Mai bis zum 1. November 1998 und Schloss Monthey vom 5. Dezember 1998 bis zum 30. Mai 1999. Kommissare: Alexandra Moulin und Thomas Antonietti.

Berge zwischen Sein und Schein, Ausstellung in Sankt-Pölten (Niederösterreich) vom 17. Juli bis zum 18. Oktober 1998 (in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Kunstmuseum, dem Ecomuseum Simplon und dem Lötschentaler Museum Kippel). Kommissare: Thomas Antonietti und Werner Bellwald.

Teilnahme am kulturellen Leben

Als Konservatorin der Abteilungen Kunst und Geschichte des Museums leitete Marie Claude Morand den internationalen Museumstag vom 16. Mai und führte das Publikum durch die Ausstellung *Die Zeitgenossen von Gavroche*. Die gleiche Ausstellung präsentierte sie anlässlich der Tagung zum Thema *Revolution und Erinnerung* am 25. und 26. September in Martinach. Am 5. Juni empfing sie im Manoir in Martinach die Mitglieder des schweizerischen Verbandes für Konservierung und Restauration.

Thomas Antonietti, Konservator der Abteilung für Volkskunde, ist Vorstandsmitglied des Verbandes der Museen der Schweiz und Mitglied der Wissenschaftskommission des CREPA (Centre régional d'études des populations alpines). 1998 hat er folgende Vorträge gehalten:

- *Berge zwischen Sein und Schein. Das Beispiel Wallis 19. bis 20. Jahrhundert*, Sankt-Pölten (Österreich), 17. Juli (anlässlich der Vernissage der Ausstellung «Berge zwischen Sein und Schein»);
- *Les lieux de mémoire*, wissenschaftliche Tagung zum Thema *Révolutions, institutions, mémoires*, durchgeführt vom geschichtsforschenden Verein Unterwallis, Martinach, 25. September;
- *Museumsarbeit im Dorf*, Mund, 23. Oktober (anlässlich der Gründung des Kulturvereins Mund).

Ausleihdienst

Für die Ausstellung *Aletsch – Wallis. Alte Ansichtskarten* im Alpmuseum Riederalp, 27. Juni – 31. Oktober 1998:
– 77 Ansichtskarten;

für die Ausstellung *Vallis Poenina. Das Wallis in römischer Zeit* im kantonalen Museum für Archäologie, 28. November 1998 – 29. August 1999:

– Fibel aus vergoldetem Bronzeblech (MV 8169), 7. Jahrhundert, Ardon.

Publikationen

1798: *Revolution im Wallis*, herausgegeben von Alexandra MOULIN und Thomas ANTONIETTI, Walliser Kantonsmuseen, Sitten 1998.

1798: *La révolution en Valais*, publié sous la direction de Alexandra MOULIN et Thomas ANTONIETTI, Musées cantonaux du Valais, Sion 1998.

324 Seiten, Illustrationen. Beiträge von Alexandra MOULIN, André LEUZINGER, Patrick ELSIG, Roland FLÜCKIGER-SEILER, Marianne STUBENVOLL, Myriam EVEQUOZ-DAYEN, Pierre DUBUIS, Alban Norbert LÜBER, Werner BELLWALD, Thomas ANTONIETTI, Sabine SILLE, Marie Claude MORAND.

KANTONALES MILITÄRHISTORISCHES MUSEUM

Konservator; Ab 1. Mai 1998: Gérard Delaloye (40%).

Sammlung

Der im Mai seine Stelle antretende Teilzeitkonservator sah sich mit der Tatsache konfrontiert, eine Institution zu leiten, die seit 25 Jahren besteht, jedoch nie einen Konservator hatte. Das Museum wurde 1973 eröffnet und blieb seither – bis auf zwei Räume – unverändert. Nach der Einrichtung eines Arbeitsplatzes, dem Vertrautwerden mit der Geschichte des Museums und der Kontaktnahme mit den Partnerorganisationen galt ein erster Schwerpunkt der Kontrolle der ausgestellten und eingelagerten Objekte aufgrund des Inventars. In einem zweiten Schritt sollen 1999 die im Zeughaus in Sitten magazinierten Objekte inventarisiert werden.

Gleichzeitig begann der Konservator mit dem Projekt einer vollständigen Umgestaltung der Dauerausstellung. Das Ziel ist dabei, die Objekte besser in ihre historischen Zusammenhänge einzubetten.

Zur Feststellung des Sammlungszustandes wurden Expertisen in Auftrag gegeben (Uniformen und Fahnen; Waffen; Lederobjekte). Die im allgemeinen recht positiv ausgefallenen Berichte der Fachleute werden es erlauben, ein schrittweises Restaurierungsprogramm zu entwickeln.

Animation

Um den Kontakt zum Publikum zu verbessern, wurden auf die nächste Sommersaison verschiedenen Massnahmen eingeleitet:

- Erneuerung der Beschilderung ausserhalb des Museums;
- Erneuerung und Belebung des Empfangsraums;
- Überarbeitung der Museumstexte.

Bibliothek

Für die eigene Arbeit, aber auch für auswärtige Forscher muss das Museum über eine entsprechende Bibliothek verfügen. Um den eher bescheidenen bisherigen Bestand aufzustocken, wird eine systematische Anschaffungspolitik entwickelt, welche wichtige Werke zur Militärgeschichte des Wallis und der Schweiz berücksichtigt.

Erwerbungen

1998 konnten zwei Säbel und ein Schwert aus dem 19. Jahrhundert erworben werden. Von Interesse ist dabei insbesondere ein Artillerie-Offizierssäbel von 1842. Als Depositum ins Museum kamen zwei Sammlungen mit Trophäen und Militärmedaillen.

Teilnahme am kulturellen Leben

Am 18. Juli gab Gérard Delaloye in Mauvoisin (Val de Bagnes) einen Vortrag zum Thema «Les Walsers, une émigration valaisanne au Moyen Age». Am 2. Dezember sprach er an der Volkshochschule Monthey über die Rahmenbedingungen der Bundesverfassung von 1848. Im übrigen beteiligte sich der Konservator am Projekt *Via Francigena*, welches zum Ziel hat, den historischen Verkehrsweg von Canterbury nach Rom über St-Maurice und den Grossen Sankt-Bernhard zu restaurieren.

Ausstellungen

Für Ende 1999 ist eine Sonderausstellung geplant zum Thema: Die Neutralisierung Savoyens von 1815 und ihre Bindung an die schweizerische Neutralität, verbunden mit dem Recht der Schweiz, den nördlichen Teil Savoyens militärisch zu besetzen.

KANTONALES NATURHISTORISCHES MUSEUM

Konservator: Jean-Claude Praz (50%).

Sammlung

Die Arbeit an der Sammlung im Unterdach des Museum wurde fortgeführt. Dabei wurden Säugetiere und Vögel in systematische Reihen geordnet. Rainer Neumeyer hat bestimmte Familien von Wildbienen untersucht, M. Raeser die Nachtfalter. Zudem beteiligte sich das Museum an der Kontrolle, Reinigung und Bewertung der Schmetterlingssammlung von Emile Favre (1843–1905) im Kollegium St-Maurice.

Die Verunreinigung der Bestände, namentlich der Säugetiere, besteht weiter. Mittelfristig sollte die ganze Sammlung in geschlossenen Vitrinen untergebracht werden.

Erwerbungen

1998 fanden acht Säugetiere, 35 Vögel, eine Reptilienhaut und zwei Flusskrebse Eingang in die Sammlung. Besondere Erwähnung verdienen sodann die Schenkung eines Grasmückennestes, in dem genistet wurde, ein im Wallis sehr seltener Iltis, der tot auf der Strasse gefunden wurde, ein junger Biber, der bei Arbeiten umkam sowie der Erwerb von zwei Schwanen und fünf Möwen für die Neueinrichtung. Ein illegal geschossener Wolf, gefunden in Reckingen, zeugt vom Vordringen einer italienischen Wolfspopulation nach Norden und ins Wallis. (Ein zweiter hat im Dezember in der Region Schafe gerissen.) Mehr anekdotischer Charakter kommt jenen Erdwürmern zu, die in einem WC in Vercorin gefunden wurden und einem Spezialisten zur Bestimmung übergeben wurden.

Für die Mineraliensammlung wurden von Eugène Gard und René Reuse zwei Quarze geschenkt, ein weiterer Quarz wurde gekauft. Die Burgerschaft Sitten deponierte im Museum die rund 500 Stücke umfassende Sammlung von Marcel Luy.

Ausstellungen

Die Ausstellung *Bergkristall* dauerte bis zum 1. März 1998 und verzeichnete einen grossen Publikumserfolg.

Vom 16. Mai bis zum 20. September wurde die Ausstellung *Bienen und Bienenzucht* gezeigt, die vom zoologischen Museum Lausanne und vom Naturmuseum La Chaux-de-Fonds realisiert wurde. In

Zusammenarbeit mit dem Walliser Bienenzüchterverein und der kantonalen landwirtschaftlichen Schule baute Yvon Crettenand im Museum einen Bienenkorb ein, in dem die Tiere beobachtet werden konnten. Der Verein der Museumsfreunde besuchte am 6. Juni den Bienenstand der landwirtschaftlichen Schule in Châteauneuf und wohnte am 7. August der Honiggewinnung im Museum bei.

Für die Ausstellung über die Faune in den Feuchtgebieten der Talebene wurden erste Vorarbeiten geleistet.

Ausleihdienst

Für Unterricht und Ausstellungen wurden Schulen verschiedene Tierpräparate zur Verfügung gestellt.

Teilnahme am kulturellen Leben

Der Bartgeier *Republic 5* wurde in einer neuen Abteilung eingerichtet und den Medien am 6. Februar 1998 durch Staatsrat Jean-René Fournier vorgestellt.

Am 6. Juni haben die Direktorin der Kantonsmuseen und der Konservator die Konservatoren der Naturmuseen der Schweiz empfangen. 30 Personen haben das Museum besucht und an einer Diskussion zum Thema «Die Rolle der Naturmuseen für Forschung und Naturschutz» teilgenommen.

Am Tag der Naturforscher an der Sion Expo (19. April) nahmen Botaniker, Insektenforscher und Ornithologen teil.

25 Jahre nach der Wiedereinführung des Bibers im Wallis hat das Museum zusammen mit den Dienststellen für Jagd sowie für Wald und Landschaft Vertreter von Gemeinden, Land- und Forstwirtschaft zu einer Informationssitzung über den Umgang mit dem Biber eingeladen.

Der Konservator hat am Alpin-Forum in Garmisch-Partenkirchen (30. August bis 3. September) teilgenommen.

Forschung

Das Museum liess rund 700 Rehkiefer von der Jagd 1997 präparieren. Die Untersuchung dieses im Museum deponierten Materials lässt Rückschlüsse auf den Gesundheitszustand der Rehe zu.

Publikationen

Jean-Claude PRAZ, «Les bases populaires de l'Académie», Editorial, *Info 4/1998* der schweizerischen Akademie für Naturwissenschaften.

BESUCHERSTATISTIK 1998

Kantonales Museum für Archäologie	6'571
Kantonales Kunstmuseum	5'859
Kantonales Museum für Geschichte	13'065
Basilika Valeria	3'410
Kantonales militärhistorisches Museum	3'159
Kantonales naturhistorisches Museum	8'866
Gallorömisches Museum in der Fondation Gianadda: keine separate Registrierung	
Schloss Tourbillon	16'279



DEPARTEMENT FÜR SICHERHEIT UND INSTITUTIONEN

FÜR DAS JAHR 1998



**DEPARTEMENTSVORSTEHER: JEAN-RENÉ FOURNIER
STELLVERTRETER: SERGE SIERRO**

SICHERHEIT UND INSTITUTIONEN

Verwaltungs- und Rechtsdienst

Dienststelle für Zivilstands-
wesen und Fremdenkontrolle

Strafanstalten

Dienststelle für Strassenverkehr
und Schifffahrt

Dienststelle für Jagd und
Fischerei

Kantonspolizei

Dienststelle für Feuerwesen und
Zivilschutz

Dienststelle für Militärwesen

Dienststelle für innere
Angelegenheiten

Dienststelle für Raumplanung

Dienststelle für Vermessung

Dienststelle für Grundbuchämter

EINLEITUNG

Vorbeugen, bekämpfen, helfen, stellen die drei Säulen unserer öffentlichen Sicherheitspolitik dar. Die Anwendung von aufeinander abgestimmten Vorbeugungs-, Bekämpfungs- und Hilfsmitteln muss in ein richtiges Verhältnis zu den Gefahren und den Angriffen auf die öffentliche Ordnung gesetzt werden. Zu diesem Zweck haben wir gestützt auf objektive und laufend ergänzte Daten einen eigentlichen Barometer der öffentlichen Sicherheit errichtet. Dieses Führungsinstrument erlaubt, Prioritäten festzulegen und gezielte Aktionen zu planen.

Die Gewalttaten gegen Personen und Sachen müssen bestraft werden, da ansonsten die Gefahr der Einführung einer Selbstjustiz mit all ihren Auswüchsen und Missbräuchen besteht. Zur Strafverfolgung gehört die Ermittlung von Straftaten, die Erstellung der Beweismittel, die Feststellung der Täter und deren Überführung an die Justiz. Mit dem neuen seit Dezember 1998 in Betrieb genommenen Untersuchungsgefängnis von Sitten verfügt die Strafgerichtsbarkeit inskünftig auf dem gesamten Kantonsgebiet über Haftlokalitäten, welche sowohl den Anforderungen der Untersuchung als auch den Grundrechtsansprüchen der Betroffenen gerecht werden. Eine weitere Verstärkung im Kampf gegen die Kriminalität stellt die laufende Revision der Strafprozessordnung dar. Diese strukturiert, gliedert hierarchisch und zentralisiert die Strafuntersuchungsrichter und die Vertreter der Staatsanwaltschaft, um über eine einheitliche Kriminalpolitik zu verfügen und die Spezialisierung zu fördern. Gleichzeitig bietet sich die Gelegenheit, die polizeilichen Identifizierungsmittel durch die Schaffung einer DNS-Datenbank zu verstärken und den Einsatzbereich des V-Mannes auf besonders schwere Straftaten gemäss dem Modell des Entwurfs des Bundesgesetzes über die geheime Untersuchung auszuweiten.

Die Annahme des Grundsatzes der Einführung einer neuen Bestimmung in der Kantonsverfassung über den Schutz der Familie bildet den Ausgangspunkt einer vertieften Überlegung über die Rolle und den Platz der Familie in unserer Gesellschaft. Dieser Verfassungstext sollte möglichst viele konkrete Handlungen hervorgerufen, um aus dieser Grundzelle einen bevorzugten Ort der Entfaltung für seine Mitglieder und ein Mittel zur Knüpfung von

Solidaritätsbänden zwischen den Generationen zu machen. Zur Konkretisierung dieser Überlegung wurde im Herbst 1998 mit dem Beginn einer breiten Studie zur Feststellung der täglichen Sorgen der Walliser Familien begonnen. Dieser Vorstoss ist auf ein reges Interesse gestossen, denn 4'800 Haushalte haben ihre Meinung zum Ausdruck gebracht.

Die Festlegung einer wirklichen Familienpolitik entspricht voll und ganz den Bemühungen des Parlamentes und der Regierung zur Sanierung des öffentlichen Haushaltes. Mittel- und langfristig wird sie dazu beitragen, die Betriebskosten der öffentlichen Gemeinwesen zu verringern. Wenn ein gestörtes Familienleben nachteilige Auswirkungen im sozialen, beruflichen und medizinischen Bereich bewirkt, verursacht es auch für den Staat und die Gemeinden Kosten, die es zu bewältigen gilt.

Die «Baustelle» der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden, welche seit mehr als einem Jahrzehnt im Stadium der Planung stecken geblieben ist, hat Fortschritte gemacht. Die paritätische Kommission, welche Professor Jean-Paptiste Zufferey präsidiert, bemühte sich in Zusammenarbeit mit den Dienststellen der kantonalen Verwaltung, ein Inventar der Aufgaben zu erstellen, welche durch den Staat oder durch die Gemeinde oder noch gemeinsam durch diese beiden Gemeinwesen ausgeführt werden. Es handelt sich hiermit um eine langwierige aber notwendige Arbeit mit dem Ziel, Lösungen zur Vereinfachung, Abschaffung oder Übertragung von Aufgaben ans Gemeinwesen, welches imstande ist, diese am wirksamsten und am kostengünstigsten zu übernehmen, aufzuzeigen.

Die Erhaltung der Arbeitsplätze im militärischen Bereich, insbesondere in den Zeughäusern, stellte eine Hauptbeschäftigung dar.

**Der Chef des Departementes
für Sicherheit und Institutionen**

Jean-René Fournier

ALLGEMEINE VERWALTUNG

PERSONAL

Dienststelle	Anzahl Etatstellen
Verwaltungs- und Rechtsdienst	12.00
– Betriebsamt Sitten	10.50
– Betriebsamt Siders	9.50
– Gleichstellungsbüro	2.50
Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle	25.00
Strafanstalten	72.50
Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt	52.50
Dienststelle für Jagd und Fischerei	32.50
Kantonspolizei	410.00
Dienststelle für Feuerwesen und Zivilschutz	22.70
Dienststelle für Militärwesen	60.00
Dienststelle für innere Angelegenheiten	8.50
Dienststelle für Raumplanung	11.50
Dienststelle für Vermessung	11.00
Dienststelle für Grundbuchämter	15.50
– Grundbuchämter	36.60
Total	793.00

1. MOTIONEN

- 4.022 der Herren Grossräte Dominique Epiney, Grégoire Dayer, Maurice Chevrier und Konsorten betreffend die Änderung des Artikels 41 Absatz 3 der Kantonsverfassung (Liegenschaftstransaktion)
- Unter dem Gesichtspunkt des GORBG angenommene Intervention, die in die Zuständigkeit des Finanz- und Volkswirtschaftsdepartementes fällt
- 4.026 der Herren Grossräte Stéphane Rossini, Adolphe Ribordy und Jacques Dubuis betreffend Regierungsstatthalter
- Laufende Revision (ausserparlamentarische Kommission)
- 4.032 der radikalen Gruppe, durch Herrn Grossrat Jean-Yves Clivaz, betreffend Gesetzesentwurf über die Schaffung von Verwaltungseinheiten und die Fusion von Gemeinden
- Laufende Revision (ausserparlamentarische Kommission)
- 4.040 der CVPO-Fraktion, durch Herrn Grossrat Beat Zurschmitten, betreffend Revision der Finanzkontrolle und subsidiären Haftung des Kantons gegenüber den Gemeinden
- Noch zu behandelnde Motion
- 4.046 der CVPO-Fraktion, durch Herrn Grossrat Beat Zurschmitten, betreffend Abänderung von Artikel 52 Absatz 2 der Verfassung des Kantons Wallis vom 8. März 1907
- Noch zu behandelnde Motion
- 4.059 der parlamentarischen Kommission betreffend Abänderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Zivilschutz und die Schutzräume, durch Herrn Grossrat

Henri Carron, Kommissionspräsident, für eine Revision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Zivilschutz und die Schutzräume

Expertenmandat erteilt an Professor Giorgio Malinverni, der seinen Bericht Ende Februar 1999 hinterlegen wird

2. POSTULATE

- 4.021 von Herrn Grossrat Christian Mayor und Konsorten betreffend Verringerung der Zivilschutzbestände durch die Schaffung eines Freiwilligenkorps
- Hängiger Bericht in Erwartung des Bundesprojektes Zivilschutz 200X, der eine Verringerung der Zivilschutzbestände vorschlägt
- 4.029 von Herrn Grossrat André Praz betreffend Gewährung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländer mit Aufenthaltsbewilligung C
- Hängiger Bericht in Erwartung der Entscheide auf europäischer Ebene
- 4.037 von Herrn Grossrat Eric-A. Balet und Konsorten betreffend Begnadigungsgesuche (kantonaales Recht)
- Laufende Änderung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Strafgesetzbuch
- 4.041 der DC-Gruppe des Unterwallis, durch Herrn Grossrat Laurent Métrailler, betreffend Veröffentlichung eines Familienleitfadens
- Noch zu behandelndes Postulat
- 4.042 der DC-Gruppe Unterwallis, durch Herrn Grossrat Laurent Métrailler, betreffend Situation der Familie im Wallis
- Noch zu behandelndes Postulat
- 4.045 der Herren Grossräte Pascal Rey und Dominique Epiney betreffend Evakuierung der Schulgebäude in Katastrophenfällen
- Vernehmlassung bei allen betroffenen Dienststellen vorgenommen

VERWALTUNGS- UND RECHTSDIENST

Im Bereich der Gesetzgebung muss zuerst eine Zwischenbilanz der **Revision des Walliser Prozessrechts** erstellt werden.

- Am 24. März 1998 hat der Grosse Rat in zweiter Lesung das Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EGZGB) und die Zivilprozessordnung (ZPO) einstimmig angenommen. Dieses 536 Artikel starke «Zivilpaket» stellt die wichtigste Etappe der Revision des Walliser Prozessrechts dar. Diese hat – nur zur Erinnerung – mit dem Gesetz über den Anwaltsberuf und den gerichtlichen und administrativen Rechtsbeistand begonnen und wurde danach mit der Teilrevision des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren und die Verwaltungsrechtspflege (VVRG) und der Strafprozessordnung (StPO), sowie mit der Totalrevision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EGSchKG) fortgeführt.

Der zivile Bereich der Revision führte zu mehreren Änderungen des Gesetzes über die Gerichtsbehörden (GGGB) und wurde einerseits durch das Gesetz betreffend den Tarif der Kosten und Entschädigungen vor Gerichts- oder Verwaltungsbehörden (GTar) und andererseits durch die Verordnung vom 7. Oktober 1998 über den gerichtlichen und administrativen Rechtsbeistand (VGAR) vervollständigt.

Der Umfang der Materie erforderte eine gezielte und vielseitige Information. Mit der wertvollen Zusammenarbeit der erstinstanzlichen Richter, des kantonalen Finanzinspektorates und des Walliser Anwaltsverbandes wurden Weisungen, Kommentare und Konferenzen für die Gemeindepräsidenten, Gemeinderichter, Vormundschaftsämter, Regierungsstatthalter, Anwälte und Notare vorbereitet. Parallel dazu entlastete ein dringliches Dekret vom 1. Dezember 1998 zur Abänderung der Strafprozessordnung die Bezirksrichter von den Berufungen gegen Strafsentscheide. Damit sollte den Bezirksrichtern ermöglicht werden, die neuen ihnen durch das neue EGZGB und der neuen ZPO anvertrauten Aufgaben ohne Erhöhung des Personalbestandes bewältigen zu können.

- Die sich auf die Strafprozessordnung beziehenden Vorschläge von Justiz 2000 betreffen hauptsächlich die Organisation der Strafuntersuchungsgerichte und der Staatsanwaltschaft. Der Bericht der Geschäftsprüfungskommission über die rechtliche Behandlung der Dorsaz-Affäre hat auch einige Änderungen der Strafprozessordnung vorgeschlagen. Auf Initiative des Staatsrates wurde eine ausserparlamentarische Kommission eingesetzt, welche durch einen Experten in ihren Arbeiten unterstützt wurde. Der Vorentwurf der ausserparlamentarischen Kommission wurde in Vernehmlassung geschickt und eine Zusammenfassung der wichtigsten Vernehmlassungsergebnisse wurde dem Staatsrat und der ausserparlamentarischen Kommission zur Weiterbehandlung übermittelt. Die Vorbereitungsarbeiten gehen dem Ende entgegen, so dass dem Parlament ein Entwurf der Teilrevision der Strafprozessordnung, zweiter Teil, im Verlaufe des Jahres 1999 unterbreitet werden kann.
- Die Gelegenheit bietet sich somit, die etappenweise Revision des Gesetzes über die Gerichtsorganisation zu beenden, welche parallel zur Revision der Prozessordnungen durchgeführt wurde. Zusätzlich zu einer notwendigen formellen «Bereinigung» gilt es die in Angriff genommenen Studien betreffend die Wahl der Richter und das Recht der Minderheiten auf eine angemessene Vertretung innerhalb der Gerichtsinstanzen auszuwerten.
- Am 26. Juni 1998 haben die eidgenössischen Räte das Bundesgesetz mit dem Titel «Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Personenstand, Eheschliessung, Scheidung, Kindesrecht, Verwandtenunterstützungspflicht, Heimstätten, Vormundschaft, Ehevermittlung)» genehmigt. Der Bundesrat legte das Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes auf den 1. Januar 2000 fest.

Der Artikel 52 (Schlusstitel) des Schweizerischen Zivilgesetzbuches beauftragt die Kantone, die erforderlichen ergänzenden Regelungen für die Anwendung des Zivilgesetzbuches (ZGB) zu erlassen. Das Bundesgesetz vom 15. Dezember 1989 über die Genehmigung kantonalen Erlasses durch den Bund, in Kraft seit dem 1. Februar 1991, hat die Absätze 2 und 3 des Artikels 52 Schlusstitel abgeändert. Die hauptsächlichste Änderung besteht darin, dass der Erlass kantonalen Ausführungsbestimmungen zum Zivilgesetzbuch mittels einer Ausführungsverordnung des Staatsrates nur noch provisorisch gestattet ist. Die kantonale Ausführungsgesetzgebung muss zusätzlich die spezifischen Verfassungsbestimmungen jedes Kantons berücksichtigen. Der Artikel 42 der Kantonsverfassung verlangt den Erlass eines Gesetzes beziehungsweise eines Ausführungsgesetzes, welches dem fakultativen Referendum unterstellt ist, wenn die Bestimmungen absolut notwendig sind, um die Ausführung des Bundesrechts zu gewährleisten (Art. 42 und 31 Abs. 3 Ziff. 1 der Kantonsverfassung). Die Änderung des Zivilgesetzbuches vom 26. Juni 1998 verlangt zusätzlich die Anpassung der Zivilprozessordnung. In Anwendung des Grundsatzes der Gleichheit der Formen (anwendbar auf die Gesetzgebung / JT 1924 I 306) ist der Erlass eines formellen Gesetzes, welches dem fakultativen Referendum unterstellt ist, erforderlich. Dem Erlass eines Spezialgesetzes ist die Anpassung des EGZGB und der ZPO, welche am 24. März 1998 angenommen und am 1. Januar 1999 in Kraft getreten sind, vorzuziehen. Das bisherige System der Ausführungsverordnungen des Staatsrates führte zu einer gewissen Rechtsunsicherheit.

Aus diesen Gründen ist ein Gesetz, welches das EGZGB und die ZPO vom 24. März 1998 und in Kraft seit dem 1. Januar 1999 abändern wird, in Bearbeitung.

Unter dem Kapitel der **Gesetzgebung** ist noch hervorzuheben:

- Das Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung vom 11. Februar 1998 (AGMG) stellt die Verbindung zwischen dem Bundesrecht und der kantonalen Ausführungsgesetzgebung dar. Dieser Text regelt im Wesentlichen die Kompetenzen der mit der Anwendung des Bundesrechts beauftragten Behörden und organisiert das Kantonsgebiet gemäss den zwingend durch die Bundesgesetzgebung festgelegten Vorschriften. Da die Leitung der Militärangelegenheiten vorerst eine Aufgabe der Exekutive ist, bestätigt das Ausführungsgesetz die Zuständigkeit des Staatsrates in diesem Bereich und überträgt ihm gewisse gesetzgeberische Kompetenzen. Auf dieser Grundlage hat der Staatsrat am 25. November 1998 die Verordnung über die Aufsicht des Schiesswesens, die Schiessanlagen und die zuständigen Behörden, die für die Anordnung der disziplinarischen Sanktionen zuständig sind und den Beschluss betreffend die Militärsektionen sowie die Richtlinie zu diesem Beschluss angenommen. Mit dem Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Wehrpflichtersatz vom 11. Februar 1998 (AGWPEG) konnte der Grosse Rat und der Staatsrat sämtliche kantonale Militärausführungsgesetzgebung unter Dach bringen. Seit 1955 ist es das erste Mal, dass ein solches Projekt verwirklicht werden konnte. Auch die anderen Kantone, insbesondere die Westschweizer Kantone, bekundeten ihr Interesse an diesen am 1. Januar 1999 in Kraft getretenen Gesetzestexten.
- Das Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 24. März 1998 (EGZGB) überträgt dem Staatsrat die Zuständigkeit zum Erlass der Ausführungsverordnungen. Nachdem alle von diesen Ausführungsbestimmungen betroffenen Dienststellen zur Beratung hinzugezogen wurden, arbeitet die Dienststelle zurzeit an drei Ausführungstexten:
 - Eine allgemeine Ausführungsverordnung;
 - Eine Verordnung über die Vormundschaft;
 - Eine Verordnung über das Grundeigentum.

Der Vorrang wurde den beiden Spezialverordnungen über die Vormundschaft und das Grundeigentum gewährt.

Diese Gesetzestexte sowie ein Erläuterungsbericht werden die Grundlagen für die mit der Prüfung der Ausführungsverordnungen des EGZGB beauftragten Arbeitsgruppen bilden.

- Am 20. Mai 1998 hat der Staatsrat eine Botschaft zum Gesetzesentwurf zur Abänderung des Ausführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über den Zivilschutz und die Schutzräume angenommen. Um der konjunkturellen Lage Rechnung zu tragen und die Verwirklichung von zweckmässigeren Gemeinschaftsschutzräumen zu fördern, schlägt er dem Grossen Rat eine Herabsetzung des vom Betroffenen, welcher von der Baupflicht eines privaten Schutzraumes befreit ist, zu entrichtenden Ersatzbeitrages vor. Der Grosse Rat hat dem Entwurf mit Vorbehalt zugestimmt und ein provisorisches und am 31. Dezember 2000 hinfällig werdendes Dekret angenommen. Er forderte auf dem Motionsweg eine vertiefte Studie betreffend das Moratorium über die Schaffung von Schutzräumen für die Bevölkerung, das Moratorium über das Inkasso der Ersatzbeiträge, der Befreiung der Ersatzbeiträge oder ihren Aufschub, die obligatorische interkommunale Zusammenarbeit für die Verwirklichung von Zivilschutzbauten. Die Motionäre haben ein Rechtsgutachten von einem neutralen Experten verlangt. Der Staatsrat erteilte das Mandat an Herrn Professor Giorgio Malinverni, der den Artikel 22bis der Bundesverfassung betreffend den Zivilschutz im Kommentar zur Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft analysierte.
 - Am 8. Juli 1998 hat der Staatsrat die Botschaft sowie den Gesetzesentwurf zur Abänderung des Gesetzes vom 18. November 1977 zum Schutz gegen Feuer und Naturelemente angenommen. Der Entwurf des Staatsrates integriert im Wesentlichen die durch das Dekret getroffenen Lösungen im Gesetz von 1977:
 - Das System der freiwilligen Feuerwehr ist als Grundsatz im kantonalen Gesetz beizubehalten;
 - Die Gemeinden behalten ihre Zuständigkeit, ein anderes Modell zu wählen (obligatorischer Dienst und Ersatzabgabe);
 - Die Gleichstellung von Mann und Frau, bestätigt durch die jüngste Rechtsprechung des Bundesgerichtes (BGE 123 I 56), ist im Gesetz enthalten.
- Aufgrund der Rechtsprechung des Bundesgerichtes (BGE 122 I 315 und Entscheid vom 12. Februar 1998 betreffend eine Walliser Gemeinde) vertrat der Staatsrat die Ansicht, dass auf die Erhebung einer Zwecksteuer zu verzichten ist (Spezialsteuer). Die im Entwurf des Staatsrates berücksichtigten Grundsätze wurden von der ersten parlamentarischen Kommission angenommen. Der Grosse Rat wird den Gesetzestext anlässlich der Februarsession 1999 in erster Lesung überprüfen.
- Parallel zu diesen Revisionsarbeiten hat der Staatsrat am 2. September 1998 ein Dekretsentwurf betreffend die Regelung der Finanzierung der Ersteinsatzmittel der Ortsfeuerwehren zum Schutz gegen Feuer und Naturelemente angenommen. Gemäss dem vom Grossen Rat in der Herbstsession 1997 angenommenen Politikvertrag galt es sich zu vergewissern, ob die Gemeinden so schnell als nur möglich über mindestens ein Ersteinsatzelement verfügen können, dass jedes Ersteinsatzelement im Besitze eines Ersteinsatzfahrzeuges und mit Atemschutzgeräten ausgerüstet ist.
 - Am 1. Dezember 1998 hat der Grosse Rat ein Gesetz zur Abänderung des Gesetzes zur Ausführung des Bundesgesetzes über die Raumplanung angenommen. Dieses Gesetz hat eine doppelte Zielsetzung: einerseits die Übernahme der im Bundesgesetz angebrachten Verbesserungen und andererseits den Fortbestand der Bestimmungen des Dekretes des Grossen Rates vom 10. November 1993 über die provisorische Abänderung einiger Gesetze mit dem Ziel, die Wirtschaft anzukurbeln, namentlich durch eine Vereinfachung der Verfahren, zu gewährleisten.
 - Die neue Bundesgesetzgebung über Waffen, Waffenzubehör und Munition sieht vor, dass die Kantone die Bestimmungen für den kantonalen Vollzug erlassen müssen. Am 16. Dezember 1998 hat der Staatsrat einen Entwurf des Ausführungsgesetzes

zum Bundesgesetz über Waffen, Waffenzubehör und Munition sowie die dazugehörige Botschaft angenommen. Der Entwurf des Ausführungsgesetzes wird vom Grossen Rat anlässlich der Maisession 1999 behandelt.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens der **Gemeindereglemente** durch den Staatsrat hatte die Dienststelle 14 Gemeindereglemente zum Schutz gegen Feuer und Naturelemente und 26 Polizeireglemente zu prüfen :

- Für die Reglemente zum Schutz gegen Feuer und Naturelemente umfasste die Prüfung zur Hauptsache die Voraussetzungen und die Auswirkungen des Feuerwehrdienstes sowie die Straf- und Disziplinarfolgen im Falle eines Verstosses gegen das Gesetz.
- Für die Polizeireglemente bemühte sich die Dienststelle, einerseits die Übereinstimmung der Gemeindereglemente mit dem durch das Departement erstellten Musterreglement zu prüfen und andererseits die Vereinbarkeit des Gemeinderechts mit dem Bundesrecht zu kontrollieren.

Schliesslich ist in dieser Gesetzgebungsrubrik zu bemerken, dass die Dienststelle die Antwort auf zehn **Eidgenössische Vernehmlassungen** im Auftrage des Staatsrates vorbereitet hat. Da nur eine einzige Stellungnahme der Regierung dem Grossen Rat zur Kenntnis gebracht wurde, empfiehlt es sich, eine entsprechende Liste zu erstellen:

- Entwurf des Bundesgesetzes über das Bundesgericht 14.01.1998
- UNO Konvention über die Rechte des Kindes-Vernehmlassung der UNICEF 20.02.1998
- Bericht der Expertenkommission des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes betreffend die Vereinheitlichung des Strafprozessrechts – Vernehmlassung des Bundesamtes für Justiz und der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren 27.05.1998
- Erhebung der Wettbewerbskommission bezüglich Anwaltsgesetzgebung über Tarife, Werbeverbot sowie Mandatswechsel 03.08.1998
- Entwurf über die Änderung des Zivilgesetzbuches, des Obligationenrechts, des Strafgesetzbuches und des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (Grundsatzartikel Tiere) 19.08.1998
- Rückzug der Vorbehalte und auslegenden Erklärungen der Schweiz zu Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention 19.08.1998
- Teilrevision des Schweizerischen Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzbuches betreffend die strafbaren Handlungen gegen die sexuelle Integrität 23.09.1998
- Revision des Schweizerischen Korruptionsstrafrechts 07.10.1998
- Vorentwurf der ersten Revision des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge 18.11.1998
- Revision des Aufsichtsrechts betreffend die privaten Versicherungsunternehmen und Änderung des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag 09.12.1998

Im Bereich der **Streitsachen** ist bei der Anzahl der einregistrierten Fälle im Jahre 1998 ein leichter Rückgang zu verzeichnen (218 anstelle von 235 im Jahr 1997). Die Anzahl der Fälle liegt jedoch wesentlich höher als jene im Jahre 1996 (190). Von den Nichterledigten und ins neue Verwaltungsjahr übertragenen Fälle sind insge-

samt 224, im Gegensatz zu 225 im Jahr 1997, erledigt worden. Statistisch gesehen zeichnet sich dieser Sektor durch seine Stabilität aus.

Die durch die Dienststelle behandelten Fälle weisen eine extreme Vielseitigkeit auf, welche zum Teil auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass sie die anderen Dienststellen des Departementes, die keinen Juristen beschäftigen, unterstützt. Die Rechtsberatungen und durchgeführten Verfahren beziehen sich auf verschiedene Gebiete wie Militärangelegenheiten, Jagd, Fischerei, Sprengstoff, Feuer, Zivilschutz, Raumplanung, Vermessung, Fremdenpolizei, Anwalts- und Notariatstätigkeit, Strafvollzug, Begnadigungsrecht, Handelsregister und Vormundschaft. Dieses breite Spektrum von Sachgebieten bildet eine ständige und bereichernde Quelle wissenschaftlichen Interesses. Es macht aus diesem Rechtsdienst einen vielseitigen Dienst und verlangt von seinen Verantwortlichen ein allgemeines breites Fachwissen. Ein Vergleich mit der Verwaltungsorganisation der anderen Kantone zeigt jedoch, dass die Vielseitigkeit respektive die Vielzahl der Sachgebiete ihre Grenzen erreicht hat.

Im Rahmen der allgemeinen **Beratungstätigkeit** musste sich der Rechtsdienst mit der Frage der Übernahme der Militärflugplätze befassen. Nach langwierigen Vorabklärungen und Verhandlungen konnten sich das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), der Staat Wallis sowie die BLS Alp Transit AG für den Flugplatz Raron auf den Abschluss eines Kaufrechtsvertrages einigen. Das Vertragswerk konnte auf Ende 1998 mit Ausnahme der Preisfrage in allen Punkten bereinigt werden. Für die Militärflugplätze im Goms haben die Verhandlungen begonnen. Die Gemeinde Münster führt die von ihr bereits begonnenen und weitgehend abgeschlossenen Verhandlungen mit dem VBS direkt selber weiter.

Die administrative und/oder disziplinarische **Aufsicht** erfordert folgende Bemerkungen:

- Am 31. Dezember 1998 übten im Kanton 238 Notare ihren Beruf aus. Der Staatsrat übt die in Artikel 21 des Notariatsgesetzes vorgesehene Aufsicht durch das Departement aus (Art. 19 seines Ausführungsreglementes). In dieser Eigenschaft musste das Departement auf Bericht des jeweiligen Minuteninspektors bei 12 Notaren intervenieren. Dabei musste insbesondere auf die korrekte Handhabung des Institutes der provisorischen Einregistrierung sowie die Pflicht des Notars, die Gründe für die zum Zeitpunkt der Inspektion nicht eingetragenen Urkunden anzugeben, aufmerksam gemacht werden.
- Am 31. Dezember 1998 übten 236 Anwälte ihre Tätigkeit im Kanton aus. Im Verlaufe des Jahres wurden 33 generelle und 11 spezielle Bewilligungen zur Berufsausübung an ausserkantonale Anwälte erteilt.
- Am 31. Dezember 1998 waren 80 Praktikanten beim Departement gemeldet, welche ihr Praktikum bei Anwälten und Notaren, an den Walliser Gerichten oder bei der Staatskanzlei absolvierten.
- Im Jahre 1998 hatten insgesamt 28 Kandidaten am Anwalts-examen teilgenommen, wovon 13 das Examen bestanden haben. Am Notariatsexamen haben 17 Kandidaten teilgenommen, wovon 9 das Examen bestanden haben.
- Das Finanzinspektorat hat eine Kontrolle über die Anwendung des eidgenössischen Gebührentarifs für das Handelsregister vorgenommen. Es wurden keine Unregelmässigkeiten festgestellt. Die Kontrolle hat jedoch eine unterschiedliche Einkommensdeklaration gezeigt, welche als Grundlage für die Berechnung der vom Staatsrat als Arbeitgeber getragenen Soziallasten dient. Im Laufe des Geschäftsjahres 1999 wird ein einheitliches Abrechnungssystem in den drei Registern eingeführt, nachdem das rechtliche Statut des Registerführers, des Stellvertreters und der Angestellten im Hinblick auf das AHVG und das Gesetz über die

Familienzulagen an die Arbeitnehmer festgelegt wurde. Die vom Finanzinspektorat aufgeworfene Frage über eine Begrenzung der Einkommen der Handelsregisterführer (nach derjenigen für das Einkommen des Vorstehers eines BKA) wird zurzeit geprüft. Ein interkantonaler Vergleich der Einkommen wurde bereits erstellt.

In Zahlen ausgedrückt sieht die gewöhnliche Tätigkeit des Handelsregisters wie folgt aus: 1'238 (1'315 im Jahr 1997) Eintragungen für den Kreis Oberwallis, 2'029 (2'017 im Jahr 1997) Eintragungen für den Kreis Mittelwallis und 1'311 (1'256 im Jahre 1997) Eintragungen für den Kreis Unterwallis. Diese Konstanz bestätigt die Bemühungen der Registerführer, die Richtigkeit der Register zu gewährleisten. Die drei Kreise arbeiten ohne jeden Arbeitsrückstand. Es wurde keine Klage gegen die Registerführer eingereicht.

- Die über die 267 Stiftungen und beruflichen Vorsorgeeinrichtungen ausgeübte Aufsicht hat zum Ziel, für die Verwendung des Vermögens und der Erträge gemäss dem statutarischen Zweck zu sorgen.

Die Stiftungen, die eine obligatorische oder ausserobligatorische berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge bezwecken, verfügen über ein Vermögen von 2.553 Milliarden Franken. Im Rahmen ihres Auftrages musste die Aufsichtsbehörde gegenüber 21 juristischen Personen Sicherheitsmassnahmen anordnen und ihre Anwendung überwachen. Die Durchführung dieser Korrekturmassnahmen ermöglichte insbesondere die Anlagerisiken beim Arbeitgeber zu begrenzen. Die Deckungserweiterung des Sicherheitsfonds auf die über die gesetzlichen BVG-Leistungen hinausgehenden reglementarischen Leistungen bildet ebenfalls eine zusätzliche Sicherheitsmassnahme.

Im Bereich des **Strafvollzugs** wurde der Akzent insbesondere auf den Vollzugsverlauf und die bedingte Entlassung von Gewalt- und Sexualstraftätern gelegt. Die Beurteilung dieser Kategorien von Straftätern anhand von forensisch psychiatrischen Kriterien wird durch ein spezifisches Reglement geregelt. Dieses Entscheidungsinstrument, das die Gefahren eines Rückfalls zu vermindern versucht, wurde im Jahre 1998 angewandt. Die Kommission zur Beurteilung der Gemeingefährlichkeit hatte folglich 16 Fälle zu beurteilen. Die Dienststelle gewährleistete am 31. Dezember 1998 den Vollzug von 189 Massnahmen. 66 dieser durch die Strafrichter oder die Kommission für bedingte Entlassung ausgesprochenen Massnahmen betrafen die Schutzaufsicht.

Im gleichen Tätigkeitsbereich wurden im Jahre 1998 2'524 Gerichtsbussen mit einem Gesamtbetrag von Fr. 1'483'352.10 in Rechnung gestellt. Nach Abschluss des Rechnungsjahres belief sich der einkassierte Betrag auf Fr. 958'408.35. Der Saldo der Forderung wird selbstverständlich auf das Verwaltungsjahr 1999 übertragen. Vom Forderungsübertrag des Verwaltungsjahres 1997 von Fr. 529'156.05 wurde im Jahr 1998 noch ein Betrag von Fr. 307'867.— einkassiert.

Die Problematik der Gerichtsbussen muss vorrangig unter dem Gesichtspunkt des Strafvollzugs betrachtet werden. Die mit dieser Aufgabe beauftragte Behörde kann nicht anstelle des Strafrichters ein Urteil abändern. Sie ist daher nicht berechtigt, auf die Anwendung eines Inkassomittels mit der Begründung eines ungünstigen Kosten-Leistungsverhältnisses zu verzichten. Unter diesem wesentlichen Gesichtspunkt des Strafvollzugs kann die Leistungsfähigkeit des Verwaltungsjahres 1998 wie folgt beurteilt werden :

- Die Eröffnung von 341 Betreibungsverfahren;
- Die Hinterlegung von 294 Gesuchen zur Umwandlung der Busse in Haft;
- Den Erlass von 181 Umwandlungsurteilen durch die Strafrichter;
- Die Bezahlung von 210 Gerichtsbussen nach Einleitung eines Umwandlungsverfahrens in Haft;
- Der Auftrag von 117 Nachforschungen über den Aufenthaltsort mittels RIPOL.

BÜRO FÜR DIE RECHTLICHE GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN

Gesetzgebung

- Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe des Departementes für Gesundheit, Sozialwesen und Energie im Zusammenhang mit der Gesetzgebung im Bereich Familienzulagen.
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zur Revision des Gesetzes über die Dienstleistung in der Feuerwehr.
- Stellungnahmen in Vernehmlassungsverfahren im Rahmen der Kantonalen Gesetzgebung.

Publikationen

- Publikation und breite Streuung eines Falters mit Informationen über die Dienstleistungen des Gleichstellungsbüros, einer Jubiläumskarte und eines Berichts über die Tätigkeiten des Büros 1993-1998.

Sensibilisierung

Lehrstellenbeschluss des Bundes

- Zusammenarbeit mit den Westschweizer Gleichstellungsbüros im Rahmen einer Kampagne zur Ermutigung junger Frauen, eine Berufslehre im mechanisch-technischen Bereich zu absolvieren (TEKNA).
- Streuung einer Broschüre an die Schülerinnen der 2. und 3. Klasse der Orientierungsschule und eines Informationsschreibens an die Lehrfirmen der betroffenen Berufe im mechanisch-technischen Bereich.
- Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Berufsbildung, dem Amt für Studien- und Berufsberatung und den Orientierungsschulen: Organisation von Informationsveranstaltungen zu atypischen Frauen- und Männerberufen für die Schülerinnen und Schüler des 2. Jahres der Orientierungsschule.
- Erarbeitung eines Konzepts zur Durchführung von Animationstagen sowie Entwicklung und Produktion einer CD-Rom mit dem notwendigen Basismaterial für die entsprechenden Ateliertage an den Schulen: Videos, Interviews mit Pionierinnen, Fotoreportagen, verschiedene Dokumentation.
- Einsetzung einer Arbeitsgruppe mit dem Ziel, die Kampagne der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten (16+) im Oberwallis umzusetzen.

Ausbildung

- Erarbeitung eines Papiers zur Integration der Thematik Gleichstellung ins Programm der neuen Höheren Pädagogischen Lehranstalt (HPL)
- Massnahmen zur Integration der Unterrichtsmaterialien, die im Rahmen des Pilotprojekts *Förderung junger Frauen im kaufmännischen Berufsfeld (Pro-F)* erarbeitet worden sind, in die Berufsschulen; Erstellung eines Konzepts zur diesbezüglichen Zusammenarbeit mit dem *Institut suisse de pédagogie pour la formation professionnelle*

Sexuelle Belästigung

- Anregung zur Durchführung eines Kurses zum Thema sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz im Rahmen der verwaltungsinternen

Weiterbildungskurse, Versand eines Informationsschreibens und der themenspezifischen Broschüre *Genug ist genug* (hrsg. vom Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann) an alle Beamtinnen und Angestellten des Kantons.

- Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von *Richtlinien zur Bekämpfung der sexuellen Belästigung in der kantonalen Verwaltung*.

Ausserparlamentarische Kommissionen

- Analyse der Frauenvertretung nach der jüngsten Erneuerung der Kommissionen und Stellungnahme zuhanden des Staatsrats.
- Erarbeitung eines Konzepts zur Erhöhung der Frauenvertretung in den ausserparlamentarischen Kommissionen.
- Aktualisierung des Frauenpools.

Gewalt in der Partnerschaft

- Einsetzung und Leitung einer Arbeitsgruppe mit dem Auftrag, Nachfolgeprojekte zur Nationalen Gewaltkampagne *Halt Gewalt* zu entwickeln.
- Erteilung und Begleitung des Mandats *Entwicklung eines Konzepts Weiterbildung von Fachpersonen im Bereich Gewalt an Frauen in der Partnerschaft*.

Zusammenarbeit

Externe Zusammenarbeit

- Teilnahme an den beiden Konferenzen der *Schweizerischen Gleichstellungsbeauftragten* und Mitarbeit in mehreren Arbeitsgruppen auf schweizerischer Ebene.
- Teilnahme an drei Sitzungen der Konferenz der *Westschweizer Gleichstellungsbeauftragten*.
- Das Gleichstellungsbüro vertritt den Kanton Wallis in der Arbeitsgruppe *Gleichstellung im Bildungswesen* des Zentralschweizerischen Beratungsdienstes für Schulfragen ZBS.
- Koorganisation einer Veranstaltung zum Thema Menschenrechte-Frauenrechte mit dem Treff Oberwalliser Frauenorganisationen.

Interne Zusammenarbeit

- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zur Einrichtung einer internen Sozialberatung für die Beamtinnen, Beamten und Angestellten des Staates Wallis.
- Das Gleichstellungsbüro ist in der Arbeitsgruppe *Frauenförderung in der Verwaltung* vertreten.
- Analyse der Resultate einer 1997 bei den Beamtinnen und Beamten des Kantons Wallis durchgeführten Umfrage unter dem Blickwinkel Frau/Mann und Erstellung eines Massnahmenkatalogs zur Verbesserung der Stellung der Frau in der Kantonalen Verwaltung (zu realisieren im Rahmen des Teilprojekts IV).
- Das Büro besorgt das Sekretariat des Kantonalen Gleichstellungsrates, der sich 1998 zu fünf Plenarsitzungen traf.
- Das Büro ist in der Kantonalen Kommission für Familienfragen vertreten und besorgt deren Sekretariat. Mitarbeit bei der Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs zum Schutz der Familie. Mitarbeit beim Entwurf eines Fragebogens zuhanden der Familien im Wallis und bei der Lancierung der Umfrage, die vom Departement für Sicherheit und Institutionen durchgeführt wurde.
- Mitarbeit in der Kantonalen Kommission zur Hilfe an Opfer von Straftaten.

Beratung und Öffentlichkeitsarbeit

- Das Büro zog in den Medien Bilanz über seine ersten fünf Tätigkeitsjahre.
- Das Gleichstellungsbüro beantwortete zahlreiche *Anfragen* von verschiedener Seite betreffend die Situation der Gleichstellung im Kanton Wallis; es vermittelte (juristischen) *Rat* oder allgemeine *Informationen* im Zusammenhang mit verschiedenen Gleichstellungsthemen.
- Im Rahmen der Anwendung des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann (GIG) Information der Vereinigungen und Gewerkschaften über die eidgenössischen und kantonalen *Finanzhilfen nach dem Gleichstellungsgesetz*, Informationen über das Gleichstellungsgesetz und über Diskriminierungen von Frauen im Erwerbsleben im Rahmen eines vom SMUV durchgeführten Kurses, Beurteilung der kantonalen und der das Wallis betreffenden eidgenössischen Finanzhilfesuche.
- Verschiedene Referate zu den Themen Frauen und Gleichstellung, Frauen und Politik, Frauen und Familienfragen.

Dokumentationsstelle

- Erarbeitung von rund 50 thematisch geordneten Pressedossiers aus Zeitungsartikeln, welche die Dokumentationsstelle im Verlauf der Jahre 1993-1997 gesammelt hatte.
- Erwerb und Katalogisierung von 250 Büchern, Berichten, Studien, Werken.
- Zweimal jährlich Versand der Liste der Neuerwerbungen.
- Integrierung der Werke unserer Dokumentationsstelle ins Netz der Westschweizer Bibliotheken.
- Ausleihe von 332 Werken.

DIENSTSTELLE FÜR ZIVILSTANDSWESEN UND FREMDENKONTROLLE

Die Dienststelle war im Speziellen mit den administrativen Massnahmen beschäftigt, welche der Bundesratsentscheid über die Aufhebung der Schutzmassnahmen für die Staatsangehörigen aus Bosnien-Herzegowina zur Folge hatte, deren Ausreise auf den 30.04.1998 festgelegt wurde. Beinahe sämtliche Familien beantragten die Rückkehrhilfe und reisten freiwillig ab. Nur vereinzelte Fälle bilden Gegenstand eines noch hängigen Verfahrens.

Die Dienststelle sah sich auch einer starken Zunahme der Asylgesuche gegenübergestellt (+ 75%).

Fremdenpolizei

Die Zahl der Ausländer, welche im Besitz einer Saison- oder Grenzgängerbewilligung sind, nahm infolge der wirtschaftlichen Lage erneut ab. Die Zahl der wohnsässigen Ausländer (Permis B und C) ist ebenfalls leicht rückläufig (459), obwohl zahlreiche neue Permis B oder C durch Familiennachzug erteilt wurden. Der Negativsaldo erklärt sich entweder durch Wegzüge oder Einbürgerungen, deren Zahl ständig zunimmt.

Dagegen kann festgehalten werden, dass von den 45'102 wohnsässigen Ausländern bloss 22'370 im Besitze einer Arbeits-

bewilligung sind; die Arbeitslosen sind in letzterer Zahl mitinbegriffen. Der Unterschied zwischen der Gesamtziffer und derjenigen der Arbeiter zeigt die Bedeutung der für Familienzusammenführung abgegebenen Bewilligungen auf.

Die Dienststelle regelte den Aufenthalt von 77 Personen durch die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung im Rahmen von Härtefällen.

Im Rahmen der Zwangsmassnahmen erliess unsere Dienststelle 256 Haftanordnungen im Hinblick auf die Ausschaffung (182 Fälle betreffen das Bundesamt für Flüchtlinge und 74 Fälle das Bundesamt für Ausländer). Die Zunahme im Vergleich zum Vorjahr ist auf die seit 1994 ständig steigende Zahl von Asylbewerbern zurückzuführen, was zur Folge hat, dass immer mehr abgewiesene Asylbewerber ihrer Ausschaffung zu entgehen versuchen. Die Dienststelle erarbeitet einen vollständigen Bericht z.H. des Staatsrates über die Zwangsmassnahmen, dieser wird ihm nächstens zugestellt.

Ein Besuchskomitee der Anstalt für Zwangsmassnahmen wurde vom Staatsrat am 21.10.1998 ernannt und wird von 3 Personen gebildet, nämlich den Herren Jean-Luc Spahr, Kantonsrichter, Ulrich Peter, Arzt in Naters und André Beytrison, früherer Direktor der Strafanstalt.

Eine Konsultativkommission im Bereich der Zwangsmassnahmen wurde am 21.10.1998 vom Staatsrat ernannt. Sie wird von den Herren Bernard Comby, Nationalrat, als Präsident, Jean-Bernard Fournier, Richter der öffentlich rechtlichen Abteilung des Kantonsgerichtes, Bernhard Geiger, Kommandant der Kantonspolizei und Jean-Michel Cina, Abgeordneter, Präsident von Salgesch und von den Frauen Françoise Jacquemettaz vom Zentrum «Suisse-immigrés» und Françoise Gianadda, Dienstchefin, gebildet.

Diese 2 Kommissionen haben ihre Arbeit aufgenommen und bilden eine wertvolle Hilfe sowohl für den Staatsrat als auch die Dienststelle, damit bestmögliche Lösungen in der Führung der Anstalt für Zwangsmassnahmen gefunden werden können.

Asyl

1998 ersuchten 41'302 Personen um Asyl in der Schweiz, was eine Zunahme von 75% gegenüber dem Vorjahr darstellt. Unserem Kanton wurden 1'463 Personen zugewiesen. Der grösste Teil stammt aus der Bundesrepublik Jugoslawien und Albanien.

Im Wallis wohnen 3'031 Personen mit Permis N (Asylbewerber) oder mit Permis F (vorübergehende Aufnahme).

Der Kanton hat einen Rückstand in der Einvernahme der Asylbewerber, welche auf die starke Zunahme der Asylgesuche, die zahlenmässige Beschränkung des Personals und die Schwierigkeit für gewisse Sprachen Übersetzer zu finden, zurückzuführen ist. Die Dienststelle hat sich dahingehend organisiert, dass 1999 pro Woche 20 Personen einvernommen werden können.

Zivilstandswesen

Unser Kanton zählt gegenwärtig 72 Zivilstandsämter. Ein neuer Zivilstandsbeamte wurde 1998 für das Zivilstandsamt Vionnaz, ein neuer Substitut für das Zivilstandsamt Zermatt ernannt.

Einbürgerungen

246 Personen wurden durch ordentliche Einbürgerung und 336 Personen durch erleichterte Einbürgerung (ausländischer Ehegatte eine(s/r) Schweizer(s/in) in unserem Kanton in das Schweizer Bürgerrecht aufgenommen.

Schweizer Reisepässe

	1998	1997	1996
neue Reisepässe und Verlängerungen	14'863	15'707	16'689

Adoptionen

	1998	1997	1996
	65	68	68

Namens- und Vornamensänderungen

	1998	1997	1996
	207	151	187

Eheschliessungen von Ausländern, die von unserer Dienststelle geprüft wurden

	1998	1997	1996
	614	606	656

STRAFANSTALTEN

Im Jahr 1997 hat die Anzahl der Hafttage um 8,7% zugenommen. Diese Entwicklung hat sich fortgesetzt, so dass heute 70'752 Hafttage zu Buche stehen. Dies entspricht einem Tagesdurchschnitt von mehr als 193 in den verschiedenen Anstalten des Kantons inhaftierten Personen.

Die Anzahl des Personenverkehrs (Eintritte und Austritte) ist in geringerem Rahmen ebenso angestiegen (von 3318 auf 3345). Dies entspricht einem durchschnittlichen Personenverkehr von 9,16 Personen pro Tag.

Strafkolonie von Crêtelongue

Am 31. Dezember 1998 befanden sich 33 Häftlinge in Crêtelongue; am 1. Januar waren es 46.

Der Tagesdurchschnitt ist von 46 im Jahr 1997 auf 42,5 im Jahr 1998 gesunken; 75% der Verurteilten sind Walliser und 25% sind aus anderen Kantonen. Auf den Gesamtbestand der Häftlinge gerechnet sind 32% Ausländer.

Die Gründe der Verurteilungen verteilen sich wie folgt:

● Verstoss gegen das Betäubungsmittelgesetz	39 %
● Vermögensdelikte	27 %
● Verstoss gegen Leib und Leben	22 %
● Strafsichernde Massnahmen zu Hilfszwecken	6 %
● Verstoss gegen das Strassenverkehrsgesetz	3 %
● Dienstverweigerungen	3 %

Entwicklung der Hafttage während den vergangenen fünf Jahren:

	1994	1995	1996	1997	1998
Geschlossene Abteilung	14'089	12'864	11'323	14'548	13'408
Offene Abteilung	3'709	2'966	3'047	2'236	2'101
Total	17'798	15'830	14'370	16'784	15'509
Tagesdurchschnitt	48,76	43,37	39,37	45,98	42,49

Infolge des Unwetters vom 30. November 1996 wurde der Dachstuhl der Halle, in welcher die Harasse zusammengestellt werden, völlig zerstört.

Dessen Wiederaufbau wurde für den Betrag von Fr. 43'000.— durch die Versicherungen des Staates übernommen. Der Restbetrag wurde durch das ordentliche Budget gedeckt.

Alle vorgesehenen Arbeiten wurden verwirklicht, namentlich:

- das Umgraben eines Weinberges ;
- die optische Verbindung zwischen Crêtelongue und Pramont ;
- die Installation eines neuen Informatikprogrammes.

Die Französischkurse, Kurse für Fremdsprachen und Informatikkurse werden weiterhin organisiert.

Diese werden durch die Insassen von Crêtelongue mit Interesse besucht. Ein neuer Kurs «Atelier des logischen Überlegens» wurde im September 1998 auf die Beine gestellt und wird im Jahre 1999 weitergeführt.

Es ist ebenfalls zu erwähnen, dass der Kapuzinerpater Venance in den Ruhestand getreten ist. Er wurde durch Mario Giacomino und Bernard Colladant, protestantischer bzw. katholischer Seelsorger, ersetzt.

Im Rahmen des Projektes der Restrukturierung der Parzellen von Crêtelongue wurde eine Vereinbarung über den Transfer verschiedener Gebäude zwischen dem Staat Wallis und dem Bundesamt für Strassen unterzeichnet. Die Überweisung des Preises dieser Parzellen wird in der Finanzplanung 2002–2005 berücksichtigt.

Arbeitserziehungsanstalt von Pramont

Die Anstalt hat im Jahr 1998 11'814 Versorgungstage verbucht. Dies entspricht einer Erhöhung von mehr als 400 Einheiten gegenüber dem letzten Jahr. Die Belegungsquote der Arbeitserziehungsanstalt hat 83% ihrer Gesamtkapazität erreicht.

Das vergangene Jahr hat sich infolge wichtiger Änderungen im Bereich des Personals und der Aufnahme von immer jüngeren und aggressiveren Straffälligen Jugendlicher als schwierig erwiesen. Die starke Zunahme der Gewalt in dieser Anstalt, welche hauptsächlich durch diese neuen Insassen verursacht wurde, hat die Organisation der Arbeitserziehungsanstalt gestört, indem besonders das Erziehungspersonal destabilisiert wurde.

In den Werkstätten konnte genügend Arbeitsvolumen beibehalten werden, so dass die Beschäftigung und die Ausbildung der Insassen zugesichert werden konnte. Übrigens wurde die Eisenwerkstatt für die Entwicklung der Automechanik mit einem Lift ausgerüstet. Trotz der schlechten Wirtschaftslage haben die privaten Unternehmungen, welche mit der Arbeitserziehungsanstalt zusammenarbeiten, dieser ihr Vertrauen weiterhin beibehalten. Die Vermittlungsstellen für temporäre Arbeit ermöglichten es, den Pensionären

Praktikumsstellen und Saisonarbeiten zu finden. Es wird jedoch immer schwieriger, den Jungen von Pramont, welche im Regime der Halbfreiheit sind, Perspektiven für eine berufliche Wiedereingliederung zu bieten. Es ist nötig, dass sich die für die Platzierung zuständigen Behörden dieser Tatsache bewusst werden.

Die Aufnahmeabteilung für Jugendliche verzeichnete 1'242 Versorgungstage; dies ist praktisch das Doppelte der Eintritte des Jahres 1997. Eine entsprechend bedeutende Zunahme hat ebenfalls die Einweisungen gemäss Art. 95 des StGB charakterisiert. Wir stellen bei den Jugendlichen, die uns anvertraut werden, einen sehr starken Altersrückgang fest. Diese Platzierungen sind immer mehr durch Gewalt und Drogenabhängigkeit bedingt.

Die Verstärkung der Türschlösser im Teil der Wohnräumen ist abgeschlossen. Die Schaffung einer Abteilung für Jugendliche in Pramont ist immer noch aktuell. Eine Broschüre wurde übrigens durch die 5 Arbeitserziehungsanstalten der Schweiz veröffentlicht.

Haftage	1994	1995	1996	1997	1998	%
Artikel 100 bis des StGB	6'022	6'529	6'076	6'670	5'519	46,72
Artikel 16 des Konkordates	1'908	955	436	264	480	4,06
Artikel 93 bis des StGB	1'708	1'135	1'673	2'832	3'169	26,82
Artikel 95 des StGB	74	458	388	375	1'015	8,59
Artikel 397 a des ZGB	441	344	295	624	389	3,29
Straffälle	91	0	0	0	0	0,00
Minderjährige	393	503	476	627	1'242	10,60
Total	10'637	9'924	9'344	11'392	11'814	100,00
Tagesdurchschnitt	29,14	27,19	25,53	31,21	32,37	

Untersuchungsgefängnisse des Kantons

Die Erhöhung der Hafttage, welche im Jahr 1996 festgestellt wurde, hat sich fortgesetzt und war stärker ausgeprägt als im Jahr 1997 (+ 2'891). Diese stellt sich in den verschiedenen Strafanstalten wie folgt zusammen: Sitten + 421; Martinach + 1'731; Brig + 765. Es wird jedoch festgestellt, dass die Arrestlokale weniger beansprucht wurden (- 26).

Der Anteil der Häftlinge aus dem Ausland in Untersuchungshaft übersteigt 65%.

Am 1. April 1998 wurde im Gefängnis von Brig eine Abteilung für Halbhafte und Halbfreie für Männer eröffnet. Diese kann 6 Verurteilte aufnehmen.

Das Jahr 1998 ist besonders durch die Einweihung des neuen Gefängnisses «des Iles» am 9. Juli geprägt. Die Verlegung der Gefangenen von Valère in das neue Gefängnis fand jedoch am 10. Dezember 1998 statt. Mit der Eröffnung des neuen Gefängnisses in Sitten wurden die Zellen des Polizeipostens an der Rue de Conthey definitiv geschlossen.

Per Ende 1998 wird das Budget für den Bau dieses neuen Gebäudes eingehalten.

Haft auf dem gesamten Kantonsgebiet nach Anstalt

	Tage	Ein- tritte	Aus- tritte	Durchschn. Bestand	Bestand am 01.01	31.12
Sitten	26'704	588	589	73.16	55	54
Martinach	9'933	275	276	27.21	19	18
Brig	6'074	252	250	16.65	14	16
Andere Haftlokale	718	317	320	1.96	3	0
TOTAL	43'429	1'432	1'435	118.98	91	88

Haft auf dem gesamten Kantonsgebiet nach Art der Haft

Art der Haft	Tage	Ein- tritte	Aus- tritte	Durchschn. Bestand	Bestand am 01.01	31.12
Untersuchungs- haft	27'716	1'021	1'005	75,93	65	81
Geschlossene Abteilung	4'725	106	122	12,94	17	1
Halbhafte	9'633	292	298	26,40	9	3
Halbfreiheit	1'355	13	10	3,71	0	3
TOTAL	43'429	1'432	1'435	118.98	91	88

Haft von Frauen und Minderjährigen

Art der Haft	Tage	Ein- tritte	Aus- tritte	Durchschn. Bestand	Bestand am 01.01	31.12
FRAUEN Unter- suchungshaft	1'348	97	98	3.69	1	0
Geschl. Abteilung	292	7	8	0.80	1	0
Halbhafte	381	14	14	1.04	0	0
Halbfreiheit	98	1	1	0.27	0	0
TOTAL	2'119	119	121	5.80	2	0
MINDERJÄHRIGE						
Männlich	173	46	47	0.47	1	0
Weiblich	0	0	0	0.00	0	0
TOTAL	173	46	47	0.47	1	0

DIENSTSTELLE FÜR STRASSENVERKEHR UND SCHIFFAHRT

Das Gesetz über die Besteuerung der Motorfahrzeuge hat seit seinem Inkrafttreten von 1952 eine erste Änderung erfahren. Der Grosse Rat hat in der November-Session entschieden, dass der Steuerrabatt von 5 Prozent für Fahrzeughalter, die die Verkehrssteuer bis zum 31. Januar bezahlen, gestrichen wird. Durch diese Streichung werden Steuermehreinnahmen von 1,5 Millionen Franken erzielt.

Verwaltung

Nach der Umstrukturierung, die seit Ende 1997 abgeschlossen ist, wurden die Dienstleistungen gegenüber dem Kunden grundsätzlich aufrechterhalten. In diesem Sinne wurde 1998 eine neue vereinfachte Kundenleistung eingeführt. So können seit 1. März 1998 die Kontrollschilder für die Wiederinverkehrssetzung von Fahrzeugen direkt bei den Poststellen bezogen werden, wo sie zur Hinterlegung abgegeben worden sind. Vorzuweisen sind dabei der Fahrzeugausweis und ein gültiger Versicherungsnachweis. Aus diesem Grund müssen die Kunden nicht mehr an den Schaltern unserer Dienststelle vorstellig werden.

Im Sinne einer noch besseren Kundenbedienung wurde ein neues Verfahren in Bezug auf die Adressen eingeführt. Obwohl die Fahrzeughalter verpflichtet sind, der Zulassungsbehörde innert 14 Tagen alle Änderungen der Adresse bekanntzugeben, wird festge-

stellt, dass dieser Verpflichtung aus Nachlässigkeit oder Unwissenheit nicht regelmässig nachgekommen wird. Damit die daraus entstehenden schweren Folgen wie zum Beispiel der Entzug der Kontrollschilde vermieden werden können, wird eine Adressensuche vorgenommen und dem betroffenen Fahrzeughalter eine Mitteilung zugestellt mit dem Hinweis, dass er die Angelegenheit so rasch wie möglich in seinem Interesse regelt.

Um die Aufnahme der Kunden zu verbessern, wurden in der Zweigstelle von St. Maurice neue Schalter eröffnet. An den neuen geräumigen Schaltern können die Unterlagen viel schneller behandelt und somit auch die Wartezeiten verkürzt werden.

Fahrzeugpark

Der kantonale Fahrzeugbestand hat 1998 weiter zugenommen. Gegenwärtig sind 213'921 Fahrzeuge zu 210'711 Fahrzeugen im Jahr 1997 verzeichnet. Dieser Anstieg ist vor allem auf die Inverkehrsetzungen von Personenwagen zurückzuführen, deren Anzahl 43'351 betrug. Die Inverkehrsetzungen von neuen Fahrzeugen sind im Vergleich zum Vorjahr um 8,5 Prozent gestiegen, nämlich von 9'543 auf 10'347. Im Gegensatz dazu ist die Anzahl Inverkehrsetzungen von gebrauchten Fahrzeugen auf 33'004 oder um 4,5 Prozent zurückgegangen.

Führerprüfungen und Fahrzeugkontrollen

Die technische Abteilung hat in den Kontrollhallen von Visp, Sitten und St. Maurice ungefähr 52'000 Fahrzeuge kontrolliert. Durch die längere Abwesenheit von drei Sachverständigen aus Krankheitsgründen konnte das Arbeitsvolumen von 1997 (mehr als 60'000 Kontrollen) nicht erreicht werden.

Die praktischen Führerprüfungen haben leicht zugenommen. Neu wurden 6'894 Führerprüfungen zu 6'823 im Vorjahr durchgeführt. Die Führerprüfung der Kategorien B und D2 (Personenwagen) wurden von 4'634 Personen und die Führerprüfung der Kategorien A, A1 und F (Motorräder) von 1'935 Personen absolviert. Auf die restlichen Kategorien entfielen 325 Bewerberinnen und Bewerber.

Theoretische Führerprüfungen wurden 7'911 abgelegt, wovon 2'060 für Motorfahräder und landwirtschaftliche Motorfahrzeuge.

Schifffahrt

Gegenwärtig sind in unserem Kanton 1'358 Schiffe zugelassen. Diese Anzahl setzt sich wie folgt zusammen:

Motorboote	710
Segelboote	440
Ruderboote	197
Güterschiffe	8
schwimmende Geräte	3

Im Berichtsjahr 1998 wurden 435 Schiffe kontrolliert oder nachgeprüft und 156 Führerprüfungen sowie 109 Theorieprüfungen durchgeführt.

Die Delegation der zweiten Kontrolle an die Schiffsunternehmen wurde nach dem Beispiel der Motorfahrzeugkontrollen weitergeführt und ist zufriedenstellend.

Administrative Massnahmen

Die Anzahl Führerausweisentzüge und Fahrverbote sind 1998 um 2,6 Prozent gestiegen. Die Zahl betrug im Berichtsjahr 2'787 zu 2'716 im Vorjahr. Nichtanpassen der Geschwindigkeit an die Strassenverhältnisse oder Strassensignalisation sowie Trunkenheit am Steuer sind nach wie vor die wichtigsten Entzugsgründe. Die Ausweisentzüge wegen Trunkenheit am Steuer sind im Vergleich zu 1997 um 6,7 Prozent zurückgegangen, was erfreulich ist.

Die Verwarnungen wegen Missachten von Verkehrsregeln sind um 10 Prozent gestiegen. Die Anzahl betrug im Berichtsjahr 2'112 zu 1'917 im Vorjahr. Diese deutliche Erhöhung ist vor allem auf die Erschlaffung der Verkehrsdisziplin hinsichtlich der Geschwindigkeit zurückzuführen.

Im Berichtsjahr 1998 mussten insgesamt 325 Personen wegen Verletzung von Verkehrsregeln zu einem Verkehrsunterricht aufgeboten werden. Diese Zahl betrug im Vorjahr 331.

Neben den administrativen Massnahmen mussten 8'100 Strafanzeigen wegen Verkehrsübertretungen behandelt werden. Diese Zahl betrug im Vorjahr 8'000.

Buchhaltung und Informatik

Die Menge der erledigten Arbeiten während des Berichtsjahrs hat eine direkte Rückwirkung hervorgerufen. So wurden 306'283 Rechnungen für einen Gesamtbetrag von 47,1 Millionen Franken ausgestellt. In 3'880 Fällen musste ein Betreibungsverfahren eingeleitet und in 1'810 Fällen mussten die Kontrollschilde eingezogen werden, da die Verkehrssteuern nicht bezahlt worden waren.

Aus der Sicht der Informatik stehen für das Jahr 2000 grosse Änderungen bevor. Einerseits wird die leistungsfähige Schwerverkehrsabgabe pro Kilometer eingeführt, andererseits werden die Fahrzeuglenker neu in einem eidgenössischen Register verzeichnet. Zudem wird ein neues Format für die Führerausweise vorgeschrieben. Da das jetzige EDV-System ersetzt werden muss, wurde ein umfassendes Pflichtenheft erstellt, das den neuen Änderungen bereits Rechnung trägt.

JAGD- UND FISCHEREIVERWALTUNG

Im Frühjahr 1998 hat die kantonale Jagd- und Fischereiverwaltung, nachdem sie zuvor mehrmals umgezogen ist, ihren gegenwärtigen Standort bezogen. Die ehemaligen Räumlichkeiten des Amtes für Strassenunterhalt in der rue de l'Industrie bieten der Abteilung den Vorteil, alles unter einem Dach zu beherbergen.

Jagd

Für die Hege des Wildes hat der Kt. Wallis eine interessante und qualifizierte Rehstudie in Auftrag gegeben. Die Entwicklung dieser Tierart, im Zusammenhang mit dem Hirsch und der Präsenz des Luchses, hat in den Kreisen der Jägerschaft grosse Bedenken ausgelöst. Die Einschränkung der Rechte, an die der Jäger zwar gewöhnt war, zeigte ungenügende Wirkung. Die Studie wurde mit der Mitarbeit der Wildhüter und Jäger durchgeführt. Es wird sich zeigen, welchen Weg wir in Zukunft zu gehen haben.

Das Jahr 1998 wurde ebenfalls durch die Rückkehr eines anderen Raubwildes geprägt; dem Wolf. Mindestens 2 Tiere sind im Oberwallis in Erscheinung getreten. Ein Wolf wurde in Reckingen erlegt, der zweite hat oberhalb Brig sein Revier bezogen, wo er inzwischen grosse Schäden verursacht hat. Der Staatsrat hat bei der zuständigen Bundesbehörde energisch interveniert, damit diese die finanziellen Folgen der Rückkehr dieses grossen Raubtieres vollumfänglich übernimmt. Eine Ausnahme wurde für vier bedrohte Arten vorgesehen, nämlich den Luchs, den Adler, den Otter und den Biber. Diese Liste wurde anfangs August 1996 durch Hinzufügung des Wolfes und des Bärs erweitert. Den Kantonen wurden sämtliche Zuständigkeiten im Zusammenhang mit diesen sechs Arten aberkannt und im Falle von Schwierigkeiten muss beim mit der Fauna befassenden eidgenössischen Departement interveniert werden.

Der Staatsrat stellt fest, dass gegenwärtig ein Zusammenleben des Wolfes mit den rund 70'000 Schafen, welche während neun Monaten auf unseren Alpen verteilt sind, unmöglich ist. Der Staatsrat erwartet das Resultat einer strengen Begutachtung und der Versuche, welche der Bund in verschiedenen Regionen des Kantons durchführt.

Fischerei

Das Jahr 1998 war die Vorbereitung der Gesetzgebung über die Fischerei. Nachdem das Volk das neue Fischereigesetz angenommen hat, war es am Staatsrat, die dazugehörige Verordnung und den Fünfjahresbeschluss vorzubereiten und genehmigen zu lassen. Alle Texte wurden vom Staatsrat wie von der Bundesbehörde homologiert und treten am 1. Januar 1999 in Kraft.

Im Jahre 1999 wird es das erste Mal sein, dass die verpachteten Teiche unter das neue Fischereigesetz fallen. Mehr als 70 Teiche sind mit Pachtverträgen versehen worden; damit soll für den Staat eine definitive gesetzliche Regelung ermöglicht werden.

KANTONSPOLIZEI

ALLGEMEINES/TENDENZEN

- Seit einigen Jahren ist die Zahl der registrierten Fälle in der Gerichtspolizei rückläufig. Die Sicherheitslage in unserem Kanton hat sich nicht verschlimmert.
- 1998 hat die Kantonspolizei 10840 Verbrechen oder Vergehen registriert (1997: 11602). Dies bedeutet einen Rückgang von 6,57%. Die Aufklärungsquote von nahezu 30% bleibt hoch und ist vergleichbar mit derjenigen des Vorjahres.
- Wenn die Anzahl der verzeigten **Vermögensdelikte** eine eher stabile Tendenz aufzeigt, muss gleichzeitig auf die hohe Mobilität und die Flexibilität der Täterschaft hingewiesen werden. Organisierte Banden aus dem Ausland tauchen vermehrt bei uns auf. Die Ermittler stehen oft Tätern mit multikultureller Herkunft gegenüber, die teilweise aus Kriegsgebieten kommen.
- Die Untersuchungen in der **Wirtschaftskriminalität** werden zunehmend umfassender und nehmen interkantonale oder gar internationale Ausmasse an.
- Im Bereich der **Betäubungsmittel** ist die Situation relativ stabil, doch die Zahl der Konsumenten von Kokain nimmt zu. Das Problem des Hanfs bleibt bestehen. Die Fälle werden auch hier umfassender und weiten sich auf nationaler und internationaler Ebene aus.

Behandelte gerichtspolizeiliche Fälle:

	1995	1996	1997	1998
Tötungsdelikte	3	7	2	4
Körperverletzungen	186	256	231	246
Notzuchtdelikte	8	10	14	12
Sittlichkeitsdelikte	121	105	159	148
Diebstähle (ohne Fahrzeuge)	6725	6811	6803	6240
<i>davon Einbruchdiebstähle</i>	2512	2610	2675	2117
Diebstahl von Motorfahrzeugen	532	382	356	338
Raubüberfälle	27	19	24	14
Veruntreuungen	129	109	98	66
Betrugsdelikte	305	199	265	124
Brandstiftungen	67	62	52	27

Verhaftungen und Anhaltungen:

	1995	1996	1997	1998
Verhaftungen	1158	981	826	778
Anhaltungen	2800	2575	2999	2706

Bundesgesetz über die Betäubungsmittel:

	1995	1996	1997	1998
Total der Anzeigen	1431	1347	1582	1524
Todesfälle infolge Überdosis	6	7	5	4

Technische Tatbestandsaufnahmen (Gerichtspolizei):

	1995	1996	1997	1998
	1177	1175	1525	1442

STRASSENVERKEHR

1998 hat sich die Zahl der Verkehrsunfälle leicht erhöht. Dabei haben mehr Menschen ihr Leben auf den Walliser Strassen verloren. Obwohl die Zahl der Verletzten stabil bleibt, ist die Situation besorgniserregend, denn viele Opfer tragen bleibende Behinderungen davon.

	1995	1996	1997	1998
Gemeldete Unfälle	3333	2712	1623	1649
– tödliche Unfälle	43	33	28	38
– Unfälle mit Verletzten	759	673	706	711
– Unfälle mit Sachschaden	2529	2006	889	900
Getötete Personen	48	34	29	47
Verletzte Personen	1035	914	941	955

Ursachen der Unfälle 1998

Tödliche Unfälle:		Unfälle mit Verletzten:	
1. Trunkenheit	31.6 %	1. Nichtbeachten des Vortritts	20.8 %
2. Nicht angepasste Geschwindigkeit	15.8 %	2. Nicht angepasste Geschwindigkeit	19.8 %
3. Nichtbeachten des Vortritts	15.8 %	3. Trunkenheit	19.2 %

1998 wurden durch die Kantonspolizei 1335 Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt (1313 im Vorjahr), davon 1029 (77.08%) innerorts.

Dabei wurden folgende Prioritäten gesetzt:

- an statistisch erfassten gefährlichen Orten;
- auf Ersuchen der Gemeindebehörden und auf Klagen von Bewohnern gewisser Quartiere;
- allgemeine Prävention: im Bereich von Schulen, Sportanlagen, Bushaltestellen, Fussgängerstreifen und in der Nähe von Altersheimen. Ebenfalls auf Strassen und Wegen mit grossem Verkehrsaufkommen und eingeschränkten Sichtverhältnissen.

150'613 Fahrzeuge wurden kontrolliert, 16'885 (11.21%) Übertretungen festgestellt, 14'808 Ordnungsbussen einkassiert und 1882 Strafanzeigen wegen Geschwindigkeitsüberschreitungen, die eine Administrativ-Massnahme nach sich ziehen, erstellt. 195 Verzeigungen wegen Geschwindigkeitsüberschreitung mussten an das Untersuchungsrichteramt weitergeleitet werden. Die Summe der ausgesprochenen Ordnungsbussen im Strassenverkehr (23'600) beläuft sich auf Fr. 2'064'512.90.

ASYLBEWERBER

Die Flughafenpolizei hat die Ausreise von 530 Personen kontrolliert, wovon 382 zurückgewiesene Asylbewerber waren.

ANDERE TÄTIGKEITEN

Vom 23. Februar bis zum 11. April 1998 wurde die Rekrutierungskampagne für die Aspirantenschule 1999 durchgeführt. 378 junge Leute haben die Unterlagen verlangt, wovon 156 Kandidaten berücksichtigt und zu den verschiedenen Prüfungen vorgeladen wurden. Nach Analyse der Resultate wurden 15 Aspiranten französischer Muttersprache, davon 2 weiblichen Geschlechts, sowie 5 Aspiranten der deutschen Sprache für die Aspirantenschule vorgeschlagen.

Am 18. Dezember 1998 wurden 19 Polizeiaspiranten vereidigt. Was die Aus- und Weiterbildung anbelangt, so konnten zahlreiche Agenten an verschiedenen Kursen und Seminaren sowie an Kursen der kantonalen Verwaltung teilnehmen.

Die Abteilung Information verbreitete im Berichtsjahr 220 Pressemitteilungen in beiden Sprachen, 13 Vermisstenanzeigen und/oder Zeugenaufrufe sowie 33 Pressemitteilungen mit präventivem und informativem Charakter.

Die Buchhaltung der Kantonspolizei hat 4921 Rechnungen im Gesamtbetrag von Fr. 1'825'173.10 ausgestellt. 17'588 Aufträge wurden vom Sekretariat der Kantonspolizei verwaltet und weitergeleitet.

PRÄVENTION

Die Kantonspolizei hat auch die Aufgabe, im Rahmen des Möglichen, allen strafbaren Handlungen vorzubeugen und sie zu verhindern.

Im Bereich des Strassenverkehrs hat sie während der Fastnacht 1998 die Aktion «Help» unterstützt. Es wurden auch andere Aktionen gemacht, wie Verkehrsüberwachung beim Schulanfang, Geschwindigkeitskontrollen der Motorradfahrer auf den Alpenpässen. Während des Schuljahres 1997/1998 musste die Kantonspolizei mehrere Unfälle im Zusammenhang mit Schülertransporten feststellen. Aus diesem Grunde wurde vorerst im französischen Kantonsteil eine Kampagne durchgeführt. Sie richtete sich an Berufschaffere und Private, welche die Schülertransporte ausfüh-

ren. Als Partner wirkten unter anderen die Post und die Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt mit.

Der Verantwortliche für die Verbrechensprävention hat im vergangenen Jahr über 140 Betriebe und private Personen individuell und kostenlos beraten. Mit der Kampagne «Sicherheit im Alter» wurde an 20 Informationssitzungen an die tausend Personen über spezifische Gefahren und Gegenmassnahmen aufgeklärt. Über die Medien wurden die Bürgerinnen und Bürger auf Serienebstahle und spezielle Vorgehensweisen der Täterschaft aufmerksam gemacht und warnte vor Nateldiebstählen, Diebstählen in Umkleieräumen, Trickdiebstählen, usw.

Im letzten Jahr stellte sich die Kantonspolizei mit Informationswänden und verschiedenen Vorfürungen einem breiten Publikum im Einkaufszentrum Placette in Siders vor. Eines der Hauptanliegen war dabei, der direkte Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern zu suchen.

FEUERWESEN UND ZIVILSCHUTZ

FEUERWESEN

Bundesbeiträge an die Kosten von Schadenwehr auf Nationalstrassen

Der Kanton Wallis besitzt heute ein Nationalstrassennetz von 105.6 km. Der Bundesbeitrag für die Schadenwehr auf der Nationalstrasse an das kantonale Feuerwehriinspektorat betrug für das Jahr 1998 Fr. 587'488.—

Materialankauf für die Stützpunktfeuerwehren (SPFW) und verstärkten Interventionszellen (IZ)

Den SPFW A Brig und Sitten wurden je ein Pikettfahrzeug zugeteilt. Die SPFW A Sitten, Siders, Brig und Martinach und die SPFW B Leytron, Leuk und Saas-Grund erhielten je ein Transportfahrzeug. Zudem wurde jede SPFW A mit einer Wärmebildkamera ausgestattet.

Die Kosten für die SPFW und die IZ werden wie folgt aufgeteilt: 80% zu Lasten des KFI, 20% zu Lasten der SPFW und der zugeteilten Gemeinden und der IZ.

Subventionen an die Gemeinden

An die Gemeinden wurden für Material, Feuerwehrlökalen und Wasserversorgungen Fr. 2'900'000.— an Subventionen ausbezahlt.

Ausbildung

Im Instruktorienkorps haben 4 Instruktorien ihre Demissionen eingereicht. 6 Aspiranten wurden zu Instruktorien und 8 Offiziere zu Aspiranten-Instruktorien ernannt. Mit der Ernennung von Frau Marie-Claude Ecoeur zur Instruktorin wurde die erste Frau in das Instruktorien-Korps des Kantons Wallis aufgenommen. Es sind eidgenössische Kurse für Instruktorien und Offiziere, Gemeindeinspektionen und Rapporte durchgeführt worden.

Einsätze

1997 = 1'395 Einsätze

1998 = 1'698 Einsätze

Baudossiers

Die Anzahl der eingereichten und behandelten Baudossiers zur Erlangung der Baubewilligung ergibt folgende Zahlen:

	1997	1998
Oberwallis	665	655
Mittelwallis	660	763
Unterwallis	535	561
TOTAL	1860	1979

Beiträge der Feuerversicherungsgesellschaften

Versichertes Kapital		
1997	Fr. 97'632'975'999.— davon 0.05 ‰	Fr. 5'281'648.80
1998	Fr. 99'079'154'000.— davon 0.05 ‰	Fr. 5'353'957.70

Alarmierung

Gemäss Planung wurde die Erweiterung des Alarmnetzes für die Regionen der SPFW Siders, Crans-Montana und Vissoie durchgeführt und die Alarmnummer 118 auf die Einsatzzentrale der Kantonspolizei Sitten umgeleitet.

Dossier, Schutzplätze, Subventionen

	BEZEICHNUNG	1997	1998		%
Dossier	Anzahl Baudossier	1'335	1'447	+	8.4
	Entscheid für den Bau eines Privatschutzraumes	95	112	+	17.9
	Anzahl Schutzplätze	1'875	1'553	-	17.2
	Entscheid auf Ersatzbeiträge	657	716	+	8.9
	Keine Bau- oder Zahlungspflicht	603	513	-	14.9
SP	Anzahl der abgenommenen Privatschutzplätze	3'653	7'016	+	92.0
	Anzahl der abgenommen öffentlichen Schutzplätze	2'226	1'664	-	25.2
Subventionen	Abgerechnete Bundessubventionen	512'750	977'338	+	90.6
	Ausbezahlte Bundessubventionen	1'067'750	2'542'338	+	238.1
	Abgerechnete Kantonssubventionen	76'990	94'559	+	22.9
	Ausbezahlte Kantonssubventionen	26'990	307'799	+	1140.4
EB	Angerechnete Ersatzbeiträge	2'089'976	1'894'967	-	9.3

Finanzierung

Die finanzielle Unabhängigkeit des Inspektorates ist durch die Beiträge der Feuerversicherungsgesellschaften gewährleistet. Die Gesellschaften bezahlen überdies einen freiwilligen Beitrag von Fr. 400'000.—.

ZIVILSCHUTZ

Regionalisierung

Die Zahl der Zivilschutzorganisationen ist 1998 von 128 auf 115 herabgesetzt worden.

Ausbildung

Teilnahme an:	Bundeskursen	137 Personen	751 Dienstage
	kantonalen Kursen	2547 Personen	7835 Dienstage
	Gemeindeübungen	7136 Personen	18659 Dienstage

Regionale Einsatzdetachements

Bestand Oberwallis:	156
Bestand Mittel- und Unterwallis:	322
Total	478

Die Uebungen, vorallem die Aufgebotsübung in Raron, Ende Oktober 1998, hinterliessen bei den Teilnehmern wie auch bei den Medien einen guten Eindruck.

Schutzraumsteuerung

Um eine Ueberproduktion an Schutzplätzen zu verhindern, hat unsere Dienststelle mit 49 Gemeinden die Steuerung des Schutzraumbaus abgeschlossen.

DIENSTSTELLE FÜR MILITÄRWESEN

MILITÄRVERWALTUNG

In Zusammenarbeit mit dem Rechtsdienst des DSI hat die Dienststelle für Militärwesen eine Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an das Bundesrecht vorgenommen. Anlässlich der Februar-Session 1998 hat der Grosse Rat das Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung sowie das Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Wehrpflichtersatz in zweiter Lesung verabschiedet. Am 25. November hat er die Verordnung über die Aufsicht des Schiesswesens, die Schiessanlagen und die zuständigen Behörden, die für die Anordnung der disziplinarischen Sanktionen zuständig sind, sowie den Beschluss betreffend die Militärsektionen mit den entsprechenden Richtlinien genehmigt.

Das Amt für Wehrpflichtersatz hat zu verschiedenen Fragen im Zusammenhang mit der Veranlagung von Personen, welche den vom Militärgesetz bzw. von der Gesetzgebung für Zivildienst vorgesehenen Dienst nicht absolvieren, sowie zur Veranlagung von Doppel-Staatsbürgern oder Landsleuten die gemäss den neuen Gesetzesbestimmungen ausreisen wollen, Stellung genommen.

Im Bereiche der Gesamtverteidigung hat der Bundesrat die Aufhebung der Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV) als überdepartementales Organ beschlossen. Gleichzeitig wurden die Hauptaufgaben der ZGV sowie das Personal im Generalsekretariat des VBS und im Bundesamt für Zivilschutz integriert.

KREISKOMMANDOS

873 Angehörige der Armee des Jahrgangs 1956 wurden auf Ende 1998 aus der Wehrpflicht entlassen.

Der Bestand an Stellungspflichtigen (1'419) mit einer Diensttauglichkeit von 81,82% reichte zur vollständigen Deckung der Rekrutierungsbedürfnisse aus.

17'072 Schützen haben das Obligatorische Schiessen auf 300 m in 129 Vereinen absolviert. 899 Schützen haben am Bundesprogramm auf 25 oder 50 m in 32 Vereinen teilgenommen.

MILITÄRKONTROLLE

Die militärischen Kontrollen wiesen 1998 folgende Bestände auf: Korpskontrolle: 19'600 Angehörige der Armee, welche 35 kantonale sowie 130 eidg. Stäbe und Einheiten bilden; Stammkontrolle: 40'199 Meldepflichtige.

WEHRPFLICHTERSATZ

Das Amt für Wehrpflichtersatz hat 17'086 Ersatzpflichtige, mit einem Rohertrag von Fr. 5'725'822.80, veranlagt. Als Bezugsprovision erhielt der Kanton den Betrag von Fr. 1'110'574.65.

Trotz äusserst schwieriger wirtschaftlicher Verhältnisse haben die Ersatzpflichtigen den in Artikel 1 des Bundesgesetzes über den Wehrpflichtersatz verankerten Ersatz grösstenteils korrekt entrichtet.

GESAMTVERTEIDIGUNG

Im Bereiche der Gesamtverteidigung wurde das Schwergewicht auf folgende Tätigkeiten gelegt:

1. auf die Grundausbildung der Stabschefs der Gemeindeführungsstäbe. In diesem Sinne wurden 2 Grundkurse für Stabschefs organisiert.
2. auf die praktische Ausbildung der Bezirksführungsstäbe. Hier wurden 3 Bezirksführungsstäbe, nämlich Westlich-Raron (13.3.98), Martinach (3.4.98) und Östlich-Raron (23.10.98) beübt und in der Stabsarbeit geschult.

Gleichzeitig wurden auch wiederum zwei Kurse für Chefs Nachrichtendienst durchgeführt.

Die Mitglieder des zivilen Führungsstabes (ZFS) standen am 31.3.98 zusammen mit dem militärischen Partner im Rahmen der Übung «MANUS 98» im Einsatz. Thema der Übung war der koordinierte Einsatz der zivilen und militärischen Mittel in den Bereichen Betreuung, Objektschutz und Aufrechterhaltung der Sicherheit in ausserordentlichen Lagen.

Am 21.10.98 wurden die verschiedenen zivilen und militärischen Partner des koordinierten Sanitätsdienstes (KSD) im Ausbildungszentrum des Zivilschutzes in Grône im Rahmen einer Übung erstmals im kombinierten Einsatz geschult.

In Zusammenarbeit mit den Gemeindebehörden und der kantonalen Verwaltung hat das kantonale Amt für Gesamtverteidigung die Listen der katastrophen- und kriegswichtigen Telefonteilnehmer (KWT) überarbeitet.

ZEUGHAUS

Im Jahre 1998 ist der Betrieb definitiv auf die neue Armee 95, WK's im 2 Jahresrythmus, ausgerichtet worden.

Erneut wurde überzähliges Material, welches bei uns eingelagert ist, an andere Betriebe geliefert. Dieses weist immer noch ein umfangreiches Volumen auf und muss über kurz oder lang verschoben werden. Das Bundesamt für Betriebe des Heeres hat mit der Planung der zukünftigen Haupt- und Aussenpool-Standorte für den Einsatz und die Ausbildung der Armee 95 begonnen. Diese Planung wird auch von politischer Bedeutung sein, geht es doch um das Überleben der kantonalen Betriebe.

Ausrüstung der Truppe

1998 haben wir für 63 Stäbe und Einheiten, die im Mittelwallis ihren Dienst geleistet haben, das betreffende Korpsmaterial ausgeliefert, zurückgenommen und gewartet.

Für die Bedürfnisse der Planung, haben wir die Prioritäten für die Belegung der Räumlichkeiten bei Anwendung der Bereitschaftsgrade für die Bereitstellung des Einsatzmaterials festgelegt.

Entsprechend der neuen Betriebsphilosophie mussten wir bei Engpässen im Rahmen der Wiedererstellung der Einsatzbereitschaft des Materials im Instruktionsdienst (WEMI) bei den umliegenden Betrieben Personal anfordern. Im Gegenzug und von Fall zu Fall mussten auch wir unser Personal für dieselben Arbeiten anderen Betrieben zur Verfügung stellen. In Extremfällen kamen unsere Mitarbeiter für spezifische Einsätze gar in Kloten und Chur zum Einsatz.

Jugend + Sport (J+S)

155 Materialabgaben, Rücknahmen und Speditionen an J+S Gruppen im Kanton wurden durch unsern Betrieb ausgeführt. Es handelt sich um J+S Material, welches dem Bund gehört, insbesondere um Alpin- und Langlaufskis. Für die Wartung dieses Materials ist vollumfänglich das Zeughaus zuständig.

Heimarbeit und persönliche Ausrüstung

1998 wird das letzte Jahr sein, in welchem wir von der Gruppe für Rüstungsdienste (GRD) eine Bestellung zur Konfektion von Uniformen 95 und andern Kleidern erhalten haben. Fürderhin wird sich die GRD direkt von der Privatindustrie beliefern lassen. Hingegen wird sie ihre Bestellungen für Sattler-Artikel weiterhin an uns richten.

Zum Vergleich unterbreiten wir ihnen die Bestellungen der letzten 3 Jahre:

1996	Fr 2'253'310.75	/.	Fr 639'428.50
1997	Fr 1'732'546.00	/.	Fr 520'764.75
1998	Fr 1'159'588.25	/.	Fr 572'957.75

Im Bereiche der persönlichen Ausrüstung, welcher eine reine kantonale Angelegenheit ist, ändern und wechseln wir täglich Ausrüstungen und Bekleidungen von Angehörigen der Armee, welche unsere Dienste in Anspruch nehmen.

1998 wurde von unserem Fachpersonal die Abgabe der Kampfbekleidung 90 an die Truppe fortgeführt. Diese Arbeiten sind mit Verschiebungen von Kleidern in grossem Umfang verbunden. Sie wurden in Glurigen, Raron, Sitten und in Aigle ausgeführt. Im Jahr 1998 brachte diesbezüglich eine zusätzliche Belastung. Gewisse Truppen wurden erstmals mit diesem Material ausgerüstet, während an andere diese Ausrüstung zum zweiten Mal abgegeben werden musste.

1998 wurden auch die Offiziere und die Unteroffiziere mit der neuen Ausgangsuniform 95 ausgerüstet. Diese Mehrarbeit, welche von unserm eigenen Personal geleistet werden musste, war von unserm technischen Vorgesetzten, dem Bundesamt für Betriebe des Heeres, ursprünglich nicht vorgesehen.

Traditionsgemäss haben wir am Jahresende von den aus der Wehrpflicht entlassenen Wehrmännern des Jahrgangs 1956 die leihweise abgegebene Ausrüstung zurückgenommen. Die Entlassungsfeiern wurden von den Kreiskommandanten der Kreise 6 und 10 organisiert.

Bundesbeiträge

Alle im Auftrage des Bundes ausgeführten Arbeiten werden nach den effektiven Kosten entschädigt. Für die 3 letzten Jahre entspricht dies folgenden Beträgen:

1996	93.91 %	nämlich Fr 3'639'561.00
1997	94.62 %	nämlich Fr 3'378'602.15
1998	93.05 %	nämlich Fr 3'330'759.05

Wie aus diesen Zahlen ersichtlich ist, beteiligt sich der Bund mit mehr als 93% an den Kosten des Zeughauses.

Gebäude

Die laufenden Unterhaltsarbeiten wurden im Rahmen der im Budget verfügbaren Mittel ausgeführt.

KASERNE

Unter Berücksichtigung der laufenden Instandstellungsarbeiten kann die Kasernenbelegung als befriedigend gewertet werden. Bis Ende Juni 1998 stand nämlich der Ostflügel als Truppenunterkunft nicht zur Verfügung. Während den zwei Rekrutenschulen war eine Kp in Savièse stationiert. Eine bessere Koordination dieser Verschiebung, hätte im Sommer eine bedeutend bessere Kasernenbelegung ergeben.

Bauten

1998 haben wir gewisse Unterhaltsarbeiten im Rahmen der verfügbaren Mittel ausgeführt.

Sanierung

Seit Juli 1997 läuft die 2. Sanierungsetappe der Kaserne, welche mit dem Staatsratsentscheid vom 14. November 1996 bewilligt wurde. 1998 wurde diese 2. Etappe entsprechend der zeitlichen und finanziellen Planung abgeschlossen. Es ist zu erwähnen, dass sich der Bund mit 40% an der Realisierung dieses Projektes beteiligt hat.

Vertragsgebundene Einnahmen

Aufgrund der Mietverträge entrichtet der Bund folgende Zinsen und Beiträge:

	1997	1998
1. Kapitalzinsen auf Baukosten	271'581.00	269'758.00
2. Beiträge an den Gebäudeunterhalt (1% des Feuerversicherungswertes)	322'510.00	322'510.00
3. Tagesentschädigungen:		
pro Mann Fr 2.40	181'183.20	160'833.60
pro Motorfahrzeug Fr 1.90	30'033.30	24'403.60
pro Motorrad Fr 0.70	7.00	70.00
4. Entschädigung für Verwaltung und Unterhalt der eidg. Gebäude und Grundgüter	58'630.40	56'253.15
5. Zinsen und Abschreibungen	49'655.00	49'655.00
	942'791.70	883'483.35

Diese vertraglichen Einnahmen sind das Ergebnis eines Finanzplanes welcher integrierter Bestandteil des Mietvertrages der Kaserne ist.

DIENSTSTELLE FÜR INNERE ANGELEGENHEITEN

GESETZESARBEITEN

Die Dienststelle für Innere Angelegenheiten besorgte die gesetzgeberischen Arbeiten für das Departement für Sicherheit und Institutionen in folgenden Bereichen:

Schutz der Familie

Nachdem 1997 durchgeführten Vernehmlassungsverfahren hat der Staatsrat dem Parlament die Botschaft zur Zweckmässigkeit der Verankerung einer neuen Bestimmung zum Schutze der Familie in der Verfassung unterbreitet. Da das Parlament eine solche Zweckmässigkeit bejaht hatte, wurde ihm ein von einer erläuternden Botschaft begleiteter Gesetzestext vorgeschlagen. In der Novembersession 1998 nahm er den Entwurf des Staatsrates fast einstimmig an. Die zweite Lesung im Grosse Rat und gegebenenfalls die Volksabstimmung sind für den 1. September des Jahres 1999 vorgesehen.

Verordnung zur Festsetzung der Anwendungsmodalitäten der brieflichen Stimmabgabe

In der Novembersession 1998 hat der Grosse Rat eine vom Staatsrat bei der Verordnung vom 17. April 1996 vorgenommene Änderung genehmigt. Ziel dieser Änderung war es, die Ausübung der brieflichen Stimmabgabe noch vermehrt zu fördern, ohne jedoch dabei die Gemeindefinanzen zusätzlich zu belasten.

Wahl des Ständerates

In der Septembersession 1998 lehnte der Grosse Rat es ab, die Zweckmässigkeit der Änderung des Artikels 85bis der Kantonsverfassung anzuerkennen, die darauf abzielte, dem Oberwallis einen Sitz im Ständerat zu garantieren. Er folgte dabei dem Staatsrat, der sich immer dagegen aussprach, eine solche Garantie auf Verfassungsebene anzuerkennen.

Verhältnis Kanton – Gemeinden und Bezirksordnung

Im Verlaufe des Jahres 1998 haben die beiden ausserparlamentarischen Kommissionen ihre Zwischenberichte eingereicht. Der erste Bericht (Kanton – Gemeinden), welcher den Medien im Verlaufe des vergangenen Herbstes vorgestellt wurde, stellt die verschiedenen ausgeführten Arbeiten vor, die vorerst einmal als Grundlage für eine Änderung von Gesetzes- oder gegebenenfalls von Verfassungsbestimmungen über die interkommunale Zusammenarbeit dienen sollen. Der zweite, noch nicht veröffentlichte Bericht (Bezirke) wird die Aufgabe der Behörden erleichtern, wenn sie die Zweckmässigkeit der Verfassungsrevision auf dem Gebiet der Bezirke und der Präfekten zu prüfen haben. Diese Revisionen stellen in der Tat eine der nächsten Etappen auf dem Wege der globalen Revision der Kantonsverfassung dar.

VERWALTUNGSARBEITEN

Wahlen und Abstimmungen

Im Verlaufe des Jahres 1998 sprach sich die Walliser Bevölkerung über 10 eidgenössische Vorlagen aus. Auf kantonaler Ebene lehnte sie am 7. Juni 1998 das Gesetz über das Unterrichtswesen, das Gesetz über das Statut der Lehrkräfte sowie die Gesetzesinitiative «zur Harmonisierung der Ladenöffnungszeiten und zur Förderung des Kleinhandels» ab.

Instruktion der Beschwerden

Im Verlaufe des Jahres 1998 wurde der Dienststelle für Innere Angelegenheiten 297 Beschwerden zur Prüfung und Instruktion unterbreitet. Im gleichen Zeitraum hat der Staatsrat auf Antrag der Dienststelle 272 Entscheide gefällt.

Die Zunahme der 1998 registrierten Beschwerden hat den während der vorangegangenen Jahre angewachsenen Pendenzenberg noch vergrössert. Eine Verstärkung der Dienststelle an Personal (zusätzlicher Jurist) ist unerlässlich, wenn man künftig die Erledigung aller ihr übertragenen Aufgaben innert einer angemessenen Frist gewährleisten will.

Homologation von Reglementen, Statuten, Darlehen, Verkäufen, Tauschverträgen usw.

Auf Antrag der Dienststelle für Innere Angelegenheiten hat der Staatsrat im Verlaufe des Jahres 1998 208 Gemeindereglemente, wovon 51 Bau- und Zonenreglemente sowie Quartierpläne, homologiert.

Ferner hat der Staatsrat nach Begutachtung durch die Dienststelle für Innere Angelegenheiten

33 Kauf-, Tausch-, Dienstbarkeitsverträge usw.	
32 Anleihen für einen Betrag von	Fr. 61'716'479.—
11 Bürgschaften für einen Betrag von	Fr. 6'677'350.—

bewilligt.

Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

In seiner Eigenschaft als Rekursbehörde hat der Vorsteher der Dienststelle für Innere Angelegenheiten 994 (gegenüber 974 im Jahre 1997) erstinstanzliche Entscheide geprüft.

Es wurden keine Beschwerden gegen diese Entscheide eingereicht.

RAUMPLANUNG

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

Zusätzlich zu den generellen Aufgaben setzte die Dienststelle für Raumplanung (DRP) im Jahre 1998 folgende Schwerpunkte:

- Revision des kantonalen Ausführungsgesetzes (KRPG) zum Bundesgesetz über die Raumplanung;
- Fortsetzung der Erarbeitung der mit dem Richtplan verbundenen Grundlagen;
- Ausführung der im Richtplan festgelegten Aufgaben;
- Anpassung der Nutzungspläne in den Gemeinden;
- Koordination zwischen den Gemeinden und den betroffenen Instanzen zur Erstellung eines Fuss- und Wanderwegnetzes gemäss dem kantonalen Ausführungsgesetz vom 27. Januar 1988;
- Behandlung von Subventionsgesuchen für die Anpassungen der Ortsplanungen.

Das kantonale Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Raumplanung wurde abgeändert aufgrund der Gesetzesänderung auf Bundesebene (Erschliessung und Koordination) und im Hinblick auf die Tatsache, dass das Dekret vom 10. November 1993 über die provisorische Abänderung einiger Gesetze nächstens hinfällig wird. Zusätzlich wurden einige redaktionelle Anpassungen angebracht zur Harmonisierung der deutschen und französischen Fassung. Die Gesetzesrevision wurde in zwei Lesungen im Kantonsparlament beraten und in der Schlussabstimmung am 1. Dezember 1998 durch den Grossen Rat mit 99 Ja gegen 9 Nein bei 12 Enthaltungen genehmigt. Sie unterliegt dem fakultativen Referendum.

Die Dienststelle legte im Rahmen des kantonalen Richtplanes grosses Gewicht auf Information, Beratung und Unterstützung der Gemeinden, Bezirke, Regionen und beauftragten Ortsplaner bei der Erarbeitung der kommunalen Nutzungspläne sowie der Sonder-nutzungspläne.

Zudem hat die Dienststelle in Arbeitsgruppen und an Studien von nationaler und internationaler Bedeutung mitgearbeitet (Espace Mont-Blanc / Conseil du Léman / Conseil du Grand-St-Bernard).

KANTONALER RICHTPLAN

A. Bewirtschaftung des Richtplanes

Koordinationsblätter, beschlossen durch den Staatsrat 1998:

Nr.	Gegenstand	Federführende kant. Stelle	Beschllossene Kategorie				Entscheid des Staatesrates
			V	Z	F	A	
F.5/1	Natur- und Landschaftsschutzzonen auf Stufe Gemeinde	DRP			•		24.06.98
G. 1/1	Wasserbewirtschaftung	DUS			•		07.10.98
g.308/2	Erweiterung der Anlagen von Cleuson-Dixence und Grande-Dixence	DWK				•	22.12.98
g.310/2	Kraftwerk Täschbach	DWK				•	22.12.98

V = Vororientierung; Z = Zwischenergebnis; F = Festsetzung; A = Ausgangslage

Seit der Annahme des Richtplanes (21.12.1988) sind 53 Koordinationsblätter aktualisiert und durch den Staatsrat genehmigt worden.

Koordinationsblätter in der Aktualisierungsphase

Nr.	Gegenstand	Federführende kant. Stelle	Ursprüngliche Kategorie				Vorgeschlagene Kategorie			
			V	Z	F	A	V	Z	F	A
c.204	A9, Sitten - Siders	DSFB		•					•	
C.3	Anschlüsse an die A9	DSFB		•					•	
c.302	Umfahrung von Collombey/Monthey (A201)	DSFB		•					•	
c.303	Nord/Ost - Umfahrung von Sitten	DSFB		•					•	
c.308	Umfahrung Brig/Naters (A19)	DSFB		•					•	•
c.503	Zufahrt Lötschberg (A509)	DSFB		•					•	
c.702	Oeffentlicher Verkehr zwischen Sitten und Siders	DV		•						•
C. 10	Neue Eisenbahntransversale Nord/Süd (Lötschberg/Simplon)	DV	•						•	
e.601	Rebbergmelioration Salgesch	KDL		•					•	
f.602	Gesamtmelioration Goms	DWL		•					•	
f.603	Gesamtmelioration Aletsch	DWL		•					•	•
F.8	Restwassermengen	DUS		•					•	
F.9	Wasserläufe (Korrekturen)	DSFB	•						•	
G.3	Produktion von Energie und Wasserkraft	DWK	•						•	
G.4	Projekte und Ausbau bestehender Anlagen	DWK	•						•	
G.6	Trinkwasserversorgung	DUS		•					•	
G.7	Konflikte mit Gewässerschutzzonen	DUS		•					•	
h.101	Kehrichtverbrennungsanlage in Gamsen	DUS		•					•	•
H.5	Lärmschutz	DUS		•					•	
I.4	Naturgefahren: Hochwasser	DSFB	•						•	

V = Vororientierung; Z = Zwischenergebnis; F = Festsetzung; A = Ausgangslage

Die Koordinationsblätter A.1/2 «Bauzonen» und A.6/2 «Maiensässzonen» liegen dem Bund zur Genehmigung vor.

B. Änderung des Richtplanes

Neue Gegenstände:

Nr.	Gegenstand	Federführende kant. Stelle	Vorgeschlagene Kategorie			
			V	Z	F	A
D.10 I.5	Beschneigungsanlagen Naturgefahren: Erdbeben	DRP DSFB			• •	

V = Vororientierung; Z = Zwischenergebnis; F = Festsetzung; A = Ausgangslage

Gemäss Art. 7 kRPG ist das Koordinationsblatt D.10 in jeder Gemeinde während 3 Monaten (16.01. bis 16.04.1998) öffentlich aufgelegt worden. Die Stellungnahmen der Gemeinden wurden in der Folge ausgewertet und ihre Ergebnisse in einem Bericht festgehalten und an den Departementsvorsteher weitergeleitet. Es wurde angeordnet, dass vor einer Weiterführung des Verfahrens die Resultate der Arbeitsgruppe, die sich mit einer Harmonisierung der Rahmenbedingungen der technischen Beschneigung auf nationaler Ebene befasst, abzuwarten sind.

C. Anpassung des Richtplanes

Im Jahre 1998 hat die Dienststelle für Raumplanung die Anpassung des kantonalen Richtplanes gemäss Art. 9 des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) in Angriff genommen. Der Staatsrat hat für diese Anpassung des Richtplanes verschiedene Drittaufträge erteilt.

D. Grundlagen

Im Laufe des Jahres 1998 wurden mehrere zusätzliche Grundlagen erarbeitet. Diese Vertiefungsstudien behandeln namentlich folgende Themen:

- Wasserbewirtschaftung (Koordinationsblätter F.8; F.9; G.1; G.4; G.6; G.7; I.4)
- Erschliessungsstudie Art. 19 RPG:
Im Zusammenhang mit den neuen gesetzlichen Bestimmungen für die Erschliessung der Bauzonen wurde eine Studie in Auftrag gegeben, die im Frühjahr 1999 abgeschlossen werden soll. Im Anschluss ist eine Information der Gemeinden über die Ergebnisse dieser Studie sowie eine Erläuterung über die diesbezüglichen Aufgaben der Gemeinden vorgesehen.

E. Andere Tätigkeiten

Die Dienststelle war auch in mehreren mit dem kantonalen Richtplan verbundenen Tätigkeitsbereichen aktiv, namentlich durch Mitwirkung

- in Verkehrskommissionen für die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (AlpTransit),
- in der Arbeitsgruppe für die Linienführung der A9 im Raume Visp,
- in der Arbeitsgruppe des Schweizerischen Verbandes der Seilbahnunternehmungen (SVS) für eine Harmonisierung der Rahmenbedingungen für die technische Beschneigung in der Schweiz,
- in der paritätischen Kommission, die mit der Sanierung der Abbau- und Kiesentnahmestellen beauftragt ist,
- in der Kommission für die Konzeption der künftigen Nutzung der Militärflugplätze im Wallis.

ORTSPLANUNG

Alle Gemeinden des Kantons sind verpflichtet, sofern erforderlich, ihre Zonennutzungspläne den Anforderungen des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) vom 22. Juni 1979 anzupassen.

Die Nutzungspläne ordnen die zulässige Nutzung des Bodens und unterscheiden vorab Bau-, Landwirtschafts- und Schutzzonen (Art. 14, 15, 16, 17 RPG). Ein Teil der rechtsgültigen Zonenpläne entspricht nicht den Bestimmungen des Bundesgesetzes, weil nur die Bauzonen ausgeschieden wurden. Am 31. Dezember 1998 zeigte sich folgende Situation (vgl. nachstehende Karte):

- 78 Gemeinden besitzen einen dem RPG entsprechenden, homologierten Nutzungsplan;
- 26 Gemeinden verfügen über einen positiven Vorprüfungsentscheid des Staatsrates;
- 15 Gemeinden warten auf den Vorprüfungsentscheid; der Synthesebericht ist, der Dienststelle für innere Angelegenheiten abgegeben worden;
- 30 Gemeinden haben ihr Dossier zur Vorprüfung abgegeben;
- 2 Gemeinden haben ihren Entwurf während 30 Tagen öffentlich aufgelegt;
- 12 Gemeinden haben die Ueberarbeitung ihres Nutzungsplanes eingeleitet.

Die Dienststelle für Raumplanung wird im Jahre 1999 die Anstrengungen für die Koordination mit den Gemeinden fortsetzen, damit die Forderungen des Bundes in absehbarer Zeit erfüllt werden können. Es ist erfreulich festzustellen, dass im Jahre 1998 die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und der Dienststelle intensiv und fruchtbar war.

Die Anzahl der behandelten Geschäfte hat erneut zugenommen. Die Gemeinden wenden sich immer häufiger an die Dienststelle, um sich über anstehende Sachfragen auf dem Gebiete der Raumplanung beraten zu lassen.

STATISTIK

Im Verlaufe des Jahres 1998 wurden 28 Nutzungsplanänderungen (9 Gesamt- und 19 Teilrevisionen) homologiert und 13 weitere Änderungen grundsätzlich genehmigt (Vorprüfungsverfahren).

Im Sinne von Art. 10 des kantonalen Raumplanungsgesetzes (kRPG) und gemäss den Bestimmungen des Reglementes vom 20. Juni 1990 betreffend die Förderungsmassnahmen in Sachen Raumplanung hat der Kanton 1998 den Gemeinden, die ein vorschriftsmässiges Subventionsgesuch eingereicht haben, entsprechend den ausgeführten Arbeiten ausnahmsweise einen Gesamtbetrag an Subventionen von Fr. 800'000.— gewährt. Normalerweise liegt der jährliche Subventionsbeitrag an die Gemeinden bei Fr. 400'000.—.

Zahlreiche Berichte und Vormeinungen wurden zu den nachstehend angeführten raumwirksamen Vorhaben erstellt:

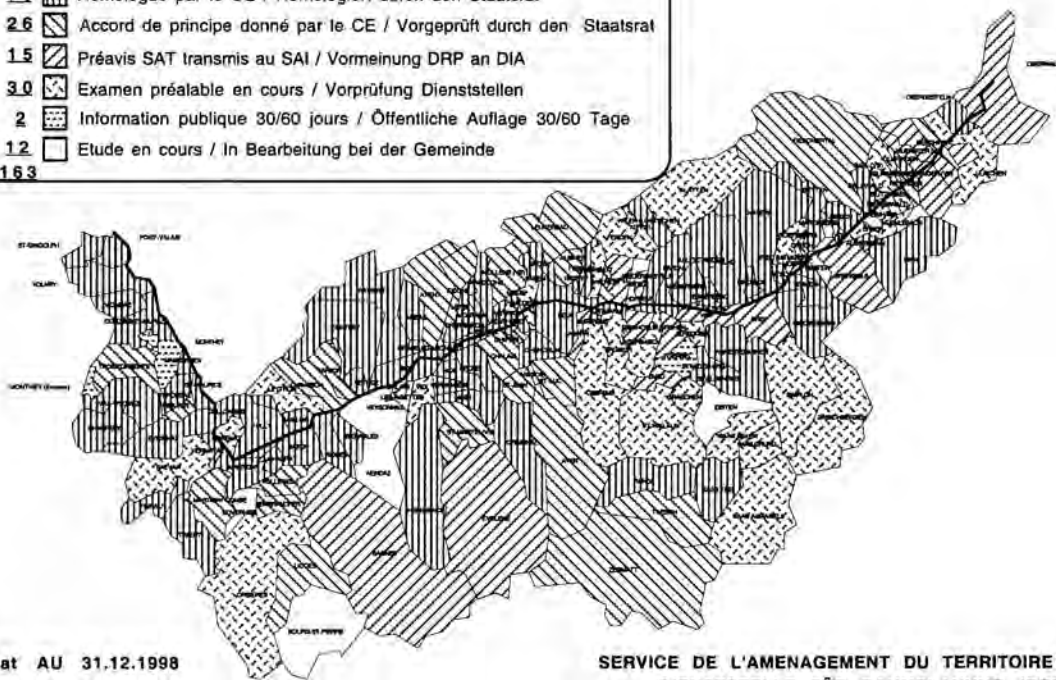
	1997	1998		
- Baugesuche ausserhalb der Bauzone			- Rodungsgesuche	68
- positive Vormeinung	375	421	- Bestätigungen für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland	475
- negative Vormeinung	340	328	- Stellungnahmen zu Strassenprojekten / Baulinienpläne	54
- Stellungnahmen zu Beschwerden	71	90	- Auskünfte zu Bauvorhaben im Sinne von Art. 30 Bauverordnung	59
- Konzessionsgesuche für touristische Transportanlagen	29	21	- Auskünfte zu Bauvorhaben in bezug auf den Zonennutzungsplan	140
				185

BILAN DES ETUDES DES PLANS D'AMENAGEMENT LOCAUX (PAL) STAND DER NUTZUNGSPLANÄNDERUNGEN (NZP)

Com.

Légende

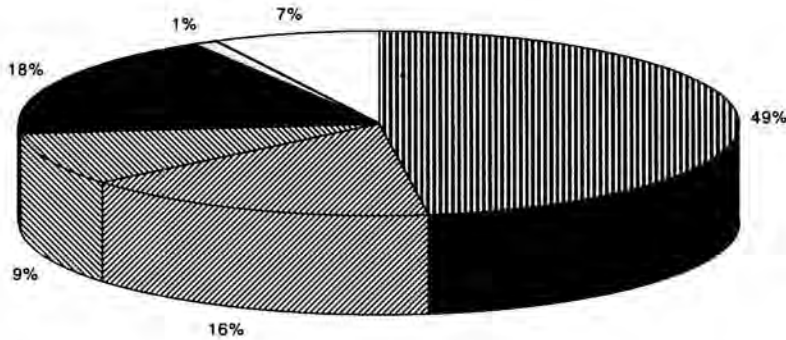
- 7.8 Homologué par le CE / Homologiert durch den Staatsrat
 2.6 Accord de principe donné par le CE / Vorgeprüft durch den Staatsrat
 1.5 Préavis SAT transmis au SAI / Vormeinung DRP an DIA
 3.0 Examen préalable en cours / Vorprüfung Dienststellen
 2 Information publique 30/60 jours / Öffentliche Auflage 30/60 Tage
 1.2 Etude en cours / In Bearbeitung bei der Gemeinde
 1.63



Etat AU 31.12.1998
 STAND AM 31.12.1998

SERVICE DE L'AMENAGEMENT DU TERRITOIRE (SAT)
 DIENSTSTELLE FÜR RAUMPLANUNG (DRP)

BILAN DES ETUDES DES PLANS D'AMENAGEMENT (PAL) STAND DER NUTZUNGSPLANUNGEN (NZZ)



- Homologué par le CE / homologiert durch den Staatsrat
- Accord de principe donné par le CE / Vorgeprüft durch den Staatsrat
- Préavis SAT transmis au SAI / Vormeinung DRP an DIA
- Examen préalable en cours / Vorprüfung Dienststellen
- Information publique 30/60 jours / Öffentliche Auflage 30/60 Tage
- Etude en cours / In Bearbeitung bei der Gemeinde

Service de l'Aménagement du Territoire (SAT)

Etat / Stand 31.12.1998/Fa

Dienststelle für Raumplanung (DRP)

DIENSTSTELLE FÜR VERMESSUNG

Das Vermessungsprogramm ist abhängig vom Verpflichtungskredit des Bundes.

Dieser genügt bei weitem nicht um die Nachfrage der Gemeinden nach zuverlässigen Plangrundlagen zu befriedigen.

Rund 3500 ha Bauzone sind immer noch nicht vermessen.

Zudem ist die Nachfrage nach numerischen Daten, die auf EDV verarbeitet werden, gestiegen.

Der Bund bekundete wiederum Mühe mit der Überweisung der fälligen Bundesbeiträge.

Vermarkungen, die im Jahre 1998 vom Bund genehmigt wurden:

Abgerechnet wurden die Vermarktungsoperete von Ayent Los VIII, Bellwald Los I, Evolène Los I, Glurigen Los I, Grengiols Los I, Mühlebach Los I, Stalden Los III, Zeneggen Los II.

Vermessungen in Arbeit

In 69 Gemeinden sind Parzellarvermessungen in Arbeit. Die Zahl der Vermessungslose beträgt 89.

Vermessungen, die im Jahre 1998 vom Bund als «Amtliche Vermessung» anerkannt wurden:

Albinen	Los 1	41 ha
Betten	Los 1	39 ha
Brig-Glis	Los 4	78 ha
Bürchen	Los 2	117 ha
Chamoson	Los 3	280 ha
Embd	Los 1	78 ha
Grächen	Los 3	53 ha
Hohtenn	Los 3	18 ha
Martigny-Combe	Los 4	133 ha
Montana	Los 5	99 ha
Niedergesteln	Los 1	41 ha
Randa	Los 3	90 ha
St. Jean	Los 3	304 ha
St. Niklaus	Los 4	95 ha
Sion	Los 8	121 ha
Veyras	Los 2	55 ha
Zeneggen	Los 1	39 ha

TOTAL **1'681 ha**

Nachführung der Vermessungsfixpunkte

Im Verlauf des Jahres sind 124 Punkte revidiert worden.

Die neuen Vermessungsmethoden mit GPS (Global Positioning System) führen dazu, dass Punkte, die für die Aufrechterhaltung eines homogenen Fixpunktnetzes 4ter Ordnung nicht mehr nötig sind, nicht mehr ersetzt oder deklassiert werden.

Nachführung des Übersichtsplanes

Das Planwerk umfasst die Pläne im Massstab 1:10'000 und 1:5000. Auf 8 Blättern erfolgte eine Gesamtnachführung.

Der Übersichtsplan ist in digitaler Form vorhanden.

Planzentrale

Im Berichtsjahr wurden insgesamt rund 850 Pläne des Übersichtsplanes sowie Protokollauszüge von Triangulationspunkten an Drittpersonen abgegeben.

In digitaler Form wurden 273 Pläne abgegeben.

Nachführung der amtlichen Vermessung

In 145 Gemeinden ist die amtliche Vermessung fertig erstellt oder in Ausführung begriffen. In 2 Büros wurde eine eingehende Kontrolle der Nachführungsakten von 9 Gemeinden durchgeführt.

Der Personalbestand erlaubt es nicht weitere Kontrollen durchzuführen.

Tätigkeit der Kommissionen

Kantonale Nomenklaturkommission

Es sind keine besonderen Vorkommnisse zu melden.

Vormeinungskommission im Falle von Grenzstreitigkeiten zwischen Gemeinden

Die Kommission befasst sich zur Zeit mit der Feststellung der Gemeindegrenze zwischen Oberems und Turtmann.

GRUNDBUCHINSPEKTORAT UND GRUNDBUCHÄMTER

Grundbucheinführung

Grundbucheinführungsarbeiten wurden in den Gemeinden Vionnaz, Blitzingen (teilweise) und Kippel (teilweise) beendet. Sie sind in der Gemeinde Evionnaz auf dem Wege der Vollendung.

In den Gemeinden Glis (teilweise), Niedergesteln (teilweise), Sion (Bramois), Gröne (teilweise), Montana (teilweise), Conthey (teilweise), Grimontz (teilweise), Veyras (teilweise), Ayent (teilweise), Vétroz (teilweise), Martigny-Combe, Sembrancher (teilweise), Bagnes (teilweise), Fully (teilweise) sind sie im Gange.

Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Dans kantonale Grundbuchinspektorat, als erstinstanzliche Bewilligungsbehörde, hat den Eingang vom 1098 Gesuchen zu verzeichnen und hat 994 formelle Entscheide vorgenommen. 874 Entscheide betreffen konkrete Erwerbe durch Personen im Ausland für einen Gesamtbetrag von Fr. 208'254'266.—.

GRUNDBUCHÄMTER

Tätigkeiten der einzelnen Ämter

	BRIG	LEUK	SIDERS	SITTEN	MARTIGNY	MONTHEY	TOTAL
Eintragungen im Tagebuch	13'934	9'506	10'176	16'073	10'150	5'614	65'453
Eigentumsübertragungen	3'820	2'128	2'770	5'315	2'671	1'674	18'378
Hypothekareinschreibungen	3'480	1'130	1'034	1'704	1'373	922	9'643
Anzahl Einregistrierungen	8'721	3'602	5'433	7'739	5'388	3'535	34'418
Grundbuchauszüge	8'791	4'558	5'356	5'642	6'674	7'776	38'797
Erhobene Einregistriergebühren	7'084'890,90	1'990'127,80	5'542'457,30	6'119'293,40	6'270'585,10	4'664'241,20	31'671'595,70
Erhobene Stempel und Kanzleigebühren	8'820'778,10	2'697'112,60	6'792'632,20	7'457'581,90	7'665'590,95	5'499'222,40	38'932'918,15



DEPARTEMENT FÜR VERKEHR, BAU UND UMWELT

VERWALTUNGSBERICHT 1998



**DEPARTEMENTCHEF: JEAN-JACQUES REY-BELLET
STELLVERTRETER: PETER BODENMANN**

VERKEHR, BAU UND UMWELT

```
graph TD; A[VERKEHR, BAU UND UMWELT] --- B[Verwaltungs- und Rechtsdienst]; A --- C[Dienststelle für Verkehrsfragen]; A --- D[Dienststelle für Strassen- und Flussbau]; A --- E[Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie]; A --- F[Dienststelle für Wald und Landschaft]; A --- G[Dienststelle für Umweltschutz]; A --- H[Kantonales Laboratorium];
```

Verwaltungs- und Rechtsdienst

Dienststelle für Verkehrsfragen

Dienststelle für Strassen-
und Flussbau

Dienststelle für Hochbau,
Denkmalpflege und Archäologie

Dienststelle für Wald und
Landschaft

Dienststelle für Umweltschutz

Kantonales Laboratorium

EINLEITUNG

Auf eidgenössischer wie auf kantonaler Ebene war die gesetzgebende Tätigkeit im vergangenen Jahr sehr umfangreich.

Am 27. September wurde das Bundesgesetz über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe vom Volk angenommen. Die Abgabe, welche fortan entsprechend den gefahrenen Kilometern festgesetzt wird, wird zu 2/3 für die Finanzierung der Bahn-Grossprojekte eingesetzt. Ein Drittel geht prioritär an die Kantone zur Abgeltung der ungedeckten Kosten im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr.

Am 29. November hat das Schweizer Volk die Finanzierung der Bahn-Grossprojekte angenommen, wodurch die Vorbereitungsarbeiten am Lötschberg-Basistunnel fortgesetzt werden konnten.

Auf kantonaler Ebene hat der Grosse Rat am 11. Februar die Änderungen des Strassengesetzes gutgeheissen, welches die Beteiligung der Gemeinden an den Baukosten der Kantonsstrassen zu 25 % wieder einführt. Diese Massnahme bezweckt keine gleichwertige Entbindung von den staatlichen Verpflichtungen sondern eine Aufstockung der verfügbaren Finanzmittel.

Am 28. September wurde das Gesetz über den öffentlichen Verkehr angenommen, damit es nach Ablauf der Referendumsfrist 1999 mit seinen Vollziehungsverordnungen in Kraft treten kann.

Am 13. November wurde das Gesetz über den Natur- und Heimatschutz vom Grosse Rat verabschiedet. Dies ist ein wichtiges Gesetz für einen Kanton mit einer grossen Fülle an natürlichen Werten und bemerkenswerten Landschaften und Ortsbildern, die ebenfalls als touristische Trümpfe gelten.

Sodann ist die starke verwaltungsinterne Auswirkung des Inkrafttretens am 1. Juli der kantonalen Gesetzgebung betreffend das öffentliche Beschaffungswesen hervorzuheben. Alle Vergabe- und Zuschlagsverfahren von Aufträgen erfuhren textuelle Änderungen, deren Präzisierung erst nach der entsprechenden Anwendungspraxis vorgenommen werden kann, damit sie allgemein verständlich werden. Diese Gesetzgebung begünstigt die Transparenz des Verfahrens, eröffnet aber auch vermehrt die Möglichkeit zu Beschwerden, die punktuell die Planung von Bauarbeiten mit Sicherheit problematisch werden lassen. Es wird Sache der gerichtlichen Behörden sein, hier zeitgerecht Ordnung zu schaffen.

Was das Kapitel der Nationalstrassen angeht, so orientiert der vorliegende Bericht über den Fortschritt der Verfahren und Bauarbeiten auf den verschiedenen Teilstücken. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass die Verhandlungen zwischen der A9-Delegation des Staatsrates und den Naturschutzorganisationen zu

einem Ergebnis führten. Am 17. Februar konnte über den Bau der Nationalstrasse A9 zwischen Siders Ost und Visp Ost eine Vereinbarung unterzeichnet werden. Diese sieht eine Begleitung der Arbeiten durch eine gemeinsame beratende Kommission und ein Schiedsgerichtsverfahren vor. Mit dieser Vereinbarung soll der sich aus dem derzeit geltenden Recht ergebende Verfahrensformalismus vermieden werden können, wobei man um eine intensive Zusammenarbeit bestrebt ist.

Ein weiteres Grossprojekt ist die dritte Rhonekorrektur. Die Studien des generellen Projektes sind bereits gut vorangeschritten und werden eine breite öffentliche Information ermöglichen. Bei dieser Gelegenheit wird man sehen, dass die jüngste einschlägige Bundesgesetzgebung betreffend die Umwelt und den Wasserbau eine interdisziplinäre Betrachtung verlangt, welche eine gleichzeitige Berücksichtigung der sicherheitstechnischen, umweltrelevanten und sozialwirtschaftlichen Faktoren gewährleistet.

Die durch das Impulsprogramm bewirkten Studien über die schweizerischen Hauptstrassen schritten wie vorgesehen voran. Die Interventionen am kantonalen Strassennetz erfolgten gemäss dem budgetären Programm, während im Strassenunterhaltsbereich unsere bescheidenen Mittel zu ernster Besorgnis Anlaß geben. Ebenso im Bereich der Naturgefahren bleiben diese Mittel ungenügend.

Was das Kapitel Umwelt und Verkehr angeht, so sind die sehr willkommenen zusätzlichen Finanzmittel hervorzuheben, welche gewährt wurden, um die Zahlungsrückstände bei den Subventionen auszugleichen.

Im Bereich des Hochbaus wurden zwei bedeutende Verwirklichungen abgeschlossen: die neue kantonale Strafanstalt und der Werkhof der Autobahn in Siders. Zudem ermöglichen die im Gebäudeunterhalt eingesetzten bescheidenen Mittel nicht, die Erhaltung des Wertes der Bausubstanz zu gewährleisten.

Schlussendlich was den Bereich des Personals angeht, so ist es interessant festzustellen, dass das Departement in seiner derzeitigen Zusammensetzung 1990 einen Personalbestand von 616.5 Vollzeitstellen aufwies, welcher zurzeit auf 527.88 Stellen (-88.62 Einheiten) abgebaut worden ist. Die Verbesserung der Effizienz war eine Herausforderung von A 2000: diese andauernde Herausforderung ist tatsächlich aufgenommen worden.

**Der Vorsteher des Departementes für
Verkehr, Bau und Umwelt**

Jean-Jacques Rey-Bellet

PERSONAL

Dienststellen	Anzahl Staatsstellen
Verwaltung- und Rechtsdienst	15.70
Dienststelle für Verkehrsfragen	6.00
– Luftseilbahn Riddes-Isérables	6.00
Dienststelle für Strassen- und Flussbau	415.65
Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie	22.83
Dienststelle für Wald und Landschaft	19.50
Dienststelle für Umweltschutz	24.10
Kantonales Laboratorium	13.80
Total	523.58

MOTIONEN UND POSTULATE

- 5.005 Postulat von Hrn. Grossrat (Suppl.) Hans Hutter betreffend die Verlängerung der Buslinie Eyholz - Gamsen (14.05.97).

Diesem Postulat wurde durch eine Anpassung der Markierung zwischen Eyholz - Rittikapelle und der Kehrichtverbrennungsanlage Gamsen stattgegeben (14.05.97).

- 5.011 Postulat von Hrn. Grossrat (Suppl.) Pirmin Furrer und Konsorten betreffend die Ost-Ausfahrt der FO Brig - Naters (16.05.97).

Die Planung und Studie dieses Bauvorhabens werden fortgesetzt. Seine Vorwegnahme kann in Voraussicht auf die Olympischen Spiele (OS) 2006 geprüft werden (14.11.97).

- 5.015 Postulat von Hrn. Grossrat Xaver Theler und Konsorten betreffend das Hochwasserschutzkonzept (22.09.97).

Den von diesem Postulat bewirkten Zielsetzungen wurde bereits durch die vom Staatsrat eingeleiteten Aktionen (3. Rhonekorrektur, Consecru und diverse Pilotstudien) Rechnung getragen (25.06.98).

- 5.016 Postulat der CSPO-Fraktion durch Hrn. Grossrat Thomas Gsponer betreffend Hochwasserschutz und Wasserkraftanlagen (22.09.97).

Den von diesem Postulat bewirkten Zielsetzungen wurde bereits durch die vom Staatsrat eingeleiteten Aktionen (vgl. 5.015) Rechnung getragen (25.06.1998).

- 5.019 Postulat von Hrn. Grossrat Thomas Gsponer und Konsorten betreffend Erdbeben: Handlungsbedarf abklären (17.10.97).

Diesem Postulat wurde durch die Aktionen stattgegeben, welche ab 1989 eingeleitet wurden und die zur Verbesserung der Kenntnis und Vorbeugung des Erdbebenrisikos im Wallis weitergeführt werden (25.06.98).

- 5.031 Postulat von Hrn. Grossrat Edgar Salzmann betreffend die Sanierung von Kantonsstrassen.

Diesem Postulat wird durch die eingeleiteten Studien stattgegeben, welche im Rahmen des Programmes STRADA eingeleitet wurden, welches die periodisch aktualisierbaren Daten für die Umsetzung der Vierjahresprogramme liefern wird, wobei die Eingriffe entsprechend den verfügbaren Finanzmitteln und der Dringlichkeit festgelegt werden (09.11.98).

- 5.035 Postulat der SPO-Fraktion durch die HH. Grossräte Beat Jost, Hans-Josef Jossen (Suppl.) und Leander Stoffel (Suppl.) betreffend eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf der rechten Fahrbahn (Radweg) der Strasse Lalden - Brigerbad - Mundbach (11.05.98).

Die Weiterbehandlung dieses Postulates ist im Rahmen eines allgemeinen Verkehrsregelungskonzeptes nach dem Bau der Autobahn zu prüfen (9.11.1998).

- 5.048 Postulat von Hrn. Grossrat Bernhard Brigger und Konsorten betreffend die Erstellung von landwirtschaftlichen Gebäuden ausserhalb der Bauzone.

Die kantonale Baukommission wird der Umsetzung der gesetzlichen Möglichkeiten und allfälligen Lockerungen der Rechtssprechung besondere Beachtung schenken, damit der Walliser landwirtschaftliche Sektor daraus Nutzen zieht.

VERWALTUNGS- UND RECHTSDIENST

RECHTSAMT

Allgemeines

Die Verwaltungstätigkeit der Rechtsabteilung hat sich gegenüber dem vergangenen Jahr nicht wesentlich verändert. Die neue Baugesetzgebung erfordert Zeit zur Anpassung und eine enge Zusammenarbeit mit den Gemeinden, damit eine einheitliche Anwendung gewährleistet werden kann. Zu regeln bleibt insbesondere die Organisation der Baupolizei. Der Staatsrat und die KBK erwarten diesbezüglich einen Expertenbericht.

Gesetzgebung

Die neue Baugesetzgebung verlangt redaktionelle sowie materielle Anpassungen der kommunalen Bestimmungen. Die Abänderungen der Gemeindebaureglemente haben nach Inkrafttreten des Baugesetzes begonnen. Diese Arbeit erfolgt in einem Geist echter Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und dem Rechtsamt. Sie wird in den kommenden Jahren fortgesetzt.

Das Rechtsamt hat bei der Erarbeitung des GöV und der Abänderung des StrG mitgewirkt.

Es präsidiert die Arbeitsgruppe, welche mit der Gesamtrevision des Gesetzes über die Wasserläufe betraut ist.

Kommissionen

Der Chef des Rechtsamtes ist von Rechts wegen Mitglied der **kantonalen Baukommission**. Im verflossenen Jahr wurden insgesamt 23 Sitzungen abgehalten und zahlreiche Augenscheinverhandlungen durchgeführt.

Die **Uferkommission für den Genfersee**, die vom Chef des Rechtsamtes präsidiert wird, hat die Arbeiten im Juridiktionsbereich der Gemeinde St. Gingolph abgeschlossen. Die Arbeiten betreffend die Gemeinde Port-Valais sind zurzeit im Gang.

Die Strassensignalisationskommission, welcher ein Vertreter des Rechtsamtes angehört, hat während 49 Sitzungen insgesamt 1409 Gesuche behandelt.

Die vom Staatsrat anfangs 1995 eingesetzte Kommission für die **Klassierung und Deklassierung von öffentlichen Verkehrswegen** hat die Arbeiten für jene Strassen, deren Deklassierung in den Kompetenzbereich des Staatsrates fallen, abgeschlossen. Im Verlaufe des Verwaltungsjahres 1999 wird der Grosse Rat einen Beschluss betreffend die Klassierung und Deklassierung von öffentlichen Verkehrswegen verabschiedet. Die diesbezüglichen Untersuchungen sind abgeschlossen.

Übrige Verwaltungstätigkeit

Verkauf und Tausch von Liegenschaften im Kantonsgebiet

Im vergangenen Verwaltungsjahr wurden insgesamt 48 Grundstücke verkauft und 40 Sondergebrauchsrechte für die Benützung des öffentlichen Eigentums erteilt. Etliche Gesuche mussten abgewiesen werden.

Instruktionsorgan

Das Rechtsamt ist Instruktionsorgan für Strassen- und Wasserbauprojekte des Kantons und der Gemeinden. Insgesamt wurden 61 (33 im Oberwallis und 28 im Unterwallis) Projekte genehmigt.

Seit anfangs Mai 1997 ist das Rechtsamt ebenfalls Instruktionsorgan im Waldbereich (Rodungs- und Dienstbarkeitsbewilligungen, Strafscheide, Waldfeststellungsentscheide), beim Umweltschutz (Strafscheide, Sanierungs-/ Erleichterungsverfügungen - Luft, Lärm, Deponien, Gewässerschutz, ARA, Schutz der unterirdischen Gewässer) und im Zusammenhang mit den Aufgaben des kantonalen Laboratoriums (Giftstoffe, Nahrungsmittel) und beim Veterinärdienst.

Beschwerden

Einspracheentscheide

Das Rechtsamt hat zu Händen der KBK insgesamt 152 (34 im Oberwallis und 118 im Unterwallis) Einspracheentscheide gefällt.

Beschwerdeantworten

Das Rechtsamt vertritt die KBK und das Baudepartement vor dem Staatsrat, dem Kantons- und Bundesgericht. In diesem Zusammenhang wurden 182 (76 im Oberwallis und 106 im Unterwallis) Beschwerdeantworten eingereicht.

KANTONALE BAUKOMMISSION

Im Verwaltungsjahr 1997 wurden 23 Sitzungen abgehalten.

STATISTIK KBS 1997

Eingereichte Baugesuche	1995	1996	1997	1998
Oberwallis	536	503	469	483
Unterwallis	1063	1051	1039	1150
Total	1599	1554	1508	1633
Ausserhalb der Bauzone gemäss BG				
Oberwallis	286	384	400	377
Unterwallis	358	410	388	421
Total	644	794	788	798
Erstellte Syntheseberichte				
Oberwallis	504	457	417	423
Unterwallis	963	982	936	1132
Total	1467	1439	1353	1555

Bewilligte Baugesuche

Oberwallis	142	147	155	276
Unterwallis	171	201	195	282
Total	313	348	350	558

Abgewiesene Gesuche

Oberwallis	46	40	26	65
Unterwallis	47	111	62	84
Total	93	151	88	149

Verschiedene Gebühren 920'000.— 915'000.— 720'000.— 810'000.—

Insoweit die Gemeinden Hinweisinventare für die Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone erstellt haben, werden totale Zweckänderungen nach dem BEBaB beurteilt.

BAUPOLIZEI

Seit der Schaffung der Sektion Baupolizei am 1. März 1995 wurden zahlreiche Verfahren aufgrund von Anzeigen der Gemeinden eröffnet. Wenn man jedoch in diesem Bereich weiterhin glaubhaft bleiben will, ist es unbedingt angebracht, bei Bauten ausserhalb der Bauzone die Kontrolle durch den Staatsrat zu verstärken. Der Staatsrat hat diesbezüglich Herr Prof. J.-P. Zufferey mit der Ausarbeitung eines Expertenberichtes beauftragt.

Im Verlaufe des Verwaltungsjahres 1998 haben wir 88 Strafanzeigen eröffnet, 20 Arbeitseinstellungsverfügungen, 22 Abbruchverfügungen, welche aufgehoben werden, falls ein Gesuch eingereicht wird, 14 Baubewilligungsverweigerungen, 34 Bussen ausgesprochen, 2 Beschwerden an den Instruktionsrichter und 6 Verfügungen auf Einsprachen hin erlassen.

DIENSTSTELLE FÜR VERKEHRSFRAGEN

PLANUNG / TECHNISCHE KOORDINATION UND INFORMATION

AlpTransit / NEAT

Modernisierung der Bahn: Finanzierung

Das Jahr 1998 war durch die Genehmigung in zwei Volksabstimmungen des Finanzierungsmodus der grossen Eisenbahnprojekte geprägt:

— LSVA

Zuerst wurde am 27. September 1998 das Bundesgesetz über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA), welches am 19. Dezember 1997 von den Bundeskammern gutgeheissen worden ist und Gegenstand eines Referendums war, durch das Schweizer Volk und die Walliser Bevölkerung angenommen.

Gemäss diesem Gesetz wird der Schwerverkehr (über 3.5 T) Gegenstand einer Abgabe sein, welche nicht pauschal erhoben wird, sondern die im Verhältnis zu den gefahrenen Kilometern, differenziert nach dem höchstzulässigen Gesamtgewicht der Fahrzeuge, sowie deren Verschmutzungsgrad bemessen wird.

Die Schwerverkehrsabgabe wird bei Lastwagen mit höchstzulässigem Gesamtgewicht zwischen 3.5 und 28 Tonnen, 0.6 bis 2.5 Rp pro T/km ausmachen. Ab dem Jahre 2001 wird das höchstzulässige Gesamtgewicht von Lastwagen allmählich auf 34, dann auf 40 Tonnen erhöht. Ab 2005 wird die Schwerverkehrsabgabe bei einem Lastwagen von 40 Tonnen höchstens 3 Rappen pro gefahrenen Kilometer und Tonne erreichen können.

2/3 dieser Schwerverkehrsabgabe sind für die Finanzierung der Bahn- Grossprojekte bestimmt. Der verbleibende Drittel ist als gebundene Ausgabe vorab für den Ausgleich der Kosten im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr vorgesehen.

– Finanzierung der Bahn - Grossprojekte

In einer 2. Etappe wurde die Finanzierung der Bahn - Grossprojekte der Volksabstimmung unterbreitet (29. November 1998). Mit Ausnahme eines Kantons und 2 Halbkantonen wurde diese Finanzierung zu 60 % von Volk und Ständen gutgeheissen. Die Walliser Bevölkerung hat die Finanzierung der Bahn - Grossprojekte mit 74 % Ja-Stimmen angenommen.

Die Gesamtkosten der Bahn - Grossprojekte betragen 30.5 Mrd Franken, die sich auf 20 Jahre verteilen. Diese Kosten umfassen folgende 4 Bahn - Grossprojekte:

- | | |
|---|------------------|
| – die Bahn 2000 (1. und 2. Etappe) | 13.4 Mrd Franken |
| – die redimensionierte NEAT | 13.6 Mrd Franken |
| – den Anschluss der Ost- und West- Schweiz an das europäische Hochleistungsnetz | 1.2 Mrd Franken |
| – die Lärmsanierung des bestehenden Eisenbahnnetzes | 2.3 Mrd Franken |

Diese Investitionen werden über eine Fonds-Finanzierung verwirklicht, welche aus folgenden Finanzquellen besteht:

- aus den Einnahmen der derzeitigen pauschalen Schwerverkehrsabgabe bis 2001 und ab diesem Zeitpunkt aus den Einnahmen der LSVA.
- aus den Erträgen der Mineralölsteuer für 25 % der Kosten der NEAT (3 Mrd Franken).
- aus einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0.1 %.
- aus Darlehen, die der Bund auf dem Kapitalmarkt aufnimmt (max. 25 %).

Genehmigung der Projekte und Vorbereitungsarbeiten des Lötschberg-Basistunnels

Nach den Abstimmungen, welche die Finanzierung der Bahn - Grossprojekte zusicherten, konnten die 1997 genehmigten Bauarbeiten am Fensterstollen Ferden in Goppenstein weitergeführt werden. Die Hauptlose des Tunnels konnten im Dezember 1998 ausgeschrieben werden. Die Arbeiten werden im Herbst 1999 aufgenommen falls die Projekte in der Zwischenzeit genehmigt werden.

Was das Wallis angeht, so handelt es sich um den Süd-Basistunnel, der vom Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (DUVEK) unverzüglich genehmigt werden sollte.

Die Genehmigung des Vorprojekts 1996 Raron durch den Bundesrat wird ebenfalls erwartet. Das Ausführungsprojekt soll im Frühjahr 1999 ausgeschrieben werden.

Wenn wir zusammenfassen und unter Vorbehalt der definitiven Genehmigung der Projekte, kann die Verwirklichung des Lötschberg-Basistunnels voraussichtlich bis 2006/2007 abgeschlossen sein.

Doppelspur Salgesch - Leuk der Simplonlinie

Nach der Freigabe des Projekts A9 zwischen Siders-Ost und Visp-Ost konnte die Finanzierung des Doppelspur-Projektes Salgesch-Leuk bestätigt werden (gemischte Finanzierung A9 / SBB). Somit

konnte das am 28. Februar 1997 vom DUVEK genehmigte Projekt offiziell am 23. November 1998 in Angriff genommen werden.

Kantonales Gesetz über den öffentlichen Verkehr (GöV)

Das kantonale Gesetz über den öffentlichen Verkehr (GöV) wurde am 28. September 1998 ohne Gegenstimme in zweiter Lesung verabschiedet. Sein Inkrafttreten kann 1999 nach Abschluss der Referendumsfrist und gemeinsam mit der Genehmigung der entsprechenden Vollziehungsverordnungen erfolgen.

Kantonales Konzept des öffentlichen Verkehrs (öV-VS)

Die Studien betreffend das kantonale Konzept des öffentlichen Verkehrs wurden 1998 weitergeführt. Die durch die Bahnreform, die Strassenverkehrsbesteuerung und durch die neue Bahninvestitionspolitik aufgestellten neuen Rahmenbedingungen führten zu strategischen Überlegungen über die Zukunft des Reise- und Güterverkehrs auf den internationalen Bahnlinien am Lötschberg und Simplon sowie auf dem Regionalnetz.

Verwaltungstechnische Bewirtschaftung des öffentlichen Verkehrs

Eisenbahnprojekte

Nach der öffentlichen Ausschreibung, der Vernehmlassung, der Befragung und der Vormeinung des Kantons sind fünf Eisenbahnausbauprojekte im Wallis vom Bundesamt für Verkehr und von den SBB genehmigt worden. Es handelt sich um folgende Projekte:

- SBB Bahnhofbuffet Sitten
- BLS Bahnhof Goppenstein, Neubau des bestehenden Dienstgebäudes, Gemeinde Ferden
- FO Unterführung in Mörel
- BVZ Aufhebung Niveauübergang Sevenett, Gemeinde Visperterminen
- MC Niveauübergang «Fumeaux», Gemeinde Martinach

Automobilkonzessionen

Auf den 1. Januar 1996 ist das revidierte EBG und dessen verschiedene Vollziehungsverordnungen, insbesondere die Automobilkonzessionsverordnung (AKV) vom 18. Dezember 1995 in Kraft getreten. Letztere wurde bereits durch die im Rahmen der Bahnreform ausgearbeitete um am 1. Januar 1999 in Kraft tretende Verordnung über die Personenbeförderungs-Konzession (VPK) ersetzt. Durch diese wird dem Kanton die Befugnis übertragen, Bewilligungen zu erteilen, welche Transportunternehmungen oder Privatpersonen ermächtigen, nicht eidgenössisch konzessionierte Fahrten (ehemals Konzessionen II) durchzuführen.

Bilanz für das Jahr 1998:

- 6 Konzessionserneuerungen
- 8 kantonale Bewilligungen

Seilbahnen

1 Touristische Anlagen

Die nachstehenden Tabellen zeigen:

- A den Stand der erteilten Konzessionen und Bewilligungen 1998 oder der laufenden Genehmigungen Ende 1998,
- B die Liste der 1998 in Betrieb gesetzten Anlagen,
- C das umfassende Verzeichnis der Seilbahnen im Wallis.

A Stand der erteilten Konzessionen und Bewilligungen 1998 oder der laufenden Genehmigungen Ende 1998

P = Pendelbahnen
UK = Gondelbahnen
US = Sesselbahnen

Eidg. Konzessionen	Erteilte Konzessionen und Bewilligungen				Laufende Konzessions- und Bewilligungsgesuche			
	P	UK	US	Total	P	UK	US	Total
- Konzessions-erneuerung	-	-	3	3	-	-	-	-
- Abänderung oder Ersatz einer bestehenden Anlage	-	2	1	3	-	2	-	2
- Neue Anlage	-	-	1	1	-	2	1	3
Total eidg. Konzessionen	-	2	5	7	-	4	1	5

Kant. Bewilligungen (Skilifte)

- Ersatz / Umbau	5	2
- Neuer Skilift	6	-
Total Skilifte	11	2
Gesamttotal	18	7

B 1998 in Betrieb gesetzte Anlagen

Eidgenössische Konzessionen

1998 wurden eine Pendelbahn, zwei Gondelbahnen und zwei Sesselbahnen in Betrieb gesetzt. Mit einer Ausnahme handelt es sich um Ersatzanlagen.

- Pendelbahnen

Gant - Hohtälli (125 Plätze), in Zermatt: neu

- Gondelbahnen

Törtin - Col de Chassoure (8 Plätze), in Nendaz (Verbindung nach Verbier): Ersatz einer Gondelbahn (4 Plätze)

Crans - Cry d'Er (8 Plätze), in Crans-sur-Sierre: Ersatz einer Gondelbahn (4 Plätze)

- Sesselbahnen

Bettmeralp - Schönbiel (6 Plätze, kuppelbar), in Bettmeralp: Ersatz einer 2er-Sesselbahn und einer 3er-Sesselbahn

Chabloutays - Etablons de Ridde (2 Plätze), in Les Mayens de Ridde: Ersatz eines Skiliftes

Kantonale Bewilligungen (Skilifte)

1998 sind 9 Skilifte in Betrieb gesetzt worden. Mit zwei Ausnahmen handelt es sich um den Ersatz oder Umbau von alten Anlagen.

- Münster - Lauinen, in Münster:	Ersatz mit Versetzung
- Richinen - Fleschen, in Bellwald:	Umbau
- Giw - Rothorn, in Visperterminen:	Umbau
- Panoramique, in Montana:	neu
- Baby Zorniva, in Nax:	Ersatz
- Dzora, in Lourtier:	Ersatz
- Chaux de Bavon, in Liddes/Vichères:	Ersatz mit Versetzung
- La Vardette, in Liddes/Vichères:	neu
- La Lorette, in Bourg-St-Pierre:	Ersatz

C Verzeichnis der in Betrieb stehenden Seilbahnen

Anlage mit eidg. Konzession	1997	1998
- Standseilbahnen	6	6
- Pendelbahnen	41	42
- Gondelbahnen	45	45
- Sesselbahnen mit festen Klemmen	78	77
- Sesselbahnen mit kuppelbaren Klemmen	21	22
Total mit eidg. Konzession	191	192

Anlagen ohne eidg. Konzession	1997	1998
- Pendelbahnen	24	24
- Schrägaufzüge	16	16
- Skilifte	303	306
- Kleinskilifte	136	139
Total ohne eidg. Konzession	479	485
Gesamttotal	670	677

2 Materialtransportanlagen

1998 Erteilte Bewilligungen

Ständige Anlagen	-
Temporäre Anlagen	11
Gesamttotal	11

Luftfahrthindernisse

1998 wurden 15 neue Luftfahrthindernisse aufgenommen:

- Seile	12
- verschiedenes (Hochkamine, Krane usw.)	3

8 bestehende Luftfahrthindernisse wurden beseitigt, wovon 4 Seile.

VERWALTUNG

Vom Kanton verwaltete Luftseilbahnen

Abgeltung

Die ungedeckten Kosten von Leistungen im Regionalverkehr, die von den kantonsverwalteten Luftseilbahnen erbracht werden, betragen Fr. 2'079'876.— und werden vom Bund, Kanton und den Gemeinden jeweils zu 91 %, 5.4 % und 3.6 % für die Fahrplanperiode 1997/1998 und zu 92 %, 4.8 % und 3.2 % für die Fahrplanperiode 1998/1999 abgegolten.

Verkehrstatistik

Anzahl beförderte Personen	1996	1997	1998
Dorénaz - Alesse - Champex	26'171	25'056	23'164
Gampel - Jeizinen	56'447	58'467	55'374
Turtmann - Oberems	46'981	47'314	47'890
Raron - Eischoll	57'307	54'926	55'565
Fürgangen - Bellwald	52'304	50'374	51'704
Stalden - Staldenried - Gspon	158'375	152'160	141'912

Warentransport in Tonnen	1996	1997	1998
Dorénaz - Alesse - Champex	7	7	6
Gampel - Jeizinen	83	81	92
Turtmann - Oberems	20	19	24
Raron - Eischoll	200	170	151
Fürgangen - Bellwald	56	45	51
Stalden - Staldenried - Gspon	500	363	380

Regionalverkehr

Finanzierung

Gemäss dem am 24.03.1995 revidierten Eisenbahngesetz vom 20.12.1957 (EBG) erfolgt die Defizitdeckung aufgrund eines Angebots, das von den Transportunternehmungen mittels einer Planrechnung unterbreitet wird. Letztere entspricht nicht einem Kalenderjahr sondern der Fahrplanperiode, welche sich vom Monat Juni eines Jahres bis zum Monat Mai des folgenden Jahres erstreckt.

Abgeltung

Die als solche im Laufe des Rechnungsjahres 1998 überwiesenen Abgeltungen umfassen mithin die Fahrplanperiode 1997/1998 zu 5/12 und die Fahrplanperiode 1998/1999 zu 7/12.

Pro Transportart verteilen sich die diesbezüglichen Beträge zu Lasten des Kantons und der Gemeinden wie folgt:

- Eisenbahn Fr. 5'408'264.—
- Autobuslinien Fr. 3'134'464.—
- verwaltete Luftseilbahnen und andere vom BAV für die Subventionierung anerkannte Luftseilbahnen Fr. 733'226.—

Agglomerationsverkehr

Die Beiträge, welche an Transportunternehmungen überweisen werden, die im Ortsverkehr (Agglomerationsverkehr) Leistungen erbringen, betragen Fr. 1'343'467.—, inkl. die Anteile, die der Kanton bei den Gemeinden der betroffenen Regionen zurückfordert.

Investitionshilfen

Dank den Finanzmitteln, welche im Rahmen des Wirtschaftsankurbelungsprogrammes und des Programmes betreffend die Bezahlung der ausstehenden Subventionsbeiträge (Fr. 4'500'000.—) zugesprochen wurden sowie dank der Gewährung eines Zusatzkredites von Fr. 1'350'000.—, belaufen sich die vom Kanton ausbezahlten Investitionsbeiträge auf Fr. 10'785'805.—.

Mit diesen verschiedenen Massnahmen kann die Höhe des Betrags der finanziellen Verpflichtungen des Kantons in diesem Bereich wesentlich vermindert und der Verzug bei der Finanzierung der kantonalen Beteiligungen an den Investitionen, welche in den eidgenössischen Rahmenkrediten vorgesehen sind, bedeutend resorbiert werden.

Die im 8. Eidgenössischen Investitions-Rahmenkredit 1993/1997 anerkannten Investitionen betreffend die Bahnunternehmungen des Kantons Wallis können verwirklicht werden. Das Projekt der FO-Ausfahrt Ost in Brig/Naters, wurde noch nicht genehmigt. Dasselbe gilt für den Anschluss und die Umgestaltung des Bahnhofplatzes Brig, dessen Betrag nicht im eidgenössischen Rahmenkredit steht.

Luft- und Schifffahrt

Gestützt auf die Bestimmungen des Gesetzes vom 03.02.1975 über die Förderung von Unternehmen des öffentlichen Verkehrs beteiligte sich der Kanton mit Fr. 434'973.— am Betriebsaufwand des Flugplatzes Sitten.

Das Wallis hat sich zudem mit Fr. 182'136.— an der Aufrechterhaltung des Betriebs der Schifffahrtsgesellschaft auf dem Genfersee (CGN) beteiligt.

Luftseilbahn Riddes - Isérables

Verkehrsstatistik	1996	1997	1998
Anzahl beförderte Personen	69'906	70'568	67'832
beförderte Güter (in Tonnen)	646	543	508

Nach dem Beispiel der vom Kanton verwalteten Luftseilbahnen ist die Luftseilbahn Riddes - Isérables Nutzniesser der neuen Bestimmungen des EBG und erhielt für ihre ungedeckten Kosten im Regionalverkehr vom Bund, vom Kanton und von den Gemeinden 1998 eine Abgeltung von Fr. 475'708.—

DIENSTSTELLE FÜR STRASSEN- UND FLUSSBAU

ÖFFENTLICHES BESCHAFFUNGSWESEN

Mit dem Inkrafttreten am 01.07.1998 des kantonalen Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen und der diesbezüglichen Verordnungen ist die gesamte schweizerische, interkantonale und kantonale Gesetzgebung eingeführt. Nun gilt es, diese anzuwenden.

Als Bestätigung der Feststellungen, die bei den bereits früher im Wallis angewandten Gesetzen und Verordnungen gemacht wurden, sind in der Auslegung der verschiedenen Texte zahlreiche Schwierigkeiten aufgetreten. Gewiss, eine Kinderkrankheit, die jedoch bei der Weiterbearbeitung gewisser Baudossiers manchmal zu wesentlichen Verzögerungen führte.

Die grössten Ungewissheiten betreffen den Bereich der Dienstleistungen. Bei der Erteilung der Ingenieuraufträge, hat die Bewerbung, die für die verlangten Leistungen zu bezahlende Honorarberechnung völlig verändert. Diese neue Philosophie muss vom Anbieter wie vom Bauherrn, welcher beauftragt ist, die Richtigkeit des eingereichten Angebotes zu überprüfen, assimiliert werden. Bis anhin konnten noch keine klaren Grundlagen geschaffen werden, selbst wenn die Richtlinie SN 641 605 der VSS die Diskussion etwas geklärt hat.

Mit dem jedem Anbieter eingeräumten Beschwerderecht ist ein weiteres das übliche Verfahren hemmendes Element eingetreten, insbesondere die Möglichkeit, die aufschiebende Wirkung zu verlangen. Mehrere Unternehmer und Ingenieure haben bereits von diesem Recht Gebrauch gemacht, jedoch bis heute ohne Erfolg. Es ist aber offensichtlich, dass jede Beschwerde Verzögerungen bewirkt, welche die Einhaltung der Planung noch mehr zufallsabhängiger gestaltet.

Selbst wenn das öffentliche Beschaffungswesen eine positive Wirkung auf die Öffnung auf den freien Wettbewerb hin ausübt, hat die Vielfältigkeit der eingeführten Gesetzgebung negative Auswirkungen, die es ziemlich schnell durch eine Vereinachung dieser neuen Gesetze und Verordnungen zu verbessern gilt.

KANTONSSTRASSEN UND FLUSSBAU

Die **Teilrevision des Strassengesetzes** wurde durch den Grossen Rat in zweiter Lesung gutgeheissen und tritt am 1.01.1999 in Kraft. Die Gemeinden beteiligen sich erneut an die Strassenbaukosten; dies zu einem inskünftig auf 25% festgelegten Ansatz.

Die **Klassierung und Deklassierung der Strassen** wurde infolge des Uebertrags eines Teils des Budgets 1998 auf das Jahr 1999 teilweise verschoben. Die mit der Behandlung der Klassierungs- und Deklassierungsanträge beauftragte Kommission hat sich mit der Problematik der kantonalen Wege befasst, die mit den Wanderwegen doppelspurig verläuft. Die betroffenen Gemeinden wurden konsultiert und die vorgeschlagenen Entscheide werden voraussichtlich im Jahre 2000 im Grossen Rat behandelt.

Die durch das Impulsprogramm erzeugten **Studien für die schweizerischen Hauptstrassen** schritten wie vorgesehen voran. In den Vispertälern (A212 / A213) wurde der Tunnel Stägjitschuggen auf Ende Jahr öffentlich ausgeschrieben. Für die Umfahrung von Saas Grund konnte eine Lösung gefunden werden. Für die Umfahrung von Stalden jedoch sind zurzeit noch verschiedene Vergleichsstudien im Gange. Im Goms (A19) konnte die Wahl für die Umfahrung von Münster bis Ulrichen noch nicht erfolgen, da sich eine Erweiterung der Studien in Richtung von Obergesteln aufdrängt. Beim Grossen St. Bernard (A21) sollten die Projekte für die Umfahrung von Liddes und für das Teilstück Fontaine-Dessous, oberhalb von Orsières, im Jahre 1999 öffentlich ausgeschrieben werden können, da das Strassenprofil infolge der Alpeninitiative neuüberprüft wurde. Schlussendlich, im Chablais (A144) wurde im Einvernehmen mit dem ASTRA, dem Kanton Waadt und dem Kanton Wallis ein Mehrkriterienvergleich beschlossen, um in Bezug auf ein realisierbares Projekt gemäss den internationalen Kriterien Schweiz - Frankreich einen Konsens zu finden. Was die Umfahrung von Steg (A509) angeht, so kann das am Ende der öffentlichen Vernehmlassung vervollständigte Dossier praktisch dem Staatsrat zur Genehmigung unterbreitet werden (Stellungnahme des BUWAL Ende Januar 1999). Das im Verlaufe des Jahres durch den Bund entwickelte **Stabilisierungs-Programm** bewirkt für die zukünftige Realisierung der Schweizer Hauptstrassen einige Besorgnis, da der Subventionssatz je nach Fall wahrscheinlich von 10% bis 18% gekürzt wird. Die Erhöhung von 92% auf 96% des Subventionssatzes der Nationalstrassen bietet eine Möglichkeit, mittels einem Übertrag der so freigestellten kantonalen Beträge, diese neue Situation anzugehen.

Die Studien der Strasse **Bratsch - Niedergampel** wurden ein letztes Mal wiederaufgenommen, wobei der Untersuchungsperimeter erweitert wurde. Nach einer eingehenden Ueberprüfung, welche die Gemeinden, die betroffenen Kantons- und Bundesinstanzen sowie die Naturschutzkreise einbezieht muss ein Konsens gefunden werden muss.

Das **generelle Projekt der dritten Rhonekorrektur** entwickelt sich progressiv. Die Entwicklung des durch das BWV unterstützte Dossiers zeigte, dass es nebst der Sicherheit zwingend ist, auch der Umwelt Rechnung zu tragen. Dies in Uebereinstimmung mit dem neuen Bundesgesetz über den Wasserbau sowie mit den sozialwirtschaftlichen Elementen (Erholungszone, Landwirtschaft usw...). Das Projekt entwickelte sich in diesem Sinne und die pluridisziplinäre Projekt Equipe wird im ersten Semester 1999 das allgemeine Dossier hinterlegen. Eine Information auf allen Stufen ist unerlässlich. Diese wird im Jahre 1999 erfolgen.

Pro Region sind folgende markante Punkte hervorzuheben:

Oberwallis

Auf der A19 stehen die letzten Korrekturen der **Furkastrasse oberhalb von Gletsch** in voller Ausführung. Der Fortschritt der Arbeiten an der Umfahrung von **Fiesch** ermöglicht eine Verkehrseröffnung gegen Mitte 1999.

Auf der **Strasse von Ernen** steht die Brücke von Z'Brigg im Wiederaufbau. Dank der Armee wurde eine provisorische Brücke gebaut, um den Verkehr vom November 1998 bis Mai 1999 aufrechtzuerhalten.

In den Vispertälern (A212 / 213) wurden Sanierungen **innerorts von Saas Grund und Saas Balen** (mit einer neuen Brücke) vorgenommen. Das gleiche gilt für die **Killerhofbrücke** und den **Viadukt von Randa**. Dazu kommt die Korrektur der Strasse in der Region vom **Chessigraben**, um eine bessere Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

Beim Flussbau ist ein einziges Ereignis zu erwähnen, nämlich die durch den **Rufibach in der Nähe von Steinhaus** im Goms verursachten Murgänge. Der in der Rhone verursachte Damm wurde rasch behoben.

Mittelwallis

Der **Tunnel von Grimisuat**, welcher mangels der verfügbaren Gelder im Voranschlag zurückgestellt werden musste, konnte endlich freigegeben werden. Er kann im Verlaufe des Jahres 1999 für den Verkehr eröffnet werden.

Die **Nord-Umfahrung von Sitten** durch die A206a stellt die grösste Baustelle in der Region dar. Sie geht plangemäss voran und wird gegen Ende 1999 ab der Transversale von Hérens-Platta bis zur Brauerei, d.h. das Tunnelstück, für den Verkehr freigegeben. Der Sektor hangwärts von der Brauerei bis La Muraz in Richtung von Savièse wird im Jahre 1999 verwirklicht.

Die **Umstrukturierung der T9** wurde auf der Durchfahrt von **Sitten** weiterverfolgt.

Ende Jahr begannen die Wiederinstandstellungsarbeiten der Rhonebrücke in Chippis. Der Ausbau der Brücke trägt den Zwängen der dritten Rhonekorrektur ebenfalls Rechnung.

Unterwallis

Die **Umstrukturierung der T9** auf dem Teilstück Vernayaz - Martinach bis zum Kreisel von Léman sowie auf dem Teilstück Saxon - Riddes wurde fortgesetzt. Die Durchfahrt vom Bois-Noir in St. Maurice ist im Gange und wird im Frühjahr 1999 vollendet.

Der **Bau der Umfahrung von Monthey-Collombey durch die A 21 MO** ist in vollem Gange. Zwei Kreisel sind realisiert. Die Umfahrung der AOMC-Bahn, in Boeuferrant, ist verwirklicht. Die Industrie- und Landwirtschaftsstrassen der Gemeinde von Collombey-Muraz sind in deren neuen Fahrtrichtung wiederhergestellt. Die Mehrheit der Vorbereitungsarbeiten (Installationsplätze, Versetzungen von Leitungen...) sind in der Vollendungsphase. Die Studien für die hauptsächlichlichen Kunstbauwerke sind im Gange (Brücke AOMC, Einschnitt, Wanne, Tunnel). Zahlreiche Arbeiten werden anfangs 1999 vorgenommen.

Auf der Strasse am Grossen St. Bernard (A21) ist die Wiederinstandstellung des **Tunnels von Les Toules** im Gange. Zwischen Sembrancher und La Douay wurde die Sicherheit durch die Korrektur der Linienführung im Orte genannt **Combayon** verbessert.

Auf der Strasse **Leytron - Ovronnaz** wird der Strassenabschnitt im Rutschgebiet unterhalb von Montagnon ständig saniert, bis neue

Lösungen gefunden werden, deren Studien gemeinsam mit der DWL, dem Kantonsgeologen und den betroffenen Bundesinstanzen (BUWAL und BWW) aufgenommen wurden.

1998 AUSGEFÜHRTE ARBEITEN

Strassen

1. St-Gingolph - St-Maurice
Durchfahrt von Massongex: verkehrsberuhigende Bauwerke bei den Ortseinfahrten
Durchfahrt von St. Maurice: Ausbesserung der Kreuzung bei der Nordeinfahrt
2. Umfahrung von Monthey und Collombey
Rhônebrücke - Boeuferrant: provisorische Umfahrung der AOMC-Bahnlinie
Boeuferrant - Les Aunaires: Kreisel von Prê-Loup und Les Aunaires
Boeuferrant - Les Aunaires: landwirtschaftliche Anschlussstrassen
3. Fayot - Crettex - Les Maisonnettes
Örtliche Verbesserungen der Strasse von «Les Bains de Val d'Illicz»
4. T9 St-Maurice - Brig
Vernayaz - Martinach: Umstrukturierung und Sicherung des Niveauüberganges «Les Fumeaux»
Martinach: Kreisel von Léman
5. T9 St-Maurice - Brig
Saxon - Riddes: Umstrukturierung, letzte Etappe
6. Martinach - Grosser St. Bernard
Sembrancher - La Douay: Verbreiterung vom Combayon
7. Martinach - Grosser St. Bernard
Tunnel von Les Toules: Fahrbahnerneuerung
8. Saxon - Sapinhaut - Col du Lin
Arbarey - La Luy: Vollendung des neuen Teilstückes
9. Leytron - Ovronnaz
Produit - Montagnon: Flicke, Unterhalt und Belag
10. Riddes - Mayen-de-Riddes
Umfahrung von Riddes: Bau des neuen Teilstückes
11. St. Maurice - Brig
Wiederinstandstellung zwischen St. Pierre-de-Clages und Ardon
12. Bramois - St. Martin und Anschluss von Nax
Kanalisationsarbeiten
13. Vex - Hérémente - Motôt
Vex innerorts
14. Siders - Vissoie - Zinal
Kehre von Niouc
Sanierung und Verbreiterung von Les Pontis - Croisettes
15. T9 St. Maurice - Brig
Kreisel Bahnhof Susten

● AUSGEFÜHRTE ARBEITEN

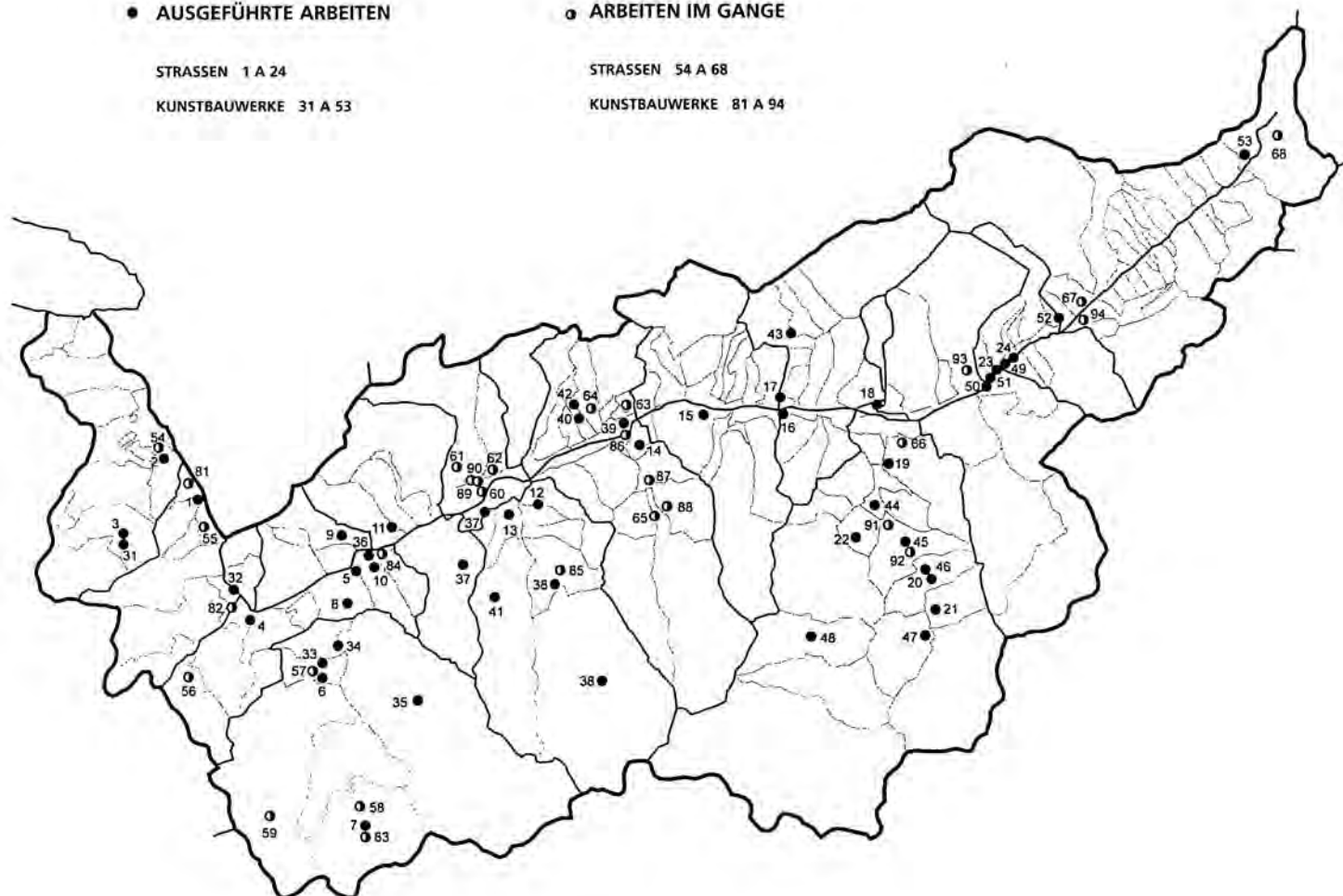
STRASSEN 1 A 24

KUNSTBAUWERKE 31 A 53

○ ARBEITEN IM GANGE

STRASSEN 54 A 68

KUNSTBAUWERKE 81 A 94



16. T9 St. Maurice - Brig
Kreisel Gampel - Steg
 17. Gampel - Goppenstein
Fussgängerinsel in Steg
 18. Baltschieder - Ausserberg
Fussgängerinsel in Baltschieder
 19. Visp - Saas Grund - Saas Fee
Gehweg Neubrück
 20. Visp - Saas Grund - Saas Fee
Saas Balen innerorts
 21. Visp - Saas Grund - Saas Fee
Saas-Grund innerorts
 22. Niedergrächen - Gasenried
Strassensanierung
 23. Brig - Furkapass
Fussgängerinsel in Bitsch
 24. Brig - Furkapass
FO-Übergang Mörel/Gehweg
- N. B. Die Umfahrung von Brig-Naters durch die A19 figuriert in den durch die Nationalstrassen unternommenen Arbeiten.

Kunstbauwerke

31. Fayot - Crettex - Les Maisonnettes
Verstärkung der Brücke von Fayot
32. Dorénaz - Vernayaz
Dorénaz: fachlicher Unterhalt der Rhonebrücke
33. Martinach - Grosser St. Bernard
Sembrancher - La Douay: Stützbauwerk von Combayon
34. Sembrancher - Villette - Verbier
Sembrancher - Villette: Verstärkung der Brücke von Merdenson, alte Strasse
35. Le Châble - Mauvoisin
Fregnoy: Neubau der Brückenplatte der Brücke von Fregnoy
Lourtier: fachlicher Unterhalt der Brücke von Glarier
36. T9 St. Maurice - Brig
Viadukt von Riddes: fachlicher Unterhalt, letzte Etappe
37. Sitten - Nendaz
Brücke von Gottetaz in Brignon
Brücke über die Druckleitung von Chandolin
38. Sitten - Les Haudères: Sanierung
Brücke von La Lurette
Brücke von Mourty, Praz-Jean
Brücke über den «Grand Torrent», Evolène
Bogenbrücke über Martêmo, Evolène
39. T9 St. Maurice - Brig
Verankerte Mauer von Les Bernunes, Siders
40. Siders - Montana - Crans
Brücklein über die Standseilbahn SMC
41. Vex - Hérémente - Motôt
Brücklein des Wildbaches von Prolin
42. Montana - Vermala
Brücke, Halbbrücke und Auskragungsbauwerk von Vermala
43. Goppenstein - Blatten
Viadukt von Ritti
44. Visp - Saas Grund - Saas Fee
Sanierung der Killerhof-Brücke
45. Visp - Saas Grund - Saas Fee
Schutzmauer in Eisten
46. Visp - Saas Grund - Saas Fee
Brücke in Saas-Balen
47. Visp - Saas Grund - Saas Fee
Halbbrücke von Brandfelsen Saas Fee
48. Illas - Täsch
Sanierung des Viaduktes von Randa
49. Bitsch - Ried-Mörel
Stützmauer
50. Brig - Furkapass
Brücke über die Massa Bitsch
51. Brig - Furkapass
Schwärzenbrücke Bitsch
52. Lax - Martisberg
Schutzmauer
53. Brig - Furkapass
Bahnhofvorfahrt FO Oberwald

LAUFENDE STRASSENBAUARBEITEN

Strassen

54. Umfahrung von Monthey und Collombey
Les Aunaires - Collombey: Allgemeine Baustelleninstallationsplätze
55. T9 St. Maurice - Brig
St. Maurice - Bois Noir: Umstrukturierung
56. Martinach - La Forclaz
Trient: Ausbau der Kreuzung am Eingang
57. Martinach - Grosser St. Bernard
Sembrancher - La Douay: Verbreiterung in Combayon, 2. Teil
58. Martinach - Grosser St. Bernard
Bourg-St. Pierre: Ausbau der Kreuzung bei der Nordeinfahrt
59. Orsières - Ferret
Durchfahrt von Prayon: Verbreiterung
60. T9 St. Maurice - Brig
Wiederinstandstellung und Umstrukturierung innerorts und bei der Ausfahrt Ost von Sitten
61. Sitten - St. Germain - Sanetsch
Gehsteig in La Crettaz
62. St. Germain - Drône - Grimisuat
Umfahrung Nord von Grimisuat
63. Veyras - Miège
Gehsteige und Belagsarbeiten
64. Siders - Montana - Crans
Gehsteig und Belagsarbeiten in La Combaz / Randogne

- 65. Vissoie - Grimentz
Sanierung einer Kehre in Vissoie
- 66. Visp - Visperterminen
Unterstalden
- 67. Brig - Furkapass
Umfahrung Fiesch
- 68. Brig - Furkapass
Ausbau der Furkastrasse

Kunstbauwerke

- 81. Massongex - Bex
Massongex: fachlicher Unterhalt der Brücke über den Kanal von Les Iles
- 82. T9 St. Maurice - Brig
Vernayaz: Neubau der Brückenplatte der Brücke über den Trient
- 83. Martinach - Grosser St. Bernard
Tunnel von Les Toules: Sanierung
- 84. Riddes - Aproz
Brücklein über die Fare
- 85. Praz-Jean - St. Martin
Brücke über die Mounire in Liez
- 86. Sitten - Bramois - Chippis - Siders
Rhônebrücke in Chippis
- 87. Siders - Vissoie - Zinal
Sanierung der Bogenbrücke von Les Petits-Pontis
- 88. Vissoie - St. Luc - Chandolin
Sanierung einer Stützmauer und einer Halbbrücke in St. Luc
- 89. Sitten - La Muraz A206a: Tunnel von Platta
 - a) Los 3100: Tunnel von Platta, Tiefbau
 - b) Los 3107: Kreisel und Gewölbe von La Sitterie
 - c) Lose 3102 bis 3104: Signalisation verschiedener Kreuzungen
 - d) Los 3105 bis 3112: Bepflanzungen
 - e) Lot 3113: Entfernen der Rebstöcke
- 90. Sitten - La Muraz, A 206a: Tunnel von Platta
Elektromechanik
Los 3132: Hydrantennetz
Los 3140: Kabelkanäle
Los 3141: Starkstrominstallationen
Los 3158: Pumpstationen
- 91. Visp - Saas Grund - Saas Fee
Brücke von Chessigraben, Los 1
- 92. Visp - Saas Grund - Saas Fee
Schutzbrücke in Huteggen
- 93. Naters - Blatten
Geimenbrücke Bruchji
- 94. Lax - Ernen
Brücke von Z'Brigg

STRASSENARBEITEN IN DER STUDIENPHASE

Strassen

- 100. St-Gingolph - Novel
Dossier für die öffentliche Auflage Umfahrung von St. Gingolph
- 101. St. Gingolph - Le Bouveret - Rennaz A21 - A144
Allgemeines Projekt 1: 1000 Le Bouveret - Les Evouettes - Rhônebrücke
- 102. Monthey - Morgins
Umfahrung von Monthey und Collombey: Strassenstudien, Ausführungsprojekt
- 103. Vouvy - Illarsaz - Monthey - Collombey-le-Grand - Corbier
Vernehmlassungsdossier
- 104. Troistorrens - Champéry
Durchfahrt von Val d'Illeiz, Machbarkeitsstudie
- 105. Evionnaz - Collonges - Dorénaz - Vernayaz
Kreisel Süd von Dorénaz & Fussgängersteg über die Rhone, Dossier für die öffentliche Auflage
- 106. Martinach - La Forclaz - Châtelard
Zufahrt zum Dorfe Trient, Ausführungsprojekt
- 107. Strasse des Grossen St. Bernard
Le Broccard, Galerie von Lavanchy, allgemeines Ausführungsprojekt
- 108. Strasse des Grossen St. Bernard
Fortsetzung des allgemeinen Projektes 1: 1000
 - a) Teilstück La Creuse - Fontaine-Dessous
 - b) Teilstück Le Quieudray - Palazui (Umfahrung von Liddes)
- 109. Martinach - Fully - Leytron
 - a) Branson: Strassenkorrektur mit neuer Brücke
 - b) Fully: verschiedene örtliche Verbesserungen
 - c) Saillon: Ausführungsprojekt Kreisel von Virottes & Gehsteige
- 110. Sitten - Bramois - Chippis - Siders
Sitten West: Kreisel von l'Envol, Ausführungsprojekt
- 111. Sitten - Nendaz
Basse-Nendaz - Les Jaheux, Vernehmlassungs- und Ausführungsprojekt
- 112. St. Gemain - Drône - Grimisuat
Umfahrung Nord von Grimisuat, Ausführungsprojekt
- 113. Umfahrung Nord von Sitten
Strassenstudie, Ausführungsprojekt
- 114. Vissoie - Grimentz
Korrektion von 3 Kehre, Ausführungsprojekt
- 115. Siders - Montana - Crans
Kreisel von Veyras, Ausführungsprojekt
- 116. Leuk - Albinen - Leukerbad
Albinen - Lirschgraben, allgemeines Projekt 1: 1000
- 117. Niedergampel - Bratsch
Machbarkeitsstudie in Vorprojekt von 5 Varianten
- 118. Visp - Stalden - Saas
 - a) Umfahrung von Stalden, Beginn des allgemeinen

- Projektes 1: 1000
- b) Eisten, Projekt örtliche Korrektion
- c) Umfahrung von Saas Grund, Beginn eines allgemeinen Projektes 1: 1000
119. Illas - Täsch
- a) Stägjitschuggen: Fortsetzung des Vernehmlassungsprojektes im Massstab 1 : 1000
- b) Ritigraben: Vergleichsstudiendossier der Varianten
- c) Umfahrung von St. Niklaus: Ausführungsprojekt 1 : 1000
120. Furkastrasse A 19
- a) Kreisel Furkastrasse Brig, Ausführungsprojekt
- b) Bahnhofplatz Brig, Umstrukturierungsprojekt
- c) Bitsch innerorts, Ausrüstungsprojekt zur Fussgängersicherheit
- d) Durchfahrt von Lax, Ausführungsprojekt Gehsteig
- e) Umfahrung von Fiesch, Ausführungsprojekt
- f) Umfahrung von Münster - Geschinen - Ulrichen, Beginn eines allgemeinen Projektes 1 : 1000
- g) Gletsch - Muttbach, zentrales Teilstück, Ausführungsprojekt
202. Sitten - Les Haudères - Arolla
Galerie von Petit Pont
Galerie Ausgang Tunnel
Galerie von La Savanne
203. Siders - Zinal
Galerie von Lovrèche
204. Leuk - Albinen - Leukerbad
Brücke über den Lirschgraben
205. Gampel - Goppenstein
Schintigalerie und Stockgalerie
206. Visp - Saas Fee
Brücke über den Chessigraben 2
207. Goppisberg - Greich
Stützmauer
208. Brig - Furkapass
Galerie von Blitzingen

Neue Kunstbauwerke

201. St-Triphon - La Torma
AOMC-Viadukt über Kreisel SATOM
Wanne von Collombey
Ueberdeckte Galerie von Collombey
Tunnel von Collombey

Unterhalt und Erhalt von Kunstbauwerken

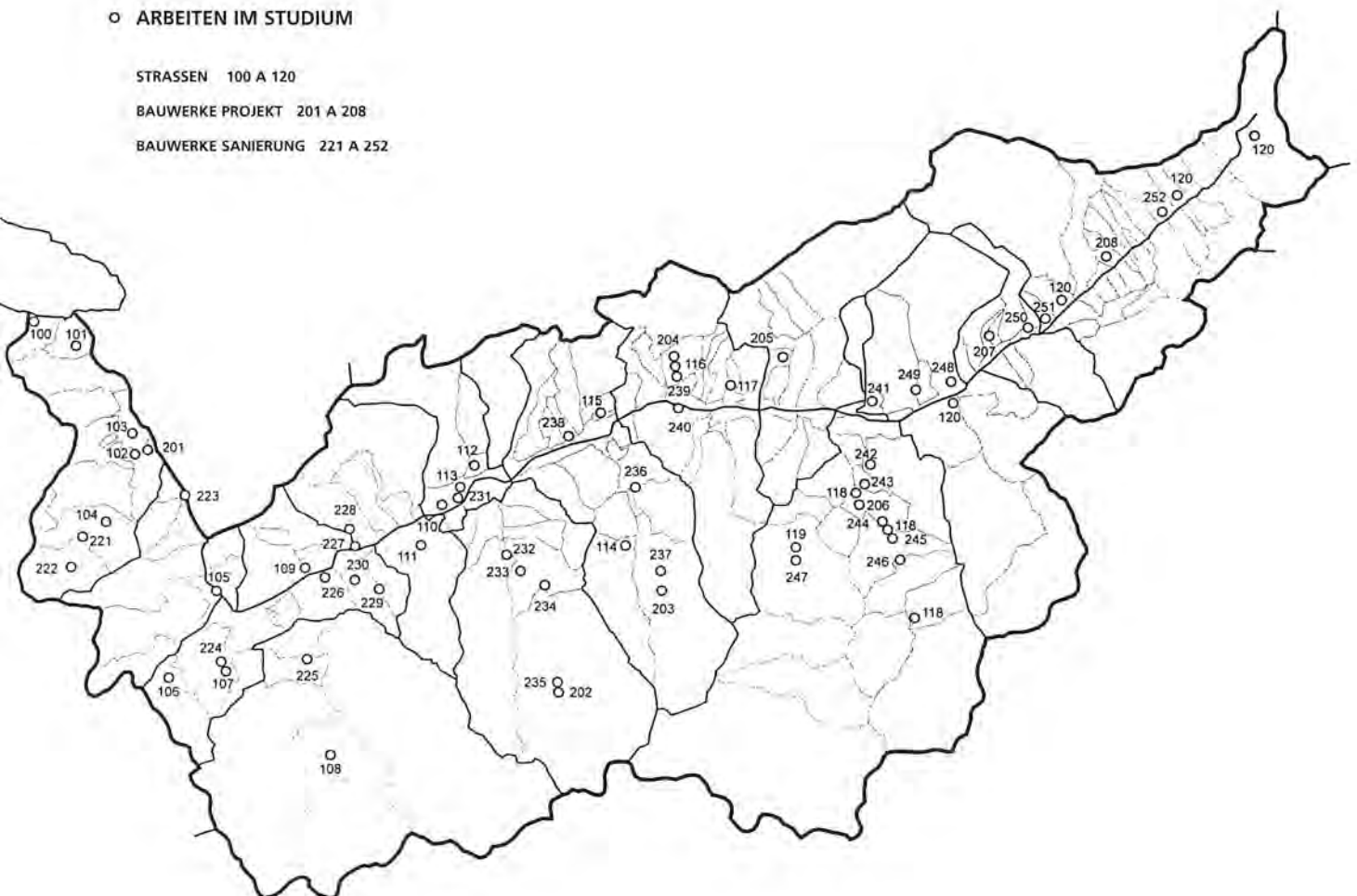
221. Troistorrents - Champéry
Halbbrücke von Nizod 3
222. Troistorrents - Champéry
Brücke von Les Moulins über die Vièze

o ARBEITEN IM STUDIUM

STRASSEN 100 A 120

BAUWERKE PROJEKT 201 A 208

BAUWERKE SANIERUNG 221 A 252



223. T9 St-Maurice - Martinach
Rhônebrücke in St. Maurice
224. Martinach - Grosser St. Bernard
Schutzgalerie von Lavanchy
225. Sembrancher - Villette - Verbier
Brücke über die Drance in Sembrancher
226. Saillon - Saxon
Ueberführung Saillon - Saxon
227. T9 Riddes - Ardon
Brücke über die Losentze
228. Martinach - Fully - Ardon
Brücke über die Losentze 2
229. Fey - Isérables - Le Rosselin
Halbbrücke von Les Auddes
230. Riddes - Mayens-de-Riddes
Brücke über die Druckleitung
231. Sitten - Bramois
Brücke über die SBB-Linie Ste-Marguerite
232. Sitten - Les Haudères - Arolla
Brücke über den Wildbach von Tsoupillis
Brücke über den Wildbach von Tsardonney
Brücke von Sauterot
233. Sitten - Les Haudères - Arolla
Brücke über den Wildbach von Grangettes
234. Sitten - Les Haudères - Arolla
Halbbrücke von Praz-Jean
Halbbrücke von Praz-Jean auf Protan
Brücke über den Wildbach von Melly
235. Sitten - Les Haudères - Arolla
Mittlere Galerie des Tunnels
236. Siders - Zinal
Halbbrücke von Croisettes
237. Siders - Zinal
Brücke von «Bois» über die Navizence
238. Noës - Olon: Halbbrücke von Champsabé
Chalais - Noës: Viadukt von Noës über die SBB und die T9
239. Leuk - Albinen
Trittjgalerie
Wernibrücke
240. T9 St. Maurice - Brig:
Brücke über den Illgraben, Susten
Viadukt von Susten
Auskragungsbauwerk in Susten
241. Baltschieder - Eggen
Schluochbrücke
242. Visp - Saas Fee
Halbbrücke von Neubrück
243. Visp - Saas Fee
Brücke von St. Michael
Brücke von Chimatta
244. Visp - Saas Fee
Tunnel von Deibfels

245. Visp - Saas Fee
Galerie Fluhgraben
246. Visp - Saas Fee
Galerie Zen Walken
247. Illas - Täsch
Galerie Grossgraben
248. Naters - Birgisch - Mund
Kelchbachbrücke
249. Naters - Birgisch - Mund
Mundbachbrücke
250. Brig - Furka
Brücke von Nussbaum
Brücke von Kupferboden
251. Brig - Furka
Bogenbrücke über den Deischbach
252. Brig - Furka
Brücke über den Münstigerbach

Mit Kunstbauten zusammenhängende Tätigkeiten

- Gänzliche Überarbeitung der informatisierten Kunstbauten-Datenbank, Entwicklung, Nachführung und Bewirtschaftung.
- Periodische Ueberwachung und Inspektion der Kunstbauten.
- Expertisen und Spezialinspektionen.
- Vorbereitung der Verfahren zur Auftragserteilung
- Lang- und kurzfristige Planung der Studien sowie der Wiederinstandstellungs- oder spezialisierten Unterhaltsarbeiten.
- Bauleitung und Kontrolle der Studien der Kunstbauwerke
- Ueberprüfung zur Vormeinung von 40 schweren Spezialtransporten, Anweisungen zu deren Durchführung und in den meisten Fällen Begleitung durch einen Spezialisten für Kunstbauwerke, insbesondere für die ausserordentlichen im Wallis nie gesehenen Schwertransporte: 460 To auf 30 Radachsen von einer Gesamtlänge von 61 m (Transformatoren des neuen Elektrizitätswerkes Cleuson- Dixence).
- Erarbeitung eines informatisierten Programmes für die Kontrolle der Spezialtransporte.
- Inventar der auf den Kantonsstrassen bestehenden Tonlagebegrenzungen.

FLUSSBAUAMT

Wasserführung

1998 war für das Flussbauamt ein ruhiges Jahr mit einer regelmässigen Schneeschmelze und durchschnittlichem Rhône-Hochwasser. Drei Ereignisse sind hervorzuheben: am 2. und 3. Juli haben mehrere Murgänge des Rufibaches das Rhonebett auf dem Gebiet der Gemeinde von Steinhaus versperrt und die Bildung eines Sees von 2.5 km Länge mit einer Höchsttiefe von ungefähr zehn Metern verursacht. Alsdann, anlässlich der heftigen Regenfälle am 24. und 25. Oktober, hat die Morge die Brücke der Rhône-Dammstrasse, auf dem Gebiet der Gemeinde von Conthey, weggerissen. Zur gleichen Zeit, hat der Trient, in Vernayaz, die Stützen der sich in Abbruch befindenden Brücke über die Kantonsstrasse gefährdet.

Während des Jahres 1998, sind im Saastal und in Zermatt die mit dem Unwetter von 1993 in Zusammenhang stehenden Arbeiten weitergeführt worden. Die ersten vorgezogenen Arbeiten der dritten Rhonekorrektur konnten vollendet werden.

Ausgeführte Arbeiten

- 301. Rhone, Ulrichen:
Blockwurf 1. Etappe
- 302. Rhone, Steinhaus
Ausbaggerung des Flussbettes
- 303. Weisswasser, Fieschertal
Blockwurf
- 304. Kelchbach, Naters
vorgezogene Massnahmen
- 305. Almagellerbach, Saas Almagell
Schutzdamm
- 306. Vispe, Saas Balen
Wiederinstandstellung nach Unwetter
- 307. Sitter, Sitten
Blockwurf
- 308. Losentze und Zuflüsse, Chamoson
Blockwurf
- 309. Rhone, Fully
Verstärkung der Dämme

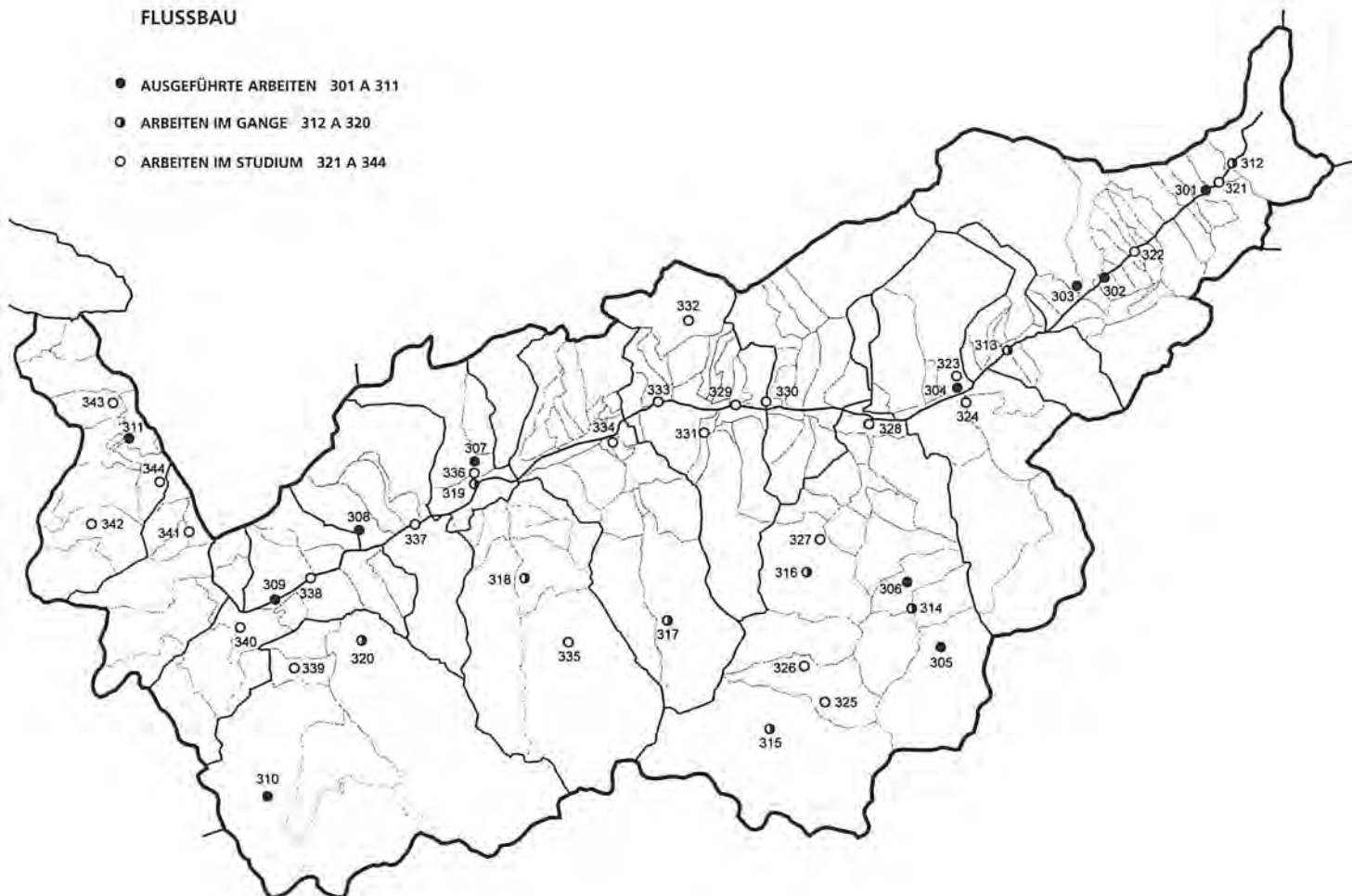
- 310. Dranse, Orsières
Wiederinstandstellung nach Unwetter
- 311. Pessot, Collombey
Flussrinne in der Ebene

Arbeiten in Ausführung

- 312. Rhone, Oberwald
Blockwurf
- 313. Rhone, Filet/Bister
Blockrampe und Blockwurf
- 314. Vispe, Saas Grund
Wiederinstandstellung nach Unwetter
- 315. Vispe, Zermatt
Wiederinstandstellung nach Unwetter
- 316. Vispe, St. Niklaus
Blockrampe und Blockwurf
- 317. Tracuit, Ayer
Flussrinne und Kiesfang
- 318. Wildbach von Vendes, St. Martin
Schwellen und Furten
- 319. Sitter, Sitten
Wiederinstandstellung der Mauern
- 320. Wildbach von Verbier II
Flussrinne

FLUSSBAU

- AUSGEFÜHRTE ARBEITEN 301 A 311
- ARBEITEN IM GANGE 312 A 320
- ARBEITEN IM STUDIUM 321 A 344



Arbeiten in der Studienphase

- 321. Rhone Obergesteln
Wiederinstandstellung nach Unwetter
- 322. Rhone Biel - Selkingen
Wiederinstandstellung nach Unwetter
- 323. Kelchbach Naters
Schutzkonzept
- 324. Saltina + Gamsa + Grosser Graben, Brig
Schutzkonzept
- 325. Täschbach Täsch
Schutzkonzept
- 326. Lättgraben Täsch
Ausdohlung
- 327. Ritigraben St. Niklaus, Grächen
Schutzkonzept
- 328. Vispe Visp
Schutzkonzept
- 329. Rhone Bitsch - Susten
dritte Korrektion
- 330. Lonza Gampel/Steg
Schutzkonzept
- 331. Meretschibach Agarn
Kiesfang und Flussrinne
- 332. Dala Leukerbad
Blockwurf und Rampen
- 333. Rhone in Pfy
Materialbewirtschaftung
- 334. Navizence Chippis
Wiederinstandstellung der Mauern
- 335. Borgne Evolène
Schutzkonzept
- 336. Sitter Sitten
Schutzkonzept
- 337. Rhone Sitten - Chamoson
Dritte Korrektion
- 338. Rhone Chamoson - Dranse
Dritte Korrektion
- 339. Dranse Entremont
Schutzkonzept
- 340. Dranse Martinach
Schutzkonzept
- 341. St. Barthélémy und Mauvoisin, Mex, Evionnaz, St-Maurice
Schutzkonzept und Sanierung der Sperren A
- 342. Wildbäche von Val d'Illiez
Gefahrenkarte
- 343. Wildbäche von Vionnaz, Vionnaz
Schutzkonzept
- 344. Nant de Choëx
Schutzkonzept

Unterhaltsarbeiten der Wasserläufe

Bemerkung

Die Unterhaltsarbeiten im Verlaufe des Jahres 1998 betragen ungefähr 5.88 Millionen Franken.

Wasserläufe	Kosten der Arbeiten	Ordentlicher Beitrag	Abgestufte Subvention
Rhone, Genfersee	992'763.95	496'381.95	198'552.80
Bouveret-Hafen	—	50'000.—	—
Wildbäche	3'117'308.70	1'558'654.35	48'783.60
Kanäle	1'765'935.35	882'967.65	42'866.70
	5'876'008.—	2'988'003.95	290'203.10

NATIONALSTRASSEN

Verfahren und Studien

Die von der Delegation A9 des Staatsrates mit den Naturschutzorganisationen geführten Verhandlungen führten am 17. Februar 1998 zur Unterzeichnung einer Zweiparteienvereinbarung. Diese Vereinbarung, welche die allgemeinen Probleme der Natur, der A9 und des öffentlichen Verkehrs im Oberwallis behandeln, ermöglicht im Wesentlichen den Naturschutzkreisen, die Anpassungen des Autobahnprojektes vorzuschlagen und untersuchen zu lassen und sich an der Erarbeitung eines Umweltprogrammes zu beteiligen. Im Gegenzug haben sich die Vereinigungen verpflichtet, mit Ausnahme des Abschnittes Gampel - Visp-West, ihre Einsprache gegen das A9-Verfahren nicht weiterzuführen.

Die gemäss Vereinbarung eingesetzte gemeinsame beratende Kommission, welche sich aus 3 Vertretern der Umweltverbände und 3 Vertretern des Staates zusammensetzt, hat in gewissen Oberwalliser Regionen (Pfywald, Turtmann, Talebene Gampel - Vispe) verschiedene Umweltkonzepte erarbeitet und für das Autobahnprojekt von Leuk bis Gampel mit geringen Anpassungen des aufgelegten Projektes einen Konsens gefunden.

Entwicklung der öffentlich aufgelegten Baudossiers

Siders Ost - Leuk West

Infolge Eröffnung anfangs des Jahres der Genehmigung des Ausführungsprojektes durch den Staatsrat wurden beim Kantonsgericht 14 Beschwerden eingereicht.

Nach verschiedenen Einigungsverhandlungen wurden 11 zurückgezogen, zwei wurden vom Kantonsgericht abgelehnt und eine ist am Ende 1998 noch in Verhandlung.

Das Dossier wurde dem Bund zur Genehmigung durch das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation übermittleit.

Die Finanzierungsgrundlagen des SBB-Projektteils, d. h. die auf 270 Millionen voranschlagte Doppelspur zwischen Salgesch - Leuk, war Ende des Jahres Gegenstand einer dreiparteilichen Vereinbarung zwischen den SBB, dem Bundesamt für Strassenbau und dem Staat Wallis. Dabei wurde diese Angelegenheit definitiv geregelt.

Leuk West - Gampel Ost

Aufgrund der mit den Naturschutzkreisen geführten Diskussionen, wurde beschlossen, einen Teil der Leuk mit Turtmann verbindenden Industriestrasse aufzugeben und diese durch ein umweltverträglicheres Projekt mittels getrenntem Verfahren zu ersetzen.

Auf Antrag der kantonalen Dienststellen wurden auf dem Gebiet Umwelt (Lärm, Gewässerschutz) Ergänzungen der Dossiers vorgenommen. Die kantonale Vormeinung für die Uebermittlung des Dossiers an das BUWAL wird am Anfang 1999 erwartet.

Gampel West - Visp West

Dieses Teilstück bildete Gegenstand einer Studie, welche die Linienführung im Osten von Raron anpasste, um dem Projekt Alptransit-Lötschberg Rechnung zu tragen. Diese Anpassung wird gleichzeitig mit dem Bahndossier öffentlich aufgelegt.

Weitere von den Naturschutzkreisen vorgeschlagene Anpassungen werden im Jahre 1999 die beratende Kommission beschäftigen.

Visp West - Visp Ost

Aufgrund des Beschlusses des Bundesrates, sämtliche möglichen Lösungen ein letztes Mal einer Vergleichsanalyse zu unterziehen, wurden die Studien unter der Bauleitung des ASTRA zusammen mit einem Pilot-Komitee Bund - Kanton - Gemeinden, einer technischen Gruppe, Ingenieurbüros, und mit der Unterstützung der eidgenössischen und kantonalen Experten beschleunigt vorangetrieben.

Ende November hat dieses Gremium einstimmig eine Linienführung im Süden von Visp vorgeschlagen. Das ASTRA hat demzufolge den Kanton gebeten, bis Ende Januar 1999 ein neues generelles Projekt auszuarbeiten. Dieser wurde am 17. März 1999 durch den Staatsrat genehmigt.

Gleichzeitig mit diesen Studien, wurde auf ungefähr 1'500 m ein Sondierstollen gebohrt. Die Ausbruchbedingungen erwiesen sich besser als vermutet. Gegen Ende des Jahres, erteilte das ASTRA die Bewilligung, den Sondierstollen auf der ganzen Länge des künftigen Tunnels (ca. 4200 m) weiterzubauen.

Visp Ost - Brig/Glis

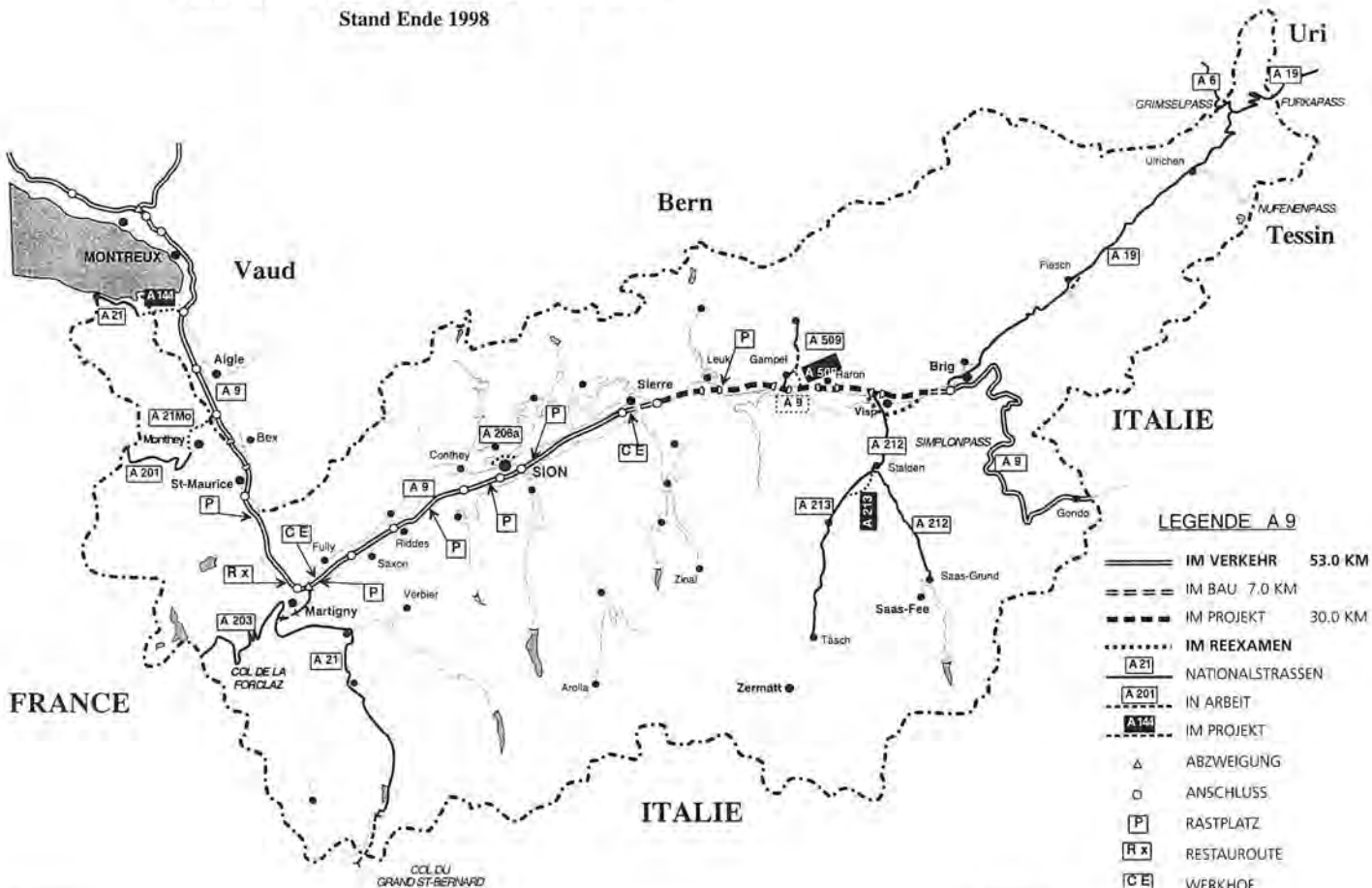
Am 30. April 1998 ermächtigte das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (DUVEK) den Kanton, auf diesem Abschnitt sofort eine vierspurige Autobahn A9 zu erstellen. Dies in Ergänzung des ersten Genehmigungsbeschlusses vom 10. Juli 1997, welcher diese Frage noch vorbehielt. Diese letzte Genehmigung setzt einen definitiven Schlussstrich unter das Verfahren auf diesem Autobahnabschnitt. Mit Ausnahme eines Teilstückes der A9, Brücke A9 und Gamsakorrektion wurde sämtliche Tiefbauarbeiten vergeben.

Simplon

Die seit dem Jahre 1996 beiseite gelassenen Dossiers Gabi und Gondo wurden Ende Jahr 1998 wieder in Bearbeitung genommen und deren Bereinigung ist im Gange (StfV).

NATIONALSTRASSENNETZ

Stand Ende 1998



- LEGENDE A 9**
- ===== IM VERKEHR 53.0 KM
 - IM BAU 7.0 KM
 - IM PROJEKT 30.0 KM
 - IM REEXAMEN
 - [A 21] NATIONALSTRASSEN
 - [A 201] IN ARBEIT
 - [A 214] IM PROJEKT
 - △ ABZWEIGUNG
 - ANSCHLUSS
 - [P] RASTPLATZ
 - [R X] RESTAURROUTE
 - [CE] WERKHOFF

Stand Studienplanung

St-Maurice - Brigue

Der Stand der Studien Ende 1998 ist auf der nachstehenden Karte ersichtlich. In km ausgedrückt, kann er für die noch von Siders West bis Brig zu verwirklichenden 36.5 km der A9 folgendermassen zusammengefasst werden:
Generelles Projekt 1:5000 (6 km wieder aufzunehmen)

- Umfahrung von Visp (km 141-147)
Ausführungsprojekt 1:1000 (30.5 km)
- Definitiv genehmigt (6.5 km)

Siders West - Siders Ost	(km 113 à 117)
Visp Ost - Brig	(km 147 à 150)
- im Verfahren (24 km)

Siders - Leuk	(km 117 à 122)
Leuk - Gampel	(km 122 à 134)
Gampel - Visp	(km 134 à 141)

Simplon

Ausführungsprojekt 1:1000

- öffentlich aufgelegt
Umfahrung von Gabi und Gondo

Bodenerwerb

Mit der Genehmigung des Projektes Visp Ost - Brig konnten im Wesentlichen durch Expropriation von der Eidgenössischen Schatzungskommission auf diesem Abschnitt Grundstücke erworben werden.

Der Bodenerwerb auf gütlichem Wege stiess infolge des neuen bäuerlichen Bodenrechts inbezug auf die Festlegung der Preise auf Schwierigkeiten (Raron - Pfyn).

Eingesehen die aussergewöhnliche Bedeutung der Landschaft von Pfyn, erachtete es der Staatsrat als angebracht, bei der Versteigerung der Konkursmasse das Ermitage zu erwerben.

Arbeiten

St-Maurice - Sitten West

Ausgangs von Martinach wurde ein neuer Kreisell gebaut. Er dient als Test für eine solche Lösung bei anderen Anschlüssen (Sitten).

Das Einbringen von filter- und lärmhemmender Drainbelag sowie die Wiederinstandstellung des alten Zustandes der T9 zwischen St. Léonard und Noës wurden abgeschlossen.

Die Studien und Umweltarbeiten bei der Realisierung der grünen Autobahn linksufrig der Rhone zwischen St.Léonard und Siders-West gehen mit einigen Schwierigkeiten in der Region vom Pramont (Alusuisse-Deponie - Lonza) weiter.

Siders West - Siders Ost

Der Rohbau der Tunnels und der überdeckten Galerien - 2600 m Länge - ist fast abgeschlossen.

Das erste Viadukt von Les Iles Falcon ist vollendet. Trotz Nachlassungsverfahren der Unternehmung konnten die Arbeiten fortgesetzt werden und der Bau der zweiten Brücke geht fast programmgemäss weiter.

Das zweite Werk, die technischen Lokale und die Elektormechanik sind zum Teil realisiert. Die Arbeiten verlaufen plangemäss und sehen die Eröffnung dieses Teilstückes für Ende Herbst 1999 vor.

Siders Ost - Leuk West

Ende Jahr haben die vorbereitenden Arbeiten der SBB-Doppelspur zwischen Salgesch und Leuk begonnen.

Die Arbeitsausschreibung der wesentlichen Tiefbauarbeiten (Tunnels von 4-2 km und Brücke über die Dala und die Rhone) erfolgte im Amtsblatt vom letzten Trimester 1998. Die Arbeiten werden durch die SBB unter Oberaufsicht der DSFB realisiert.

Visp Ost - Brig/Glis

Die gesamten Kunstbauten wurden ausgeschrieben und vergeben. Das gleiche gilt für den Rohbau der Linienführung.

Ein Teil der Bauwerke ist im Bau und die Hälfte des Kreisels von Gamsen wurde dem Verkehr übergeben.

Der 1 km lange Tunnel von Gamsen wurde am 26. Juni 1998 ausgeschrieben und bildete Gegenstand von Unternehmervarianten, welche Traceänderungen vorschlugen; dies trotz Verbot im Pflichtenheft, solche Varianten zu hinterlegen. Es brauchte 5 Monate und Interventionen bis auf die Ebene des Bundesrates M. Leuenberger selbst, um zu einer Entscheidung zu gelangen. Die Vergabe selbst wurde schlussendlich durch eine der Anbieterunternehmung beim Kantonsgericht im Dezember 1998 angefochten. Da die aufschiebende Wirkung verlangt wurde, konnten die Arbeiten des Tunnels Ende Februar 1999 immer noch nicht angefangen werden.

Die Tunnel-Episode von Gamsen zeigt, dass gewisse Personen selbst die Legimität eines rechtmässig genehmigten Projektes in Frage stellen, was bei der Finanzplanung (20 Millionen konnten nicht aufgebraucht werden) und den Arbeiten der Unternehmungen zu schwerwiegenden Folgen (schliesslich 6 verlorene Monate) führte.

Verbindung mit den Vispertälern

Die umweltschutzbedingten Ersatzmassnahmen gehen weiter. Konflikte mit gewissen Grundstückeigentümern bestehen.

A19 / Umfahrung Brig/Glis-Naters

Nach zehnjähriger unter der Leitung der Nationalstrassen stehender Bauzeit wurde diese Achse am 15. Dezember 1998 dem Verkehr übergeben. Die Finanzierung wurde ausnahmsweise durch die Nationalstrassen und nicht durch die Schweizer Hauptstrassen (SHS) gesichert; dies infolge der bedeutenden einzusetzenden Summen, die in den SHS nicht verfügbar waren. Um dieses Werk vollständig abzuschliessen, muss man noch die Verbindung Brig - Naters im Tunnelbau vollenden. Die Arbeiten begannen im Herbst 1998.

Grobunterhalt

Wesentliche Kunstbauwerksanierungen erfolgten am Viadukt T9 und an den zusammenhängenden Trogbrücken über die Rhone bei Riddes auf der A9.

Die Studien für die Sanierung der Rhonebrücke der Transversale Sitten-Ost wurden im Hinblick auf die künftige Eröffnung der Nordumfahrung aufgenommen. Gleichzeitig begann man auch mit den Studien zur Neugestaltung der Brücke für die Transversale Siders-Ost im Hinblick auf die Inbetriebsetzung der Autobahn A9 in Siders Ost.

In Evionnaz wurde ein lärmhemmender Drainbelag eingebracht.

*Le pont sur le
Rhône de la liaison
Brigue-Naters dans
le cadre de la A19*

Die Rhonebrücke der
Verbindung Brig-Naters
im Rahmen der A19



A 206a Tunnel de Platta
*Au premier plan, le giratoire de la Sitterie
Au second plan, l'entrée nord du tunnel*

A206a Tunnel von Platta
Im Vordergrund, der Kreisler von «La Sitterie»
Im Hintergrund, der Nord-Eingang des Tunnels



Route T9 Giratoire du Léman-Martigny

Strasse T9 Kreisler Lemman-Martigny

Am Simplon wurden zahlreiche Kunstbauwerke saniert und auf einigen Teilstücken wurden im Rahmen eines mittelfristigen Eingriffes die Beläge erneuert. So wurde ein Grossteil der Fahrbahn auf der gesamten Passstrecke neuerstellt.

Da sich im Bereich des Strassenunterhalts keine Verfahrensprobleme stellen, konnten die Arbeiten im Jahre 1998 vorangetrieben werden und die Ausgaben belaufen sich auf 16 Millionen, indessen das Budget 11 Millionen betrug (Kantonsbudget einzig + Unterhalt).

Bewirtschaftung

Was die neue Verwaltungsführung (NPM) angeht, so wurden die Polit-, Management- und Ausführungskontrakte gutgeheissen und werden ständig der Weiterentwicklung der Baudossiers entsprechend angepasst.

Die Beglaubigung wurde auf April 1999 vertagt, um sich besser in die neue Kultur der wirkungsorientierten Verwaltungsführung einarbeiten zu können, um diese auch besser zu assimilieren und dadurch den Erfolg der Uebung zu gewährleisten.

Die finanzielle Bewirtschaftung stiess auf bedeutende Schwankungen. Daher konnten aus den weiteroben erwähnten Gründen nicht sämtliche verfügbare Finanzmittel benützt werden:

- der Tunnel von Gamsen
- das öffentliche Beschaffungswesen
- die sehr günstige Preispolitik
- das Verfahren

Die nicht eingesetzten Beträge werden auf die kommenden Jahre übertragen, wie dies die Pilotprojekte gestatten, für welche ein Voranschlag auf 4 Jahre gewährt wird. Eine Neuanpassung des Polit-Kontraktes wurde im November 1998 vorgenommen.

Am Jahresende teilte der Bund dem Kanton mit, dass der Subventionssatz der A9 von 92% auf 96% ansteige. Es bleiben noch etwa 2.2 Milliarden Franken zu investieren. Somit sind es etwa 90 Millionen Franken, die unser Kanton in den kommenden 10 Jahren für weitere strassenbauliche Aufgaben einsetzen kann.

UNTERHALT

Allgemeine Bemerkungen

Die Bewirtschaftung des Kantonsstrassennetzes umfasst :

- 96 km Nationalstrassen A9
 - 53.3 km in der Talebene
 - 42.7 km Simplon
- 215.9 km schweizerische Hauptstrassen
 - A6 Gletsch - Grimsel
 - A19 Brig - Furka
 - A21 Grosser St. Bernard
 - A114 Le Bouveret - Villeneuve
 - A21MO Monthey - Morgins
 - A203 Fordaz
 - A206a Champsec/Sitten - La Muraz
 - A212 Visp - Saas Grund
 - A213 Illas - Täsch
 - A509 Gampel - Goppenstein
 - A301 St. Triphon - Collombey

- 1846.2 km Kantonsstrassen, aufgeteilt in:
 - 212.8 km Hauptstrassen in der Ebene
 - 187.5 km Hauptstrassen im Gebirge
 - 113.2 km Nebenstrassen in der Ebene
 - 1115.9 km Nebenstrassen im Gebirge
 - 216.8 km kantonale Wege

Die Länge dieser verschiedenen Strassennetze wird am Ende der laufenden «Klassierungen und Deklassierungen der Strassen» angepasst.

Die Umfahrung von Brig-Naters (A19), welche am 15.12.1998 dem Verkehr übergeben wurde, wird eine neue bedeutende Aufgabe im Bereich des Strassenunterhaltes darstellen.

Kantonsstrassen

Im vergangenen Jahr hat im Strassenunterhalt die Routine geherrscht. Es sind demzufolge keine markanten Ereignisse zu verzeichnen, es sei denn die nochmals in diesem Jahr unzureichenden verfügbaren finanziellen Mittel.

Die Hauptalpenpässe wurden an folgenden Daten eröffnet und geschlossen :

	Öffnung	Schliessung
Furkapass	21.05.98	31.10.98
Grimselpass	21.05.98	31.10.98
Nufenenpass	26.05.98	31.10.98
Grosser St-Bernard	10.06.98	12.11.98

Die Schneeräumung und das Salzen bilden die Hauptaufgaben des Winterdienstes. Die Wintersicherheit auf dem gesamten Kantonsgebiet wird dank folgender Mitarbeit gewährleistet:

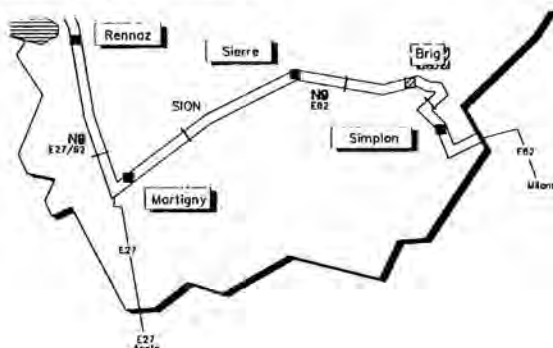
- 130 konzessionierte Unternehmungen (oder private Fahrzeuge) zur Schneeräumung
- 70 konzessionierte Unternehmungen (oder private Fahrzeuge) zum Salzen und Kiesen

was einem Kostenpunkt von (4.3 Millionen Jahre 1997) entspricht, welcher sehr stark von der Wetterlage abhängig ist. Das gleiche gilt für das Salz zur Bekämpfung von Glatteis.

Im Jahre 1998 wurden 8'552 Tonnen Salz verwendet, wovon 4'800 Tonnen für die einzige Periode von November bis Dezember 1998.

Nationalstrassen

Der laufende Unterhalt der Nationalstrassen verlief befriedigend gemäss den ordentlichen Mitteln. Die Arbeiten zur Bewirtschaftung der Nationalstrassen werden zu 88% des Jahresergebnisses subventioniert, welches durch die Buchhaltung dem ASTRA, zwecks Genehmigung, übermittelt wird.



Drei Werkhöfe sind in Betrieb, nämlich Indivis und Siders für die 53 Autobahn-Kilometer der A9 in der Ebene und Simplon-Dorf für die 42.7 Kilometer der Nationalstrasse N9 am Simplon.

Die Projekte für den Werkhof Brig wurden im Rahmen eines Wettbewerbes im November 1998 überprüft.

*Übersicht der Hauptbewirtschaftungstriebkosten
Betrag pro KmF mit Vergleich der mittleren Schweizer/Werte
(Indizien Bewirtschaftung 1997):*

	Fr./KmF - VS	Fr./KmF - CH
A9 Teilstücke offen, 4 Fahrbahnen		
- St. Maurice - Vétroz	52'595.—	65'529.—
- Vétroz - Siders	71'156.—	65'529.—
A9 Teilstücke in Tunnel, 2 durchlüftete Röhren		
- Galerien von St. Maurice	235'988.—	311'052.—
- Galerien von Champsec/Sitten	338'194.—	
A 21 Tunnel Mont-Chemin, 1 durchlüftete Röhre	116'604.—	148'207.—
N9 Teilstücke offen, 2 Fahrbahnen		
- Brig - Simplonpass	42'067.—	47'639.—
- Simplonpass - Landesgrenze	42'421.—	47'639.—

Die Wintersicherheit auf dem Strassennetz in der Ebene wird durch unsere eigenen Mittel und am Simplon mit Hilfe von 4 konzessionierten Unternehmungen bewerkstelligt.

Im Jahre 1998 wurden auf der Simplonachse 615 Tonnen Salz gebraucht und 469 Tonnen auf der Autobahn in der Ebene.

Auf der Simplon-Achse verfügen wir über mehrere Meteo- und Überwachungsstationen, welche im Winter 97/98 auf dem Simplonpass kumulierte Schneefälle von 4m30 registrierten. Der letzte Schneefall (8 cm) erfolgte am 28. April 1998. Die Simplonstrasse wurde 14 Mal vorübergehend für Lastwagen und Sattelschlepper und einmal (vom 10.4. bis 12.4.) für alle Fahrzeuge geschlossen.

Die Grobunterhalts- und Erneuerungsarbeiten müssen so geplant werden, dass die Verkehrsstörungen, insbesondere auf der A9 anlässlich des grossen Kommens und Gehens von Skifahrern und Sommertouristen, auf ein Minimum begrenzt werden.

Das «Benchmarking» (Bewirtschaftungsinstrument) wurde durch das ASTRA im Jahr 1998 eingeführt, um die Auszahlung der Bundessubventionen auf wirksamere Art und Weise zu rationalisieren und zu organisieren. Die ersten Ergebnisse werden im Jahre 1999 verfügbar sein.

Logistik

Ausrüstung

Die Ausrüstung der Werkhöfe und Unterhaltskreise ist fast vollendet. Der Erhalt und der Ersatz gehören gegenwärtig je nach den jährlich zugesprochenen Mittel zu den erstrandigen Aufgaben. Der Fahrzeugpark umfasst unter anderem:

- 36 leichte Motorfahrzeuge
- 59 Jeeps
- 33 Busse und kleine Lastwagen
- 16 schwere Motorfahrzeuge
- 136 Salzstreuer (wovon 85 tragbar und 51 angetrieben)
- 202 Schneepflüge (wovon 180 für schwere Motorfahrzeuge und 22 für leichte Motorfahrzeuge)
- verschiedene Baumaschinen und Geräte (Kompressoren, Anhänger, Mähmaschinen, Auflader, usw.)

Signalisation

Die Sektion Logistik-Unterhalt erstellt und unterhält in Zusammenarbeit mit den Gemeindeverwaltungen und privaten spezialisierten Unternehmungen die gesamte Vertikalsignalisation und nimmt die Markierungen vor.

Im Jahre 1998 haben 11 Unternehmungen und 3 Gemeindeverwaltungen Strassenmarkierungen im Betrage von Fr. 606'036.— vorgenommen.

Die DSFB hat mit ihren eigenen Mitteln vorgenommen:

	Kilometer	Beträge (gemäss Durchschnittspreis)
Strassenachsenlinien	540.8 km	Fr. 1'537'890.—
Randlinien	223.1 km	
Gelbe Linien, Fahrradstreifen	19.6 km	Fr. 78'640.—
Verschiedenes (Inseln, Pfeile, Haltestellen, usw.)		Fr. 79'600.—

Es wurden Strassenmarkierungen für Fr. 218'183.— innerorts von Ortschaften (50% zu Lasten der Gemeinden) ausgeführt.

Kantonale Strassensignalisationskommission (KSSK)

Der Chef der Sektion Logistik-Unterhalt hat den Vorsitz der KSSK. Im Jahre 1998 trat die Kantonale Strassensignalisationskommission 49-mal zusammen und behandelte 1409 Dossiers. Die einkassierten Gebühren belaufen sich auf Fr. 68'066.—.

Die Bewirtschaftung des Signalisationskatasters sowie die Archive der KSSK müssen unbedingt informatisiert werden. Die Einsichtnahme der genehmigten Dossiers, die Nachführung der Signalisation erfolgt von Hand auf archaische Art und Weise. Die Informatikprogramme sind vorhanden aber eine bedeutende Arbeit ist notwendig, um die Grunddatenbank zu erstellen. Hiefür ist eine Verstärkung der Zelle der KSSK unbedingt notwendig. Dank dieser Informatisierung könnte man die Werbung längs der Strassen, welche gegenwärtig infolge fehlender Mittel auszuwuchern droht, unter Kontrolle bekommen.

Bewilligungen für Spezialtransporte und Kanalisationen

Die Bewilligungen für Spezialtransporte brachten dem Staate Gebühren in der Höhe von 321'000.—. Es wurden 275 Bewilligungen für das Verlegen von verschiedenen Kanalisationen auf öffentlichem Grund und Boden erteilt. Die Bereinigung der Bewirtschaftung der Durchfahrten sowie der Nutzlasten wird zurzeit nachgeführt.

DIENSTSTELLE FÜR HOCHBAU, DENKMALPFLEGE UND ARCHÄOLOGIE

DIENSTSTELLE FÜR HOCHBAU

Allgemeine Betrachtungen

Das markanteste Vorkommnis 1998 wird ohne Widerspruch die Einführung der neuen Regeln hinsichtlich des öffentlichen Beschaffungswesens gewesen sein. Dieser neuen Organisation wird es nicht an verwaltungstechnischen (labyrinthischen) Formalitäten fehlen, sei es hinsichtlich der Mandatzuteilungen oder der Arbeitsvergebung; ausserdem werden beide mit dem hohen Risiko von Rekursen verbunden sein. Diese wichtige Modifikation dürfte aber nicht unbedingt einen ändern seit längerem im Vordergrund stehenden Akt, die Einweihung des kantonalen Gefängnisses, verdrängt haben.

Was das Pilotprojekt A2000 betrifft, verlief das verflossene Jahr unter dem Motto «stand by», dabei wurden die nicht erfüllten Rahmenbedingungen sicher etwas überspielt, was im übrigen ein volles Eintreten, in die praktische Phase verunmöglichte. Die Dienststelle für Hochbau hat aber dennoch zumindest ein Projekt des Ausführungsvertrages bis Ende Dezember hinterlegt. Dieser Vertrag müsste indessen vor der effektiven Umsetzung noch verfeinert werden. Ebenso müssten in detaillierter Art die Leistungskriterien für die auszuführenden Aufgaben bekannt werden.

Die ersten Daten des Programms Schroeder (Verwaltung des Immobilienparks mittels Informatik) sind erfolgt und zeigen wichtige Tatbestände in Sachen Gebäudeunterhalt der kantonalen Verwaltung auf. (Der Wert des Immobilienparks ist neu Fr. 1'142'138'000.—, bisher Fr. 933'631'000.—.)

Schliesslich war das Jahr 1998 gekennzeichnet durch die Rücktritte von Herrn Jean-Marc Biner, Verantwortlicher des Kulturgüterschutzes, und von Hrn. Jacques Wenger, Adjunkt des Kantonsarchitekten während mehr als 40 Jahren. (An dieser Stelle möchten wir ihr grosses Engagement bestens verdanken.)

BAUARBEITEN

Was die Bauten 1998 betrifft, konzentrierten sich diese weitgehend auf die Eröffnungen des Werkhofs A9 in Siders und des neuen kantonalen Gefängnisses in Sitten. Beide Bauten konnten innerhalb der zur Verfügung gestellten Fristen realisiert werden.

Die Baustellen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

a) Bauten der Dienststelle für Hochbau

- Gebäude der Kantonspolizei, Av. de France, Sitten Fr. 1'600'000.—
- Werkhof A9, Siders (Anteil Kanton) Fr. 20'000.—

b) Bauten für die Erziehung

- HWV, St-Maurice Fr. 720'000.—
- Handelsschule Goubing, Siders Fr. 950'000.—
- STF / HFW, Siders (Planung) Fr. 1'100'000.—
- Kollegium Brig (2. Etappe - Planung) Fr. 460'000.—
- Berufsschule, Brig Fr. 100'000.—

c) Burgkirche Valeria, Sitten

- Restauration Fr. 1'500'000.— (brutto)

d) Anstalten und Einrichtungen (lediglich grössere Objekte)

- Spital Malévoz, Monthey Fr. 2'200'000.—
- La Castalie, Monthey Fr. 180'000.—
- Landwirtschaftliche Schule, Châteauneuf Fr. 1'530'000.—
- Kantonsgefängnis, Sitten Fr. 5'000'000.—
- Kaserne, Sitten (2. Etappe) Fr. 2'000'000.—
- Zentrum für Pneumologie, Montana Fr. 150'000.—

Wichtige Überträge auf 1999:

- Bauten der Dienststelle für Hochbau Fr. 2'000'000.—
- Schulbauten Fr. 2'250'000.—

Diese Überträge rühren auf Verspätungen hinsichtlich der Präsentation der Objekte für den Grossen Rat zurück, vor allem aufgrund der Veränderung der Projekte und der Ablehnung des Erwerbs des Gebäudes der Handelsschule Goubing in Siders.

UNTERHALTSARBEITEN

Das Budget 1998 im Betrag von Fr. 5'290'000.— (Gebäude) wurde vollumfänglich aufgebraucht.

Hauptsächlich wurde es verwendet für verschiedene Unterhaltsarbeiten (Regierungsgebäude: Einbau eines Lifts und Sanierung der Sanitär-Installationen; ferner für die Villa de Riedmatten: Teilrenovation des Gebäudes mit dem Zweck der zur Verfügungstellung für die Kandidatur der Olympischen Spiele Sion 2006).

Selbst wenn das Budget 1998 höher als dasjenige von 1997 war (+ Fr. 900'000.—), war es trotzdem ungenügend für einen dem Immobilienpark des Kantons entsprechenden Unterhalt. Die Zahlen und Grafiken des Schroeder Programmes belegen diesen Umstand.

Die vorgesehenen Mittel für Unterhalt und Ausstattung der Gebäude sind weitgehend durch den Bedarf der Verkabelung, zugunsten der Informatik, aufgebraucht worden. Letztere muss kontinuierlich unterhalten und verbessert werden.

Inskünftig muss entweder ein ausreichender Betrag für den Unterhalt der Bauten gesprochen werden, oder es muss in der Bilanz, der Verlust unseres erworbenen Immobilienkapitals, zurückführend auf einen defizitären Unterhalt, ausgewiesen werden.

SUBVENTIONIERTER SCHULHAUS- UND SOZIALBAUTEN

Im Bereich der subventionierten Schulhaus- und Sozialbauten nimmt das Hochbauamt eine nicht unwichtige Funktion als neutrale, fachspezifische Beratungsstelle der Verwaltung ein. Mit konkreten Empfehlungen, Expertisen und Beratungen versucht die Dienststelle den administrativen Stellen eine sinnvolle Antwort auf die unterschiedlichsten Fragen zu liefern.

Die Gutachten betreffen im wesentlichen:

- Standortwahl, Grundstück allgemein
- Raumprogramm
- Projektwahl (Studienaufträge / Wettbewerbe)
- Projektgenehmigung
- Subventionsberechtigte Auslagen
- Arbeitsvergabe
- Schlussabrechnung / Abnahme.

Das Jahr 1998 war geprägt durch vier wesentliche Schwerpunkte.

- a) Studienaufträge / Wettbewerbe
- b) Gesetz betreffend das öffentliche Beschaffungswesen
- c) Schlussabrechnung grösserer Schulanlagen
- d) Aufhebung von architektonischen Barrieren.

a) Studienaufträge und Wettbewerbe

Im verstrichenen Jahr war entgegen der allgemeinen Stagnation in der Bauwirtschaft eine eindeutige Zunahme im Studienauftrags- und Wettbewerbsbereich festzustellen (vier Studienaufträge und zwei Wettbewerbe).

Diese sind durch das Hochbauamt bzw. in Mitarbeit der Dienststelle organisiert und durchgeführt worden.

- Studienaufträge: Agarn, Brig, Port-Valais, Saas Fee
- Wettbewerbe: Conthey, Fully.

b) Gesetz betreffend das öffentliche Beschaffungswesen

Am 1. Juli 1998 trat das neue Gesetz betreffend das öffentliche Beschaffungswesen in Kraft. Das Gesetz brachte für alle Beteiligten, insbesondere für unsere Funktion, etliche Anfangsschwierigkeiten mit sich.

Generell ist in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass die Vergabeprozedur für subventionierte Bauten komplizierter wird und ein entsprechendes Umdenken, insbesondere der Terminplanung, voraussetzt.

c) Schlussabrechnung grösserer Schulanlagen und Altersheimen

Überdurchschnittlich viele grössere Vorhaben sind in den vergangenen Jahren erstellt und abgerechnet worden. Die Prüfung und die Abnahme der Vorhaben durch das Hochbauamt nimmt einen entsprechenden Stellenwert unserer Arbeit ein.

d) Aufhebung von architektonischen Barrieren

Im abgelaufenen Jahr konnte man feststellen, dass im Zusammenhang mit der Aufhebung von architektonischen Barrieren im privaten und öffentlichen Bereich unsere Beratung vermehrt in Anspruch genommen wird.

In diesem Zusammenhang ist auf das Dossier der Gemeinde Ayent (Anzère) hinzuweisen, welches im Rahmen der Olympischen Behindertenspiele 2000 entsprechende Vorkehrungen verlangt.

HEIMATSCHUTZ

Die Unterkommission für Heimatschutz wirkt als konsultatives Organ. Sie behandelt auf Anfrage kantonaler Amtsstellen die sie betreffenden Sachgeschäfte im Sinne des Schutzes und der Werterhaltung unseres kulturellen Erbgutes. Ausserdem steht die Kommission auch für privatrechtliche Organisationen und Einzelpersonen von Bauprojekten mit ihrer Beratung zur Verfügung.

In zahlreichen Beratungen für Sanierungsprojekte hat sie 1998 Vormeinungen für 471 Objekte erstellt. Hievon waren allein 386 für die kantonale Baukommission.

Die Kantonale Heimatschutzkommission hat ihre Kontakte mit gewissen Gemeinden, welche eine besondere Sensibilität für ihre historische Bausubstanz zeigten, intensiviert. Eine noch intensivere Beratung wäre bestimmt wünschenswert, sie scheitert aber an den finanziellen Möglichkeiten.

Subventionen: Auf dem Gebiet der Subventionen hat die Kommission durch das Hochbauamt 35 Beitragsgesuche für Restaurierungen, Renovierungen und Dacheindeckungen in Steinplatten oder Schindeln im Betrag von ungefähr Fr. 350'000.— behandelt.

Bei diesen Subventionen handelt es sich normalerweise um Objekte in schützenswerten Gebieten deren historische Substanz eine besondere Aufmerksamkeit abverlangt. Die Subvention entspricht im Prinzip der Kostendifferenz zwischen einem normalen Unterhalt und einer Restauration solcher Objekte in schützenswerten Gebieten, in etwa dem Mehraufwand.

Diese kantonalen Subventionen lösen einen Beitrag seitens des Bundes und der betroffenen Gemeinden aus.

Die Erhaltung der historischen Bausubstanz unseres Kantons geschieht durch eine finanzielle Unterstützung, durch eine vollkommene Information hinsichtlich der Bedürfnisse und Mittel für die Erhaltung, wie auch durch die oben erwähnte Sensibilisierung hinsichtlich der kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung unserer gebauten und schützenswerten Erbgutes.

DENKMALPFLEGE

Betreute Objekte: Die Anzahl der vom Amt für Denkmalpflege im Jahre 1998 subventionierten Objekte belief sich auf 25, wovon 12 auf den Sakralbau und 13 auf den Profanbau entfielen. Hinzu kamen 37 Bauten, bei denen die Denkmalpflege beratend mitwirkte (27 Sakral- und 10 Profanbauten). Unabhängig von der Anzahl der subventionierten Objekte zeigt sich seit mehreren Jahren ein ausgeprägtes Bedürfnis nach fachlichem Beistand im Zusammenhang mit unserem baulichen Erbe.

Als Schwerpunkte unserer Tätigkeit im Berichtsjahr sind zu erwähnen die abgeschlossenen Restaurierungen der Thel-Kapelle in Leuk und des ehemaligen Bürgerhauses in Turmann. Unter den laufenden Restaurierungen besonders zu erwähnen sind diejenigen der Waldkapelle in Visperterminen sowie des ehemaligen Rektorats in Saint-Pierre-de-Clages. An den in Vorbereitung befindlichen Restaurierungen sind diejenigen des Beinhauses in Niederwald und der Antoniuskapelle in Brig zu nennen.

Gesetzliche Grundlagen: Im Berichtsjahr ist der Gesetzesentwurf zum Natur- und Heimatschutz, der auch die Denkmalpflege umfasst, im Grossen Rat beraten und ohne wesentliche Abstriche genehmigt worden. Das neue Gesetz wird nach seiner Inkraftsetzung dasjenige vom 28. November 1906 über die Erhaltung von Kunstgegenständen und historischen Denkmälern ersetzen.

Restaurierungskredit: Zusätzlich zum ordentlichen Restaurierungskredit von Fr. 800'000.— erhielt das Amt für Denkmalpflege im Rahmen der Bestrebungen zur Belebung der Wirtschaft zusätzliche Fr. 300'000.— zugesprochen, die zur teilweisen Tilgung der Altlasten dienen.

Die durch Staatsratsbeschlüsse bestätigten neuen finanziellen Verpflichtungen des Amtes für Denkmalpflege beliefen sich im Berichtsjahr auf Fr. 683'332.—. Zusammen mit den Altlasten ergeben sich daraus Subventionszusagen in der Höhe von Fr. 1'848'172.—. Die Subventionszahlungen in der Höhe von Fr. 1,1 Mio wurden 1998 auf 39 Objekte verteilt.

Unterschutzstellungen: Im Berichtsjahr konnten 5 neue Objekte unter Schutz gestellt werden: **Fieschertal**, Kapelle «Zer Flie»; **In-**

den, Kapelle St. Antonius Eremita; **Leuk**, Kapelle der Hl. Familie in Thel; **Salgesch**, Kapelle der Sieben Schmerzen Mariens; **Visperterminen**, Kapelle Mariä Heimsuchung. Damit erhöht sich die Zahl der kantonalen Schutzobjekte auf 497.

Loterie romande: Wie im vorhergehenden Jahr hat sich die Loterie romande auch 1998 in grosszügiger Weise, d. h. mit Fr. 550'000.— (68,75 %), an dem der Denkmalpflege zur Verfügung stehenden Restaurierungskredit beteiligt.

Bundeshilfe: Im Berichtsjahr leistete der Bund über sein Amt für Kultur Subventionen in Höhe von Fr. 1'547'910.— an 14 Objekte, wovon eine Teilzahlung von Fr. 300'000.— an die Instandsetzung der Kirchenburg Valeria.

Zudem leisteten die Experten und Konsultanten der Eidgenössischen Kommission für Denkmalpflege sowie des Instituts für Denkmalpflege der ETH Zürich und der EPF in Lausanne wertvollen fachlichen Beistand.

ARCHÄOLOGIE

Was die archäologischen Funde betrifft, war das Jahr 1998 relativ ruhig; dies insbesondere wenn man die wichtigen Untersuchungen von **Gamsen**, unmittelbar neben Brig, separat betrachtet. Letztere wurden durch die Dienststelle für Strassen- und Flussbau, Sektion Nationalstrassen, getragen. Erstmals wurden seit 1973 keine Grabungen grösseren Ausmasses im historischen Kontext der römischen Stätte von **Martinach** getätigt. Im Gegenzug bewirkten die Untersuchungen auf dem Kirchplatz von **Massongex**, die Wiederentdeckung der bereits 1953 - 54 teilweise gesichteten Thermen. Diese Funde geben neue Aufschlüsse über diese Sekundärsiedlung. Zwei einer gewissen Bedeutung unterliegende Interventionen konnten im Oberwallis getätigt werden. So zeigte der Neubau eines Schulkomplexes in **Varen** die Existenz einer Handwerkssiedlung mit Feuerstätte und zahlreichen Keramikfunden aus dem Ende der Bronzezeit auf. Demgegenüber hat eine offene Baugrube in **Oberstalden** der Gemeinde Visperterminen ein Gros an zusätzlichen Informationen hinsichtlich eines protohistorischen und römischen Dorfes geliefert. Die Existenz desselben war bereits 1995 entdeckt worden. Die Überwachung von Erdverschiebungen für einen Neubau bei der Passage La Matze in **Sitten** liess ein Grab aus der zweiten Eisenzeit mit reichem Bestattungsmobiliar entdecken. Dieses Grab lieferte bedeutende Aufschlüsse betreffend der Befestigung derselben Stadt.

Ebenso konnten prä- oder protohistorische Besetzungen in **Glis** und **Naters** verzeichnet, wie ein kleiner Teil einer Katakomben aus dem Hochmittelalter in **Muraz** (Gemeinde Collombey-Muraz) ausgegraben werden. Im obersten Teil des **Goms**, entlang der Gasleitung, konnten ein Kalkofen, die zwei ältesten Mauern zwischen **Oberwald** und **Obergesteln**, als auch ein mit Steinplatten belegter Weg im Eginental entdeckt werden.

Die Kantonsarchäologie hat einen Teil ihrer Aktivität dem Wert der archäologischen Spuren der Gallo-romanischen Stadt von **Monthey** und vor allem auch der audiovisuellen Präsentation der antiken Spuren wie den ersten Orten christlichen Kultes zugewandt. Letzterer betrifft vor allem die erste Kathedrale des Wallis, im Untergeschoss der Pfarrkirche von **Martinach**, welche in Anwesenheit von Frau Bundesrätin Ruth Dreyfuss eingeweiht wurde. Frau Dreyfuss hatte ebenfalls an der Eröffnung der Ausstellung «Valais Romain» teilgenommen. Mit «Vallis Poenina» und vor allem mit der bei dieser Gelegenheit erschienenen Schrift konnte eine provisorische Bilanz hinsichtlich dieses Themenkreises abgegeben werden.

Zahlreiche Ausarbeitungen von neueren oder älteren Forschungen wurden fortgesetzt; es betreffen dies insbesondere die Stätten von Barmaz, unmittelbar neben Collombey-Muraz, Petit-Chasseur und Sous-le-Scex in Sitten, wie auch das Mithraeum von Martinach. All diese Arbeiten erlauben demnächst eine Publikation über die

archäologischen Stätten in Angriff zu nehmen. Diese werden unsere Kenntnisse der ältesten Walliser Geschichte beachtlich erneuern.

Ein wesentlicher Teil der kantonalen Archäologie bleibt die Verwaltung der archäologischen Karte, die Kontrolle der empfindlichen Sektoren, die Organisation von archäologischen Interventionen, die Nachforschung an Oberflächen grösserer Baustellen und Grabstätten, die zur Verfügungstellung von archäologischen Daten für die Öffentlichkeit, die Veröffentlichung von Artikeln in nationalen und internationalen Schriftenreihen, die Teilnahme an Konferenzen in der Schweiz oder im Ausland und die aktive Teilnahme an Kolloquien und Konferenzen usw.

KULTURGÜTERSCHUTZ (KGS)

Nimmt man zur Kenntnis, dass die Stelle des Verantwortlichen für Kulturgüterschutz, vom Februar 1998 (Zeitpunkt des Rücktritts von Hrn. Jean-Marc Biner) bis in den Monat Oktober 1998 (Einführung von Christophe Valentini als neuer Verantwortlicher), vakant blieb, hat das Büro für Kulturgüterschutz dieses Jahr nicht seinen üblichen Leistungen vollumfänglich nachkommen können.

Im Sinne der geltenden Vorkehrungen lassen sich die Aktivitäten des Kulturgüterschutzes wie folgt zusammenfassen:

- die sicherheitstechnische Mikroverfilmung wurde weiter verfolgt durch das Kantonsarchiv
- der Antrag für eine Sicherheitsdokumentation in Val d'Iliez für die Sägerei im Orte genannt Chavalet und die Mostpresse im Orte Play, wurde durch das Departement akzeptiert und wird 1999 ausgeführt
- zwei Einführungskurse (Ober- und Unterwallis) wurden in Gröne durchgeführt
- das Jahrestreffen für die Dienstchefs des Unterwallis mit obligätem Bericht wurde in Finhaut und dasjenige fürs Oberwallis in Visperterminen abgehalten
- Die kantonale Kommission für Kulturgüterschutz hatte keine eigentliche Sitzung

PUBLIKATIONEN UND INVENTARE

Kunstdenkmäler der Schweiz:

Im Unterwallis, wurde das Jahr 1998 zur Vervollständigung einer Dokumentationslücke, betreffend das Rathaus Siders, genutzt. Dies heisst, Durchsicht von Protokollen des Verwaltungsrates ab 1905 aus dem Staatsarchiv, dem Fond Elie und Guy Zwissig sowie dem Archiv der Gemeinde Siders. Die Integration der neuen gesammelten Daten im Manuskript ist angelaufen. Parallel dazu, werden Forschungen über den restlichen Teil des Bezirks Siders, sowie Fotodokumentierung weiterverfolgt.

Im Oberwallis, verfolgen sich Forschungsarbeiten betreffend der Mutterkirche Brig, der Simplonregion und des Natischerberges im Gange, dies im Hinblick auf die baldige Erscheinung des vierten Bandes der GSK, der dem Bezirk Brig gewidmet ist.

Bauernhausforschung im Wallis:

Das zweite Band der Bauernhausforschung im Wallis wird den Steinbauten gewidmet. Die Analyse der Steinbauten und ihren Vergleich in allen Bezirken, sowie die Erstellung eines Sachkataloges ist abgeschlossen. Mit der Bearbeitung des definitiven Manuskriptes und wurde begonnen, sowie mit Planaufnahmen

DIENSTSTELLE FÜR WALD UND LANDSCHAFT

WALDBEWIRTSCHAFTUNG

Die Waldbewirtschaftung erfolgte im Rahmen der laufenden Waldbauprojekte sowie über Massnahmen zur Verhütung und Behebung von Waldschäden.

Aufgrund der Klimabedingungen (v. a. infolge der extremen Trockenperiode im Sommer) fielen die Massnahmen zur Verhütung und Behebung der Waldschäden 1998 deutlich aufwendiger aus als in den vorangehenden Jahren.

Die Strukturverbesserungsmassnahmen (Forststrassen, forstliche Werkhöfe) wurden fortgesetzt, dank der vom Bund zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel konnte die angespannte Lage bezüglich der Verpflichtungskredite deutlich verbessert werden.

FORSTPOLIZEI

Die bewilligte Rodungsfläche 1998 beträgt 39'524 m² in 30 Gesuchen (1997: 374'530 m²). Bei den Bundesbehörden oder Rekursinstanzen sind 5 Gesuche mit einer Fläche von 218'558 m² hängig. Für nachteilige Waldnutzungen ohne Rodungscharakter wurden 32 Bewilligungen erteilt (1997: 38). Wegen illegalen Handlungen wurden 13 Strafverfahren durchgeführt (1997: 16).

NATURGEFAHREN

Die Schneehöhen des Winters 1997/1998 müssen als unterdurchschnittlich bewertet werden. Die Schneemengen fielen einerseits gegen Mitte November 1997 und dann zwischen Januar und April. Der Schneefall auf dem nördlichen Teil des Kantons entsprach demjenigen vom Winter 1996/97; in den südlichen Teilen hingegen waren deutlich schwächere Schneefälle zu verzeichnen.

Das Programm der Vorbeugemassnahmen gegen Naturgefahren konnte eingehalten werden. Im Rahmen des internationalen Mess- und Informationssystems (IMIS) wurden folgende automatische Schnee- und Wetterstationen aufgestellt:

- Mattertal (1 Meteo-, 2 Schneestationen)
- Vallée d'Hérens, Evolène (1 Meteo-, 2 Schneestationen)
- Vallée de Sionne (1 Meteo-, 1 Schneestation)

Der Kanton verfügt heute über 13 Meteo- und 18 Schneestationen. Die alten Stationen in Zermatt und Arolla wurden erneuert.

Die Sicherheitsdienste der Regionen von Zermatt, Evolène (Arolla), Ayent (Anzère) und Bagnes (Verbier) wurden mit den entsprechenden Visualisierungsprogrammen ausgestattet.

Die Lawinengefahrenkarte wurde in folgenden Gemeinden ergänzt: Binn, Dorénaz, Mase, Martigny-Combe, Nendaz, Saastal und Zermatt. Die Boden-Gefahrenkarten wurden in folgenden Gemeinden ausgeführt: Embd, Bagnes, Nendaz, Ayent und St. Maurice. Verschiedene Strassenprojekte wurden im Zusammenhang mit Bodeninstabilitäten untersucht: Lötschental, Anniviers, Illas-St. Niklaus, Les Haudères, Arolla, Bovernier und Sembrancher.

Die Dienststelle für Wald und Landschaft arbeitet bzgl. Naturgefahren eng mit nationalen und interkantonalen Kommissionen zusammen:

- Eidg. Expertenkommission für Lawinen und Steinschlag;
- Wissenschaftliche Kommission des Institutes für Schnee- und Lawinenforschung;
- Interkantonale Arbeitsgruppe für Mess- und Informationssysteme;
- Schweiz. Gesellschaft für alpine Forschung;
- Interkantonale Arbeitsgruppe für Naturgefahrenkataster;
- Interkantonale Arbeitsgruppe der Kataster für Schutzwürker gegen Naturgefahren.

24 Verbauungsprojekte mit einem Gesamtbetrag von Fr. 14'911'000.— konnten durch die kantonalen Instanzen bewilligt werden. Die ausgeführten und subventionierten Arbeiten umfassten 1998 total Fr. 19'502'000.—.

NATUR UND LANDSCHAFT

Der Staatsrat hat 1998 folgende Gebiete unter Schutz gestellt:

- Auengebiet «Bilderne» in Mörel und Filet;
- Auengebiete Tännmattu, Chiemad, Ganderre und Jegital in Wiler und Blatten;
- Hochmoor «La Gouille verte» in Martinach-Combe.

Am 13. November 1998 hat der Grosse Rat das Gesetz über den Natur- und Heimatschutz in 2. Lesung einstimmig angenommen. Das Gesetz wird nach Erarbeitung der entsprechenden Verordnung in Kraft treten.

	Anzahl offene Projekte	Verpflichtungsstand 1998	(Verpflichtungsstand 1997)
Waldbauprojekte			
- in Wäldern mit Normalfunktion	23	5.492 Mios Fr.	5.262 Mios Fr.
- in Schutzwäldern	123	66.033 Mios Fr.	94.309 Mios Fr.
Strukturverbesserungen	43	7.467 Mios Fr.	10.255 Mios Fr.

	Waldbauprojekte in Wäldern mit Normalfunktion			Waldbauprojekte in Schutzwäldern			Waldschäden*			Strukturverbesserungen			Total		
	Mio	%	%	Mio	%	%	Mio	%	%	Mio	%	%	Mio	%	%
Totalarbeiten	1.395	100	5	16.766	100	62	3.638	100	13	5.496	100	20	27.295	100	100
Anteil CH	1.248	50		11.676	70		1.819	50		2.427	31		15.239		
Anteil VS	0.265	19		3.024	18		0.909	25		0.842	25		4.991		

(provisorische Angaben 98)

Die Sektion Natur und Landschaft hat 1998 zu insgesamt 527 Dossiers schriftliche Stellungnahmen abgegeben.

Für Hauptwanderwege wurden 1998 kantonale Beiträge im Umfange von Fr. 200'000.— entrichtet.

UMWELTSCHUTZ

ALLGEMEINE BEOBACHTUNGEN

Im Jahr 1998 traten im Bereich des Umwelt- und Gewässerschutzes zahlreiche neue Bestimmungen in Kraft. Die Mehrzahl der in diesen Texten formulierten Anforderungen verlangen eine Verstärkung der der Dienststelle zur Verfügung stehenden Mittel und die Organisation und Aufteilung der neuen Aufgaben. Mangels zusätzlicher Mittel müssten prioritäre Einschränkungen definiert werden.

Die Tätigkeiten des Luftforums wurden durch Entscheid des Staatsrates auf 2 Jahre verlängert. Dieses Vorgehen erfolgt in der kantonalen Verwaltung im Rahmen der Förderung der Tätigkeiten für die nachhaltige Entwicklung

GEWÄSSERSCHUTZ

Reinigung

1998 wurde die Abwasserreinigungsanlage des Val d'Anniviers (22'500 Einwohner) in Betrieb genommen. Diese vereint die Gemeinden Grimetz, St-Jean, Vissoie, St-Luc und Chandolin.

Zwei Abwasserreinigungsanlagen, St-Léonard und Sitten/Uvrier wurden ausser Betrieb gesetzt. Die Abwässer dieser Gemeinden werden in die Abwasserreinigungsanlage von Sitten/Chandoline geleitet.

Oberflächengewässer

Die Pilotstudie betreffend die Sanierung der Wasserläufe unterhalb der Fassungen wurde durch eine Weisung abgeschlossen, welche erlaubt die zu unternehmenden Schritte und die Methodologie für die Studie der Einzugsgebiete zu bestimmen, für welche eine Sanierung im Sinne von Art. 80 ff des Bundesgesetzes über den Gewässerschutz notwendig ist.

Die Resultate der Analysen der physisch-chemischen und biologischen Wasserqualität der 1997 für die Rèche und die Turtmäna durchgeführten Kampagnen wurden 1998 veröffentlicht.

Die Gesamtheit der Resultate zeigt, dass bei 11 der überwachten Stationen (8 bei der Rèche und 3 beim Einfluss in den Kanal) die allgemeine Wasserqualität im oberen Teil zufriedenstellend ist, sich jedoch gegen den unteren Teil hin verschlechtert. Die Analyse des heutigen Benthos zeigt, dass im Vergleich zum Jahre 1990 eine leichte Verschlechterung der Qualität des Milieus zu verzeichnen ist, welche zweifelsohne auf das überdurchschnittliche Vorkommen von organischen Stoffen aus Weideflächen zurückzuführen ist.

Bei der Turtmäna wurden 8 sowie 4 angrenzende Stationen überwacht. Dieser Bach leidet vor allem aufgrund der hydraulischen Fassungen und einigen punktuellen Wassereinleitungen im Sommer an Wassermangel.

Die die Walliser Seen betreffenden physisch-chemischen Daten vervollständigen sich, da im Jahre 1998 ungefähr 60 Wasserspiegel Resultate aufweisen. Es ist kein alarmierender Wert zu melden.

Bauten und Subventionierung

Die von den Gemeinden engagierten Investitionsbeträge für den durch den Kanton subventionierbaren Bau von Abwassersammelungen und ARA's betragen für das Jahr 1998 25 Mio Franken.

Die vom Grossen Rat genehmigten Zusatzkredite in der Höhe von 36,3 Mio Franken, verteilbar auf drei Jahre, erlauben den Zahlungsrückstand in der Beitragsleistung an die Gemeinden aufzuholen.

Grundwasser

Bei 25 in der Rhoneebene angebrachten Piezometern wurden während der Tiefwasserperiode (Februar 1998) Grundwassererhebungen vorgenommen. Die Analysenresultate zeigen keine Anomalien oder besorgniserregende Verschmutzungen. Diese Kampagne erlaubt die Bestimmung eines Referenz-Zustandes bezüglich der Grundwasserqualität und von Referenz-Werten für die von der neuen Verordnung über den Gewässerschutz (Inkrafttreten am 1. Januar 1999) verlangte fortlaufende Ueberwachung.

Im Laufe des Jahres 1998 versammelte die Dienststelle für Umweltschutz mit dem Amt für Bodenverbesserungen mehrere Alpgeteilschaften und -Benützer, um ein konkretes Pflichtenheft für eine das Grundwasser respektierende Benützung auszuarbeiten. Die berücksichtigten Alpen wurden besucht und daselbst kontrolliert.

Die Arbeiten für die durch das Reglement vom 31. Januar 1996 vorgesehene Regularisierung des Verfahrens werden eifrig weitergeführt.

Hofdüngerbewirtschaftung

In Zusammenarbeit mit den anderen betroffenen Dienststellen realisierte die Dienststelle für Umweltschutz eine Umfrage bei allen Rindviehhaltern. Diese Umfrage wird erlauben, die Prioritäten für das Sanierungsprogramm der Hofdüngeranlagen festzulegen.

ABFALLBEWIRTSCHAFTUNG UND -BEHANDLUNG

Die verbrannten Abfallmengen wie auch diejenigen der Separatsammlungen blieben in den zwei vergangenen Jahren relativ gleich.

Verbrannte Abfälle, in Tonnen

	1997	1998
SATOM, Monthey	99'480	104'690
UTO, Uvrier	47'699	47'947
KVO, Gamsen	22'822	23'000
KVZ, Zermatt	4'705	5'622
TOTAL	174'706	181'249

Getrennt gesammelte Abfälle, in Tonnen

	1996	1997
Glas	10'443	10'842
Papier/Karton	10'525	11'144
Sperrgut	5'290	5'842
Alteisen	5'776	5'779
Aluminium/Blech	569	454
Öl	315	438
Organische Abfälle	10'552	9'288
Plastik	403	426
Textilien	131	366
TOTAL	44'004	44'579

Die Zahl der bewilligten Inertstoffdeponien beträgt 25; der kantonale Abfallbewirtschaftungsplan sieht deren 80 vor.

Sanierung der Steinbrüche und Kieswerke

In das Programm für die Regularisierung und Sanierung der rechtlichen, technischen und ökologischen Situation der Walliser Steinbrüche und Kieswerke wurden 27 zusätzliche Betriebe integriert.

1997 wurden 1'365'000 m³ Erd- und Steinmaterial produziert. Die auf 9 Jahre gerechnete durchschnittliche Produktion beträgt 1'586'000 m³.

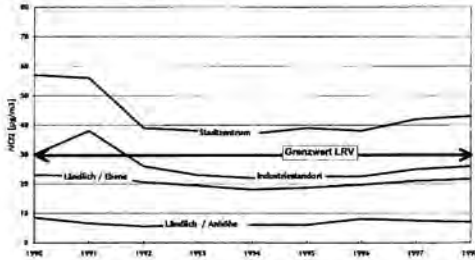
LUFTHYGIENE

Immissionsmessungen

Im März traten die Aenderungen der LRV in Kraft, durch welche die Gesetzgebung über die Feinstaubimmissions-Grenzwerte (PM 10) verstärkt wird.

Die Luftqualität verbesserte sich zu Anfang der 90er Jahre und verzeichnete anschliessend auf der Schadstoffebene eine leichte Verschlechterung. Trotz der Sanierungsanstrengungen überschreiten die Ansätze von Ozon und Stickstoffdioxiden lokal noch die Grenzwerte. Hiefür könnten teilweise die klimatischen Bedingungen verantwortlich sein. Dies sollte durch eine einem Fachbüro anvertraute Studie, deren Schlussfolgerungen auf Ende 1999 bekannt sein sollten, aufgezeigt und quantifiziert werden.

Graphik: Mittlere jährliche Stickstoffdioxide von 1990 bis 1998
Grenzwert : 30 µg/m³



Emissionen

Kontrolle der Tankstellen-Gasrückführungen

Die seit mehreren Jahren unternommenen Sanierungsanstrengungen der Tankstellen bildeten im Laufe des Jahres Gegenstand von Stichproben. Fast die Hälfte der kontrollierten Zapfpistolen ergab kein zufriedenstellendes Messresultat.

Vor Korrosion zu schützendes Objekt

Eine Schätzung des Luftverschmutzungspotentials der vor Korrosion geschützten Kunstwerke, insbesondere während des Sandstrahlens bildete Gegenstand einer Bestandsaufnahme. Es wurde eine erste Messkampagne durchgeführt. Die Mengen an Blei, Zink und sogar PCB, welche die Schutzschichten beinhalten, sind hoch und verlangen eine grössere Beaufsichtigung der Veredelungsarbeiten an den Werken.

Lenkungsabgabe für flüchtige organische Verbindungen (VOC)

Eine neue Bestimmung des Bundesgesetzes über den Umweltschutz sieht ab dem 1. Januar 2000 eine Lenkungsabgabe für die VOC in der Grössenordnung von Fr. 2.— pro kg VOC vor. Die Dienststelle beteiligte sich an der Vorbereitung des Vollzuges dieser Verordnung. Die Anwendung einer vereinfachten Methode ist anzustreben.

Emissionskontrollen

Die Kontrolle der Luftschadstoffemissionen der Industrien und des Gewerbes wird weitergeführt. Im Laufe des Jahres wurden mehrere Messkampagnen vorgenommen.

Arbeitsgruppe KMU

Die Arbeitsgruppe KMU/Gewerbe, welche integrierender Bestandteil des Luftforums bildet, setzt sich aus Vertretern der verschiede-

nen tätigen Branchen im Wallis zusammen: Autogaragen, Karosserien, Ventilationshersteller, Schreinereien, Malergeschäften, Kleiderreinigungsanstalten, Druckereien, mechanische Werkstätten, Benützer von PVC usw.

Die Dienststelle nahm an mehreren Arbeitssitzungen teil, um Aktionen für die Verminderung der Emissionen durch die KMU festzulegen.

Feuerungskontrolle

Die neue Gesetzesgrundlage, welche eine Liberalisierung der Heizungskontrollen vorsieht, verlangte ein grosses Engagement von Seiten der Emissionsmessgruppe durch die Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Feuerwesen hinsichtlich der Anwendung des neuen Kontrollmodus.

Emissionskataster

Da sich der Emissionskataster auf statistische Daten stützt, erlaubt er nicht die effektive Situation im Wallis detailliert aufzuzeigen. Dessen Aktualisierung ist vor allem durch eine immer genauere Bestandsaufnahme der Industrie- und Gewerbeemissionen und auch die neueren Daten über die Heizungen und den Verkehr geplant.

LÄRM

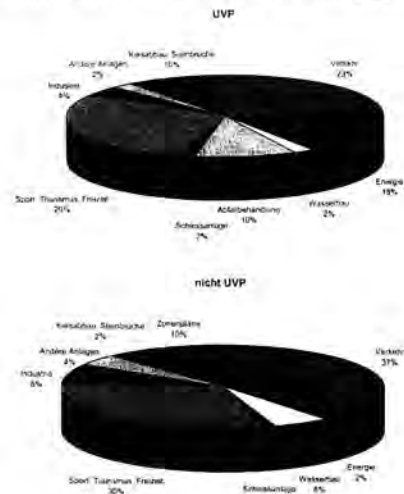
Im Mai 1998 veröffentlichte das Generalsekretariat des eidgenössischen Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport den zivilen und militärischen Lärmkataster des Flugplatzes Sitten. Der Militärluftverkehr erzeugt Emissionswertüberschreitungen in Sitten und Conthey und Alarmwertüberschreitungen in Sitten. Der zivile Luftverkehr erzeugt Ueberschreitungen der Planungs- und Emissionswerte in Salins. Die Dienststelle ist kompetent, um für die Wohnsiedlungen, in denen die Alarmwerte überschritten werden, Isolationsmassnahmen zu verlangen.

Der in den Jahren 88 bis 90 erstellte Lärmkataster für die Kantonsstrassen ist nur auf dem Papier vorhanden und deckt nicht die gesamte Kantonsfläche. Zudem sind einige Daten sowie auch die Berechnungsmethoden nicht mehr aktuell. Es ist demzufolge vorgesehen, denselben zu dynamisieren, zu aktualisieren und zu vervollständigen.

UMWELTVERTRAEGLICHKEITSBERICHT

Die bestehende Datenbank wurde erneuert. Die Anzahl der neuen UVP-pflichtigen Projekte erhöhte sich 1998 gegenüber dem Vorjahr um knapp 10%. Etwa 70% der insgesamt behandelten Dossiers waren koordinationsbedürftig aber nicht UVP-pflichtig. Bei sieben Grossbaustellen war infolge der UVP eine koordinierte ökologische Baubegleitung in Funktion.

Prozentualer Anteil der behandelten Anlagentypen



KANTONSLABORATORIUM

Allgemeine Erwägungen

Die Tätigkeiten des Kantonslaboratoriums in den Bereichen der Lebensmittelkontrolle, der AOC-Kontrolle, der Kontrolle der Badewasser, der Giftkontrolle, der Kontrolle der gefährlichen Stoffe und der Radioaktivitätskontrolle haben den Zweck, den Verbraucher zu schützen. Werden während der verschiedenen Kontrollen Mängel entdeckt, können wir, dank der Gesetzgebung, in Kürze die Wiederherstellung einer annehmbaren Situation verlangen.

Der Goron ist eine walliser Bezeichnung und ist nur ein Walliser Wein

Nach dreieinhalb Jahren Prozess betreffend die Bezeichnung «Goron» hat das Bundesgericht sein Urteil am 10. Juni 1998 ausgesprochen. Es erklärt wie folgt seine Entscheidung: Der Verkauf von Wein mit der Bezeichnung «Goron», welcher nicht von Walliser Trauben herkommt, ist verboten. Ein solches Vorgehen könnte den Verbraucher täuschen und das Lebensmittelgesetz übertreten. In seinen Erwägungen hebt das Bundesgericht den exklusiven Walliser Charakter dieses Weines hervor. Er muss als Herkunftsbezeichnung betrachtet werden, welche sich auf eine traditionelle Bezeichnung bezieht, die den Erfolg dieses Weines ausmacht. Die Bezeichnung «Goron» ist seit 40 Jahren durch den Kanton Wallis geregelt. Ausserdem ist dieser Wein von allen Spezialisten als ausschliesslich Walliser Wein anerkannt. Der Mindestgehalt an Zucker dieses Weines der zweiten Kategorie muss sogar höher sein als jener welcher vom Bundesrecht für die Weine der ersten Kategorie bestimmt ist. Die Benutzung der Bezeichnung «Goron» für einen Wein, welcher nicht den kantonalen Bestimmungen entspricht, ist eine Zuwiderhandlung gegen das Bundesgesetz betreffend die Lebensmittel. Dieses verbietet jegliche täuschende Bezeichnungen, vor allem solche die beim Verbraucher falsche Ideen betreffend die Herstellung, die Qualität und die Herkunft des Produktes hervorrufen.

Durchgeführte Analysen

5860 Proben wurden im Labor mikrobiologisch und chemisch untersucht. 17% der Proben waren nicht mit der Gesetzgebung vereinbar. Die Gründe dafür waren falsche Etikettierung oder Gesundheitsgefährdung durch verdorbene Ware.

Wir möchten folgende Punkte hervorheben:

Käse

Im Zusammenhang mit einer besonderen Käseherstellung, welche wegen ihrer zweifelhaften Eigenart angezeigt wurde, wurden Untersuchungen vorgenommen und zwecks Gewährleistung des erforderlichen mikrobiologischen Niveaus Massnahmen angeordnet.

Fritieröle

171 Qualitätstests der Fritieröle wurden vor Ort durchgeführt. 26 verdächtige Proben wurden erhoben und im Kantonslabor untersucht. 24 dieser Proben waren nicht konform.

Speiseeis (Glacé)

50 Speiseeis- und Softiceproben wurden analysiert. 16 Proben wurden aus mikrobiologischen Gründen beanstandet. Die Realisierung und Einführung der obligatorischen Selbstkontrolle dürfte den momentanen Zustand verbessern.

Früchte

43 Proben von Hülsenfrüchten (Nüsse und Kastanien) wurden analysiert. 15 Proben wurden aufgrund von Verwurmung, Austrocknung oder Verschimmelung beanstandet.

In 108 Früchteproben hat das Kantonslabor nach Pestizidrückständen (Fungiziden) gesucht. In keiner dieser Proben wurden die Toleranzwerte überschritten.

Salate

Von 81 untersuchten Salatproben wiesen 4 zu hohe Nitratgehalte auf.

Trinkwasser

2275 Wasserproben aus öffentlichen und privaten Netzen wurden mikrobiologisch untersucht. 195 Proben haben die bestehenden Qualitätsanforderungen nicht erreicht. 19% der Proben, welche im Wesentlichen aus Privatnetzen stammen, entsprachen nicht den rechtsgültigen hygienischen und mikrobiologischen Qualitätsanforderungen.

Zugabe von Glycerin im Wein

Dank unserer Erfahrung von 1997 hat sich das Kantonslaboratorium den Westschweizer Kantonen zur Verfügung gestellt, um eine Kampagne während 1998 auszuführen. Diese Kampagne wurde im Rahmen des Koordinationsprogramms, zwischen den kantonalen Laboratorien, auf dem Gebiet der Westschweiz durchgeführt.

Es wurden in der Zeitspanne von Mai bis Juli 1998 164 ausländische und Schweizer Weine untersucht. 5 Weine (3%) enthielten einen Zusatz von Glycerin. Die erhaltenen Resultate während unserer Kampagne zeigen, dass sich die Situation den Weinhandels in einem Jahr verbessert hat und dies sehr wahrscheinlich dank der wiederholten Interventionen von verschiedenen Kantonslaboratorien. Die Lage scheint unter Kontrolle zu sein und diese Fälschung dürfte in Kürze nicht mehr existieren.

Weinlese

Die Weinlese wurde in Bezug auf Qualität und Quantität vom Kantonslaboratorium organisiert und kontrolliert. Eine ausführliche Statistik wurde erstellt. Das Wallis kellerete 46.8 Mio Liter Wein ein: davon 21.6 Mio Liter Weisswein und 25.2 Mio Liter Rotwein. Zum siebten aufeinanderfolgenden Mal produzierte der Kanton Wallis eine grössere Menge Rotwein als Weisswein. Die eingekellerten Mengen sind ein wenig unter dem Durchschnitt der zehn letzten Jahre. Die sanitäre Qualität der Trauben war sehr gut, der Zuckergehalt war etwas unter dem Durchschnitt.

Lebensmittelkontrolle

Kontrolleure

Am 31. August 1998 wurden 29 neue Lebensmittelkontrolleure vereidigt. Es handelt sich hierbei um 15 Personen vom Unterwallis und 14 Personen vom Oberwallis. Diese Personen haben im Frühjahr 1998 im Kantonslaboratorium eine spezialisierte Ausbildung erhalten, welche mit einer Endprüfung erfolgreich abgeschlossen wurde. Die Kurse von sieben Fächern wurden abwechselnd in den zwei Sprachen von sieben Mitarbeitern vom Kantonslaboratorium gegeben.

Diese Kontrolleure haben ihre Tätigkeit sofort in ihrer Gemeinde oder der Gruppe von Gemeinden ausführen können. Die hauptsächlichen Tätigkeiten der neuen Lebensmittelkontrolleure sind folgende:

- überprüfen und selbst verlangen, dass eine Selbstkontrolle, welche eine Qualitätssicherung darstellt, in jedem Betrieb existiert oder aufgestellt wird und dass diese korrekt angewendet wird;
- die Hygiene und die Sauberkeit in den Lebensmittelbetrieben zu kontrollieren und die Trinkwasseranlagen regelmässig zu überprüfen.

Der wichtigste Lebensmittelbetrieb in jeder Gemeinde ist der Trinkwasserdienst, welcher unbedingt über ein schriftliches Selbstkontrollsystem verfügen muss. Dies ist ein Problem welches von uns in erster Priorität behandelt wird.

Die kleinen und mittleren Betriebe haben etwas Mühe diese rechtlichen Anforderungen zu akzeptieren, da dies eine persönliche Verantwortung verlangt und sie zwingt, ein Selbstkontrollsystem aufzustellen, in der Absicht jeder Zeit die Qualität der in den Handel gebrachten Produkte zu garantieren.

Ende Dezember 1998 hat das Kantonslaboratorium die Erlaubnis bekommen, einen Ingenieur ETS anzustellen, dies zur Anwendung des Reglementes betreffend die Statistik der Weine, mit dem Ziel eine ausführliche Information über die Herstellung und den Betrieb des Weines zu geben. Dank dieser Person, können auch die Gemeinden, die die Lebensmittelkontrolle dem Staat überlassen haben, regelmässig kontrolliert und damit den übrigen Gemeinden betreffend Lebensmittelkontrolle gleichgestellt werden.

Inspektionen

Zu Beginn ihrer Aktivitäten konnten die Kontrolleure von den Ratschlägen und der Unterstützung der Inspektoren profitieren. Ein grosser Teil ihrer Zeit wurde für die praktische Ausbildung der Kontrolleure eingesetzt.

1065 Unternehmungen die Lebensmittelhandel betreiben, wurden kontrolliert. In 15% aller Inspektionen wurden mehr oder weniger gravierende Beanstandungen gemacht. Die Wiederherstellung eines vernünftigen Zustandes wurde je nach Situation innert nützlicher Frist verlangt. Vier Betrieben wurden entweder die Weiterführung des Restaurationsbetriebes verboten, oder sie wurden direkt aufgrund des miserablen hygienischen Zustandes geschlossen.

Gifte

In Anwendung des Bundesgesetzes über den Verkehr mit Giften hat der Giftinspektor 29 allgemeine Bewilligungen, 39 Giftbücher und 408 Giftscheine für Gifte der Klasse 1 und 2 erteilt, welche 8'017 kg darstellen.

Der Giftinspektor hat die Eliminierung von 567 kg giftigen Abfällen von verschiedener Herkunft veranlasst.

Umweltgefährdende Stoffe

In Anwendung der Verordnung über umweltgefährdende Stoffe, wurden folgende Fachbewilligungen erteilt:

Fach-				
bewilligungen	Holzschutz	15	total bis jetzt erteilt)	1242
	Spezialbereich	5		51
	Kältemittel	23		193

Inspektionen

In Anwendung der aufgeführten Gesetzgebung und im Rahmen der Überwachung des Handels, hat der Giftinspektor 226 Inspektionen in verschiedenen Betrieben des Kantons, vor allem 72 Lebensmittelbetriebe, 35 landwirtschaftliche Geschäftstellen, 40 Bäder, 20 Drogerien und Apotheken, 17 Eisenwahrenhandlungen und 13 Garagen durchgeführt. Die Resultate dieser Inspektionen sind befriedigend.

Strahlenschutz

In Anwendung der Strahlenschutzverordnung wurde eine vierte Radon-Kampagne, seit November 1998 in verschiedenen Gemeinden organisiert.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
EINLEITUNG VOM PRÄSIDENTEN DES STAATSRATES	5
Verwaltungsbericht des Präsidiums	7
Staatskanzlei	9
Ständiges Sekretariat des Grossen Rates	11
Information	12
Zentrum für Verwaltungsmanagement	13
FINANZ- UND VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT	15
Einleitung	17
Finanzverwaltung	20
Steuerverwaltung	23
Dienststelle für Personal und Organisation	24
Dienststelle für Datenverarbeitung	26
Rechtsdienst	27
Dienststelle für Aussenangelegenheiten und Wirtschaftsrecht	29
Dienststelle Industrie, Handel und Arbeit	30
Dienststelle für Tourismus- und Wirtschaftsförderung	34
Dienststelle für Landwirtschaft	38
Meliorationsamt	39
DEPARTEMENT FÜR GESUNDHEIT, SOZIALWESEN UND ENERGIE	43
Einleitung	45
Dienststelle für Gesundheitswesen	47
Kantonale Anstalten	51
Dienststelle für Sozialwesen	54
Kantonale Ausgleichskasse	56
Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Dienstverhältnisse	58
Veterinaerdienst	61
Dienststelle für Energie	61
Dienststelle für Wasserkraft	62

	Seite
DEPARTEMENT FÜR ERZIEHUNG, KULTUR UND SPORT	65
Einleitung	67
Verwaltungs- und Rechtsabteilung	69
Dienststelle für Jugendhilfe	71
Dienststelle für Planung und Evaluation	74
Dienststelle für Unterrichtswesen	76
Dienststelle für Berufsbildung	87
Hochschule Wallis (HEVs)	92
Kantonsbibliothek	97
Staatsarchiv	100
Kantonale Museen	101
DEPARTEMENT FÜR SICHERHEIT UND INSTITUTIONEN	109
Einleitung	111
Verwaltungs- und Rechtsdienst	113
Büro für die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau	116
Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle	117
Strafanstalten	118
Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt	119
Jagd- und Fischereiverwaltung	120
Kantonspolizei	121
Feuerwesen und Zivilschutz	122
Dienststelle für Militärwesen	124
Dienststelle für innere Angelegenheiten	126
Raumplanung	127
Dienststelle für Vermessung	130
Grundbuchinspektorat und Grundbuchämter	131
DEPARTEMENT FÜR VERKEHR, BAU UND UMWELT	133
Einleitung	135
Verwaltungs- und Rechtsdienst	136
Dienststelle für Verkehrsfragen	137
Dienststelle für Strassen- und Flussbau	140
Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie	154
Dienststelle für Wald und Landschaft	157
Umweltschutz	158
Kantonslaboratorium	160

